



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
WIEN
Vienna University of Technology

DIPLOMARBEIT

UTOPIE UND REALITÄT DES SELBERMACHENS

Potenziale von Eigeninitiativ-Projekten im urbanen Raum von Wien

ausgeführt zum Zwecke der Erlangung des akademischen Grades
einer Diplom-Ingenieurin

unter der Leitung von
**Ass. Prof. Dipl.-Ing. Dr.techn.
Andreas Hofer**

E 260
Fachbereich Städtebau

eingereicht an der Technischen Universität Wien
Fakultät für Architektur und Raumplanung
von

Claudia Pirchl
0727376

Wien, am 30.03.2015

Abstract

This thesis observes self-initiated design of urban space by the citizens themselves, so called do-it-yourself projects. The location for the observation is the city of Vienna, where do-it-yourself projects currently witness an increase in popularity. The thesis treats the goals and wishes of initiatives acting in urban space, their utopias, as well as the complex realities of do-it-yourself.

The first focus of the paper is on the spatial patterns that derive from this form of informal development. A combination of theoretical research and analytical examination will reveal if do-it-yourself spaces differ from conventionally planned spaces. Qualities and Characteristics of self-created spaces are being analyzed.

The second focus rests on the relationship between city government and planning and do-it-yourself initiatives. The current role of city government in the do-it-yourself process and possible perspectives for the future are examined.

The questions of the paper will be resolved on the basis of theoretical research and the analysis of two historical and three current projects in Vienna.

Kurzinhalt

Diese Arbeit behandelt das eigeninitiierte Gestalten und Formen des Stadtraumes durch die BewohnerInnen selbst, das Selbermachen im urbanen Raum. Untersucht werden diese Phänomene in der Stadt Wien, wo selbstbestimmtes Stadtgestalten zunehmend Aufwind erfährt. Es werden sowohl die Utopien, die Zielvorstellungen und Anliegen der AkteurInnen, als auch die Realitäten des Selbermachens aufgezeigt, die oft von Hindernissen geprägt sind.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf der räumlichen Ausformung der neu geschaffenen Stadträume. Eine theoretische und analytische Auseinandersetzung soll zeigen, ob Eigeninitiativ-Projekte Räume schaffen, die sich von herkömmlich geplanten unterscheiden. Die Qualitäten und Eigenschaften von selbstgeschaffenen Räumen werden untersucht.

Der Umgang der Stadtverwaltung in Wien mit dem eigeninitiierten Handeln der BewohnerInnen stellt den zweiten Schwerpunkt dar. Es wird aufgezeigt welche Rolle die Stadtverwaltung und -Planung in Wien gegenüber dem Selbermachen einnimmt und wie sich diese Rolle in Zukunft entwickeln könnte. Den Fragen wird sowohl auf theoretischer Basis, als auch durch die Analyse von zwei historischen und drei aktuellen Projekten in Wien nachgegangen.

Danksagung

Ich möchte mich an dieser Stelle bei dem Betreuer dieser Arbeit, Herrn Andreas Hofer, für die angenehmen und hilfreichen Gespräche bedanken.

Des Weiteren danke ich Sabine Knierbein für die Literaturempfehlungen und Rücksprachen.

Ein besonderer Dank gilt meinen Eltern, Monika und Georg Pirchl, für die finanzielle und mentale Unterstützung während meiner Studienzeit.

Auch bei den KollegInnen und FreundInnen, die mich über die Jahre hinweg begleitet und motiviert haben, möchte ich mich bedanken, vor allem bei Miriam, Katharina, Lisa, Evamaria, Christina, Simone, Melanie und der Urban Managua Gruppe. Ohne sie wäre die Studienzeit nur halb so schön und produktiv gewesen.

Ein großer Dank geht an Gregor, der mich in jeder Situation unterstützt und durch zahlreiche Gespräche inspiriert hat.

Utopie und Realität des Selbermachens

Potenziale von Eigeninitiativ-Projekten im urbanen Raum von Wien

INHALT

| | |
|---|-----------|
| Einleitung | 8 |
| Fragestellung | 9 |
| Aufbau | 11 |
| Inhalt | 12 |
| Methodik | 17 |
| 01. Konzepte des Selbermachens im urbanen Raum | 20 |
| 01.1. Aktuelle Konzepte des Selbermachens | 24 |
| 01.1.1 Voluntary Urbanism oder Agency | 25 |
| 01.1.2 Everyday Urbanism | 27 |
| 01.1.3 Communal Urbanism | 30 |
| 01.1.4 Do-it-yourself Urbanism (DIY) | 33 |
| 01.1.5 Hands-on Urbanism | 35 |
| 01.1.6 Situativer Urbanismus | 37 |
| 01.1.7 Zwischennutzung | 38 |
| 01.2. Drei Kategorien des Selbermachens | 40 |
| 01.2.1 Selbermachen aufgrund von ökonomischen Druck | 42 |
| 01.2.2 Selbermachen als individueller Wunsch | 44 |
| 01.2.3 Selbermachen als politischer Aktivismus | 46 |
| 02. Räume des Selbermachens | 50 |
| 02.1. Residual- oder Potenzialräume | 54 |
| 02.2. Raumkonzepte | 58 |
| 02.3. Gemeinschaftlicher Raum (communal space) | 65 |

Theorie

| | |
|--|------------|
| 03. Die offizielle Seite des Selbermachens | 72 |
| 03.1. Beteiligungsmöglichkeiten von Partizipation bis Eigeninitiative | 75 |
| 03.1.1 Partizipation als Konzept | 75 |
| 03.1.2 Beispiele partizipativer Projekte in Wien | 77 |
| 03.1.3 Partizipation – Eigeninitiative. Eine Unterscheidung | 80 |
| 03.2. Die Rolle der Stadtverwaltung im Umgang mit dem Selbermachen | 88 |
| 03.2.1 Regulieren - Deregulieren | 89 |
| 03.2.2 Handlungsstrategien für den Umgang mit dem Selbermachen | 90 |
| 03.3. Aktuelle Konzepte für den Umgang mit dem Selbermachen in Wien | 96 |
| 03.3.1 Gebietsbetreuungen | 96 |
| 03.3.2 Lokale Agenda 21 | 99 |
| 03.3.3 Projektkoordination für Mehrfach- und Zwischennutzung, einfach-mehrfach | 102 |
| 03.4. Zukunftsstrategien für den Umgang mit dem Selbermachen in Wien | 104 |
| Interview mit Gabu Heindl und Jutta Kleedorfer | 110 |
| 04 Analyse - Projekte aus Wien | 114 |
| 04.1. Historische Projekte | 120 |
| 04.1.1 Die Siedlerbewegung | 122 |
| 04.1.2 Häuserbesetzungen der 1970er Jahre: Amerlinghaus und Arena | 136 |
| 04.2. Gemeinschaftsgarten Donaukanal | 150 |
| 04.2.1 Räumliche Analyse | 160 |
| 04.2.2 Die Rolle der Stadtverwaltung | 178 |
| 04.3. Längelfeldgarten | 184 |
| 04.3.1 Räumliche Analyse | 194 |
| 04.3.2 Die Rolle der Stadtverwaltung | 212 |
| 04.4. Gemeinschaftsgarten Kirchengasse, Salatpiraten | 216 |
| 04.4.1 Räumliche Analyse | 226 |
| 04.4.2 Die Rolle der Stadtverwaltung | 244 |
| 04.5. Analyseergebnisse | 248 |
| 04.5.1 Ergebnisse der räumlichen Analyse | 248 |
| 04.5.2 Ergebnisse betreffend der Rolle der Stadtverwaltung | 255 |
| Conclusio | 260 |
| Quellenverzeichnis | 270 |

Wienbezug

Analyse

Einleitung

Seit einigen Jahren rückt der Begriff der informellen Stadtentwicklung von unten, dem Bottom-up, immer mehr ins Blickfeld von PlanerInnen und Öffentlichkeit. Das Augenmerk richtet sich auf den globalen Süden, informelle Siedlungen in Lateinamerika, Afrika und Asien werden auf ihre Potenziale untersucht. Unter anderem entsteht eine Art Romantisierung der belebten, frei gewachsenen Stadtquartiere, der Squattersiedlungen, Slums, Favelas etc.. Gleichzeitig gab es in den letzten 10 Jahren auch einen Boom in der Beforschung von Eigeninitiativprojekten im Globalen Norden. (Hagemann 2012, S.75-76) Dort werden immer öfter urbane Räume von BewohnerInnen bespielt, temporäre Nutzungen entwickeln sich in leerstehenden Gebäuden und urbane Gärten sprießen aus dem Asphalt. BewohnerInnen von Städten wollen nicht länger nur passive Konsumenten von Räumen sein, sondern aktiv zu deren Gestaltung beitragen. Diese selbstgemachten Projekte und Nutzungen haben oft positive, belebende Wirkungen für die Umgebung und ganze Stadtteile, darüber hinaus propagieren sie jedoch auch politische Botschaften und Anliegen.

Mit den Phänomenen des Selbermachens im urbanen Raum, also mit Projekten die durch die Eigeninitiative von BewohnerInnen entstehen, beschäftigt sich diese Arbeit. Der Fokus liegt auf der Stadt Wien, die in den letzten Jahren vermehrt Schauplatz solcher Projekte wurde.

Fragestellung

Nach einer grundlegenden Recherche wurden zwei Schwerpunkte für die Auseinandersetzung mit dem Thema des Selbermachens im urbanen Raum gewählt.

Der erste Fokus liegt auf der räumlichen Ausgestaltung von Eigeninitiativ- Projekten. Der Entstehung dieser Projekte geht meist eine Zielvorstellung, eine Utopie voraus, die bestimmte Vorstellungen von Raum verfolgt. Beispielsweise sollen Räume offen und einladend sein, sie sollen niemanden ausgrenzen und zur Diskussion anregen.

Gleichzeitig sind in Eigeninitiativ- Projekte meist viele AkteurInnen involviert, die alle bei der Planung und Gestaltung mitbestimmen. Im Gegensatz zu herkömmlichen Planungen wird gemeinschaftlich an einer Umsetzung gearbeitet. Fast nie gibt es einen Plan für den endgültigen Zustand, die Entwicklung der Projekte schreitet daher kontinuierlich voran und stellt einen immer weiterführenden Prozess dar. Die Utopien die von den Selbermachenden verfolgt werden, die Formen von Organisation und Planung sollten auch eine Auswirkung auf die geschaffenen Räume haben. Die erste Frage lautet deshalb:

1. Finden sich die Utopien der Selbermachenden auch in den tatsächlich geschaffenen Räumen wieder?

Dieser Frage wird sowohl theoretisch als auch durch die Analyse von 2 historischen und 3 aktuellen Projekten in Wien nachgegangen.

Der zweite Fokus der Arbeit liegt auf dem Umgang der Stadtverwaltung in Wien mit Eigeninitiativ-Projekten.

Die Beteiligung von BürgerInnen an Planungsprozessen in Form von Partizipation ist in der aktuellen Stadtplanung bereits Standard, es handelt sich dabei jedoch selten um eine tatsächliche Mitbestimmung von BürgerInnen. Beim Selbermachen sind BürgerInnen sowohl die InitiatorInnen eines Projektes, als auch die Umsetzenden. Aufgrund des großen bürokratischen Aufwandes, der mit der Umsetzung von Projekten im urbanen Raum oft einhergeht, sind aber auch Selbermachende meist auf die Hilfestellung der Stadtverwaltung angewiesen. Es stellt sich daher die zweite Frage:

2. Welche Rolle nimmt die Stadtverwaltung in Wien momentan gegenüber dem Selbermachen ein? Wie könnte sich diese Rolle in Zukunft weiterentwickeln?

Im Zuge der Arbeit wird aufgezeigt welche Strategien im Umgang mit dem Selbermachen existieren und welche die Stadtverwaltung bereits anwendet. Vorschläge für die zukünftige Rolle die die Stadtverwaltung und -Planung in Wien einnehmen könnte werden entworfen.

Aufbau

Die Arbeit setzt sich aus vier großen Kapiteln zusammen, die durch Einleitung und Conclusio ergänzt werden. Die ersten drei Kapitel behandeln die zwei Fragestellungen der Arbeit aus theoretischer Sicht und werden im vierten Kapitel durch eine Analyse von realisierten Projekten ergänzt. Das Zusammenspiel aus theoretischer und praktischer Annäherung soll eine möglichst fundierte Beantwortung der Fragen ermöglichen.

- ① Das erste Kapitel *Konzepte des Selbermachens im urbanen Raum* bildet den Stand der Forschung im Bereich des Selbermachens im urbanen Raum ab. Am Ende des Kapitels folgt eine Differenzierung in drei Kategorien sowie eine Begriffsdefinition für die weitere Arbeit.
- ② Im zweiten Kapitel *Räume des Selbermachens* wird der räumliche Aspekt des Selbermachens theoretisch beleuchtet. Der Begriff der Residualräume, der unprogrammierten Resträume in einer Stadt, wird erklärt. Des Weiteren werden gesellschaftlich geprägte Raumkonzepte vorgestellt und der Zusammenhang zwischen physischem Raum und sozialen bzw. gemeinschaftlichen Raum untersucht. Die erste Frage wird am Ende des Kapitels aus theoretischer Sicht beantwortet.
- ③ In *Die offizielle Seite des Selbermachens* wird der Umgang der Stadtverwaltung in Wien mit Beteiligungsprozessen und vor allem mit dem Selbermachen beleuchtet. Eine Unterscheidung zwischen Partizipation und dem Selbermachen wird vorgenommen. Am Ende des Kapitels steht ein Vorschlag für den zukünftigen Umgang der Stadt Wien mit dem Selbermachen. Die 2. Frage wird aufgrund von theoretischen Recherchen und Auseinandersetzungen in diesem Kapitel beantwortet.

- ④ Im vierten Kapitel *Analyse - Projekte aus Wien* folgt die Untersuchung von bereits realisierten Eigeninitiativ-Projekten im urbanen Raum. Dabei werden zwei historische Bewegungen, die Siedlerbewegung und die Wiener Häuserbesetzungen der 1970er Jahre, und drei aktuelle Projekte, der Gemeinschaftsgarten Donaukanal, der Gemeinschaftsgarten in der Kirchengasse und der Längenfeldgarten analysiert. Das Hauptaugenmerk liegt bei der Analyse erneut auf den zwei Fragestellungen um die Schlussfolgerungen aus den theoretischen Kapiteln durch Erkenntnisse aus der Praxis erweitern zu können.

Inhalt

In der aktuellen Diskussion werden zahlreiche Ausdrücke für das spontane Selbermachen im urbanen Raum geprägt, wie *do-it-yourself urbanism*, *everyday urbanism*, *communal urbanism*, *Zwischennutzung*, *voluntary urbanism*, *hands-on urbanism* und viele mehr. Alle diese Begriffe überschneiden sich in einigen Punkten und weisen andererseits Unterschiede auf. Gemein ist ihnen eine große Bandbreite von Bewegungen, von urban gardening in Wien, über informelle Ökonomie in Los Angeles, von Zwischennutzungen in Berlin über Platzbewegungen im krisengeplagten Athen. Eine Unterscheidung in unterschiedliche Formen des Selbermachens im urbanen Raum erscheint daher nötig um eine differenzierte Sicht auf die Thematik zu bekommen. Diese Unterscheidung wird im ersten Kapitel der Arbeit vorgenommen und erfolgt in drei Kategorien:

1. Selbermachen aufgrund von ökonomischem Zwang: Diese Art des Selbermachens wird von den AkteurInnen unfreiwillig angewandt um sich mit Wohnraum, Nahrung oder Einkommen zu versorgen.
2. Selbermachen als politischer Aktionismus: Die handelnden Personen setzten räumliche Interventionen um eine Thematik aufzuwerfen, die oft weit über die einzelne Intervention hinaus geht.
3. Selbermachen aus individuellem Wunsch: Die AkteurInnen verschönern oder verändern ihre Wohnumgebung aus eigenem Wunsch und ohne damit politische Ziele zu verfolgen.

Im Zuge dieser Arbeit kommen Beispiele aus allen drei Kategorien vor, das Augenmerk liegt aber auf dem Selbermachen als politischer Aktivismus. Diese Projekte sind für PlanerInnen besonders interessant, denn es wird von den AkteurInnen ein alternatives Gesellschaftsbild entworfen, eine Utopie, die in einer Aktion im Stadtraum Ausdruck findet. Oft sind diese Interventionen sehr kleinmaßstäblich, doch sie testen in gewisser Weise die entworfene Utopie an der Realität. An dieser Stelle entsteht die spannende Frage, wie die Umsetzung in die Realität erfolgt, denn die Ideen müssen an einem konkreten Ort in einer konkreten räumlichen Form festgemacht werden. Es stellt sich die Frage: Finden sich die zuvor entworfenen Utopien auch in den geschaffenen Räumen wieder?

Dieser Frage wird im 2. Kapitel theoretisch auf den Grund gegangen. Wo können Eigeninitiativ-Projekte in einer sich verdichtenden Stadt wie Wien, in der Wohn- und Freiraum kostbar ist, überhaupt noch entstehen? Die wenigen Residualräume, die in Wien noch existieren, bergen dieses Raumpotenzial. Residualräume sind unprogrammierte Räume, die bei der Planung von Städten als Überreste entstehen. Sie bieten die Möglichkeit, nichtkommerzielle, experimentelle Entwicklungen zuzulassen, die in anderen Räumen nur schwer möglich sind. Für die herkömmliche Planung sind Residualräume meist uninteressant, weil sie - zumindest im Moment - nicht kommerziell verwertet werden können. Die Aneignung dieser Räume durch BewohnerInnen und Initiativen, das aktive Handeln im Raum, führt zu einem Wandel der Charakteristika von Residualräumen.

Raumkonzepte, die menschliche Handlung als zentrales Raumbildendes Element sehen werden aus diesem Grund in weiterer Folge beleuchtet. Beispielsweise verweist das Raumkonzept von Pierre Bourdieu auf diese Beziehung von Gesellschaft und Raum. Es baut auf 3 Kategorien auf, dem physischen Raum, dem sozialen Raum und dem angeeigneten physischen Raum. Der physische und soziale Raum üben eine Wechselwirkung auf einander aus, die sich dann schlussendlich im angeeigneten physischen Raum zeigt: Er ist die Einschreibung von sozialen Komponenten im physischen Raum. (Bourdieu 1991, S.26f)

Stavros Stavrides beschreibt darauf aufbauend die Besonderheit von Räumen, die durch Eigeninitiative geschaffen werden. Er bezeichnet sie als *communal spaces*, als gemeinschaftliche Räume. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht von vornherein vorhanden sind, wie öffentliche Räume, sondern erst durch einen gemeinschaftlichen Akt geschaffen werden. (Stavrides 2013)

Im Gegensatz zu partizipativen Verfahren, existiert beim Selbermachen kaum eine vorgegebene Ordnung oder ein bestimmtes System – all das wird von den AkteurInnen selber geschaffen und immer wieder in Frage gestellt. Folgt man den Argumenten von Stavrides und Bourdieu, so müssten sich die neu geschaffenen Organisationsformen des Selbermachens auch in den räumlichen Ausformungen der geschaffenen Orte zeigen.

Theoretisch sollten sich die Räume des Selbermachens also stark von konventionell geplanten Räumen unterscheiden. Ob dies auch in der Praxis zutrifft wird anhand der Analyse von drei Projekten in Wien überprüft.

Grundsätzlich stehen Selbermachende in einer Stadt jedoch nie komplett in einem freien, rechtsleeren Raum, denn sie sind an die Gesetze, Regeln und Vorbedingungen der jeweiligen Stadt gebunden. Die Positionierung der Stadtverwaltung und -planung im Hinblick auf das Selbermachen im urbanen Raum ist daher entscheidend für den Erfolg von Projekten.

Die Rolle der „offiziellen Seite“ im Zusammenhang mit dem Selbermachen ist eine umstrittene. Als Grundlagen des Selbermachens gelten Selbstverwaltung und Selbstorganisation und die damit einhergehende Unabhängigkeit. Dennoch ist es für viele Initiativen ohne ein Entgegenkommen der Stadtverwaltung kaum möglich zu einer leistbaren Fläche zu kommen, oder genehmigungspflichtige Aktionen im Stadtraum durchzuführen. Zwangsläufig sind die AkteurInnen dabei auf das Wohlwollen oder zumindest auf die Akzeptanz der Stadtverwaltung angewiesen.

Es taucht die Frage auf, inwieweit sich eine Stadtverwaltung in von BewohnerInnen selbstinitiierte Projekte einbringen sollte und wie sie das am besten macht.

Tendenzen in den letzten Jahren haben gezeigt, dass Stadtverwaltungen oftmals die Ideen von Initiativen für Zwecke der Selbstvermarktung und des *Citybrandings* instrumentalisiert haben. Zwischen -nutzungen werden beispielsweise dazu benutzt einem neuen Stadtentwicklungsgebiet ein hippestes, kreatives Image zu verleihen um Investoren und Entwickler anzulocken. Zwischen dem Ermöglichen, dem aktivem Initiieren und dem Instrumentalisieren von Projekten, stehen einer Stadtverwaltung zahlreiche Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung, die im 3. Kapitel aufgelistet und bewertet werden. (Oswalt, Overmeyer, Misselwitz 2013, S.224-355)

Die Studie „Räume Kreativer Nutzungen. Potenziale für Wien“, die Urban Catalyst im Jahr 2014 im

Auftrag von Departure durchgeführt hat und die ebenfalls 2014 erschienene Broschüre „Do it yourself Stadtanleitung“ der Magistratsabteilung 25 lassen erahnen, dass Wien auch andere Interessen hat, als die Selbstermächtigung der BewohnerInnen. Die Stadt versucht sich im internationalen Städtevergleich als moderne Kreativstadt zu branden und ergründet dafür neue Strategien. Zusätzlich werden BewohnerInnen dazu motiviert, sich die Stadt anzueignen.

Andererseits gibt es in Wien mit den Gebietsbetreuungen, der Lokalen Agenda 21 und mit dem Projekt *einfach – mehrfach* der Magistratsabteilung 18 sehr gute Ansätze um BewohnerInnen bei Eigeninitiativ-Projekten zu unterstützen. Mit dem Ausbau dieser Tools, mit mehr Durchsichtigkeit und mit der Reduktion von Bürokratie für Minimalinterventionen könnte die Stadt eine Erleichterung des Selbermachens in Wien bewirken, ohne die Initiativen in eine vorgegebene Richtung zu drängen.

Das 4. Kapitel behandelt detailliert umgesetzte Eigeninitiativ- Projekte in Wien und analysiert die jeweilige Räumliche Ausformung, sowie die Rolle, die die Stadtverwaltung in der Umsetzung der Projekte einnahm und teilweise immer noch einnimmt.

Anfangs werden zwei historische, politisch motivierter Eigeninitiativ- Projekte untersucht, die Siedlerbewegung und die Häuserbesetzungen im Wien der 1970er Jahre. Das Selbermachen im urbanen Raum ist in Wien durchaus kein neues Phänomen sondern existiert schon seit Anbeginn der Stadt. Orte werden von BewohnerInnen für bestimmte Nutzungen umfunktioniert oder vollkommen neue Nutzungen für vorgefundene Räume entdeckt.

Beispielsweise kam es nach dem ersten Weltkrieg zu einer Welle informeller Ansiedlungen an den Rändern der Stadt um die Versorgung mit Nahrung und Wohnraum sicherzustellen. Aus diesen Ansiedlungen entwickelte sich die Siedlerbewegung, die durch Selbstorganisation zahlreiche Siedlungsprojekte in Wien realisierte und tausende Mitglieder zählte. (Novy 2012, S.128-130)

Später, in den 1970er Jahren kam es zu einem Aufschrei nach Selbstbestimmung weil die paternalistische Stadtregierung keinerlei Mitbestimmung der Bevölkerung zuließ und eine strikte top-down Planung forcierte. In Wien wurden von Protestbewegungen zahlreiche Häuser besetzt um freie Räume für Kunst, Kultur und Gesellschaft zu schaffen, darunter auch die berühmte Arena und das Amerlinghaus. (Nußbaumer, Schwarz, Werner 2012, S.16-18)

Eine Fortsetzung finden diese Gedanken in aktuellen, von BewohnerInnen eigeninitiierten Projekten in Wien. Im zweiten Teil des 4. Kapitels setzt sich die Arbeit mit 3 Initiativen auseinander, die sich Stücke des urbanen Raumes angeeignet haben um diesen aktiv zu gestalten. Diese Flächen liegen im nichtbebauten Stadtraum, stellen eine klare räumliche Intervention dar und sind nicht als temporäre Projekte geplant, sondern haben den Anspruch längerfristig zu bestehen.

Der Donaukanalgarten schafft in einem der umkämpftesten Räume in Wien einen öffentlich zugänglichen Garten, der sich gegen die Kommerzialisierung des Stadtraumes und für mehr Transparenz bei der Vergabe von Innerstädtischen Flächen ausspricht. Der Längenfeldgarten ist ein Guerillagarten und deshalb aus einer Landnahme entstanden. Er hält sich schon seit Jahren und hat einen Wandel sowohl in der Zusammensetzung der Personengruppe als auch in den politischen Zielen miterlebt. Der Gemeinschaftsgarten Kirchengasse der Salatpiraten befindet sich auf einer Restgrünfläche im 07. Bezirk, die direkt an belebte, urbane Gebiete angrenzt. Mit viel Kreativität hat die Gruppe das Gebiet begrünt und umgestaltet.

Alle drei Projekte haben unterschiedliche politische Zielsetzungen, verfolgen also andere Utopien. Sie haben unterschiedliche Möglichkeiten genutzt um an Flächen zu kommen und organisieren sich jeweils einzigartig.

Methodik

In der folgenden Arbeit wird in drei theoretischen Kapiteln den Fragen nachgegangen, welche Konzepte des Selbermachens es momentan gibt, welche räumliche Ausformung sie annehmen und wie die Stadtverwaltung mit diesen Phänomenen umgeht. In diesen Teil fließt Wissen aus der theoretischen Recherche. Diese setzt sich aus einer Literatur- und Internetrecherche zusammen. Weiters flossen Informationen aus Interviews mit Personen, die selbst Projekte in der Stadt Wien umgesetzt haben ein. Den Interviews mit einer externen Planerin, Gabu Heindl und mit der Leiterin des Projektes einfach – mehrfach der MA 18, Jutta Kleedorfer, ist jeweils eine Doppelseite der Arbeit gewidmet. Zitate daraus finden sich in allen Kapiteln wieder. Kirsten Förster, die als Mitarbeiterin des Büro PlanSinn in viele Beteiligungsprozesse involviert ist wurde ebenso im Zuge der Recherche befragt.

Um die Forschungsergebnisse anschaulich darzustellen wurden von der Verfasserin mehrere Grafiken und Icons erstellt.

Das vierte Kapitel setzt sich aus der Analyse von fünf Interventionen im Stadtraum von Wien zusammen. Die zwei historischen Projekte wurden ebenfalls durch eine Literatur- und Internetrecherche ausgeforscht. Die drei aktuellen Projekte wurden unter Zuhilfenahme diverser Methoden aufgenommen und untersucht. Nicht teilnehmende Beobachtungen verliehen einen objektiven Blick auf die Projekte und auf die Interaktion von internen- und externen Personen mit den Gärten. Zusätzlich erfolgte auch eine teilnehmende Beobachtung durch die Teilnahme an Veranstaltungen, Sitzungen, Führungen oder Gesprächen mit GärtnerInnen.

Offizielle Interviews mit beteiligten Personen wurden aufgezeichnet und transkribiert. Aus Respekt für die Wünsche der interviewten Personen, werden einige InterviewpartnerInnen anonymisiert. Aus demselben Grund liegen die wörtlichen Transkriptionen der Interviews dieser Arbeit nicht bei, können aber bei Bedarf von der Verfasserin angefordert werden. Beobachtungsprotokolle, Statistiken und Auswertungen befinden sich auf der CD, die der Arbeit beiliegt.

Um Darstellungen und Pläne der Projekte anfertigen zu können wurden vor Ort Fotos und Skizzen angefertigt. Collagen, Fotos und Plandarstellungen sollen die räumlichen Besonderheiten der einzelnen Projekte veranschaulichen.

Die Straßen, Nischen und öffentlichen Räume Wiens verändern sich. Langsam entstehen immer mehr Mikro-Interventionen im Stadtraum, die sich in kleinen Gesten offenbaren. Blumentröge und Kisten vermehren sich auf den Straßen. Gehsteig- oder Parkplatzfeste werden gefeiert, Pop up stores, Coworking Spaces und urbane Landwirtschaft erkämpfen sich mehr und mehr ihren Platz in der Stadt. Die Veränderung ist spürbar auf den täglichen Wegen die man zurücklegt - wenn auch oft nur im Kleinen. Ein Stadtspaziergang...



■
Konzepte des Selbermachens im urbanen Raum

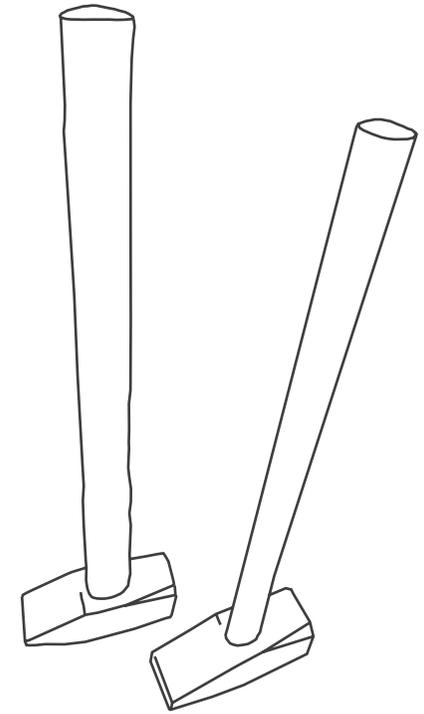
■
Räume des Selbermachens

■
Die offizielle Seite des Selbermachens

■
Analyse - Projekte aus Wien

01

Konzepte des Selbermachens im urbanen Raum



Das Selbermachen, also das eigeninitiierte Formen von Stadträumen durch BürgerInnen, wird momentan wieder zu einem wichtigen Element der Stadtraumproduktion. Woher kommt dieses Bedürfnis die Stadt selbst zu Gestalten?

Bei der Suche nach dem Ursprung des Selbermachens, stößt man zuerst auf die Frage, wann diese Art des selbstinitiierten Handelns untypisch wurde. Denn der Ursprung jedes Bauens und Gestaltens war das Selbermachen, das Bauen ohne PlanerInnen oder das vernakuläre Bauen.

Das Vernakuläre wird von Personen in ihrem alltäglichen Handeln erzeugt, es ist von lokalen Praktiken geformt und bedarf keiner professionellen Planung. (vgl. Kirshenblatt-Gimblett 2008, S.19) In ländlichen Regionen der Welt ist diese Form des Bauens noch immer sehr weit verbreitet. Wichtig ist, dass EigentümerIn/ErbauerIn und NutzerIn beim vernakulären Bauen dieselbe Person oder Personengruppe sind.

Die Wichtigkeit des Bauens in seiner Verbindung zum Wohnen und Leben beschreibt Martin Heidegger 1951 in seinem Aufsatz Bauen Wohnen Denken: „Bauen nämlich ist nicht nur Mittel und Weg zum Wohnen, das Bauen ist in sich selber bereits Wohnen.“ (Heidegger 2000, S.148) Dieses Bauen bedeutet nicht nur Errichten, es beinhaltet das Pflegen und Errichten gleichermaßen. „Das alte Wort bauen, das sagt, der Mensch sei, insofern er wohne, dieses Wort bauen bedeutet nun aber zugleich: hegen und pflegen, nämlich den Acker bauen, Reben bauen.“ (Heidegger 2000, S.149). Heute sei die zweite Bedeutung des Bauens, das Pflegen abhanden gekommen und es gehe nur mehr um das Errichten.

Dieser Wandel in der Denkweise über das Bauen, lässt sich möglicherweise mit der Trennung von EigentümerIn bzw. ErrichterIn und NutzerIn erklären. Entscheidend ist eher der Verbrauchswert, der materiellen Wert eines Gebäudes oder Raumes, als dessen Gebrauchswert.

Ein entscheidender Schritt zur Trennung von EigentümerIn/ErbauerIn und NutzerIn erfolgte mit dem enormen Zuzug in die Städte, der bereits im 18.Jahrhundert in Wien begann und sich um 1850 zuspitzte. Immer mehr Personen lebten in Mietwohnungen, die im Besitz Anderer standen und von Anderen erbaut wurden. Trotz oder gerade aufgrund dieser Entwicklung gab es aber zu jeder Zeit eine gewisse Form der Aneignung von urbanen Räumen, von Innenhöfen, Straßenräumen und ähnlichem.

Elke Krasny bezeichnet die Geschichte der Urbanisierung als eine Sequenz von Krisensituationen. Die Lösung der Krisen erfolgt selten von oben herab durch einen Masterplan sondern durch bottom-up Initiativen, die Probleme in die eigene Hand nehmen. Sehr oft sind Gärtner- oder Siedlerbewegungen Zeichen von Krisenbewältigung. (vgl. Krasny 2012b)

Dieses Phänomen kann man auch an der Geschichte Wiens ablesen. Aufgrund steigender Mietpreise kam es im späten 19. Jahrhundert zu vielen informellen Ansiedelungen in der Peripherie von Wien. Personen wurden durch die einsetzende Krise in den Städten des 19. Jahrhunderts, durch Überbevölkerung und Elend, wieder in die aktive Rolle der Wohnraumproduzenten gezwungen.

Frühe Formen der Raumanneignung waren also meist durch unzureichende Versorgung mit Wohnraum oder Nahrung bedingt.

Warum erfährt das Selbermachen aber gerade im 21.Jahrhundert unter anderm in wohlhabenden Ländern des globalen Nordens wieder einen Aufschwung? Was ist die Motivation der handelnden Personen und was sind ihre Beweggründe? Im Folgenden werden aktuelle Konzepte der Selbermachenden vorgestellt und verglichen.

01.1 Aktuelle Konzepte des Selbermachens

In den letzten 15 Jahren sind viele unterschiedliche Begriffe für das absichtsvolle Handeln von Personen im städtischen Raum geprägt worden. Vom *everyday urbanism* über *do-it-yourself*, von Zwischennutzung bis *hands-on* oder *Make_shift urbanism*. Diese außerordentliche Begriffsvielfalt zeigt, dass das Thema eine große Aktualität besitzt und stark diskutiert wird. Ein allgemeingültiger Konsens zwischen jeweiligen Theorien wurde jedoch noch nicht gefunden, was an der großen Vielfalt von Bewegungen und Handlungsstrategien der letzten Jahre liegen könnte.

Die 183zigste Ausgabe des *archplus*, einer deutschen Zeitschrift für Architektur und Städtebau, versuchte bereits 2007 den Inselcharakter von Begriffen wie *everyday urbanism*, Zwischennutzung, Spaziergangswissenschaft etc. zu durchbrechen und sie in einen gemeinsamen Diskurs zu bringen. All diese Bewegungen seien „...Handlungsstrategien, die im Sinne von *to enable* die Beziehungen zum Raum, zwischen Planer und Planungsraum und zwischen Bewohner und Lebensraum neu fassen.“ (Kuhnert, Ngo, Luce, Kleist 2007, S.18).

Auch dieses Kapitel widmet sich den unterschiedlichen Konzeptionen und dem Ursprung von Bewegungen, die den städtischen Raum von unten verändern wollen. Unterschiedliche Theorien und Definitionen werden angeführt. Zusätzlich werden Beispiele aus Wien zugeordnet um die Theorien zu veranschaulichen.

Es werden sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede aufgezeigt, die am Ende des Kapitels zu einer Unterscheidung von 3 unterschiedlichen Kategorien des Selbermachens führen.

01.1.1 Voluntary Urbanism oder Agency

Während in der Moderne und Postmoderne noch die Freiheit der Gedanken und Worte im Vordergrund stand, nimmt in der heutigen Gesellschaft die Freiheit des Handelns einen immer größeren Stellenwert ein. Die Menschen haben einen Drang zum Handeln, zum Erschaffen. Diesem Drang gehen sie immer öfter auch im städtischen Raum nach. *Agency* beschreibt die Fähigkeit einer Person die Entscheidung zu einer Handlung zu treffen. In Zusammenhang mit Urbanismus bedeutet Agency einen freiwilligen Akt der Teilhabe an der Verteidigung von verlorenen urbanen Phänomenen oder der Erschaffung von neuen – den *voluntary Urbanism* oder freiwilligen Urbanismus. Wenn Städte inklusiv, gerecht und dauerhaft sein sollen, dann müssen die Einwohner sie gemeinschaftlich erschaffen. (vgl. Oliveira 2013, S.114-116) Agency ist eine grundsätzliche Voraussetzung für jedes freiwillige Handeln im Stadtraum. Sie setzt mündige und freie BürgerInnen voraus, die nicht zum Selbermachen im urbanen Raum gezwungen sind um ihre ökonomische Situation zu verbessern, sondern denen das Selbermachen ein grundlegendes Anliegen ist.

Als *voluntary urbanists* können zum Beispiel freiwillige Feuerwehrfrauen oder Feuerwehrmänner, TeilnehmerInnen an Bürgerinitiativen oder GemeinschaftsgärtnerInnen angesehen werden, die Liste ließe sich aber noch sehr lange weiterführen. Für die meisten der folgenden Definitionen des Selbermachens gilt Agency als Ausgangspunkt.

Ab. 01.01 (nächste Seite)

Der Verein *Garten Wolfganggasse* organisiert seit 2009 die Begrünung von Baumscheiben und Grünstreifen entlang der Wolfganggasse. Die Wohnumgebung wird dadurch verschönert und das Gemeinschaftsgefühl in der Umgebung gestärkt. Regelmäßig finden Feste statt und jeden Freitag im Juni ist ein Teilstück der Wolfganggasse autofrei.

Wolfganggasse, 1120 Wien

<http://gartenwolfganggasse.blogspot.co.at>



01.1.2 Everyday Urbanism

Everyday Urbanism, hier übersetzt als Urbanismus des Alltäglichen, ist ein Konzept von Margaret Crawford, John Chase und John Kaliski, das nach langen Jahren der Forschung und Beobachtung in dem Buch *Everyday Urbanism* im Jahr 1999 erstmals veröffentlicht wurde. Sie untersuchen darin einen Urbanismus der die menschliche Erfahrung von Raum und Zeit in den Mittelpunkt stellt. (vgl. Leighton Chase, Crawford, Kaliski 2008, S.06) Das Phänomen des Alltäglichen wurde in der Vergangenheit bereits von Henri Lefebvre, Guy Debord und Michel de Certeau thematisiert und als wichtige kulturelle und gesellschaftliche Praxis identifiziert. Den Urbanismus des Alltäglichen macht das gewöhnliche Verhalten von Personen, das Gehen auf der Straße, das Erledigen von Einkäufen im Grunde also das Interagieren und Aufeinandertreffen von unterschiedlichen Menschen und Positionen aus. Die Stadt versteht sich als Produkt des Sozialen. Hierbei ist die menschliche Erfahrung des urbanen Raumes wichtiger für den Charakter einer Stadt als der gebaute Raum selbst. Als Konsequenz dieser Denkweise wird die Rolle der BewohnerInnen gestärkt, es verschwimmen die Grenzen zwischen ExpertInnen, PlanerInnen und LailInnen, denn jeder ist in seinem täglichen Verhalten Urbanist bzw. Urbanistin. (vgl. ebd. S.07-09)

Der alltägliche Urbanismus wird nach Michel de Certeau als taktisch und nicht strategisch bezeichnet, da er vor allem mit dem Element der Zeit und nicht mit einem fixen Ort spielt. Alltägliche Kreativität wird genutzt um Orte zu bespielen, meist nur temporär und flexibel. Als Orte dienen oft Winkel und Nischen des städtischen Raumes, die bei Bedarf gewechselt werden können. (vgl. ebd. S.09-14)

Der alltägliche Urbanismus bildet den *everyday public space* aus, den alltäglichen öffentlichen Raum. Im Gegensatz zu normativen öffentlichen Räumen, stellen diese ihre eigenen Regeln auf. Über die Stadt verteilt werden gewöhnliche Räume zu spezifischen, indem sie von gewissen Personengruppen bespielt werden. Sie werden zu Arenen, in denen Debatten stattfinden oder in denen Bedürfnisse erfüllt werden können. Eine klare Funktionszuweisung fehlt, hybride und wechselhafte Nutzungen können sich entwickeln. Ohne eine einschränkende gebaute Form, die von Anfang an die Nutzung bestimmt, werden die alltäglichen öffentlichen Räume von Aktivitäten geformt. Sowie diese Räume frei von einer fixen gebauten Form sind, sind sie es auch von einer fixen zeitlichen Konstante. Sie können verschwinden und wieder auftauchen, sie schaffen sich einen eigenen Zyklus. (vgl. Crawford

2008, S.28-30)

Crawford untersucht in ihrer Arbeit vor allem niederschwellige und ökonomisch motivierte Formen des alltäglichen Urbanismus in Los Angeles, wie beispielsweise StraßenhändlerInnen zentralamerikanischer Herkunft die ihre Waren auf Gehsteigen, Parkplätzen etc. verkaufen oder Garagenverkäufe in mexikanischen Communities. Sie stellt fest, dass die neuen alltäglichen öffentlichen Räume, die durch soziale Prozesse geschaffen werden, die Frage nach politischer und ökonomischer Teilhabe neu aufwerfen und sieht sie deshalb als wichtige Chance für die Zukunft der Stadt. (vgl. ebd. S.35) Bei der Frage, ob Stadtplanung und Design in Zukunft durch bottom-up Initiativen oder weiterhin durch top-down Planung entschieden werden soll, gibt es die Auffassung, beides müsse miteinander kooperieren. Für Architekturschaffende, StadtplanerInnen und DesignerInnen sei es wichtig, die täglichen Rituale einer Community zu respektieren und die Komplexität des städtischen Umfeldes zu begreifen. Planung und Implementierung sollen schrittweise und als demokratischer Prozess ablaufen. Für die Gestaltung des Prozesses schlägt John Leighton Chase 3 wichtige Punkte vor: 1. Der aktuelle Kontext mit den vorhandenen Ritualen, Gewohnheiten und Akteuren soll als Ausgangspunkt dienen. Danach soll 2. ein demokratischer Designprozess, bei dem die BewohnerInnen Vorschläge und Ideen einbringen und sammeln, mögliche Veränderungen zur Ausgangslage hervorbringen. Im 3. Schritt kommt die Expertise der PlanerInnen hinzu um Möglichkeiten aufzuzeigen und Entscheidungen zu erleichtern. (vgl. Leighton Chase 2008, S.218-220)

Der *Everyday urbanism* ist zur Zeit seiner Prägung entscheidend, da er die BewohnerInnen und die alltäglichen Rhythmen eines Viertels ins Zentrum der Planung stellt. Heute gehört dieses Wissen bereits zum Standard vieler Planender und der oben beschriebene Planungsprozess wird vielfach angewandt.



Ab. 01.02
Mikroökonomische Phänomene auf den Straßen von
Los Angeles
Ab. 01.03 und 01.04
Wiener Märkte als alltägliche Treffpunkte.
Fasanmarkt und Brunnenmarkt
Fasanplatz, 1030 Wien
Brunnengasse, 1160 Wien



01.1.3 Communal Urbanism

Der Begriff der Commons, zu übersetzen mit Gemeingütern oder Almenden, findet sich in vielen Publikationen zu bottom-up Initiativen. Für diese Arbeit sind die *urban Commons*, also die Gemeingüter im städtischen Raum entscheidend, sowie der Akt diese Güter zu erzeugen, das *urban commoning*. Das Aufleben dieses Begriffes ist durch die Dominanz und das gleichzeitige Scheitern des neoliberalen Wirtschaftsystems bedingt. Kapitalistische Interessen bestimmen aktuell auch die Stadtpolitik in einem enormen Ausmaß, denn das Gut Boden wird immer mehr zur Ware und zum Investitionsobjekt. (vgl. Baier, Müller, Werner 2013, S.46) Der Gebrauchswert einer Stadt oder einzelner Grundstücke darin wird somit zunehmend hinter deren Tauschwert zurückgestellt. (vgl. Holm, Gebhardt 2011, S.9) BesitzerInnen und NutzerInnen einer Fläche sind kaum mehr dieselbe Person und die NutzerInnen haben kaum Recht selbst über Gestaltung oder Gebrauch von urbanen Raum zu bestimmen.

Gegen Entwicklungen dieser Art treten urbane *Commonisten* auf. Sie schaffen erst durch gemeinschaftliches Handeln, einen kollektiven Akt im öffentlichen Raum den *communal space* oder die *Commons*. An diese Orte bindet die teilhabenden Personen ein Zugehörigkeitsgefühl zu dem Raum und der Gruppe, er wird als *common home* wahrgenommen. (vgl. Stavrides 2014b) Für die Entstehung von urbanen Commons ist die Inbesitznahme und Aneignung von Flächen entscheidend, die im Anschluss durch gemeinnützige, demokratische Ordnungen bespielt werden. Die Nutzung der Flächen wird dem Gemeinwohl unterstellt, sie werden beispielsweise kollektiv bewirtschaftet, Arbeitsgemeinschaften werden gegründet, Wissen wird frei zur Verfügung gestellt etc.. Die Akteure wenden sich gegen jede Art der Machtkonzentration, neue Formen von Zusammenarbeit und gesellschaftlicher Organisation werden erprobt. Demokratie als Organisations- und Lebensstil werden gelebt, oft bewusst abseits von den überholten, hierarchischen Modellen der Realpolitik. (vgl. Baier, Müller, Werner 2013, S.84)

Die Frage der Institutionen des Gemeinschaffens ist eine wichtige, denn sie regeln die Praktiken des Gemeinschaffens und liefern einen potenziellen Gegenentwurf zum bestehenden System. Oft besteht die Gefahr, dass die Ziele der *Commonisten* sich nicht in der Gestaltung ihrer Institutionen widerspiegeln. Beispielsweise wird oft die freie Zugänglichkeit als Ziel genannt, in der alltäglichen

Praxis entstehen aber Mechanismen, die bestimmte Personengruppen ausschließen oder die nur schwer eine Erweiterung der Mitgliedergruppe zulassen. Urbane *Commonisten* müssen aktiv von Innen dagegen arbeiten, dass es zu einer Einhegung der Gruppe kommt und dass die Bewegung offen und beweglich bleibt. (vgl. Stavrides 2014a, S.87)

Commons sind kein Versuch das existierende System weiterzuentwickeln und in Verhandlungen zu treten – sie agieren meist außerhalb des Systems und kreieren ein Eigenes. Commons sind eine Utopie des egalitären Zusammenlebens und Teilens. Wenn Sie es schaffen die Gruppe für jeden offen zu halten, können Sie einen alternativen Gesellschaftsentwurf liefern in dem das Teilen von Gütern, Macht und Lebenswelten in den Vordergrund tritt.



Ab. 01.05

Das Bäckerei Wien ist eine unabhängige kulturelle, soziale und politische Plattform, die die Grundsätze der solidarischen Ökonomie vertritt. Als Werkstatt, Küche und Plattform für Vorträge, Diskussionen, Workshops und Filmvorführungen bietet sie all jenen gratis einen Raum, die diesen benötigen.
Tannengasse 1, 1150 Wien. dasbaeckerei.net

Ab. 01.06 (nächste Seite)

Die Schenke versteht sich als Kost-nix Laden, der auf Schenkökonomie aufbaut, mit geschlossenem, offenem Veranstaltungsraum und Cafe auf Spendenbasis. Es herrscht in den Räumlichkeiten keinerlei Konsumzwang, sie können für Diskussionen, Vorträge, Workshops, Vernetzungstreffen oder einfach zum Plaudern genutzt werden.
Pfeilgasse 33, 1080 Wien. www.dieschenke.org



01.1.4 Do-it-yourself Urbanismus (DIY)

Do-it-yourself Urbanismus bedeutet nach der Definition im Buch *Stadt der Commonisten. Neue urbane Räume des Do it yourself*, das Setzen von Handlungen und das Schaffen von Orten, die sich der kapitalistischen Logik entziehen. DIY und urbane Commons gehen oft eine Verbindung ein. Durch do-it-yourself Initiativen geschaffene Orte bieten Möglichkeiten für eine andere Form des Wirtschaftens, Arbeitens und des Miteinanders. Es steckt nicht das Anliegen dahinter die Gesellschaft durch Aktionen stückweise zu ändern, sondern die Schaffung einer eigenen Organisation, die von Grund auf anders funktioniert. DIY bedeutet „...wirtschaftliches und soziales Handeln, das sich der Warenförmigkeit zu verweigern sucht.“ (Baier, Müller, Werner 2013, S.86) Es ist in vielerlei Hinsicht die Gegenthese zum Konsumentensubjekt, dass von den Interessen anderer gesteuert wird und passiv agiert. (ebd. S.220)

DIY schafft laut Definition offene Räume, die jedem ohne Eintritt zu zahlen zugänglich sind. Jedoch gibt es auch einen normativen Rahmen, der nicht jedes Verhalten toleriert, wie beispielsweise schadhafte Benehmen. Über die offene Zugänglichkeit hinaus, spielt auch open source, also der freie Zugang zu Wissen eine wichtige Rolle. Über Netzwerke wird Wissen ausgetauscht und vermehrt. (vgl. ebd. 201, S.167)

DIY kann auch als Habitus verstanden werden. Ein gewisser Kleidungs-, Sprach- und Verhaltensstil zeichnet die Gruppe der Selbermacher aus.

Die Vorgehensweise des do-it-yourself ist geprägt von Improvisation. Wenn ein Problem aufkommt, wird ein Lösungsansatz gesucht – ganz nach dem trial and error Prinzip. Scheitern und Fehler sind erlaubt und Teil des Prozesses. (vgl. ebd. 2013, S.86) Auch die räumlichen Arrangements des do-it-yourself sind geprägt von einer Wandelbarkeit und Flexibilität

In der Wiener Stadtplanung ist der Begriff DIY mittlerweile angekommen. In der Broschüre: DIY. Stadtanleitung, ruft der Wohnbaustadtrat Michael Ludwig zu mehr Selbstinitiative der Wiener auf. Es werden einfache Maßnahmen aufgezeigt, wie BewohnerInnen sich einbringen können um Projekte auf lokaler Ebene umzusetzen. Der öffentliche Raum wird als „erweitertes Wohnzimmer“ der Bevölkerung angesehen, in dem Erholung, Austausch und Begegnung stattfinden soll. Die Broschüre bietet Ideen und Anleitungen um Projekte umzusetzen. (vgl. Magistratsabteilung 25 2014, S. 07-15)

Dem DIY werden von unterschiedlichen Definitionen Eigenschaften und Werte zugeschrieben, die in der Realität sehr schwer zu erfüllen sind und in den wenigsten Projekten Erfüllung finden. So schließt ein bestimmter Habitus im Sinne von Sprache, Kleidung und Verhalten eine vollkommene Offenheit gegenüber anderen bereits aus.

Ab. 01.07 und 01.08

Der Krongarten ist eine grüne, begehbare Gartenskulptur im 5. Bezirk. Er nimmt die Fläche von 1,5 Parkplätzen ein und bietet stattdessen einen innerstädtischen Freiraum an. Der Kunstverein Hinterland organisiert das Projekt jährlich von Mai bis September unter Mitwirkung zahlreicher AnrainerInnen. Die Gestaltung des Gartens erfolgt über einen offenen Ideenwettbewerb.

Krongasse 20, 1050 Wien <http://www.krongarten.at>



01.1.5 Hands-on Urbanism

Elke Krasny prägt den Ausdruck *Hands-on Urbanism* im Jahr 2012 durch die gleichnamige Ausstellung (Anm. *Hands-on Urbanism. Vom Recht auf Grün*) im Architekturzentrum Wien, die von einer Publikation begleitet wurde. Gemeint ist damit ein Urbanismus, der sich als Antwort auf gesellschaftliche, politische oder ökonomische Krisen durch Selbstorganisation des Volkes, also von unten herauf bildet. Den Ursprung dieser Bewegung ortet Krasny in den 1860ern und der ersten Schrebergartenbewegung in Leipzig, die ihre Entstehung der Eigeninitiative einiger BewohnerInnen zu verdanken hatte. (vgl. Krasny 2012a, S.11-13)

Im Unterschied zum Begriff des do-it-yourself Urbanismus, wird der Hands-on Urbanismus nicht nur mit aktuellen Formen der urbanen Umgestaltung in Verbindung gebracht. Ebenso hält er sich fern von den eher elitären Charakteristika des do-it-yourself Urbanism wie Kreativität, Ästhetik, Ökologisches Bewusstsein, etc.. In der Publikation werden Projekte genannt, die von der bäuerlich proletarischen Bewegung der Selbstversorgung in Berlin, den Laubenkolonien um 1870, über informelle Siedlungen in Lateinamerika und Gecekondos in Istanbul, bis zu Nachbarschaftsgärten reichen. Der Hands-on Urbanismus wird über mehr als 150 Jahre hinweg als selbstorganisierter Lösungsversuch auf ökonomische und politische Krisen dargestellt. Als zentrale Elemente der Bewegung gelten:

„Selbstorganisation, Selbsthilfe, Gestaltungsmacht, Etablierung von Regeln für eine Gemeinschaft, die sich mit und um den Raum, den sie erzeugt, bildet und durch die miteinander ausgehandelten Regeln bestimmt, Anteilhabe und Partizipation, das Verhältnis zur offiziellen Stadt mit ihren Einrichtungen und Gesetzen sowie zum herrschenden ökonomischen System und die physische Aktivität des Gärtnerns und des Bauens in ihrer sozialen, kulturellen, ökonomischen, pädagogischen und der Natur verbundenen Dimension, aber auch grundsätzlich in ihrer ontologisch-existenziellen.“ (Krasny 2012a, S.11)

Die Praxis des Hands-on verändert nicht nur den bespielten Raum, sondern die Akteure selbst, ihre Beziehungen zueinander und die Beziehung zum Raum. Im weiteren Sinn verändert sie auch in langsamen Schritten die Gesellschaft: Durch aktives Handeln von Menschen, kann Einfluss auf Politik und Gesellschaft geübt werden. (vgl. Krasny 2012b) „Die Zukunft ist zu bedeutend, um sie der Geschichte der anderen zu überlassen.“ (Krasny 2012a, S.36)

Aktuelle Tendenzen des „Aktivismus leicht gemacht“, wie Seedbombs, die man bereits online bestellen kann, steht die Autorin kritisch gegenüber. Ebenso sieht die Darstellung des Informellen als hipper Hintergrund problematisch, wie es zum Beispiel in der Handtaschen Werbekampagne von Vivian Westwood passierte, die im Slum Kibera in Nairobi gedreht wurde. (vgl. Krasny 2012a, S.31)

Darüber hinaus werden auch aktuelle Projekte, wie die Rooftop Farms in New York thematisiert. Obwohl sie einen pädagogischen Zweck erfüllen und als Treffpunkte dienen, verfolgen sie unternehmerische Gedanken zum Beispiel durch Vermietung von Dachflächen für Partys. Offen bleibt die Frage, ob diese Gärten noch als emanzipatorische Projekte des Widerstands angesehen werden, oder ob sie den „Shift zum New Spirit of Capitalism“ bereits vollzogen haben. (vgl. ebd. S.30)



Ab. 01.09
 Vivian Westwood beim Photoshooting für Ihre Handtaschenkollektion 2011 in Kibera, dem größten Slum Afrikas. Die Handtaschenlinien wurde in Zusammenarbeit mit der NGO *Ethical Fashion Africa* hergestellt um Arbeitsplätze für benachteiligte Personen in Kenya zu schaffen. (Chonghaile 2011)

Im Photoshooting wird die Kulisse des Slums bewusst genutzt um die Ästhetik des informellen für Werbezwecke zu nutzen. Der „Favela Chic“ erreicht hiermit eine neue Dimension.

01.1.6 Situativer Urbanismus

Ausgehend vom unitären Urbanismus der Situationistischen Internationale unter Guy Debord spannt Anh Linh Ngo einen Bogen zur heutigen Gesellschaft der individuellen Selbstverwirklicher, die nicht mehr kollektiv sondern individuell in losen Netzwerken situativ Handeln.

Unter dem unitären Urbanismus ist ein Gesellschaftsentwurf zu verstehen, eine Form von Raumproduktion und Raumnutzung, die in den 1960er Jahren von der Situationistischen Internationale geprägt wurde. Im unitären Urbanismus sollen „Lebensweise und Lebensumfeld“ verschmelzen. Teilung in Arbeit, kollektive Freizeit, Kunst, Politik und Alltagspraxis werden aufgehoben. Grundlage dafür war die propagierte „kollektive Kreativität“ die Jede/n in neuer Art und Weise dazu ermächtigen sollte, in den schöpferischen Akt einzutreten und Stadtraum selbst zu produzieren. (vgl. Ngo 2007, S. 20) „Damit verlagern die Situationisten die Bedeutungsebene der Stadt vom Objekt des Gebauten auf die Handlung und den Vollzug der Handlung, also auf performative Aspekte des Städtischen.“ (ebd. S. 20)

Erfolgen sollte dies laut Guy Debord durch *Dérive*, das ziellose Herumstreifen, und durch *Detournement*, die Umnutzung der gegebenen Strukturen. Diesen langsamen Prozess des Umdeutens und Umfunktionierens von bereits bestehenden städtischen Räumen durch Kreativität nannte Debord *Readymade*. (ebd. S. 19)

Heute sei diese Forderung in gewisser Weise wahr geworden, nur zeigt sich die Kreativität der Menschen in kleinen Eingriffen, im Alltäglichen, im Lokalen nicht in abstrakten Systemen. Und an die Stelle der kollektiven Kreativität tritt individuelle Selbstverwirklichung. Dieses Handeln ist situativ, also spontan, flexibel und situationsabhängig und an lose Netzwerke gebunden, die wenig persönliche Bindung fordern aber große Vorteile bringen. (ebd. S. 19f)

01.1.7 Zwischennutzung

Zwischennutzung bedeutet „befristete, flexible Nutzungen von Brachen und ungenutzten Räumen, die mit geringen Investitionen durchgeführt werden können.“ (ImPlan-Tat 2013) Dafür geeignete Räume werden momentan vom Eigentümer nicht genutzt, sollen jedoch zu einem späteren Zeitpunkt einer fixen Nutzung zugeführt werden.

Oft handelt es sich bei den Orten um von der Planung vernachlässigte Flächen, die dann durch Eigeninitiative, Kreativität und Nutzung sozialer Netzwerke neu bespielt werden. (vgl. Oswald, Overmeyer, Misselwitz 2013, S.11) Zwischennutzer verfügen über wenig finanzielle Ressourcen, aber über viel soziales und kulturelles Kapital, großes Engagement und hohe Bereitschaft zu Improvisation. (vgl. ebd. S.53) Mitunter entwickeln sich Zwischennutzungen zu wahren Anziehungspunkten eines Viertels in dem sich innovative Praktiken entfalten. (vgl. ebd. S. 13)

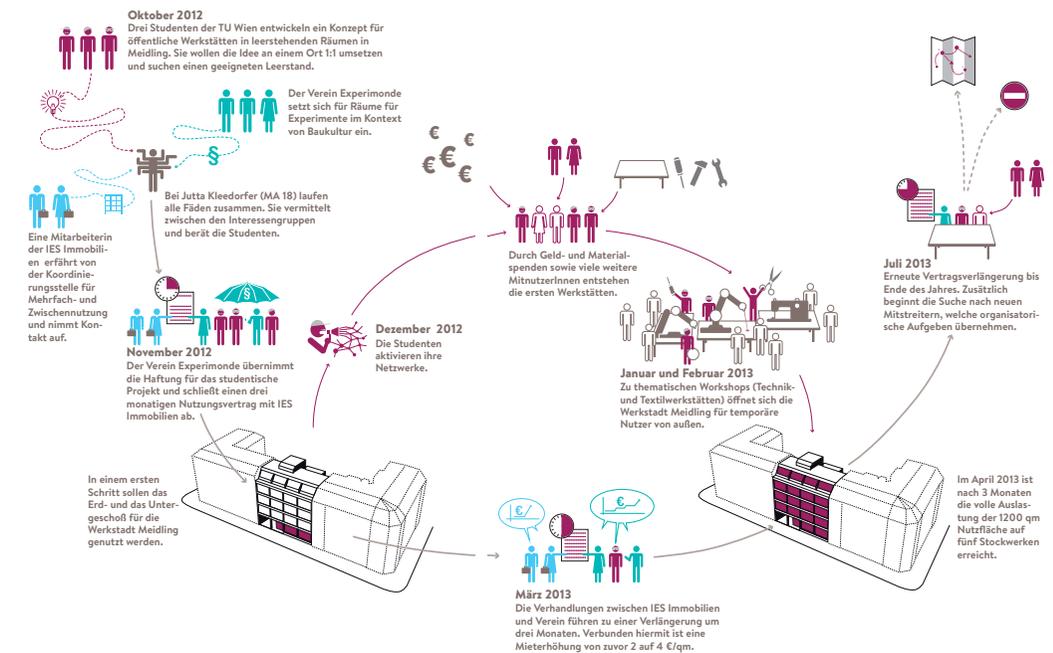
Aus Zwischennutzungen können durchaus Win-Win Situationen für Zwischennutzer und Grundstückseigentümer entstehen. Die Nutzer bekommen günstigen Raum und im Gegenzug erfährt die Branche ein neues Image und eine Identität. Vandalismus und Verfall werden ebenso verhindert. Aus einer Zwischennutzung entwickelt sich manchmal sogar eine längerfristige Nutzung, wenn das Konzept sehr erfolgreich war. Es kommt dabei meist zu einer Formalisierung der zuvor offenen Strukturen. (vgl. ebd. S.57-60)

Es kommt aber auch vor, dass Zwischennutzungen von Grundeigentümern oder Kommunen instrumentalisiert werden um ein Gebiet besser vermarkten zu können. Sie spielen mit dem In-Faktor dieser kreativen Nutzungen und versuchen durch Zwischennutzer ein zahlungskräftigeres Publikum anzulocken, das später die temporäre Nutzung verdrängt. (vgl. ebd. S.13f)

Zwischennutzung bringt Akteure, die es nicht schaffen die Nutzung dauerhaft zu etablieren, in die Position ihr Projekt nach einer gewissen Zeit aufgeben zu müssen. Obwohl dies meist von Anfang an bekannt ist, wird oft viel Zeit und Energie in die Nutzung gesteckt. Das Temporäre weist sicherlich Vorteile und Qualitäten auf, es führt aber auch zu prekären Situationen für die beteiligten AkteurlInnen.

Ab. 01.10 und 01.11

Die Werkstatt Meidling wurde im Dezember 2012 in einem leerstehenden Bürogebäude gegründet, das den NutzerInnen von Immobilienentwicklern (IES) zu einem geringem Preis temporär überlassen wurde. Es wurden Werkstätten für verschiedene Kreativbranchen in dem Gebäude eingerichtet. Diverse Branchen fanden einen leistbaren Raum für interdisziplinäre Zusammenarbeit. In der Werkstatt Meidling fanden Workshops in den offenen Werkstätten und Themenabende statt. Im Jänner 2015 verließen die NutzerInnen das Gebäude. Die Strategie der Immobilienentwickler war es, durch die Zwischennutzung den Wert der Immobilie zu erhöhen und diese dann zu verkaufen oder zu wirtschaftlichen Preisen zu vermieten. (Overmeyer et al., 2014 S.90-100) *Spittelbreitengasse 34, 1120 Wien werkstadtmeidling.com*



01.2. Drei Kategorien des Selbermachens

All die genannten Begriffe und Konzeptionen haben in ihrer Definition Gemeinsamkeiten aber auch unterschiedliche Gewichtungen. Einige Definitionen überschneiden sich in großen Bereichen, Begriffe wie Selbstverwaltung, Kreativität, Spontaneität und Offenheit fallen sehr häufig.

Eine allgemeine Schwäche kann an der Verallgemeinerung unterschiedlichster Bewegungen, die sehr heterogene Ziele verfolgen, ausgemacht werden. Hier sollen deshalb Kategorien eingeführt werden, um das Selbermachen in der Stadt differenzierter betrachten zu können.

Die Kategorisierung erfolgt nach den Beweggründen, die Personen zum Selbermachen motivieren und in gewissen Fällen auch zwingen. Betrachtet man in den oben genannten Definitionen die Beweggründe für das Selbermachen, können zusammenfassend folgende Punkte herausgefiltert werden:

① Freiwilligkeit/Mündigkeit

Die BewohnerInnen eines Stadtteils setzen freiwillig Handlungen um eine Situation zu verbessern oder zu erhalten. Dies setzt eine gewisse Form des Wohlstandes, der demokratischen Freiheit und des Selbstbewusstseins von BürgerInnen voraus. Ein neues Selbstbewusstsein entsteht unter anderem durch internationale Vernetzung, drückt sich aber häufig im Lokalen aus.

② Alltägliche Praxis

Durch das alltägliche Nutzen von und das Verweilen in Räumen, werden diese geformt und ausdifferenziert. In jeder alltäglichen Handlung, in den Netzwerken die zwischen Personen entstehen, liegen raumprägende Faktoren.

③ Gegenentwurf zum herrschenden Systemen

Die Dominanz der Finanzmärkte, die auch im städtischen Raum vermehrt zu spüren ist, veranlasst BürgerInnen zum Entwurf eines gegensätzlichen Systems, das sich an Solidarität und Gemeinschaftlichkeit orientiert.

④ Reaktion auf Krisen

Da formelle Systeme oft zu langsam auf Krisen reagieren, müssen BürgerInnen durch eigeninitiiertes Verhalten Reaktionen setzen.

⑤ Selbstverwirklichung

Gleichzeitig zur Entstehung der gemeinschaftlichen Räume, tritt die Tendenz zur Selbstverwirklichung mit losen sozialen Bindungen in den Vordergrund. Nicht mehr das kollektive Erleben, sondern das individuelle gewinnt an Relevanz.

Betrachtet man diese Beweggründe genauer, scheint eine Einteilung in 3 Kategorien sinnvoll. Diese Einteilung erfolgt auf den folgenden Seiten.

Mittels 3 Icons wird die von der jeweiligen Gruppe vertretene Utopie, die von der Gruppe geschaffenen Räume und der Umgang der Stadtverwaltung mit der Gruppe vereinfacht dargestellt um einen schnellen Überblick zu ermöglichen.

01.2.1 Selbermachen aufgrund von ökonomischen Druck

□ Reaktion auf Krisen

Viele Phänomene, die weithin als informell bezeichnet werden, fallen unter diese Kategorie, wie zum Beispiel die Errichtung informeller Siedlungen, Favelas oder Slums im Globalen Süden. Eckhart Ribbeck nennt das informelle Bauen in Mexico Stadt „unfreiwillige Selbstaktivierung unter ökonomischem Druck“. (Ribbeck 2004, S.26) Neben der Romantisierung von informellen Siedlungen, die in der Planung in den letzten 15 Jahren immer wieder zu bemerken ist und den Lehren die man aus der Spontaneität und Unmittelbarkeit dieses Bauens tatsächlich ziehen kann, darf nicht vergessen werden unter welchen Bedingungen die BewohnerInnen arbeiten und leben.

Doch ökonomischer Druck zeigt sich auch als Teil von europäischen und nordamerikanischen Stadtlandschaften. In Wien eignen sich Obdachlose aus Drucksituationen heraus öffentliche Räume an, wie zum Beispiel Parkbänke im Stadtpark, die von ca. 25 Obdachlosen über einen Zeitraum von mehreren Monaten hinweg als Schlaf- und Aufenthaltsstätten benutzt wurden. Wegen dem Verstoß gegen das Campierverbot wurden sie zuletzt 2013 von der Polizei vertrieben. (vgl. Winkler-Hermaden 2013) Von Margaret Crawford werden zentralamerikanische MigrantInnen thematisiert, die auf den Straßen und Parkplätzen von Los Angeles, Essen, Lebensmittel etc. unter oft illegalen Bedingungen verkaufen. (vgl. Crawford 2008, S.35)

Durch das Selbermachen aufgrund von ökonomischen Druck wird auf Krisen reagiert, die von offizieller Seite ignoriert oder unzulänglich gelöst werden. Es ist wichtig, die prekären Bedingungen, die hinter den Beschäftigungs- und Lebensformen der handelnden Personen stehen nicht zu vernachlässigen und anzuerkennen, dass die handelnden Akteure nicht freiwillig in den Stadtraum eingreifen. Sie eignen sich Stadträume an, weil sie keine andere Möglichkeit haben und würden unter anderen ökonomischen Voraussetzungen wahrscheinlich ganz anders handeln. Sie verfügen nicht über Agency, über die Fähigkeit freiwillig Entscheidungen zum Handeln im urbanen Raum zu treffen.

Oft führt das Selbermachen durch ökonomischen Druck zu einer bewusst oder unbewusst formulierten politischen Forderung nach beispielsweise „günstigem Wohnraum für Alle!“. Die politischen Anliegen sind aber nicht vordergründiges Ziel der gesetzten Aktionen.

UTOPIE



Schaffung/Verbesserung der Lebensgrundlage

RAUM



- Selbstbau
- Improvisiert
- Kostengünstig
- "Illegal"
- Veränderbar

REAKTION DER STADTVERWALTUNG



- Hilfeleistung
- Akzeptanz/Ignoranz
- Kriminalisierung
- Verdrängung

Ab. 01.12 und 01.13
informelle Obdachlosenquartiere in Wien



Konzepte des Selbermachens im urbanen Raum

01.2.2 Selbermachen als individueller Wunsch

- Freiwilligkeit/ Mündigkeit
- Alltägliche Praxis
- Selbstverwirklichung

Diese Art des urbanen Selbermachens wird von Personen angewandt, die ihr persönliches Umfeld verschönern oder umgestalten wollen, jedoch weder von den Handlungen abhängig sind, noch höhere politische Ziele verfolgen. Sie handeln weder aufgrund von Druck, noch aufgrund politischer Überzeugungen.

Personen haben in diesen Fällen meist den Wunsch ihre Wohn-, Arbeits- oder Freizeitumgebung anders zu gestalten. Beispielsweise werden Räume für kreative Betätigungen geschaffen, *Co-working spaces*, in denen unterschiedliche AkteurInnen zusammenarbeiten können. Auch Baugruppen, die gebildet werden um ein Wohngebäude nach eigenen Vorstellungen planen zu können oder Nachbarschaftsgärten, die dem reinen Zweck der Freude am Garteln dienen, fallen unter diese Kategorie. Dass die Initiatoren keine politischen Interessen per se verfolgen, bedeutet nicht, dass diese Interventionen von anderen nicht als politisch gelesen werden können. Es ist aber feststellbar, dass, im Vergleich zu Recht auf die Stadt Bewegungen, hier andere Dinge im Mittelpunkt stehen. Solche Dinge sind etwa ganz persönliche Wünsche und Vorstellungen und individuelle Selbstverwirklichung, ohne Forderung an das Umfeld. Es wird aus diesem Grund auch keine Reaktion von Seiten Anderer erwartet, bzw. wird weniger Wert auf Kommunikation, Repräsentation etc. gelegt.

UTOPIE



Eigene Vorstellungen an den Stadtraum verwirklichen

RAUM



- Improvisiert
- Individuell
- Kreativ

REAKTION DER STADTVERWALTUNG



- Akzeptanz/Ignoranz
- Teilweise Förderung
- "Branding"

Ab.01.14 und 01.15
Innenhofgestaltung Argentinierstraße 38



01.2.3 Selbermachen als politischer Aktivismus

- Freiwilligkeit/ Mündigkeit
- Gegenentwurf zum politischen System

In diese Kategorie fallen Bewegungen, die mit ihren Handlungen im urbanen Umfeld politische Ziele verfolgen. Auch wenn Sie oft nur lokal und in einem kleinen Maßstab eingreifen, steckt ein größeres Ziel hinter den Handlungen. Ihre Aktion soll eine Signalwirkung aussenden, wie zum Beispiel: „Jeder Stadtbewohner und jede Stadtbewohnerin soll Zugang zu einem Garten haben!“ oder „Die Stadt darf nicht alleine den neoliberalen Interessen überlassen werden!“

Weltweit kämpfen Protestbewegungen für mehr Teilhabe an der Stadt. Sie fordern das Recht auf Zentralität und Zugang, fern von Gewinn und Handel. (vgl. Holm, Gebhardt 2011, S.7f)

Solche Proteste können sich in tatsächlichen Demonstrationen zeigen, jedoch auch in neugeschaffenen urbanen Orten, die versuchen eine andere Realität vorzuleben. Die Handlungen haben oft einen sehr starken Bezug zu lokalen Lebenswelten – die Forderungen sind aber global, sowie auch die Vernetzung der Gruppen untereinander. Stattfinden können Besetzungen oder ähnliche Vorgehensweisen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Raum.

Oft werden diese Bewegungen als Recht auf die Stadt Bewegungen bezeichnet.

Initiativen mit politischen Zielen versuchen durch eine Transformation der Stadt, beziehungsweise von einzelnen Räumen in der Stadt, politische Veränderung zu erreichen.

Aus diesem Grund ist es auch entscheidend mit dem urbanen Umfeld zu kommunizieren und über die Projekte zu informieren. Initiativen mit politischen Anliegen haben sehr oft Informationstafeln bzw. Schilder im Bereich der räumlichen Intervention, sie betreiben Homepages und Social Media Accounts, Flyer werden verteilt, Zeitungsartikel gedruckt, Veranstaltungen werden initiiert etc.. Die öffentliche Meinung ist sehr wichtig und kann über Erfolg oder Scheitern eines Projektes entscheiden.

UTOPIE



Veränderung des bestehenden Systems

RAUM



- Kommunikativ
- Repräsentationsraum
- Impulsraum
- Offen für Diskussionen
- Gemeinschaftlich

REAKTION DER STADTVERWALTUNG



- Akzeptanz/Ignoranz
- Kriminalisierung

Ab. 01.16

Flyer Guerilla Gardening, KuKuMA

Ab. 01.17

Landbesetzung durch SoLila!



Nicht immer kann ein Projekt diskussionslos einer Kategorie zugeordnet werden und die Praxis weist Überschneidungen auf. Es ist jedoch wichtig festzustellen, dass eine große Diversität an Handlungen im urbanen Raum besteht und diese momentan zu wenig Anerkennung findet.

Ich werde in den folgenden Kapiteln keinen der in Kapitel 1.01. genannten Begriffe verwenden, da sie bereits mit vielen Assoziationen verbunden sind, sondern mich einfach des Wortes Selbermachen (im urbanen Kontext) bedienen. Darunter versteht sich das von BewohnerInnen selbstinitiierte Handeln im städtischen Raum, mit dem Ziel räumliche Interventionen zu setzen.

Es ist nicht möglich den vielen Bewegungen, die im urbanen Raum agieren pauschal Eigenschaften zuzuordnen, weshalb ich auf Adjektive wie spontan, flexibel, kreativ, jung, innovativ etc. im allgemeinen verzichten möchte und nur nach genauer vorangegangener Analyse Eigenschaften zuordne.

Die weitere Arbeit befasst sich mit der oben genannten 3.Kategorie des Selbermachens, mit Initiativen, die sich Räume in der Stadt angeeignet haben um einem politischen Anliegen Ausdruck zu verleihen. Man kann beobachten, dass politisch motivierte Initiativen momentan in Wien einen großen Aufschwung erleben. Diese Projekte sind für PlanerInnen besonders interessant, denn es wird von den AkteurInnen ein alternatives Gesellschaftsbild entworfen, eine Utopie, die in einer Aktion im Stadtraum Ausdruck findet. Oft sind die gesetzten Interventionen sehr kleinmaßstäblich, doch sie testen die entworfene Utopie an der Realität, anstatt in theoretischen Definitionen zu verharren.

An dieser Stelle entsteht die spannende Frage, wie die Umsetzung in die Realität erfolgt, denn die Ideen müssen an einem konkreten Ort in einer konkreten räumlichen Form passieren.

Konzepte des Selbermachens im urbanen Raum

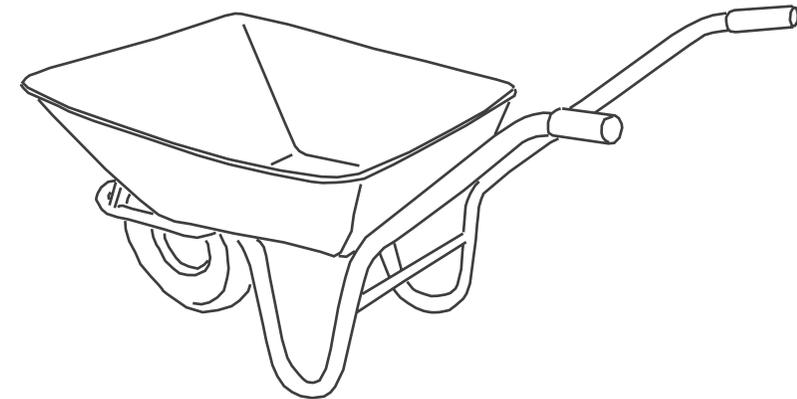
Räume des Selbermachens

Die offizielle Seite des Selbermachens

Analyse - Projekte aus Wien

02

Räume des Selbermachens



In diesem Kapitel wird eine theoretische Grundlage geschaffen um die Frage beantworten zu können: *Finden sich die Utopien der Selbermachenden auch in den tatsächlich geschaffenen Räumen wieder?* Dafür werden im ersten Abschnitt Residual- oder Potenzialräume im städtischen Gefüge beleuchtet. Es handelt sich dabei um unprogrammierte Räume ohne fixe Funktions-, oder NutzerInnenzuschreibung. Dadurch, dass sie außerhalb der kapitalistischen Logik stehen, bergen sie Potenzial für eine andere Form der Stadtentwicklung von unten. In Wien sind Residualräume nur mehr in eingeschränkter Form vorhanden, da die Stadt zunehmend verdichtet wird.

Im zweiten Teil werden unterschiedliche Raumtheorien und Konzepte vorgestellt, die sich mit der sozialen und gesellschaftlichen Komponente von Raum beschäftigen und weit über das Bild einer rein physischen Raumkonzeption hinausgehen. Die Auswirkungen von Ideologien, Organisationsformen und sozialen Beziehungen auf den physischen Raum wird untersucht.

Im dritten Teil liegt der Fokus auf gemeinschaftlichen Räumen, den sogenannten Commons. Hierbei handelt es sich um Räume im urbanen Gefüge, die von einer bestimmten Personengruppe, meist von politisch motivierten Gruppen, angeeignet und aktiv bespielt werden. Es entwickelt sich eine starke Prägung des Ortes und eine Bindung der handelnden Akteure zu diesen Orten.

Ab.02.01
Umgestaltung eines Innenhofes
Argentiniertafel Nr.38



02.1 Residual- oder Potenzialräume

Philipp Oswald, deutscher Architekt und Mitglied von Urban Catalyst, bezieht sich auf den Ausdruck Residualraum, wenn er von unprogrammierten Brachen in der Stadt spricht. Er nimmt mit dem Begriff Residualraum Bezug auf Rem Koolhaas, der im Jahr 1997 bei einem Vortrag an der Universität von Minnesota eine Bedeutungsverschiebung von öffentlichen versus privaten Räumen hin zu kontrollierten versus residualen Räumen [den Übriggebliebenen] getroffen hat. Einerseits gäbe es bis ins letzte Detail unter Einsatz von Know-how geplante und aufwendig betriebene Orte wie Flughäfen und Shoppingmalls, die weder öffentlich noch privat sein, und andererseits verwahrloste Residualräume. (vgl. Oswald 2000 Aus: Koolhaas 1997).

Aktuell trifft diese Unterscheidung für europäische Städte nicht hundertprozentig zu, in der neoliberal dominierten Stadt wird es aber immer mehr zu einer Verschiebung in diese Richtung kommen.

Das Interesse, Residualräume auszugestalten fehlt, weil der kommerzielle Nutzen – zumindest im Moment - nicht gegeben ist. Diese Räume sind also einer herkömmlichen, kapitalistischen Verwertungsstrategie entzogen. (vgl. Oswald 2000)

Residualräume können sich sowohl im öffentlichen Raum als auch auf privaten oder halböffentlichen Flächen befinden. Sie können im bebauten Raum vorkommen, wie zum Beispiel Leerstände von Wohnungen, Geschäftslokalen, oder ganzen Gebäuden, aber auch im unbebauten Raum auf Brachen, Grünstreifen, Gebäudenischen und vielen mehr.

„... gerade die von Staat, Kapital und Planung vernachlässigten Bereiche zeichnen sich oft durch besondere Urbanität aus. Denn hier wird Stadt gestaltet und geprägt von kapitalarmen Akteuren, die von den Projekten einer unternehmerischen Stadtpolitik ausgeschlossen sind. Durch die Ausschöpfung von nicht monetären Ressourcen – wie brachliegenden Räumen, wie sozialen Netzwerken, wie Eigeninitiativen- gelingt es diesen Akteuren, in den immobilienwirtschaftlich zumindest vorübergehend nicht verwertbaren Zonen eine andere Form von Stadt zu leben. Nur hier, jenseits der kontrollierten Enklaven, können sich solche temporären, informellen und innovativen Praktiken entfalten.“ (Oswald, Overmeyer, Misselwitz 2013 S. 11)

Residualräume sind also in dieser Definition Räume, die nicht kommerziell verwertet werden können. Mit der fehlenden Ambition diese Orte zu bespielen geht auch eine fehlende Kontrolle der Räume einher, da es keine besonderen Interessen, keine kommerziellen Werte, zu schützen gibt. Nach Saskia Sassen, liegen diese *terrains vagues* außerhalb des räumlichen Rahmenwerkes, das von Zwang zu Organisation und Funktionalität bestimmt ist. Sie ermutigen zur Entwicklung von informellen Nutzungen. (vgl. Sassen 2013 S.107-109). Soziale Gruppen, die schwer Zugang zu herkömmlichen Stadträumen finden oder aus diesen verdrängt werden, können Residualräume deshalb leichter für sich nutzen, wie beispielsweise Punks, MigrantInnen, SkaterInnen, Obdachlose etc. Es sind auch keine finanziellen Mittel nötig, um sich Zutritt zu Residualräumen zu verschaffen. „Abseits der herkömmlichen gesellschaftlichen Regeln entwickelte sich hier eine enorme Bandbreite von temporären Nutzungen.“ (Oswald 2002) Es besteht eine sogenannte unregulierte Öffentlichkeit, in der konventionelle gesellschaftliche Regeln nicht kontrolliert werden. Das birgt neben den genannten Potenzialen auch die Gefahr, dass sich die Interessen von Stärkeren gegenüber Schwächeren ohne Konsequenzen durchsetzen können. (Mörtenböck 1996, S.25 Aus: Vischer 1985)

In der Definition von Dorothee Rummel sind Resträume „Stadtraumreste für die - zumindest auf den ersten Blick - weder Nutzen noch Zugehörigkeit ausgemacht werden kann. Es sind Überreste von Planung, entstanden durch Verschnitt oder Konstruktion.“ (Rummel 2014) Den Residualräumen sind also offiziell keine Nutzungen zugeschrieben. Dies birgt großes Potenzial in sich, da von Interessierten erst eine Nutzung für den Ort erdacht werden muss. Residualräume bringen Personen dazu, ihre eigenen Wünsche nach Nutzungen und Programmen zu erforschen, die in der restlichen Stadt möglicher Weise fehlen. Eine Auseinandersetzung mit dem Stadtraum beginnt, die in einer vielfältigen Nutzung des Restraumes enden kann. „Offen für das Unbekannte stellen die Residualräume die Experimentierfelder der Stadt dar, Katalysatoren für die Entstehung des Neuen.“ (Oswald 2000) Sie bilden einen Raum für Aktivitäten, die in der herkömmlichen Gesellschaft nicht vorgesehen sind. Solche Räume können zum Beispiel Nischen in der Bebauung sein, Gebäuderücksprünge, Rest- oder Trenngrünstreifen, Brachflächen, Räume unter Autobahnbrücken, Industriebrachen, leerstehende Erdgeschoßlokale und viele mehr.

Ich möchte die Definition, Residualräume hätten keine fixe Nutzungszuschreibung, ausweiten und auch Räume betrachten, die eine Nutzung haben, diese aber nur zu gewissen Zeiten oder in unterschiedlichen Intensitäten stattfindet. Daher wären weitere Nutzungen durchaus möglich, ohne die primäre zu beeinträchtigen. Als solche monofunktionale Resträume können beispielsweise Straßenräume bezeichnet werden, vor allem Gehsteige, Parkplätze, Treppen, Unterführungen etc. Des Weiteren können auch Mauern, Grünstreifen und Baumscheiben als solche Resträume angesehen werden. Die meisten dieser Flächen sind Teil der städtischen Infrastruktur, sie erfüllen den Zweck der Fortbewegung, der Verbindung zweier Orte, des Abstellens von Fahrzeugen, etc.. Obwohl diese primäre Funktion erfüllt wird, haben die genannten Räume das Potenzial auf eine Nutzung, die über diese erste, offensichtliche Funktion hinausgeht. Gehsteige beispielsweise überschreiten in vielen Bereichen die vorgeschriebene Mindestbreite, die für den Fußgängerverkehr benötigt wird und lassen im Überschuss andere Nutzungsmöglichkeiten zu.

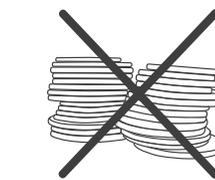
Der zweite Punkt, den Dorothee Rummel anspricht, ist die fehlende Zuschreibung. Die Residualräume werden keiner bestimmten NutzerInnengruppe zugeschrieben und haben deshalb das Potenzial, vorerst jedem offen zu stehen.

Eine weitere Definition liefert Bettina Götz. Sie merkt an, dass im Zuge der Planung von beispielsweise Straßen- und Grünräumen, diese nicht als Räume an sich definiert werden. Die Ausformung „ergibt sich als ‚Zwischenraum‘, als ‚Überbleibsel‘ zwischen definierten Gebäuden...“ (Götz; Universität der Künste Berlin 2009 S.7). Den Residualräumen wird also im Vorhinein von PlanerInnen häufig nicht das Zugeständnis gemacht, eigenständige Räume zu sein, sondern nur die Zwischenstücke zwischen anderen Räumen.

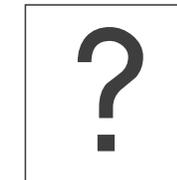
Es lässt sich also festhalten: Residualräume sind Räume, die momentan keinen kommerziellen Wert darstellen. Sie haben keine exakte Nutzungszuweisung und sind deshalb auch nicht für eine bestimmte Personengruppe ausgerichtet. Residualräume werden nicht als Räume per se geplant sondern entstehen als Reste bei der Planung von Städten. Aus diesen Gründen weisen sie einige Potenziale auf: Auch NutzerInnen ohne großes finanzielles Kapital haben Zugang zu den Räumen. Die Nutzungen müssen erst definiert werden, darum stellen Residualräume eine Art Experimentierfeld

dar, auf dem Utopien erprobt werden können. Unterschiedlichste Personengruppen, auch solche, die in herkömmlichen öffentlichen Räumen unerwünscht sind oder sich nicht wohl fühlen, können sich Resträume aneignen. Aufgrund des geringen Interesses an den Räumen, gibt es kaum Kontrolle über sie. Residualräume haben das Potenzial, Personengruppen oder Initiativen, die einen Raum in der Stadt suchen um ihre Projekte oder Wünsche umzusetzen, Platz zu bieten. Nehmen bestimmte Personengruppen die Residualräume ein, sind diese nicht länger unprogrammiert, sie werden zu gemeinschaftlichen Räumen (communal spaces). Bevor diese Räume genauer beleuchtet werden, sollen allgemeine Raumkonzepte vorgestellt werden um die Bedeutung von gesellschaftlich geprägtem Raum zu verdeutlichen.

Charakteristika von Residualräumen



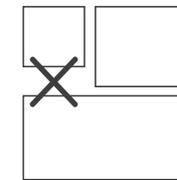
Kein kommerzieller Wert



Keine vordefinierte Nutzungszuschreibung

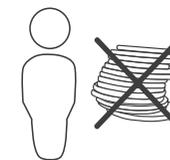


Keine vordefinierte NutzerInnengruppe

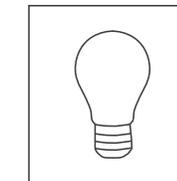


Resträume der Planung

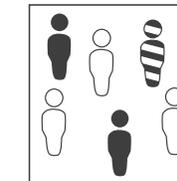
Potenziale von Residualräumen



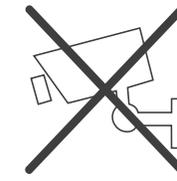
Zugänglich auch für kapitalarme AkteurInnen



Nutzung kann selbstständig definiert werden



NutzerInnengruppe frei definierbar



Eingeschränkte Kontrolle und Ordnung

02.2 Raumkonzepte

In der Geschichte der Raumtheorie entstanden unterschiedlichste Definitionen von Raum. Im Zuge dieses Kapitels werden Konzepte von Otto Friedrich Bollnow, Pierre Bourdieu und Henri Lefebvre ausgewählt, die vor allem den sozialen und gesellschaftlichen Raum behandeln und somit für diese Arbeit besonders relevant sind.

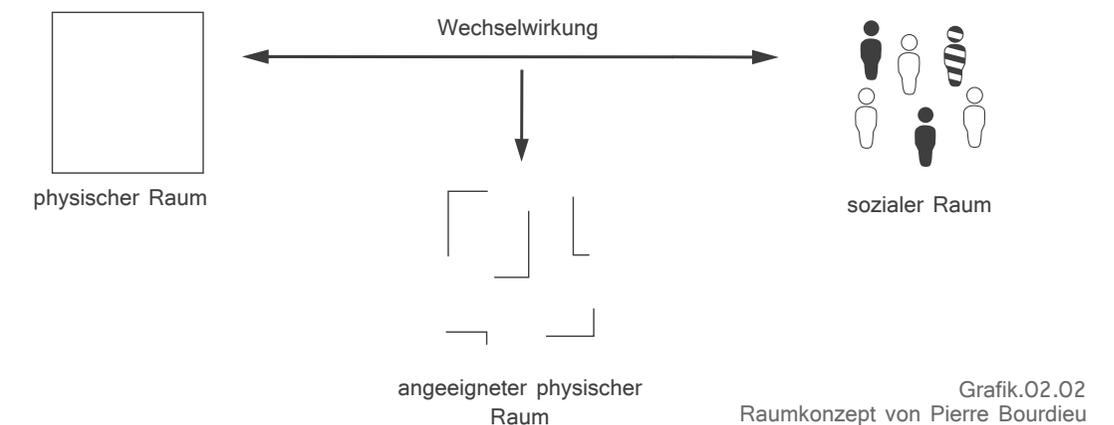
Lange Zeit dominierte ein Raumkonzept, das von einer streng geografischen und mathematischen Bedeutung geprägt war. Nach der kartesischen Logik ist Raum eine absolute, unveränderbare Konstante, ein Behälter, für Objekte und Ereignisse. Diese Auffassung von Raum barg das Problem, dass eine Verbindung zwischen dem abstrakten mathematischen Raum und dem tatsächlich gelebten Raum lange Zeit unmöglich erschien. Es entwickelten sich getrennte Felder, das der Mathematik, der Soziologie, der Philosophie u.v.m.. Jedes Feld hatte eine eigene Vorstellung und Benennung von Raum, doch eine Verbindung zwischen diesen Räumen, zwischen dem Sozialen, zwischen dem Mentalen und dem Physischen gelang lange Zeit nicht. (Lefebvre 2001, S.1-11)

Es existierten aber auch bereits frühzeitig Raumdefinitionen, die die Handlungen von Mensch als entscheidenden Faktor für den physischen Raum ansahen. Otto Friedrich Bollnow nennt in Mensch und Raum die Definition des Grimmschen Wörterbuches für das Wort „Räumen“ in seiner ursprünglichen Bedeutung: „einen Raum, d.h. eine Lichtung im Wald schaffen, behufs Urbarmachung oder Ansiedlung“. In diesem Prozess wird das Roden als Handlung vorausgesetzt um Raum zu schaffen. Der Raum ist also nicht a priori als Konstante gegeben, es braucht eine menschliche Handlung um ihn zu erzeugen. Durch die Handlung entsteht kein unendlicher, absoluter Raum sondern ein konkret auf das Leben darin bezogener. (Bollnow 2010, S.33)

Bollnow argumentiert 1963 in seiner eigenen Definition von Raum, dass sich dieser vom Ort unterscheidet, der eine momentane Konstellation von Punkten darstellt und eine stabile Position zu anderen einnimmt. Raum entsteht erst aus einem Ort, wenn die zeitliche Konstante und damit Veränderungen einbezogen werden. „Er ist also ein Resultat von Aktivitäten, die ihm eine Richtung geben, ihn verzeitlichen und ihn dahin bringen als eine mehrdeutige Einheit von Konfliktprogrammen

und vertraglichen Übereinkünften zu funktionieren.“ Im Raum gibt es weder Eindeutigkeit noch Stabilität. „Insgesamt ist der Raum ein Ort mit dem man etwas macht.“ (Bollnow 2010, S.345) Der Raum wird also aus der absoluten, unveränderbaren Stellung enthoben und als dynamisch dargestellt.

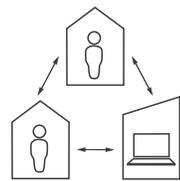
Pierre Bourdieu versteht Raum als eine Anordnung von unterschiedlichen, gleichzeitig nebeneinander bestehenden Positionen, die durch die Relation zu einander definiert werden. Als biologische Körper sind Menschen, wie Dinge an einen absoluten Standort gebunden. Dieser kann über seine Position in Verhältnis zu anderen Dingen definiert werden. Auch im sozialen Raum nehmen Personen Plätze ein, die über ihre Position gegenüber anderen AkteurInnen definiert werden. Die Positionen im sozialen Raum sind verteilt nach Besitz von ökonomischem und kulturellem Kapital, je mehr man besitzt, desto höher die eingenommene Position. Sozialer Raum wirkt sich mehr oder weniger direkt auf den physischen Raum aus, als eine Verteilung von Personen und von Besitz im Raum. Die sozialen Beziehungen und Hierarchien sind in den physischen Raum eingeschrieben, der somit zum angeeigneten physischen Raum wird. (vgl. Bourdieu 1996 S.11-14) Die „soziale Praxis ist in Räume eingebettet, die wiederum Ergebnis der sozialen Praxis sind“ (Dirksmeier 2009, S.129) Sozialer Raum prägt also den physischen Raum entscheidend, die beiden Räume sind nur in ihrer Wechselbeziehung zueinander vorstellbar.



An diese Betrachtung knüpft die Theorie zur Produktion des Raumes von Henri Lefebvre an. In *la production de l'espace* [Englisch: *The production of space*] führt er im Jahr 1974 an: "(social) space is a (social) product" [(sozialer) Raum ist ein (soziales) Produkt] (Lefebvre 2001, S.26). Im Gegensatz zu den damals anerkannten Theorien, formulierte Lefebvre somit, dass Raum nicht für sich selbst existiert, sondern erst produziert werden muss.

Raum und Zeit werden sowohl als Resultat als auch als Voraussetzung von Gesellschaft angesehen. Jede Gesellschaft kreiert ihren eigenen Raum, dieser Raum ist dynamisch und umfasst alle sozialen Handlungen. Die Produktion des Raumes erfolgt durch drei Prozesse, die miteinander interagieren oder sich bekämpfen, durch den Wahrgenommenen, den Konzipierten und den Gelebten Raum [*perçu-conçu-vécu*]. Diese 3 Elemente bezeichnet Lefebvre in einer zweiten, sprachwissenschaftlichen Definition auch als Räumliche Praxis, Repräsentation von Raum und Räume der Repräsentation. Sie werden wie folgt definiert: (vgl. ebd. S.30-33)

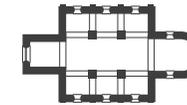
1. Spatial practice / Räumliche Praxis (der wahrgenommene Raum)



Räumliche Praxis bezeichnet die materielle Verortung und räumliche Abbildung von sozialen Beziehungen und Interaktionen. Im mit den Sinnen wahrnehmbaren Raum, zeigt sich ein starker Zusammenhang zwischen alltäglicher Realität und urbaner Realität, ein Netzwerk das Orte der Arbeit, des privaten Lebens und der Freizeit verbindet. (vgl. ebd. S.33,38)

Christian Schmid interpretiert die Räumliche Praxis nach Lefebvre als materielle Manifestation des Netzwerkes von Interaktion und Kommunikation des täglichen Lebens. Beispielsweise wäre die Verbindung zwischen Arbeitsplatz und Zuhause oder zwischen Produktion und Handel eine solche Räumliche Praxis. (vgl. Schmid 2008, S.36) Die räumliche Praxis weist eine gewisse Form von Kontinuität auf, muss aber nicht schlüssig oder verständlich in einem intellektuellen Sinne sein. (vgl. Lefebvre 2001, S.38)

2. Representation of space/ Repräsentation des Raumes (Der konzipierte Raum)

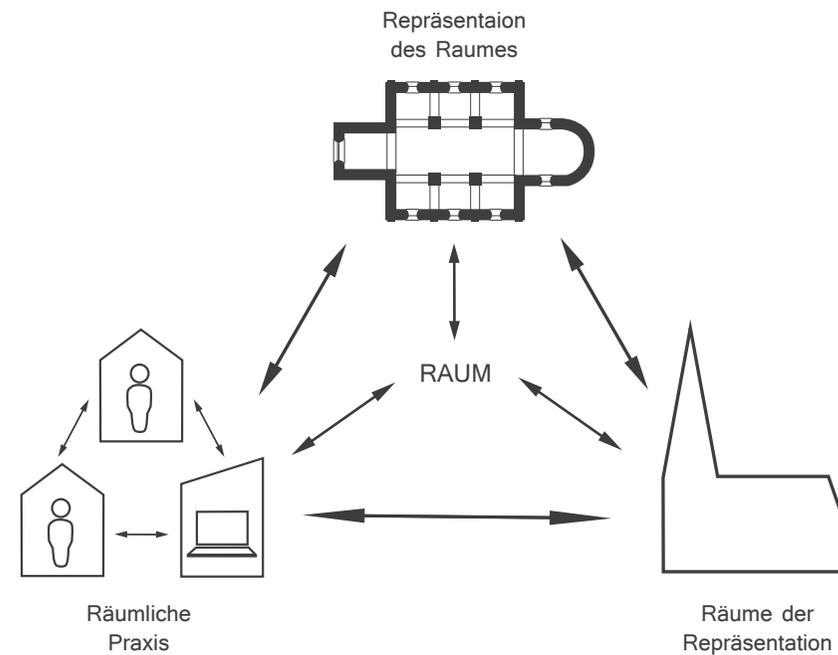


Die Repräsentation des Raumes ist ein konzeptueller Raum, der Raum von PlanerInnen, WissenschaftlerInnen, UrbanistInnen etc., von all jenen, die das Gelebte und Wahrgenommene mit dem Begreifbaren, dem Fassbaren in Verbindung setzen. Die Konzeption des Raumes ist gebunden an Wissen, Zeichen, Codes und Regeln. (vgl. Lefebvre 2001, S.33,38) Die Konzeption von Raum ist bestimmt von Wissen (*savoir*), einer Mischung aus Verstehen (*connaissance*) und Ideologie, sie ist also immer relativ und in einem Wandlungsprozess. Konzeptionen von Räumen sind abstrakt, spielen aber auch eine große Rolle in der sozialen und politischen Praxis. Die einzigen Produkte dieses Raumes sind symbolisch (vgl. ebd S.41f) also zum Beispiel Theorien über den Raum, Karten, Pläne, Bilder mit Informationen, Schilder etc.. Eine gedankliche Leistung ist Voraussetzung für die Konzeption des Raumes. (vgl. Schmid 2011, S.37)

3. Representational space/ Raum der Repräsentation (Der gelebte/erlebte Raum)



Räume der Repräsentation verkörpern die symbolische Seite des Raumes, welche sich nicht theoretisch festhalten lässt. Es handelt sich um Räume, die unmittelbar im Alltag gelebt werden, also die Räume der BewohnerInnen, der BenutzerInnen und mancher Künstler. Der gelebte Raum überlagert den physischen Raum und macht symbolischen Gebrauch von physischen Objekten. Fast alle Räume der Repräsentation bedienen sich Systemen der nicht-verbale Symbole und Zeichen. (vgl. Lefebvre 2001, S.33,38) Räume der Repräsentation verweisen nicht auf den konkreten Raum selbst, sondern auf etwas „Höheres“, etwas Göttliches, den Staat, das weibliche oder männliche Prinzip etc. (vgl. Schmid 2008, S.37) Repräsentationsräume sind beispielsweise Bäume, Kirchen, Parlamente, Monumente etc.



Grafik.02.03
Triade der räumlichen Praxis nach Lefebvre

Nach diesem Schema kann Raum in Relation zu den drei Dimensionen der räumlichen Triade analysiert werden. In der ersten Dimension, taucht Raum als Netzwerk von Aktivitäten und Interaktionen auf, die von einer materiellen Basis bestimmt sind, wie beispielsweise der gebauten Umwelt. In der zweiten Dimension wird die räumliche Praxis sprachlich benannt als Raum und stellt damit eine Repräsentation von Raum dar. Die Repräsentation des Raumes dient als Ordnungsschema, das eine Orientierung ermöglicht und bestimmt damit gleichzeitig die Aktivitäten im Raum. Die dritte Dimension, der Raum der Repräsentation, ordnet dem physischen Raum der entsteht, eine Bedeutung zu. Somit entsteht ein räumliches Symbol (wie zum Beispiel eine Kirche) die soziale Normen, Werte und Erfahrungen ausdrückt und forciert. (vgl. Schmid 2008, S.37)

Als Beispiel könnte man hier eine Marktsituation anführen. Personen treffen sich täglich um mit Gütern zu handeln, bauen Netzwerke auf, die im physischen Raum Ausdruck finden. Eine ordnende Instanz, z.B. die Stadtplanung möchte als Ordnungssystem für den Markt eine Nummerierung und Regulierung der Marktstände einführen, sowie das Verbot ab 14:00 zu verkaufen. Diese Normierung wirkt sich auf die räumliche Praxis aus, Netzwerke verschieben sich und die Konfiguration des Marktes ändert sich. Der Markt fungiert als wichtiger Treffpunkt in der Nachbarschaft und hat somit eine symbolische Bedeutung für die AnrainerInnen, als Zentrum ihrer Nachbarschaft und als Repräsentation von Gemeinschaft.

Wie man bereits in diesem Beispiel erkennen kann, ist die Repräsentation des Raumes die dominanteste Dimension. Sie wird von Personen kontrolliert, die Wissen und oftmals auch Entscheidungsmacht haben. Sie bestimmen Ordnungssysteme und Codes für Räume. Die Repräsentation des Raumes bedient sich fast immer verbaler oder symbolischer Systeme um einen Sachverhalt objektiv darstellen und ordnen zu können. Der Raum der Repräsentation hingegen ist ein dominierter und somit passiv erlebter Raum. NutzerInnen selbst haben kaum die Möglichkeit verändernd auf ihn einzuwirken. (vgl. Lefebvre 2001, S.33,38)

Wenn die Planung und Gestaltung von städtischen Räumen, oder von kleinen Teilausschnitten daraus, jedoch nicht von oben herab passiert, sondern durch Selbstinitiative von BewohnerInnen der Stadt, verschieben sich diese 3 Kategorien der Raumproduktion. Die Gruppe übernimmt sowohl selbstständig durch die räumliche Praxis die materielle Produktion des Raumes sowie die Konzeption des Raumes. Somit wird der Konzeption des Raumes die dominante Charakteristik genommen, sie wird von einer unzugänglichen ExpertInnenebene der PlanerInnen und WissenschaftlerInnen auf die unmittelbare Ebene aller Beteiligten gehoben. Zusammen wird an einem Konzept für den Raum gearbeitet, das immer wieder neu verhandelt wird. Als Ergebnis entstehen materielle Räume aber darüber hinaus auch Logos, Abbilder etc. und eine bestimmte Form der Ästhetik für die Projekte. Die Projekte selbst können als Räume der Repräsentation angesehen werden, da sie nicht nur auf das gebaute Projekt selbst, sondern auf ein höheres, politisches Ziel hinweisen. Diese neuen Räume der Repräsentation werden aber nicht mehr nur passiv gelebt, sondern können aktiv gestaltet werden.

Eine weitere Erkenntnis von Lefebvre liegt in dem Zusammenhang zwischen Raum und Ideologie oder Ordnungssystem einer Gesellschaft. Jede Gesellschaft schafft sich ihren eigenen Raum, mit spezifischen Rhythmen, Regeln und sozialen Ordnungen. (vgl. ebd. S.34-35) Eine (Gesellschafts) Ideologie kann nicht überdauern, ohne einen Raum auf den sie sich bezieht, dessen Vokabulars sie sich bedient und dessen Codes sie verkörpert. Die christliche Ideologie beispielsweise schuf Räume, die ihr Fortbestehen sicherten. Ideologie erfährt nur Beständigkeit, wenn sie in den sozialen Raum und seine Produktion eingreift. (vgl. ebd. S.44) Folglich muss man also, wenn man die Änderung einer Gesellschaftsordnung wünscht, auch die Veränderung des Raumes mitdenken. Neue soziale Beziehungen bedingen einen neuen Raum und umgekehrt. (vgl. ebd. S.59)

Die vorgestellten Raumkonzepte verdeutlichen die Bedeutung von menschlicher Handlung auf den Raum, denn Organisations- oder Gesellschaftsformen finden auch im physischen Raum Ausdruck. In dieser Arbeit wird das selbstinitiierte Handeln von Gruppen mit politischen Zielen im urbanen Raum behandelt. Was passiert, wenn Gruppen mit einer bestimmten Ideologie Räume in der Stadt einnehmen?

02.3 Gemeinschaftlicher Raum (communal spaces)

Margaret Crawford spricht in *Everyday Urbanism* vom *everyday public space* (dem alltäglichen öffentlichen Raum). Sie bezeichnet damit Räume, die nicht mehr durch ihre gebaute Form definiert werden, sondern durch die Handlungen, die darin stattfinden. Im Gegensatz zu normativen öffentlichen Räumen stellen die alltäglichen öffentlichen Räume vollkommen neue Regeln auf. An jedem Ort in der Stadt können gewöhnliche Räume zu spezifischen werden, indem sie von den NutzerInnen geprägt werden. (vgl. Crawford 2008, S.28f) Crawford nennt als Beispiel für den alltäglichen öffentlichen Raum, die Garage Sales, Garagen Verkäufe in Los Angeles. Der anfänglich temporäre Verkauf von Gebrauchsgütern in Hauseinfahrten und Vorgärten wurde durch die Rezession der 1980er Jahre und die daraus resultierende schlechte Arbeitsplatzsituation zu einem semipermanenten Phänomen. Die Vorgärten, die eigentlich als Puffer zwischen privatem und öffentlichem Raum dienten, wurden mit privaten Besitztümern, die zum Verkauf angeboten wurden aufgeladen und somit kam es zu einem Herauskehren des Privaten in den öffentlichen Raum. (vgl. ebd. S.29f) Diese Form des Selbermachens wäre in die erste, in Kapitel 01.2.1 genannte Kategorie des Selbermachens aufgrund von ökonomischen Druck einzuordnen.

Ähnlich definiert Stavros Stavrides die Communal Spaces (Gemeinschaftliche Räume). Seine Untersuchungsobjekte sind, im Gegensatz zu Margaret Crawford, allesamt politisch motivierte Gruppen, wie die Bewegung um den Syntagma Platz in Athen, und passen damit in die Kategorie des Selbermachens als politischer Aktivismus. Sie schaffen gemeinschaftliche Räume um dadurch eine Botschaft zu verbreiten, die über diese Räume hinausgeht, sie werden also zu Repräsentationsräumen im Sinne von Lefebvre. Die gemeinschaftlichen Räume sind deshalb für diese Arbeit besonders relevant.

Stavrides unterscheidet gemeinschaftliche Räume von herkömmlichen öffentlichen Räumen, in denen Nutzungen bis zu einem gewissen Grad vorbestimmt sind und in denen festgelegte Ordnungen gelten. Diese Ordnungen werden von Autoritäten erstellt und werden auch von diesen kontrolliert und zentral organisiert. Gemeinschaftliche Räume müssen jedoch erst durch gezieltes Handeln geschaffen



Ab.02.02
Garage Sale in einem Vorort von Los Angeles



Ab.02.03
Die Syntgma Square Bewegung

werden. Sie sind dezentral durch Selbstverwaltung organisiert und stehen in einem kontinuierlichen Prozess. In diesem Prozess wird versucht eine gemeinschaftliche Lebensform zu organisieren und eine eigene Ordnung zu schaffen. Es werden offene, einladende und kommunikative Räume geschaffen, in denen alternative Lebensformen erprobt werden können. Orte in der Stadt werden zu *common homes* umgewandelt, die ein Gemeinschafts- und Sicherheitsgefühl in der Gruppe erzeugen. Ein Zugehörigkeitsgefühl zu Raum entsteht. (vgl. Stavrides 2014b)

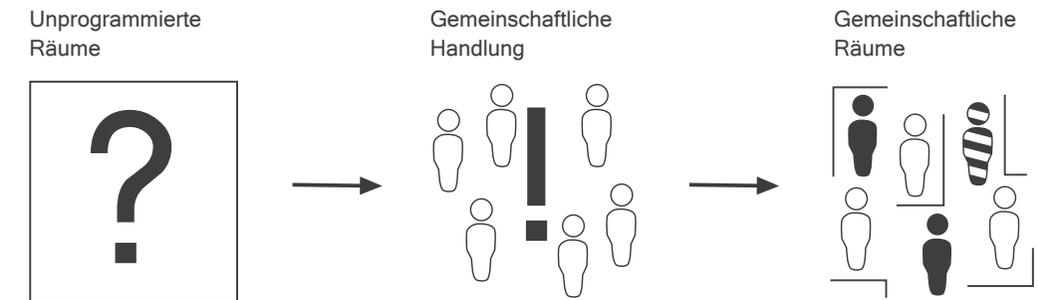
Dieser Prozess ist interessant, denn durch gemeinschaftliches Handeln im Raum werden Räume geschaffen, die es erlauben neue Gesellschaftsmodelle und Utopien im realen Raum zu erproben. Im Gegensatz zu Margaret Crawford bezieht sich Stavros Stavrides spezifischer auf eine bestimmte Gemeinschaft von Personen, die einen Akt setzt und damit einen unprogrammierten Stadtraum in einen gemeinschaftlichen verwandelt. Er zeigt damit schon die Problematik auf, die mit den gemeinschaftlichen Räumen einhergehen kann. Sobald eine Gruppe einen Raum für sich in Anspruch nimmt, ist dieser Raum anderen Personen nur mehr eingeschränkt zugänglich. Auch wenn von der Gruppe Offenheit propagiert wird, kann nicht vermieden werden, dass durch eine bestimmte Gruppenzusammensetzung, eine angewandte Ästhetik, Sprache oder den Habitus der Gruppe, andere verdrängt werden. Passiert diese Verdrängung nicht explizit, so tut sie dies implizit durch Symbolik.

Es entsteht eine ausdifferenzierte Öffentlichkeit auf den zuvor unprogrammierten Residualräumen, die niemanden zugewiesen waren. Ausdifferenzierte Öffentlichkeiten sind in einer Stadt unvermeidbar und geben bestimmten Gegenden eine eigene Identität. So wird man auf einem Kinderspielplatz andere Menschen treffen, als in Hundezonen, auf Sportplätzen oder auf einem Markt. Gruppen müssen sich jedoch dieser Thematik bewusst sein, wenn sie unprogrammierte Orte einnehmen. Dies wird vor allem dann problematisch, wenn Gruppen in Räumen agieren, die zuvor öffentlich zugängliche Räume waren und diese dann durch physische Barrieren wie Zäune, Mauern etc., durch organisatorische Barrieren wie z.B. einer begrenzten Mitgliederanzahl oder durch psychische Barrieren, wie ein geschlossenes Gruppenbild, dem öffentlichen Zugang entziehen.

Stavros Stavrides prägt aufgrund dieser Problematik den Begriff der *institutions of commoning*, der Institutionen des Gemeinschaftens, die genau diese Abschottung nach außen verhindern sollen. Diese Institutionen sind „Mechanismen die Praktiken des Gemeinschaftens regulieren“. (Stavrides

2014a S.87) Durch das Gemeinschaffen in öffentlichen Räumen sollen diese Institutionen Gestalt annehmen. Die Institutionen definieren die Handlungsspielräume und den Personenkreis des Gemeinschaffens. Die Gefahr der Abschottung einer Gruppe nach außen hin, soll durch eine starke Politik von innen heraus verhindert werden. Aus diesem Grund müssen die Institutionen mit Differenzen, die es in der heutigen Gesellschaft sehr stark gibt, umgehen können und flexibel sein. Kommunikationsmöglichkeiten müssen geschaffen werden und Begegnungen gefördert werden. (vgl. ebd. 87f) „Schwellenräume ermöglichen Formen der Selbstverwaltung gemeinschaftlicher Prozesse und befördern die Erweiterung der Kreise gemeinschaftlicher Teilnehmer, sodass sich „Innen“ und „Außen“ in einem regulierten Austausch berühren und verbinden. (...) Schwellen können Zwischenräume sein, Zonen, die einen Austausch über die Trennlinien einer umgrenzten Gemeinde hinweg ermöglichen, oder auch Brücken, das heißt Konstruktionen, die ausdrücklich dazu dienen, eine Beziehung zwischen zwei Seiten herzustellen. Brücken und brückenartige Räume übersetzen Differenzen, und diese Übersetzbarkeit fördert die Schaffung einer gemeinsamen Welt, die Vielfalt begrüßt und annimmt.“ (ebd S.88)

Jede Form von Macht muss strikt getrennt werden um gemeinschaftliche Räume auf Dauer erhalten zu können. Die beteiligten Personen sollen sich nicht als Mitglieder einer bestehenden Gemeinschaft sehen, sondern als „potenzieller Teilnehmer einer Gesellschaft, die in Bewegung ist.“ (ebd. S.87-89) Es bleibt fraglich, ob eine Gemeinschaft oder Bewegung jemals vollkommen inklusiv sein kann. Wenn den Bewegungen die Problematik bewusst ist und sie aktiv an der Kommunikation und Interaktion mit Außenstehenden arbeiten, so können sie positive Effekte für den Stadtraum erzielen.



Grafik.02.04
Entstehung gemeinschaftlicher Räume

Die Definitionen von Crawford und Stavrides weisen beide auf eine kontinuierliche Neuverhandlung und Umgestaltung von urbanen Räumen hin, die nie an einem fixen Punkt angekommen sind, sondern sich in ständiger Transformation befinden. Sie verbreiten über das unmittelbar Räumliche hinaus Botschaften an die Gesellschaft.

Aus den Überlegungen zu Residualräumen, Raumkonzepten und gesellschaftlichen Räumen können für das Selbermachen im Urbanen Raum folgende Schlüsse gezogen werden:

Residualräume eignen sich für eine Bespielung durch Initiativen und bergen ein großes Potenzial, da sie die NutzerInnen dazu auffordern eine eigene Nutzung zu definieren und umzusetzen. Die unregulierte Öffentlichkeit ermöglicht kapitalschwachen Akteuren einen Zugang, gleichzeitig entsteht auch die Gefahr, dass die stärkste Gruppe sich durchsetzt.

Physischer Raum und sozialer Raum sind nicht getrennt voneinander denkbar sondern üben Einfluss auf einander auf. Raum ist ein gesellschaftliches Produkt, das ständig im Wandel ist und von den AkteurlInnen produziert wird. Die Dominanz der Repräsentation des Raumes bei Lefebvre wird durch

das Selbermachen aufgehoben, da die Rolle des Planenden, der/die über Wissen, Codes etc. verfügt, auf die Gruppe von AkteurInnen übertragen wird, die diesen Raum auch nutzt. Der Raum der Repräsentation wird aktiv gestaltet. Jede Gesellschaft und Ideologie braucht ihre eigenen, spezifischen Räume.

Gemeinschaftliche Räume werden von einer Gruppe von AkteurInnen erst durch einen gemeinschaftlichen Akt im Raum geschaffen. Sie sind Orte, die sich in ständiger Ausverhandlung und Umgestaltung befinden, in ihnen können Utopien und neue Gesellschaftssysteme erprobt werden. Die Thematik von Inklusion und Exklusion muss in diesem Zusammenhang immer mitgedacht werden.

Aus theoretische Sicht kann die Frage: *1. Finden sich die Utopien der Selbermachenden auch in den tatsächlich geschaffenen Räumen wieder?* Also eindeutig mit Ja beantwortet werden. Utopien, Ideen oder Ideologien spiegeln sich in einem gesellschaftlichen Raum wieder. Betrachtet man jedes einzelne Projekt im urbanen Raum als eine Miniatur-Gesellschaft, so muss sich die gemeinsame Utopie in den Räumen wiederfinden. Lefebvre behauptet, dass man um eine Gesellschaft zu ändern auch den Raum dieser Gesellschaft verändern müsse. Neue soziale Beziehungen bedingen einen neuen Raum und umgekehrt. (vgl. Lefebvre S.59). Eigeninitiativprojekte ändern die Formen der Raumproduktion und damit auch den daraus entstehenden Raum. Sie erproben neue soziale Organisationsformen, die sich im Raum widerspiegeln. Gleichzeitig ändern Sie den herkömmlichen, top-down Planungsprozess und setzen sich selber als PlanerInnen, ErrichterInnen und NutzerInnen gleichzeitig ein. Die Organisations- und Planungsformen sind ständig im Wandel, es gibt kein von Vornherein gültiges Endziel. Dieser Prozess der Auseinandersetzung in den gemeinschaftlichen Räumen bringt theoretisch Räume hervor, die diesen Prozess abbilden.

In Kapitel 04 wird diese theoretische Erkenntnis zusätzlich an 5 umgesetzten Projekten in Wien überprüft.

Konzepte des Selbermachens im urbanen Raum

Räume des Selbermachens

Die offizielle Seite des Selbermachens

Analyse - Projekte aus Wien

03

**Die offizielle Seite
des Selbermachens**



Die Rolle der Stadtverwaltung im Prozess des Selbermachens ist eine divergente. Einerseits schließt der Gedanke des Selbermachens, des selbstinitiierten und selbstverwalteten Gestaltens von Stadt, eine Beteiligung der Stadtverwaltung an diesem Prozess aus. Andererseits ist es beinahe unmöglich gegen den Willen der Stadtverwaltung zu agieren, wenn man ein Projekt im Stadtraum längerfristig und erfolgreich umsetzen will. Im folgenden Kapitel werden Möglichkeiten vorgestellt, wie die Stadtverwaltung mit Initiativen zusammenarbeiten kann, ohne diese zu bevormunden. Dabei liegt ein Fokus auf der Stadt Wien.

Im ersten Teil des Kapitels werden die Möglichkeiten der Beteiligung von BürgerInnen an planerischen Prozessen in Wien erläutert. Das Instrument der Partizipation ist in Planungsprozessen schon weit verbreitet und auch die Unterstützung von Projektideen aus der Bevölkerung wird teilweise gewährt. Was ist der Unterschied zwischen Partizipation und Eigeninitiative, welche Vor- und Nachteile bringen diese beiden Konzepte?

Im zweiten Teil des Kapitels werden Möglichkeiten für die Stadtplanung aufgelistet, wie der Umgang mit dem Phänomen des Selbermachens im Allgemeinen aussehen könnte. Welche Strategien wurden in diesem Bereich bereits entwickelt und wie sinnvoll wäre deren Anwendung in Wien?

Im Anschluss werden bereits bestehende Konzepte für die Unterstützung von Selbstinitiative der Bevölkerung in Wien angeführt. Es soll geklärt werden, wie gut diese Instrumente den Bedarf der BürgerInnen abdecken und in wieweit sie verbesserungsfähig bzw. durch andere Modelle ergänzbar sind.

03.1. Beteiligungsmöglichkeiten von Partizipation bis Eigeninitiative

BewohnerInnen von Städten haben aus unterschiedlichen Gründen (siehe Kapitel 01) das Bedürfnis sich mehr in die Planung und Gestaltung ihres unmittelbaren urbanen Umfeldes einzubringen. Sei es das Gefühl, im Vergleich zu Konzernen und Investoren keine Mitsprache mehr zu haben, oder das neue Selbstvertrauen, dass durch globale Vernetzung und das Bekanntwerden von Vorzeigeprojekten entsteht - BewohnerInnen wollen sich an der Planung ihrer Stadt beteiligen. Auf den folgenden Seiten wird das Konzept der Partizipation, der Einbindung von BürgerInnen in die Planung, vorgestellt und mit dem Selbermachen verglichen. Welche Vor- und Nachteile ergeben sich aus dem Selbermachen?

03.1.1 Partizipation als Konzept

Um mit dem Bedürfnis der StadtbewohnerInnen nach mehr Mitbestimmung umzugehen, wurde die Partizipation als Medium der Einbindung in Planungsprozesse entwickelt.

Seit den 1960er Jahren kommt BürgerInnenbeteiligung in der Planung vermehrt zum Einsatz. (Oswalt, Overmeyer, Misselwitz 2013, S.14) Sherry Arnstein hielt bereits 1969 fest, dass Partizipation, im Sinne von einer Zusammenarbeit von öffentlichen, privaten und nicht profitorientierten Personengruppen, der Grundstein von Demokratie sei. Die Einbindung von Personen, die ansonsten kaum Entscheidungskraft haben, in Entscheidungsfindungsprozesse und damit die Umverteilung von Machtverhältnissen sei entscheidend. Sie erkannte aber schon, dass diese Einbindung nur dann sinnvoll ist, wenn die eingebundenen Personen auch tatsächlich Einfluss auf Entscheidungen nehmen können. Um dies zu illustrieren, kategorisierte sie 8 Levels der Partizipation in einem Leiterdiagramm, der sogenannten *Arnstein's ladder of participation*. (vgl. Arnstein 2006, S.234-235)

Bürger Kontrolle

Delegierte Macht

Partnerschaft/Mitbeteiligung

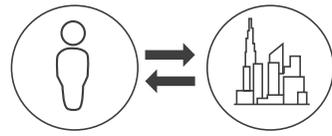
Beschwichtigung

Konsultation

Information

Therapie

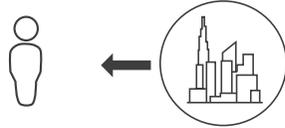
Manipulation



Bürger Macht/
Citizen Power

Bei den BürgerInnen liegt zumindest ein Teil- Entscheidungsrecht

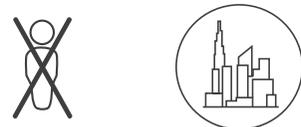
Arbeitsgruppe
Runder Tisch
Planungszelle



Schein-Beteiligung/
tokenism

Personen haben eine Stimme, aber keine Versicherung, wahrgenommen zu werden

öffentl. Diskussionsveranstaltung
Befragung
BürgerInnenversammlung
Aushang
Wurfsendung
Informationsveranstaltung



Nicht-Beteiligung/
non-participation

MachträgerInnen wollen BürgerInnen "umerziehen"

Gezielte Beeinflussung,
Meinungssteuerung



Grafik 03.01
Ladder of participation von Sherry Arnstein

03.1.2 Beispiele partizipativer Projekte in Wien

In der Stadtverwaltung in Wien werden Partizipationsprozesse in unterschiedlicher Form für fast alle größeren Stadtplanungsprojekte angewandt, wie zum Beispiel im Falle des neuen Hauptbahnhofes, des Stadtentwicklungsgebietes Nordbahnhof oder der Neugestaltung des Südtirolerplatzes. Die Einbindung der Bevölkerung erfolgt auf unterschiedliche Weise und zu unterschiedlichen Graden.

Beim Nordbahnhof handelt es sich um ein 85 Hektar großes ehemaliges Bahnareal im 2. Bezirk, das zu einem neuen, urbanen Stadtviertel werden soll. Vorab erfolgte frühzeitige Information der BürgerInnen über die Pläne für das neue Viertel. Innerhalb eines Jahres konnten von Dialoggruppen Vorschläge für das städtebauliche Leitbild des neuen Viertels eingebracht werden. Die Konzepte wurden im Zuge von Grätzelcafés den BewohnerInnen vorgestellt, von ihnen diskutiert und finalisiert. BürgerInnen wurden durch Einzelgespräche, Dialoge, Spaziergänge und mehrere Veranstaltungen aktiv eingebunden. Der Beteiligungsprozess endete mit Empfehlungen für das Leitbild des zukünftigen Nordbahnhofes. Die Vorschläge der BürgerInnen, die in das neue Leitbild aufgenommen wurden, sind durch Icons gekennzeichnet um sie besser erkenntlich zu machen. (vgl. Madreiter 2014, S.1-6) Hier konnten sich die BürgerInnen also aktiv an der Konzeptfindung beteiligen, da ihre endgültigen Vorschläge aber nur Empfehlungen sind, ist die Stadtplanung nicht gezwungen, sich an Entscheidungen zu halten. Es handelt sich also nach den Kriterien von Sherry Arnstein nur um eine Schein-Beteiligung.

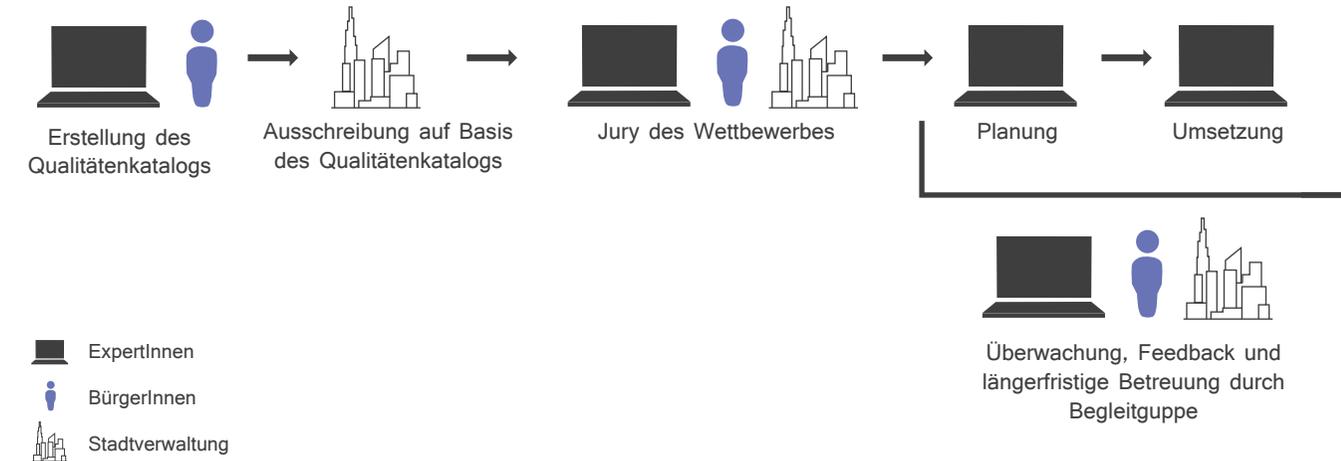
Der Beteiligungsprozess zur Neugestaltung des Südtirolerplatzes war ein Novum für die Stadt Wien, deshalb möchte ich auf diesen Projekt genauer eingehen.

Im Vorfeld der Wettbewerbsausschreibung für die Umgestaltung des Platzes, wurde das Büro PlanSinn von der MA 19 beauftragt einen Qualitätskatalog für den Platz zu erstellen. Durch Begehungen, ExpertInneninterviews, Workshops und die Befragung von 540 AnrainerInnen wurde ein Qualitätskatalog erstellt, der aufzeigte, was sich die zukünftigen NutzerInnen des Platzes dort wünschen. Der erarbeitete Qualitätskatalog galt in Folge als Kriterium für die Wettbewerbsausschreibung. (vgl. plansinn 2013) Jedoch endete hier nicht die Beteiligung der BürgerInnen. Eine Vertretung der BürgerInnen konnte mit Planenden und KünstlerInnen in der Jury über das Gewinnerprojekt des Wettbewerbes mitentscheiden. (vgl. Förster 2014) Um in weiterer Folge sicherzustellen, dass im

Planungsprozess der erarbeitete Qualitätenkatalog auch eingehalten wurde, kam es zur Gründung einer Begleitgruppe. Die Begleitgruppe setzt sich aus 5 BewohnerInnen zusammen, die aus Freiwilligen unter den TeilnehmerInnen der Befragung ausgewählt wurden. Bei der Auswahl wurde auf eine ausgewogene Zusammensetzung betreffend Alter und Geschlecht geachtet. Auch die Wohnnähe zum Südtirolerplatz spielte eine Rolle. Weiters waren in der Begleitgruppe FachexpertInnen und lokale PolitikerInnen vertreten. Die Gruppe achtet auf ein optimales Funktionieren des Platzes und greift Themen auf, die über den Wettbewerb hinausgehen, (vgl. Agendawieden 2014) wie beispielsweise die Taubenproblematik oder die Unterstützung der Aneignung des Platzes nach Abschluss der Bauarbeiten. Die Begleitgruppe kann in unterschiedlichen Planungsphasen den Entwurf kommentieren und den PlanerInnen Feedback geben. (vgl. Förster 2014)

In diesem Prozess wurden die BürgerInnen also sowohl bei der Definition der Wettbewerbsausschreibung ganz zu Beginn, als auch bei der Entscheidung zwischen den eingereichten Wettbewerbsbeiträgen involviert. Zusätzlich stellt die Begleitgruppe, als kontrollierendes Organ sicher, dass die Interessen der AnrainerInnen in jeder Phase des Planungsprozesses bedacht werden. Der Beteiligungsprozess wäre in diesem Fall also, nach den Kategorien von Arnstein, als echter Partizipationsprozess zu bezeichnen.

Es wird ersichtlich, dass Partizipation in Wien in unterschiedlich erfolgreichen Formen momentan für städtebauliche Projekte angewandt wird. Der neu erstellte Masterplan Partizipation, der im Februar 2015 erstmals vorgestellt wurde, soll genau regeln, wann die Bevölkerung in ein Projekt eingebunden wird, wie diese Einbindung erfolgen soll und wer eingebunden wird. Beispielsweise muss in Zukunft Beteiligung möglich sein, wenn mindestens 300 neue Wohneinheiten geplant sind, wenn ein Hochhaus gebaut wird, wenn sich das Bauvorhaben in der Kernzone des Weltkulturerbes befindet usw.. Die Bevölkerung soll sich sowohl bei der Prüfung von Projektideen, beim Erarbeiten von Leitbildern als auch bei den Widmungsverfahren beteiligen können. (Stadtentwicklung Flächennutzung 2015, S.1-5) Leider sind jedoch als Methoden der Beteiligung nur Methoden der Schein-Beteiligung nach Arnstein genannt, wie die Aufbereitung von Information für AnrainerInnen, die Diskussion oder das Einbringen von Ideen und Kritik. Von echter Mitbestimmung kann also keine Rede sein.



Grafik 03.02
Schema Beteiligungsprozess Südtirolerplatz



Die offizielle Seite des Selbermachens

Ab.03.01
Beteiligungsprozess Südtirolerplatz

03.1.3 Partizipation – Eigeninitiative. Eine Unterscheidung

Viele AkteurInnen aus dem Bereich des Selbermachens kritisieren die Partizipation aufgrund einiger damit verbundener Problematiken. Urban Catalyst kommt beispielsweise zur Schlussfolgerung, dass Do-it-yourself, also das Selbermachen, die logische Weiterentwicklung von Partizipation sei. Das Selbermachen sei besser in der Lage, alle Beteiligten zufrieden zu stellen. (Oswalt, Overmeyer, Misselwitz 2013, S.14) Im folgenden Abschnitt werden die beiden Konzepte einander in 4 Kategorien gegenübergestellt und überprüft welche Vorteile das Selbermachen tatsächlich aufweist.

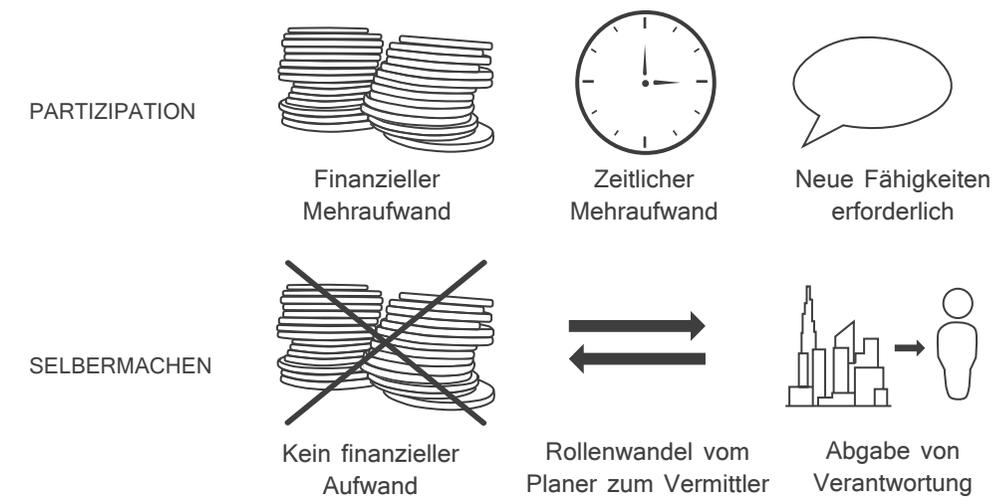
① Zusätzlicher Planungsaufwand

Laut Urban Catalyst führt Partizipation sowohl zur Frustration der Ausführenden wegen der Komplexität von Einbindungsprozessen als auch zur Frustration der BürgerInnen wegen limitierter Mitbestimmungschancen. (Oswalt, Overmeyer, Misselwitz 2013, S.14) Der erste Punkt kann sicherlich belegt werden, da meist eigene Projektteams mit der Beteiligung von BürgerInnen an einem Planungsprozess betraut werden müssen. Diese Arbeit mit den Menschen verlangt spezielle Kompetenzen, die von PlanerInnen im herkömmlichen Sinn nicht erfüllt werden können. Es gibt jedoch sowohl im privaten, als auch im öffentlichen Sektor ExpertInnen, die Erfahrung mit Partizipationsverfahren gesammelt haben und durchaus fähig sind solche Prozesse zu steuern. Der Aufwand von Zeit und Kapital wird durch die Partizipation sicherlich erhöht. (vgl. Förster 2014)

Grundsätzlich fordert das Selbermachen von der Planung im Allgemeinen oder der Stadtplanung keinerlei Einmischung. Man könnte sogar so argumentieren, dass das Selbermachen der Stadtplanung gewisse Aufgaben abnimmt. So bezeichnen Jesko Fezer und Mathias Heyden das Drängen zur Selbstverwaltung seitens der Stadtplanung als Aufkündigung gesamtgesellschaftlicher Verantwortung und als absichtsvolles Erschaffen von AktivbürgerInnen, die bestimmte Aufgaben der Stadtentwicklung übernehmen. (Fezer, Heyden 2004, S.15) Beispielsweise wäre die Aufwertung von Brachflächen so eine Aufgabe der Stadtplanung.

In der Realität brauchen Selbermachende aber oft Unterstützung von planenden Disziplinen. Fungieren PlanerInnen in dem Prozess des Selbermachens als KonsulentInnen oder als sogenannte ErmöglicherInnen für Selbermachende, so müssen sie die herkömmliche Definition von Planung verlassen.

Der Wandel von Aufgabengebieten der Planung ist in den letzten Jahren deutliche sichtbar und PlanerInnen nehmen immer mehr die Rolle des Ermöglichens oder des Vermittelns ein. (vgl. Kleedorfer 2014)



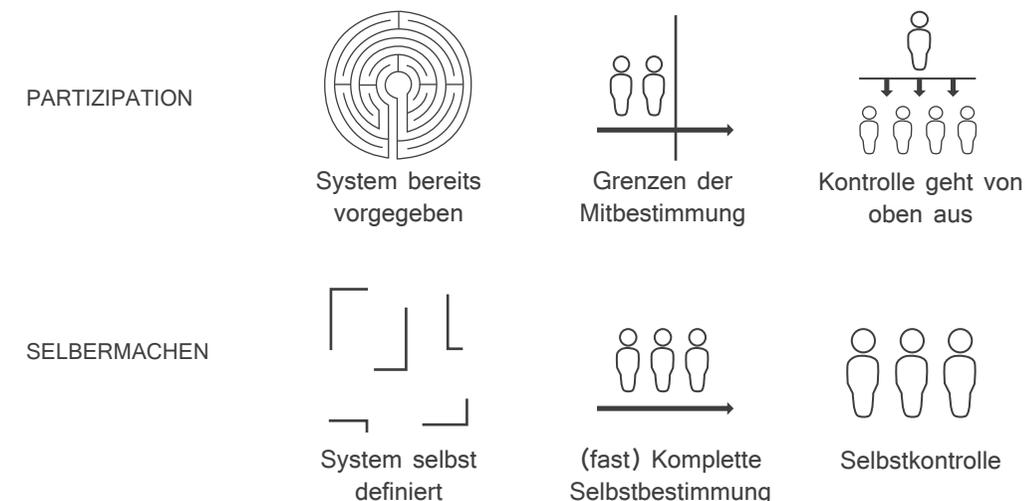
Grafik 03.03
Zusätzlicher Planungsaufwand

② Einflussnahme durch die BürgerInnen

Jesko Fezer und Mathias Heyden bezeichnen in *Hier entsteht* Partizipation als „Beteiligung oder Mitbestimmung an etwas bereits Vorgegebenen.“ (Fezer, Heyden 2004, S.14) Sie deuten auf die begrenzten Handlungsmöglichkeiten hin, die in dem bereits vorgegebenen System für die BürgerInnen bestehen. BürgerInnen können sich immer nur in der Form einbringen, die von PlanerInnen vorgesehen ist und können auf grundsätzliche Fragen meist keinen Einfluss nehmen. (vgl.ebd. S.14) Partizipation kann somit nur als weiteres Instrument der Top-down Planung verstanden werden, wo die gesamte Kontrolle von oben ausgeht. Das Ausmaß und die Grenzen der Mitbestimmung werden von PlanerInnen vorgegeben, so kommt es sehr oft nur zu Schein-Beteiligungen.

Beim Selbermachen schaffen sich die AkteurInnen ihr eigenes System der Organisation, des Entwicklungsprozesses, der räumlichen Anordnungen etc.. Am Anfang des Selbermachens steht immer Agency, die Fähigkeit einer Person die Entscheidung zu einer Handlung zu treffen. Dies erfordert das eigenständige Erkennen eines Problems oder Missstandes und das gezielte, absichtsvolle Setzen einer Handlung um diesen Missstand aufzuzeigen oder zu bekämpfen. Das eigenständige Ermessen, in welchen Bereichen und zu welchem Ausmaß eine Einmischung notwendig erscheint, ist ein wichtiger Punkt.

Natürlich agieren auch Selbermachende nicht im rechtsleeren Raum und müssen bestimmte Übereinkommen mit Grundstückseigentümern oder Kommunen treffen. Darüber hinaus werden aber Entscheidungen selbstständig getroffen. Der Aufbau der Gruppendynamik bleibt ebenso den AkteurInnen selbst überlassen und kann von einer hierarchischen bis zu einer kollektiven Ordnung reichen.



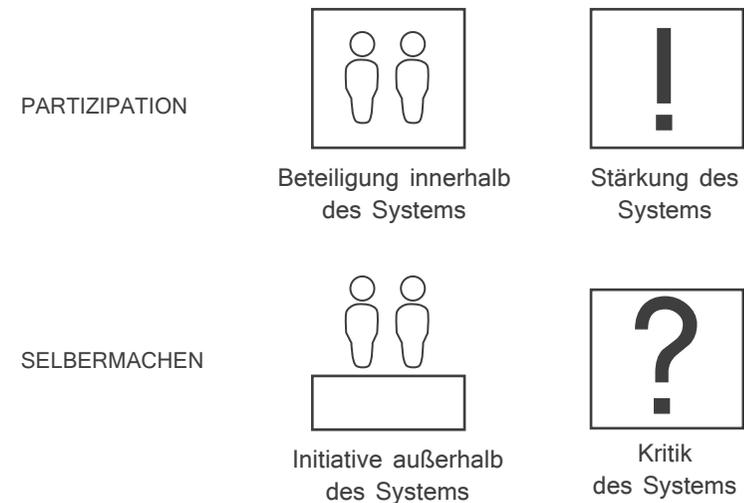
Grafik 03.04
Einflussnahme durch BürgerInnen

③ Vereinbarkeit mit der offiziellen Planung

Ingulfur Blühdorn behauptet, dass heutige Formen von BürgerInnenbeteiligung nur eine Simulation der Errungenschaften von wirklicher partizipativer Demokratie sind. Das höchste Paradigma von Regierungsorganisationen und auch der meisten BürgerInnen sei Effizienz geworden, diese führe zu möglichst billigen Preisen. Vormalig politische Lebensbereiche werden vollkommen entpolitisiert. (vgl. Blühdorn 2006 S.74-81) Partizipation bedeutet nicht mehr „politisches Engagement für die Überwindung der bestehenden Verhältnisse zugunsten einer erst zu schaffenden besseren Gesellschaftsform, sondern verbesserte Teilhabe an dem, was die bereits bestehenden Strukturen bereitzustellen in der Lage sind.“ (Blühdorn 2006 S.78) Partizipation dient also sogar als Stütze für das beste-

hende System, indem sie den Eindruck vermittelt, mitbestimmen zu können. Sie macht BürgerInnen scheinbar zu aktiven GestalterInnen, auch wenn ihr Einfluss oft sehr gering ist. Stadtregierungen rühmen sich immer öfter damit, BürgerInnen die Möglichkeit zu gewähren sich an Planungsprozessen zu beteiligen und verbessern dadurch ihr Image.

Das Selbermachen als politischer Aktivismus ist hingegen ein konstantes Infragestellen des bestehenden Systems. Es agiert außerhalb von üblichen Planungswegen und involviert unterschiedlichste AkteurInnen. Die Rolle von ExpertInnen, PlanerInnen und der Stadtverwaltung wird hinterfragt. Mit dem Setzen von Aktionen im urbanen Raum werden Räume geschaffen, die zur Auseinandersetzung mit grundlegenden Fragen der Stadtplanung aufrufen. Werden Initiativen jedoch von der Stadtverwaltung instrumentalisiert und für eigene Zwecke missbraucht, ändert sich dieses Verhältnis schlagartig und das Selbermachen kann ebenfalls zu einer Stütze des bestehenden Systems werden.



Grafik 03.05
Vereinbarkeit mit der offiziellen Planung

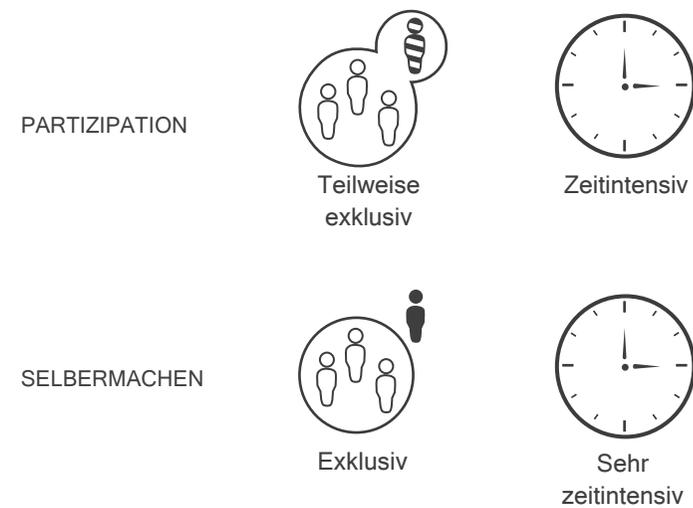
④ Inklusivität

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Partizipation wurde im Interview mit Kirsten Förster vom Büro PlanSinn angesprochen. Es gäbe eine Gruppe von Menschen, die bei Beteiligungsprojekten leichter erreichbar sei als andere. „Wir [die lokale Agenda 21] bekommen schon immer wieder mal den Vorwurf, dass wir ein Mittelschichtprojekt sind oder Bildungsmenschen ansprechen.“ Jugendliche oder MigrantInnen seien Zielgruppen, die im Zuge von Beteiligungsprozessen nur schwer erreichbar sind. „Leichter erreichbar sind Menschen mit guter Ausbildung, die vielleicht nicht fulltime arbeiten oder selbstständig arbeiten.“ (Förster 2014) Die Arbeit an Beteiligungsprojekten ist immer ehrenamtlich, was gewisse Vorbedingungen stellt. Nicht für alle Gesellschaftsgruppen ist es finanziell möglich über einen längeren Zeitraum hinweg ehrenamtlich zu arbeiten. Weiters kann die zeitliche Flexibilität oft nicht aufgebracht werden, die für Projekte erforderlich ist.

Alexa Färber vertritt die Theorie, dass bestimmte Personengruppen in bottom-up Projekten in der Lage seien, die dafür aufgewendete Zeit mehrfach zu nutzen und damit einen Vorteil gegenüber anderen hätten. Gemeint ist damit, dass AnrainerInnen und betroffene BürgerInnen meist ihre Freizeit in Beteiligungsprojekte investieren, wohingegen die professionellen MediatorInnen der Projekte die Zeit sowohl als Arbeitszeit werten können für die sie entlohnt werden, als auch teilweise als Freizeit in der sie neue Bekanntschaften schließen und Netzwerke knüpfen. Für ForscherInnen oder interessierte aus bestimmten Fachgebieten zählt die aufgewendete Zeit gleichzeitig als Projektzeit, die sie rückwirkend in Publikationen etc. einbringen können. Somit hätten AnrainerInnen und BürgerInnen einen akuten Nachteil gegenüber anderen, wenn sie ihre Freizeit in großen Maßen in Beteiligungsprojekte investieren. (Färber 2014, S.28 -29) Partizipative Projekte gestalten sich aus diesem Grund zumindest teilweise exklusiv. Auch wenn aktiv versucht wird, unterschiedliche Gesellschaftsgruppen mit einzubeziehen, gelingt das oft schwer.

Das Argument der Exklusivität von partizipativen Prozessen aufgrund der Ressource Zeit oder Zugang, verschärft sich beim Selbermachen noch um ein Vielfaches, da bei Projekten aus Eigeninitiative die gesamte Organisation von den AkteurInnen selbst mitgetragen werden muss. Der Zeitaufwand ist enorm und manchmal ist das Bereitstellen von finanziellen Ressourcen für das Projekt zusätzlich notwendig. (vgl. Rongitsch 2014)

Ebenso ist bei eigeninitiierten Projekten bemerkbar, dass die Zusammensetzung der AkteurInnen eher homogen ist, das heißt die handelnden Personen kommen aus ähnlichen sozialen Schichten, haben ein ähnliches Alter bzw. einen ähnlichen Bildungsstand. Obwohl viele Gruppen sehr aktiv versuchen eine heterogene Gruppenzusammensetzung zu erwirken, gelingt es wenigen. Der Grund dafür liegt wohl an der großen Anzahl von Grundsatzfragen bezüglich Organisation, politischer Positionierung etc., über die vorab Einigkeit bestehen muss.



Grafik 03.06
Inklusivität

Es bleibt also festzuhalten, dass das Selbermachen im urbanen Raum die Möglichkeit bietet sich zu einem Grad einzubringen, der in partizipativen Verfahren nie erreicht werden kann. Selbermachende können selbst entscheiden wo und ob sie Handlungen setzen möchten und sind in ihrer Organisationsform komplett selbstbestimmt. Das Selbermachen arbeitet an der herkömmlichen Planung vorbei und zeigt dabei Möglichkeiten auf, wie eine kollektive Planung, bei der alle Beteiligten gleich viel Mitspracherecht haben, funktionieren könnte. Das Selbermachen kann darüber hinaus Missstände in der Gesellschaft und Planung aufzeigen und einen anderen Weg gehen und muss sich nicht dem herkömmlichen System unterordnen wie die Partizipation. Im Prinzip wirkt das Selbermachen also nicht als Stütze für das bestehende System. Wenn der Staat bzw. die Stadtplanung aber eigene Verantwortlichkeiten auf Selbermachende überträgt oder Eigeninitiativ-Projekte für eigene Interessen instrumentalisiert, dann kann sich diese Rolle wandeln.

Das Selbermachen verlangt einen hohen Grad an persönlichem Engagement, an Zeit, die ehrenamtlich in Projekte fließt. Aus diesem Grund ist die Praxis des Selbermachens eher exklusiv, da viele Personengruppen sich diesen Einsatz nicht leisten können.

Das Selbermachen ist in vielerlei Hinsicht für die Beteiligten befriedigender als die bloße Partizipation an Projekten. Jedoch darf es auf keinen Fall zu der Tendenz kommen, Pflichten der Stadtplanung oder des Sozialstaates über den Aufruf zum Selbermachen an BürgerInnen abzugeben. Wichtig ist, dass die Initiative auf freiwilliger Basis von BürgerInnen selbst kommt. Das Selbermachen kann immer nur einen kleinen Teil der Stadtgestaltung ausmachen, da die Kapazitäten von BürgerInnen erschöpfbar sind und bei komplexeren Planungsaufgaben das Know-How fehlt. An neuen Strategien, wie Selbermachende Synergien mit PlanerInnen bzw. mit der Stadtplanung eingehen können, ohne die Charakteristika und Qualitäten des Selbermachens zu verlieren, muss noch gearbeitet werden. Im nächsten Abschnitt wird auf solche Strategien genauer eingegangen.

03.2. Die Rolle der Stadtverwaltung im Umgang mit dem Selbermachen

„Die Integration von Zwischennutzungen in Prozesse der Planung ist von einem grundlegenden Widerspruch gekennzeichnet: Zwischennutzungen beruhen auf dem Prinzip des spontanen Agierens einer Gruppe von Akteuren und entwickeln ihre Vitalität gerade durch den Verzicht auf die Festlegung und Sicherung eines langfristigen Idealplans. Klassische Planung hingegen beruht auf dem Entwurf eines erwünschten Endzustandes für einen Auftraggeber, der über die Mittel verfügt, diesen Zustand auch zu erreichen.“ (Fezer 2013, S. 165)

Was Jesko Fezer hier als Zwischennutzung bezeichnet, kann auch auf das Selbermachen im Allgemeinen übertragen werden. Denn auch wenn eine Nutzung längerfristig konzipiert ist, haben Eigeninitiativ-Projekte in den seltensten Fällen einen endgültigen Plan sondern entwickeln sich schrittweise weiter und passen sich an neue Anforderungen an. Es stellt sich die Frage: Kann und soll das Selbermachen überhaupt in eine formellere Form des Planens integriert werden, oder bezieht es gerade seine Stärke daraus, dass es abseits der Planung funktioniert?

Aus meinen Recherchen und Interviews hat sich ergeben, dass alle Initiativen ihre Selbstständigkeit und Selbstverwaltung sehr schätzen. Ich glaube, dass es eine große Qualität des Selbermachens ist, nicht an formelle Planungsmittel gebunden zu sein. Allerdings werden Initiativen bei der Umsetzung eines Projektes oft von der herkömmlichen Planung Hürden gestellt, die man eventuell aus dem Weg räumen könnte.

03.2.1 Regulieren - Deregulieren

Im Zusammenhang mit der Vereinfachung einer Umsetzung von Eigeninitiativ-Projekten in der Stadt fällt oft das Schlagwort der Deregulierung. Ein Staat bzw. eine Stadtverwaltung müsse bestehende Regulierungen zurückschrauben um BürgerInneninitiativen Möglichkeiten zu geben, leichter in die Gestaltung der Stadt eingreifen zu können.

In einem Interview mit Philipp Oswald, spricht Saskia Sassen davon, dass eine Deregulierung seitens des Staates nicht sinnvoll wäre um bottom-up Nutzungen zu unterstützen, weil sich als Folge die finanzstarken AkteurInnen im urbanen Raum noch stärker durchsetzen könnten. Der Staat dürfe sich nicht aus dem Öffentlichen zurückziehen, wie er es derzeit in den USA mache. (vgl. Sassen 2013, S.114) Eine allgemeine Deregulierung kann also nicht als sinnvoll angesehen werden, da sie die Ungleichheiten zwischen finanzstarken und finanzschwachen AkteurInnen zusätzlich verstärkt.

Einige Selbermachende und Planende, die im städtischen Bereich in Wien tätig sind, wünschen sich aber ein Entgegenkommen bei der Umsetzung von nicht kommerziellen Projekten im urbanen Raum, zum Beispiel bei der Nutzung von Gehsteigen oder Straßen. (vgl. Förster 2014)

Zu diesem Thema meint Gabu Heindl in einem Interview: *„Wir wollen nicht regulieren, wo es um die freien Nutzungen der Bevölkerung geht, aber wir wollen dort regulieren, wo der Neoliberalismus im Moment dereguliert. Und das finde ich gerade wichtig im Zusammenhang mit dem Schutz öffentlichen Raumes im Sinn von Ermöglichungsraum, im Sinn von Konsumfreiheit...“* (Heindl 2014) Es ist wichtig eine Balance zu finden, die den NutzerInnen einer Stadt mehr Freiräume einräumt und gleichzeitig finanzstarke AkteurInnen und InvestorInnen davon abhält, den gesamten städtischen Raum in einen kommerziell nutzbaren Raum zu verwandeln, der automatisch finanzschwache Personen ausgrenzt.

Im Zuge der Deregulierung kommt unter anderem auch Kritik am Fürsorge- oder Wohlfahrtsstaat, der durch eine Überregulierung zur Bevormundung von BürgerInnen führe und damit eigeninitiatives Verhalten einschränke. (vgl. Oswald, Overmeyer, Misselwitz 2013, S.180f) Diese Argumente halte ich für gefährlich, da sie zu einem Rückzug des Wohlfahrtsstaates aufrufen um die BürgerInnen zu aktivieren. Gerade das wäre aber der falsche Weg, da es als Folge einer Reduktion des Wohlfahrtsstaates und den damit verbundenen Kürzungen von sozialen Leistungen nur zu einem

Selbermachen aufgrund von ökonomischen Druck kommen könnte. Diese Zwangsaktivierung von BürgerInnen durch den Staat, wie es momentan beispielsweise in Athen durch die Sparmaßnahmen der Regierung passiert, führt zu prekären Lebenssituationen und hat mit einem freiwilligen Selbermachen nur mehr wenig zu tun.

03.2.2 Handlungsstrategien für den Umgang mit dem Selbermachen

In Urban Catalyst führen Philipp Oswalt, Klaus Overmeyer und Philipp Misselwitz Handlungsstrategien an, denen eine Zusammenarbeit von Planung und Zwischennutzung folgen kann. Ich werde mich an diesen Strategien für die Zwischennutzung orientieren, sie auch auf längerfristige Eigeninitiativ-Projekte umlegen, und anschließend eine Schlussfolgerung für die Stadt Wien daraus ziehen.



1. Ermöglichen

Das Ermöglichen ist eine Strategie, bei der eine formelle Struktur, wie zum Beispiel eine Vermittlungsagentur, den Zwischennutzern oder Selbermachenden bei der Bewältigung von schwierigen Fragen zur Seite steht um dadurch Nutzungen zu ermöglichen. Von der formellen Struktur sollen etwa Nutzungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, der Zugang für Interessierte erleichtert werden und die Kommunikation zwischen unterschiedlichen AkteurInnen verbessert werden. Die Vermittlungsagentur kann in diesem Szenario zum Beispiel die Verantwortung für Haftungsfragen übernehmen, einen Flächenpool von verfügbaren Grundstücken in der Stadt einrichten, als Bürge für Initiativen fungieren etc.. (vgl. Oswalt, Overmeyer, Misselwitz 2013, S.224)



2. Initiieren

Bei der Strategie des Initiierens geht die Initiative nicht mehr von den NutzerInnen aus sondern von einem Agenten der Kommune oder der Privatwirtschaft, der ein Konzept für eine meist größere Brache entwickelt. ZwischennutzerInnen sind dann Teil der Strategie zur Entwicklung eines Areal und werden von den Agenten angeworben. (vgl. ebd. S.225) Die Kommune oder der privatwirtschaftliche Agent erstellen im Vorhinein Nutzungsprofile, machen Ausschreibungen und Ideenaufrufe um die richtigen ZwischennutzerInnen anzusprechen. Sie holen Genehmigungen ein, ermöglichen Kommunikation und Vermitteln zwischen unterschiedlichen AkteurInnen. (vgl. ebd. S.248)



3. Erobern

Bei der Strategie des Eroberns erkämpfen sich NutzerInnen Räume um eine Idee durchzusetzen, die meist im Gegensatz zu den Zielen des Eigentümers und/oder der Stadtplanung steht. Sie erschaffen öffentliche Räume, die eine kommerzielle Verwertung meist nicht zulassen, also alternative öffentliche Räume. Eine öffentliche Debatte ist dabei sehr wichtig. (vgl. ebd. S.226) Die Ziele der Eroberung sind: 1. Dynamische Nutzung von Unten zu ermöglichen, 2. Kritik an Ineffizienz von Macht und Planung zu üben und 3. Ein langfristiges Ziel durch kleine, taktische Schritte zu verfolgen. Die Nutzung ist hierbei nicht Selbstzweck sondern Teil einer Strategie (vgl. ebd. S.273f)



4. Coachen

Bei dieser Strategie geht es um die Unterstützung von NutzerInnen und Interessenten durch Plattformen zur Durchsetzung von Interessen. Diese können selbstorganisiert sein (Netzwerke von AktivistInnen) durch sympathisierende Agenten initiiert werden (Künstler, Architekten etc.) oder von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt werden. (vgl. ebd. S.227) Bei der Unterstützung geht es allem voran um eine Stärkung und Qualifizierung von selbstorganisierten NutzerInnen indem Zugänge zu Netzwerken und Informationen geschaffen werden. Akteure aus Verwaltung und Wirtschaft werden mit den NutzerInnen zusammengeführt um diese beispielsweise in rechtlichen Fragen zu beraten. (vgl. ebd. S.305)



5. Formalisieren

Nach längerer Nutzungsdauer entwickelt sich eine Formalisierung entweder durch äußeren Druck oder durch den Wunsch der ZwischennutzerInnen langfristige Verträge bzw. Käufe abzuschließen. Entweder werden solide Geschäftsmodelle vorgeschlagen, wie beispielsweise für die Arena in Wien, oder der Verein engagiert sich sehr stark für den Stadtteil oder die Kulturpolitik und hat deshalb die öffentliche Meinung hinter sich, wie beispielsweise das Amerlinghaus. (vgl. ebd. 228) Für den Übergang zu einer dauerhaften Nutzung sind langfristige Verträge oder der Erwerb der Fläche nötig. Damit werden auch längerfristige Planungen und Investitionen möglich, (vgl. ebd. S.323) ebenso wie beispielsweise die Bezahlung von vormals ehrenamtlichen Mitgliedern und MitarbeiterInnen.

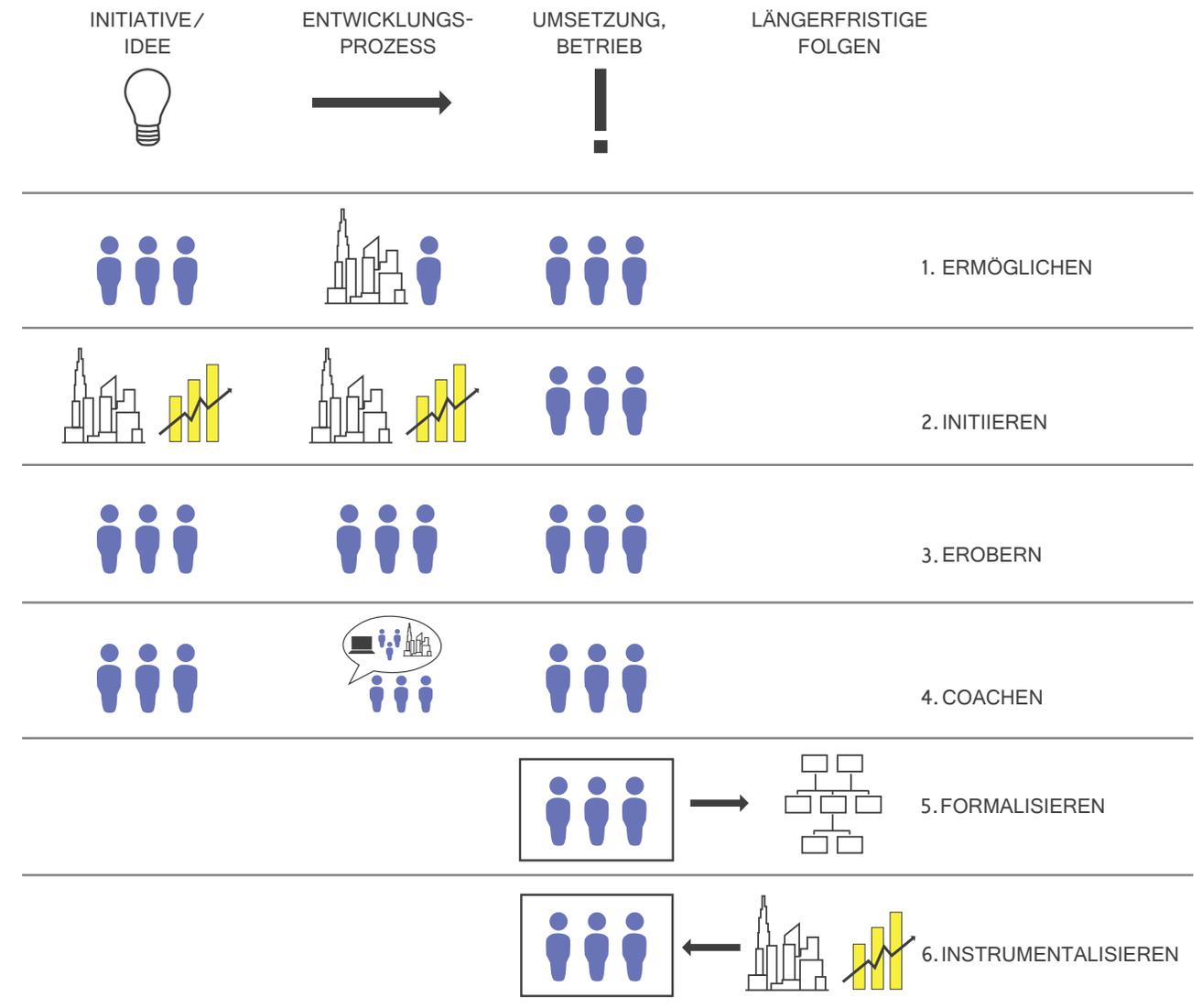


6. Instrumentalisieren

Das Instrumentalisieren bedeutet einen gezielten Einsatz von Dritten um Wert aus Projekten zu generieren. Diese Dritten sind entweder InvestorInnen oder die Kommunen selbst, die von der Aufwertung eines Grundstückes profitieren oder sich selber als Kreativ-Stadt branden wollen. (vgl. ebd. 229) Zwischennutzungen werden damit Teil von unternehmerischen Strategien von Kommunen, Firmen, ProjektentwicklerInnen und ImmobilieneigentümerInnen (vgl. ebd. S.349) und verlieren somit eine ihrer entscheidendsten Eigenschaften, nämlich Kritik zu üben.

- ExpertInnen
- BürgerInnen
- Stadtverwaltung
- Privatwirtschaft

Grafik 03.07 Handlungsstrategien im Umgang mit dem Selbermachen



Zwei der genannten Strategien, das Instrumentalisieren und das Initiieren, sind meiner Meinung nach als Mittel zum Umgang mit dem Selbermachen auszuschließen, da sie gegen grundsätzliche Charakteristika und Qualitäten des Selbermachens verstoßen. Das Instrumentalisieren nimmt Eigeninitiativ-Projekten jede Form von Kritikfähigkeit. Sie werden zu Stabilisatoren für ein System, das ihnen im schlechtesten Fall in der Entstehungsphase des Projektes Steine in den Weg gelegt hat.

In der Stadt Wien zeigen sich Tendenzen, die in Richtung von Instrumentalisierung gehen. Besonders ist dies im Bereich von kreativen (Zwischen)Nutzungen zu erkennen. Im Interview mit Jutta Kleedorfer wurde aufgezeigt, dass die Stadtverwaltung langsam das wirtschaftliche Potenzial der Kreativwirtschaft erkenne und ihre Zukunft im Citybranding als moderne Kreativ-Stadt sehe. (vgl. Kleedorfer 2014) Die Studie *Räume Kreativer Nutzungen, Potenziale für Wien* Die Urban Catalyst im Jahr 2014 im Auftrag von Departure, dem Kreativzentrum der Wirtschaftsagentur Wien, durchgeführt hat weist in eine ähnliche Richtung. Die Studie zeigt auf, wo in der Stadt weitere kreative Nutzungen möglich wären und welche Vorteile das bringen könnte. Es deuten also einige Anzeichen darauf hin, dass die Stadtverwaltung die aufstrebende Kreativ und Selberrmacher- Szene, die in Wien entstanden ist, für Marketing Zwecke instrumentalisiert.

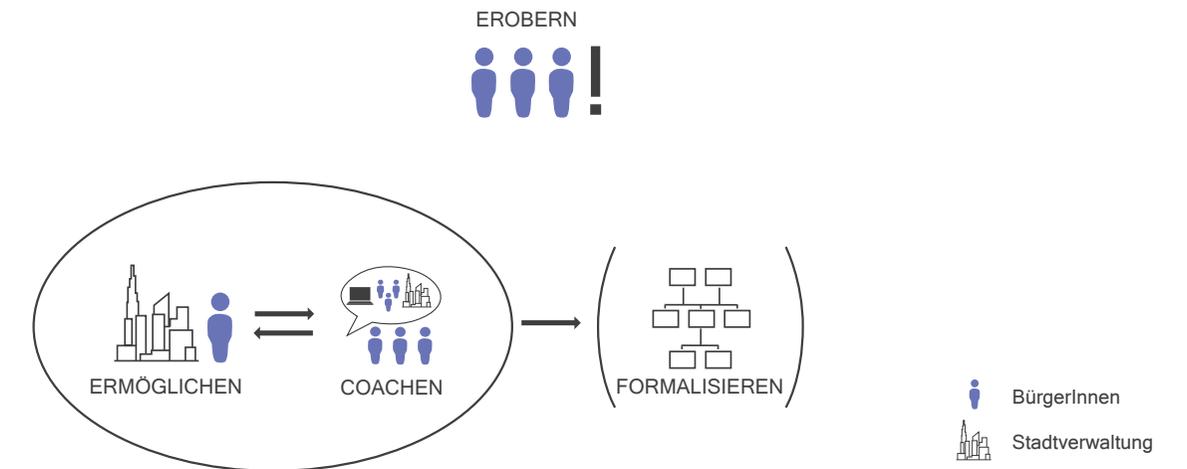
Das Initiieren schließt die Agency, die Entscheidungsfähigkeit eine Handlung im städtischen Raum zu setzen, aus, da sie entweder die Stadtplanung oder privatwirtschaftliche AkteurlInnen in die Rolle der Ideenfinder versetzt. Selberrmachende haben bei dieser Strategie oft nur geringe Einflussmöglichkeiten. Teilweise wird das Initiieren auch gezielt dazu eingesetzt, um mit Selberrmachenden als Raumpioniere zur positiven Entwicklung eines Gebietes beizutragen, es zu branden und „hipp“ zu machen.

Positive Strategien sind das Coaching und das Ermöglichen. Beide Strategien sehen weiterhin Initiativen oder interessierte Privatpersonen als Ideenfinder an. Bei der Umsetzung dieser Ideen wird dann unterstützt. Im Falle des Ermöglichens nimmt die Stadtverwaltung oder möglicherweise auch eine/ein private/r AkteurIn eine aktivere Rolle ein. Durch die Einrichtung einer Vermittlungsagentur, die Erstellung von Flächenpools auf die Initiativen zugreifen können, durch Regelungen wie die Übernahme von Haftpflichtversicherungen etc. wird den Selberrmachenden eine entscheidende Last abgenommen. Andere Organe treten also in bestimmten Phasen der Projekte in den Prozess ein

und übernehmen Aufgaben. Das Coaching sieht hingegen nur vor, die Selberrmachenden durch Informationen, Gespräche, Übermittlung von Kontakten zu Netzwerken etc. in die Lage zu versetzen ihr Wissen zu verbessern und selbst handlungsfähig zu werden. In Verbindung miteinander, könnten diese beiden Strategien sehr erfolgreich sein.

Das Erobern ist eine Strategie, die nur komplett außerhalb der formellen Planung existieren kann, da sie in den meisten Fällen gegen diese agiert. Ich glaube, dass das Erobern als Form der politischen Kritik an bestehenden Verhältnissen immer einen Platz in der Stadt haben muss. Hauserbesetzungen oder Landnahmen fallen beispielsweise unter diese Kategorie. Hier kann die Stadtverwaltung nur entscheiden, ob sie diese Phänomene duldet, oder dagegen vorgeht.

Eine Kombination von Ermöglichen und Coachen wäre eine wünschenswerte Entwicklung für Wien. Das Formalisieren ist als längerfristige Perspektive mitzudenken, wobei ich im Allgemeinen dafür plädiere, nicht nur auf Zwischennutzungen, sondern auf längerfristige Nutzungen zu setzen. Dem Erobern sollte mit mehr Experimentierfreude begegnet werden.



Grafik 03.08
Handlungsstrategie für Wien

03.3. Aktuelle Konzepte für den Umgang mit dem Selbermachen in Wien

Momentan existieren in Wien schon mehrere Tools, die der Strategie des Ermöglichens zugeordnet werden können. Die Gebietsbetreuungen, die Beauftragte für Zwischen- oder Mehrfachnutzung und die Lokale Agenda 21 versuchen BürgerInnen aktiv bei ihren Projektideen zu unterstützen. Zwischen diesen 3 AkteurInnen gibt es mitunter auch Kompetenzüberschneidungen. Im Folgenden wird genauer auf einzelne Projekte eingegangen und ein Vorschlag zur Verbesserung dieser Tools erarbeitet.

03.3.1. Gebietsbetreuungen

Die Gebietsbetreuungen Stadterneuerung (GB*) sind Serviceeinrichtungen und unterstützen die sanfte Stadterneuerung, für die Wien bekannt ist. Im Auftrag der Magistratsabteilung 25 wird die Führung der Gebietsbetreuung ausgeschrieben und an private AuftragnehmerInnen, also beispielsweise an Planungsbüros, vergeben. Es gibt Gebietsbetreuungen momentan in allen Bezirken, außer dem 1.,4.,13.,19.22. und 23. Bezirk, die Einsatzgebiete werden je nach Bedarf festgelegt. Es existieren aber auch bezirksübergreifende Stellen. 12 Lokale stehen neben den Aktivitäten der Gebietsbetreuung für diverse Veranstaltungen BürgerInnen kostenlos zur Verfügung. Die Aufgaben der Gebietsbetreuungen sind divers, sie umfassen Informationsaufbereitung, Beratung durch ExpertInnen, Unterstützung von Beteiligungsverfahren, Initiieren von diversen Projekten, Aktivieren der BürgerInnen, Unterstützen von Projektideen sowie Vernetzung. (gbstern 2015) Dabei werden Themen des „Wohnens, des Wohnumfeldes, der Infrastruktur, der Stadterneuerung, des Gemeinwesens und des Zusammenlebens in der Stadt“ behandelt. (Wiener Gebietsbetreuung 2015)

Die Gebietsbetreuung kann sowohl als rein beratendes als auch als initiierendes, ermöglichendes oder coachendes Organ eingestuft werden.

In vielen Fällen, beispielsweise bei Fragen des Wohnrechtes, berät die zuständige Gebietsbetreuung MieterInnen durch ExpertInnengespräche. Sie nimmt aber auch eine aktivere Rolle ein. Einige Projekt-

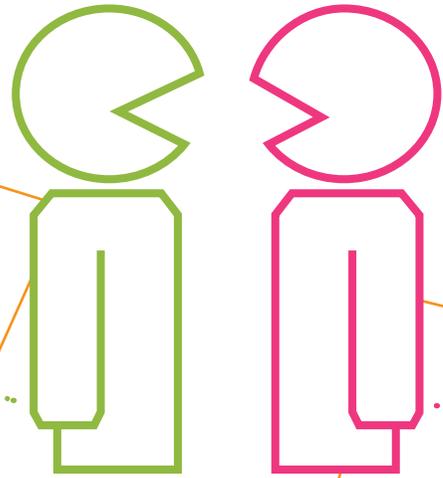
ideen entstehen in den Gebietsbetreuungen als Initiatoren, die danach durch Aufrufe im Internet, durch Flyer oder im direkten Gespräch nach interessierten Personen suchen. Beispielsweise wird die Begrünung von Baumscheiben durch AnrainerInnen im 6. 14. Und 15. Bezirk von der Gebietsbetreuung aktiv angeregt und unterstützt. Vorschläge können mit Foto, Baumnummer und Adresse direkt an die Gebietsbetreuung geschickt werden, die die Durchführbarkeit prüft und anschließend bei der Umsetzung unterstützt. (vgl. gbstern 2015)

Andere Projektideen werden wiederum von BürgerInnen an die Gebietsbetreuungen herangetragen, die bei der Umsetzung eine ermöglichende Rolle einnehmen, wie etwa das Projekt: *Mach die Straße bunt!* von zwei Studierenden der Akademie der Bildenden Künste. Die Studierenden entwickelten ein Malbuch, in dem leerstehende Lokale der Neulerchenfelderstraße abgebildet waren und von Kindern, zumindest auf dem Papier, bunt bemalt werden konnten. Das Projekt soll die Problematik von leerstehenden Erdgeschoßlokalen thematisieren und wurde in der Umsetzung von der Gebietsbetreuung unterstützt. (vgl. ebd)

Manchmal ist es auch nur nötig unterschiedliche AkteurInnen zu vernetzen, oder Prozesse mittels Moderation zu unterstützen, wie beispielsweise durch die Stadtteilpartnerschaften. Die Partnerschaften vernetzen Personen oder Unternehmen, die ungenutzte Räumlichkeiten zur Verfügung haben, mit KünstlerInnen, Vereinen u.v.m., die Raumbedarf haben. Dadurch werden Ausstellungen, Seminare, Vereinstreffen etc. möglich gemacht. (vgl. ebd)

Die Aufgabengebiete der Gebietsbetreuungen sind also sehr heterogen und auch nicht klar abgesteckt. Selbermachende können auf die Gebietsbetreuung mit Ideen zukommen und erhalten, in unterschiedlichen Formen, Unterstützung für ihre Projektideen oder werden an andere Stellen verwiesen.

STADTTEIL Partnerschaften



Hier kommen BewohnerInnen, Ideen und Räume zusammen.
Melden Sie sich bei der GB*9/17/18 und werden Sie StadtteilpartnerIn.

SIE HABEN Platz und wollen etwas für Ihre Nachbarschaft tun?

In Ihrem Lokal gibt es ein leeres Schaufenster oder ungenutzten Raum, den Sie anderen zur Verfügung stellen möchten? Zum Beispiel als Ausstellungsraum, Treffpunkt oder für Workshops.

Melden Sie sich bei uns!

T: (+43 1) 485 98 82 oder gb17@gbstern.at

SIE SUCHEN einen Platz für Ihre Idee?

Sie möchten Ihre Werke präsentieren, gemeinsam lesen, tanzen, stricken oder Projekte entwickeln ... aber der geeignete Raum fehlt?

Melden Sie sich bei uns!

T: (+43 1) 485 98 82 oder gb17@gbstern.at



Nutze die Stadt

03.3.2. Lokale Agenda 21

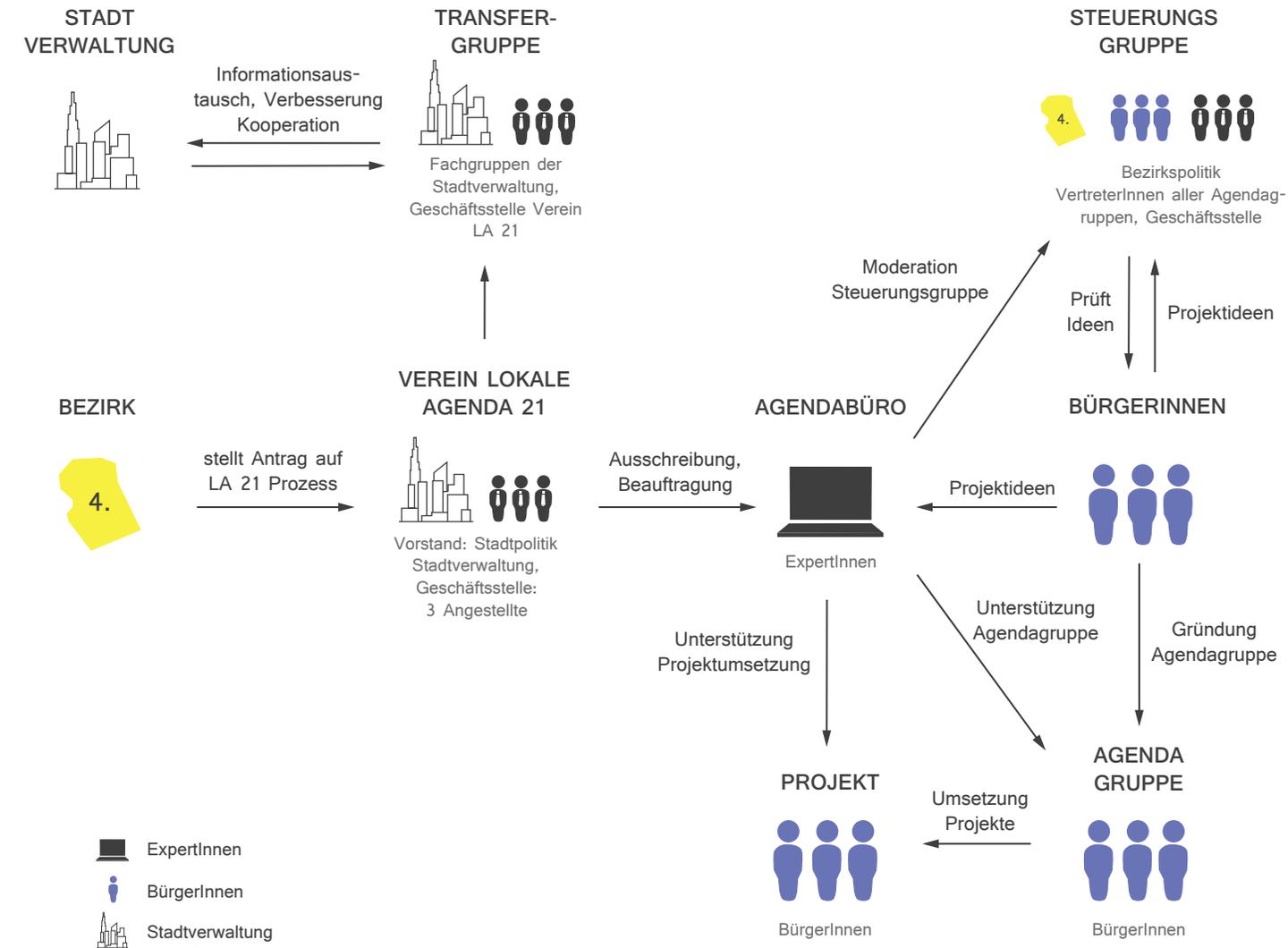
Die Lokale Agenda 21 (LA21) arbeitet als ermöglichendes Organ, um BürgerInnen zu helfen ihre Ideen im Stadtraum umzusetzen. Ein LA21 Prozess startet in einem Bezirk, wenn er von diesem gewünscht wird und finanziert sich zu 50% aus Mitteln der Stadt Wien und zu 50% aus Mitteln des jeweiligen Bezirkes. Bei der Lokalen Agenda wird die Aufgabe der Betreuung des Prozesses von dem Verein Lokale Agenda 21 ausgeschrieben und dann durch private Büros für einen gewissen Zeitraum besetzt.

Diese LA 21 Büros sind in Folge Anlaufstellen für BürgerInnen, die eigene Ideen im Stadtraum umsetzen möchten. Wenn ein Projektvorschlag von BürgerInnen kommt, wird die Ausarbeitung dessen durch das LA21 Büro unterstützt. Danach wird der Vorschlag der Steuerungsgruppe präsentiert, die nach einer Diskussion entscheidet ob das Projekt den Nachhaltigkeits-Check der Lokalen Agenda erfüllt. (vgl. Förster 2014) Dieser Check umfasst zum Beispiel Nachhaltigkeit in der Bezirks- und Stadtentwicklung, breite Beteiligung und Themenoffenheit, langfristige und dauerhafte Prozesse sowie Gender und Diversität. (vgl. LA 21 Wien 2015) Die Steuerungsgruppe setzt sich aus jeweils 2 VertreterInnen aller bestehenden Agendagruppen, also BürgerInnen, und den lokalen Bezirks- politikerInnen aller Fraktionen sowie einem bzw. einer VertreterIn des Vereins LA21 zusammen. Die Moderation dieser in etwa vierteljährlich stattfindenden Sitzungen übernehmen die Agendabüros. Wenn ein Projekt angenommen wird, schließen sich die BürgerInnen die es vorgeschlagen haben zu einer Agendagruppe zusammen. Diese Gruppe bearbeitet mit Hilfe des Agendabüros die Umsetzung des Projektes. Die Hilfeleistung durch das Agendabüro ist von Fall zu Fall verschieden. Manchmal ist mehr Unterstützung notwendig, zum Beispiel bei langen Verhandlungen mit der Stadtverwaltung, manchmal nur eine minimale Unterstützung im Sinne von Moderation der Agendagruppen Treffen. (vgl. Förster 2014)

Um eine bessere Vernetzung zwischen LA21 und der Stadtverwaltung zwecks Informationsaustausch und Kooperation zu bewirken, wurde die Transfergruppe eingerichtet. In dieser Transfergruppe sitzen VertreterInnen der wichtigsten Geschäftsgruppen des Magistrates der Stadt Wien, wie zum Beispiel die MA17 für Integration und Diversität, die WIG, Wiener Gesundheitsförderung, die MA 21 Stadtteilplanung und Flächennutzung, die MA 18 Stadtentwicklung und Stadtplanung etc.. Mit dem Verein

LA21 tauschen sie wichtige Informationen aus und versuchen die Kooperation und die Abstimmung von Aktivitäten weiter zu Verbessern. (vgl. LA 21 Wien 2015)

Im Allgemeinen kann also festgehalten werden, dass die LA21 als ermöglichendes Organ für BürgerInnen fungiert. In unterschiedlichen Gremien werden BürgerInnen und BezirkspolitikerInnen auf Augenhöhe zusammengebracht um Projektideen zu diskutieren. Die Ideen und die jeweilige Umsetzung obliegen den BürgerInnen selbst, auch die Organisation und Struktur der Agendagruppe können sie komplett frei bestimmen. In schwierigen Fragen werden die Gruppen bei Bedarf von den Agendabüros unterstützt. Das komplexe Governance System des LA21 Prozesses ermöglicht eine Mitarbeit von BürgerInnen auf unterschiedlichsten Ebenen, ist aber anfangs schwer zu durchschauen. (Siehe Grafik 03.04)



Grafik 03.09. Governance Schema der LA21

Ab.03.03 und 03.04 Aktionen der Agendagruppe Gehsteigguerilleros



03.3.4. Zukunftsstrategien für den Umgang mit dem Selbermachen in Wien

Wie oben angeführt, bestehen also in Wien schon teilweise gut funktionierende Tools, die das Selbermachen vor allem durch Ermöglichung aber auch durch Initiieren unterstützen und fördern. Durch die Analyse der bestehenden Organe und durch Gespräche mit Selbermachenden, sind folgende Vorschläge für eine eventuelle Verbesserung des bestehenden Systems entstanden:

① Neudefinition der Kompetenzverteilung

Zwischen Gebietsbetreuungen, Lokaler Agenda 21 und *einfach - mehrfach* gibt es viele Überschneidungen und daher Unklarheit, mit welchem Anliegen man sich wo hinwenden kann. Die Kompetenzen von LA21 und *einfach - mehrfach* könnten zu einer Stelle, hier Agentur XX genannt, gebündelt werden. Die GB* kann dadurch einige Aufgaben abgeben und sich auf andere Kompetenzen wie Information, Beratung und Initiieren konzentrieren.

Die neugegründete Agentur XX hat Zugriff auf mehr Ressourcen und kann zwei Kompetenzen aufbauen: Das Ermöglichen und das Coaching. Das Ermöglichen kann wie gehabt nach dem Governance System der LA 21 ablaufen, das Coaching sollte als flexibleres Tool nebenbei aufgebaut werden. Externe ExpertInnen aus unterschiedlichen Bereichen, wie beispielsweise Recht, Raumplanung, Urban Gardening ect. werden für das Coaching herangezogen um BürgerInnen dazu zu ermächtigen, durch den Aufbau von Wissen, selbst Projekte umsetzen zu können. Ein aufwendiger Begleitprozess des Agendabüros ist in manchen Fällen nicht nötig, ein Coaching bzw. die Vermittlung mit offiziellen Stellen reicht in vielen Fällen aus.

Der Prozess der Agentur XX sollte nicht länger nur auf einige Bezirke in Wien reduziert sein, sondern die gesamte Stadt abdecken.

② Einfachere Bewilligungsverfahren und erweiterte Kompetenz

Bei der Umsetzung von nichtkommerziellen Projekten im öffentlichen Raum sollte ein einfacheres Bewilligungsverfahren zur Anwendung kommen. Hierfür kann die neue Agentur XX Empfehlungen für Projekte aussprechen um das einfache Bewilligungsverfahren einzuleiten. Somit soll ermöglicht werden,

dass beispielsweise das Aufstellen von Mobiliar am Gehsteig, Das Veranstalten von Straßenfesten, Tauschmärkten etc. auf öffentlichen Flächen erleichtert wird. [Anm. siehe Bewilligungsverfahren light, Gehsteigguerrilleros, <http://www.gehsteigguerrilleros.net>]

Wichtig ist hierbei die Kompetenzerweiterung der Agentur XX. Die Stadt beschäftigt momentan eine relativ große Anzahl an ExpertInnen, die sich damit beschäftigen BürgerInnen bei der Kommunikation mit der Stadtverwaltung zu unterstützen um eine Bewilligung oder einen Vertrag zu erwirken. Diese ExpertInnen haben aber selbst keinerlei Kompetenzen und können nur mit Kollegen verhandeln. Die Agentur XX sollte in Zukunft für Projekte, die einen bestimmten Kriterienkatalog erfüllen, ein einfaches Bewilligungsverfahren erwirken können. Wie dieses Verfahren aussieht, wird im Zuge dieser Arbeit nicht erörtert, es soll jedoch möglichst schnell (1-2 Wochen) und unbürokratisch passieren.

Als haftendes Organ für die Veranstaltungen und Projekte könnte in Zukunft ebenfalls die Agentur XX, mittels einer Haftpflichtversicherung, herangezogen werden, da die Haftungsfrage oft am schwierigsten zu lösen ist. Somit sind die handelnden Personen bei kleineren Projekten nicht gezwungen einen Verein zu gründen und teure Versicherungen abzuschließen.

③ Mehr Toleranz und Mut im Umgang mit dem Selbermachen

Die Stadtverwaltung wird auch in Zukunft akzeptieren müssen, dass das Selbermachen, vor allem wenn es in Form von Erobern passiert, außerhalb der offiziellen Planungs- und Genehmigungswege ablaufen wird. Wenn ein Projekt jedoch niemandem schadet, niemanden ausgrenzt und keine Kommerzialisierung und Teilprivatisierung des öffentlichen Raumes erwirkt, plädiere ich für mehr Toleranz und Akzeptanz um Experimente im Stadtraum zuzulassen. Momentan ist die erste Reaktion von offizieller Seite oft die Angst vor möglichen Haftungsfragen, Unfällen, Beschwerden etc. Diese Ängste können aber nicht entscheidende Kriterien für die zukünftige Entwicklung der Stadt Wien sein.

④ Anreize für die Privatwirtschaft

Um auch Grundstücke bzw. Gebäude in privatem Besitz für das Selbermachen leichter zugänglich zu machen, kann die Stadtverwaltung durchaus aktiv Anreize schaffen, wie zum Beispiel die Reduktion der Grundsteuer für EigentümerInnen oder die Übernahme der Haftpflicht durch die Agentur XX. In Leipzig beispielsweise wird dieses Modell der positiven Anreize im Gegenzug zu Strafen angewandt.

(vgl. Oswald, Overmeyer, Misselwitz 2013, S.220) Durch finanzielle Anreize kann für EigentümerInnen eine Motivation geschaffen werden, nicht nur imagefördernde Nutzungen zuzulassen, wie Zwischen- nutzungen durch die Kreativwirtschaft, sondern auch sozialere Nutzungen, wie Tauschkreise, Volks- küchen, nachbarschaftliche Kinderbetreuung, Kost Nix Läden etc.. Diese sozialeren Nutzungen gehen in der aktuellen Debatte oft unter, da sie auch für die Stadtverwaltung weniger attraktiv sind. Auch längerfristige Arrangements wären durch die Reduktion der Grundsteuer für schwer vermietbare Flächen sicher möglich.

Durch den Prekariatsvertrag besteht in Österreich bereits die Möglichkeit, Räume unentgeltlich und lediglich zur Höhe der Betriebskosten Dritten zur Nutzung zu übergeben solange selbst kein Bedarf besteht. (vgl. ImPlan-Tat 2015)

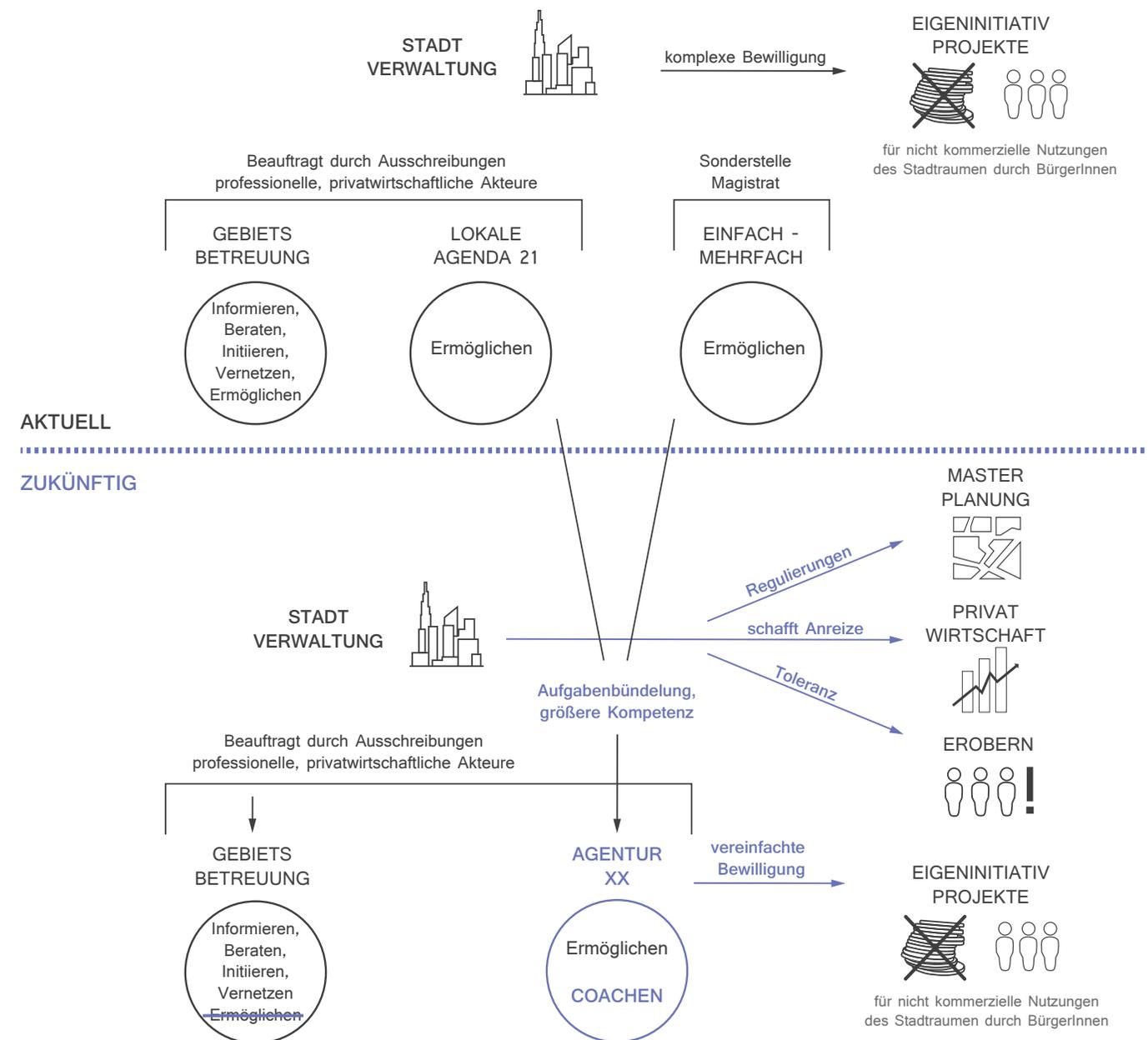
Abgaben für Leerstände sind ein weiteres Instrumentarium, EigentümerInnen zu ermutigen, Nutzungen in Leerständen zuzulassen. Meiner Meinung nach, sollte diese Abgabe allem voran für leerstehende Garagenplätze erhoben werden. Die Errichtung von Tiefgaragen wird in Wien teilweise mit öffentlichen Geldern gefördert, trotzdem werden sehr hohe Preise eingehoben und es stehen viele Stellplätze leer. (vgl. Kleedorfer 2014) Jedes Auto das nicht in einer bestehenden Garage geparkt ist, nimmt wichtigen Raum auf der Straße ein, der einer attraktiveren Nutzung als dem Parken dienen könnte.

⑤ Einbindung in formelle Regelwerke

Bereits bei der Widmung von Flächen, bzw. bei der Erstellung von Leitlinien oder Masterplänen sollte auf die Interessen der "schwächeren" AkteurInnen eingegangen werden. Explizit bedeutet das, die Einschränkung von InvestorInnenrechten auf bestimmten innerstädtischen Flächen.

Orientieren könnte man sich diesbezüglich am Masterplan Donaukanal, der Einerseits vorschreibt, dass ein Drittel von Investmentflächen einen öffentlichen Mehrwert aufweisen müssen und andererseits bestimmte Flächen als Ermöglichungsräume ausweist. In diesen Flächen ist eine kommerzielle Nutzung untersagt und sie stehen der freien Bespielung durch NutzerInnen zur Verfügung. Da inner- städtische Restflächen, die noch nicht verwertet sind, ein immer knapperes Gut werden, sollte man diese für die Öffentlichkeit bestmöglich erhalten.

Die Stadt Wien verfügt über einige Instrumentarien zum Umgang mit dem Selbermachen, die in die



Grafik 03.10
Zukunftsstrategie für Wien

richtige Richtung gehen. In Zukunft sollte man sich verdeutlichen, dass das Selbermachen als Prinzip nie ein Mittel der Stadtplanung werden kann, denn das würde bedeuten es müsste sich in fixe Strukturen eingliedern. Das Selbermachen kann aber als wertvolle Ergänzung zur formellen Stadtplanung angesehen, wertgeschätzt und unterstützt werden. Dazu sind vor allem die Mittel des Ermöglichens und des Coachings durch die Stadtverwaltung und ExpertInnen erfolgsversprechend. Diesen sollen durchaus mehr Kompetenzen zugesprochen werden um Hindernisse durch die Bürokratie umgehen zu können.

Des Weiteren ist es wichtig, dass Projekte und Errungenschaften der Selbermachenden nicht der Stadtverwaltung zugeschrieben werden können und deshalb auch nicht von dieser als Prestigeprojekte oder zum Branding der Stadt missbraucht werden dürfen. Hier muss sich die Stadtverwaltung eingestehen, dass sie sinnvoller Weise, weder Initiator noch Profiteur der Eigeninitiativ-Projekte sein kann. Diese Rolle steht den BürgerInnen zu, sie sind Initiatoren und sollen aus diesem Grund auch die Profiteure der Projekte sein.

Man muss sich darüber hinaus bewusst sein, dass das Selbermachen in unserer derzeitigen Gesellschaft nur einer geringen Anzahl von Personen möglich ist. Deswegen ist die Partizipation, als echte Partizipation der Mitbestimmung, zusätzlich zum Selbermachen immer noch ein wichtiges Mittel und kann nicht durch das Selbermachen ersetzt werden.

Initiativen, die vollkommen außerhalb des Rahmens der Stadtverwaltung, ohne die Hilfe von Ermöglichen oder Coaching agieren möchten, sollen ebenfalls eine Chance bekommen, ihre Ideen in der Stadt umzusetzen, wenn niemand dadurch Schaden nimmt. Mehr Offenheit und Wille zum Experiment in dieser Beziehung wäre wünschenswert.



Ab.03.06 und 03.07
Asphaltpiraten Josefstadt,
ein Projekt der Agendagruppe öffentlicher Raum



Gespräch mit Architektin, Mag.Arch., M.Arch.II Gabu Heindl

Gemeinsam mit Susan Kraupp entwickelt Gabu Heindl seit 2011 Gestaltungs- und Entwicklungsleitlinien für den Wiener Donaukanal, die auf dem Masterplan aus dem Jahr 2010 aufbauen. Die Arbeit erfolgt im Auftrag der MA 19.

... Zu den Grundsätzen der Gestaltungs- und Entwicklungsrichtlinien...

“ Wir liefern die Expertise und die Basis für die regulierende Arbeit der Ma 19. (...) Im Grunde will ja jeder dasselbe: Ein verbindliches Regelwerk, das aussagt, was kann ich dort [Am Donaukanal] machen und was nicht. Auch ein Investor will das. (...) Wir haben es immer genannt: Gleiche Spielregeln für alle und zwar transparente, die besagen: Grundsätzlich darf am Donaukanal (..) nur temporär gebaut werden. Des Weiteren haben wir eine Form von Nichtbebauungsplan gezeichnet, der aussagt was definitiv nicht und niemals bebaut werden darf. Das ist quasi die Umkehrung vom Bauungsplan mit der Sicht aus dem Freiraum.“

... Zur Frage der Regulierung von Flächen am Donaukanal ...

“ Manchmal nenne ich den Donaukanal Low Line von Wien - im Gegensatz zur High Line in New York - weil es ein toller, heterotopischer Ort in der Stadt ist, in einem im Graben, in einer Schlucht. Ich finde es gut, dass dort vieles stattfinden kann wofür die Stadt sonst keine Platz hat. (...) Wir wollen nicht regulieren, wo es um die freien Nutzungen der Bevölkerung geht, aber wir wollen dort regulieren, wo der Neoliberalismus im Moment dereguliert. Und das finde ich gerade wichtig im Zusammenhang mit dem Schutz öffentlichen Raumes im Sinn von Ermöglichungsraum, im Sinn von Konsumfreiheit, im Sinne der nostalgischen Idee der schrägen Wiesen am Donaukanal oder der Idee der Riviera für die ArbeiterInnen. Dort kann ich am Wasser sitzen, ohne einen Urlaub gebucht haben zu müssen. ”

... Zu den bestehenden Pachtverträgen am Donaukanal ...

“ Ich finde es nicht richtig, dass Leute als Zwischenhändler für öffentlichen Raum agieren, das heißt große Flächen pachten und dann unterverpachten und unterverpachten. (...) Wir haben keinen Einblick in die Pachtverträge. (...) Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu wissen, für wieviel Geld Flächen am Donaukanal verpachtet werden. (...) Ich finde es [Das Pachtsystem] in der Nicht-Transparenz nicht gut. Ich weiß auch nicht, warum es jemand gut fände, der selbst daran beteiligt ist, weil es schürt nur Vermutungen. Leute glauben jemand bereichert sich groß am öffentlichen Raum. “

... Zur Bindung der Gestaltungs- und Entwicklungsleitlinien ...

“ Bindend werden sie [die Leitlinien], wenn es der Gemeinderat beschließt. (...) Die Bindung ist, solange man kein Gesetz macht, immer eine Selbstbildung im Sinne einer Selbstverpflichtung. Es gibt eine klare politische Aussage von Frau Vassilakou, dass sich der Donaukanalraum in Form der Gestaltungs- und Entwicklungs Leitlinien entwickeln soll, dass keine groß dynamische Entwicklung [Transformation] in einen anderen Raum erfolgt, sondern darauf geachtet wird, dass das, was er jetzt als Potenzial für die Öffentlichkeit bietet, gestärkt wird. (...) Wenn solche Richtlinien publik werden, kann man zumindest öffentlich zur Diskussion stellen, warum man sich nicht daran hält. Das ist sehr relevant, da braucht es die kritische Nachfrage von vielen Beteiligten. “

... Zu Investoreninteressen am Donaukanal ...

“ Es gibt wahrscheinlich pro Jahr 20 Projektideen für den Donaukanal. (...) Das ist erstaunlich, es gibt wahnsinnig viel Interesse und Druck auf diesen Raum. Von diversen Dingen. Von Hotelschiffen, Privatkojen, die man mieten kann, Event-Übernachtungsräumen etc.“

..Zum Gemeinschaftsgarten am Donaukanal..

“ Ich fände es höchst problematisch, wenn er einen Zaun rundherum hätte, was er nicht hat. Ich glaube, es wäre ein Problem wenn viele Wiesen mit so einem Garten mit Hochbeeten besetzt wären, weil nur mehr wenig Platz bliebe um sich beispielsweise in die Wiese zu legen.(...) Von daher glaube ich, dass das in Relation stehen muss zu wieviel Freiflächen es gibt, weil es natürlich trotz des offenen Zugangs Fläche besetzt. (...) Aber ich finde ihn eine sehr gute Initiative, weil ich die Konzeption vom gemeinsamen Gärtnern oder die Stadt zu verstehen als Humusfläche, als Möglichkeit etwas anzubauen super finde, gerade mit dem Konzept den Garten offenzulassen. Ich scherze immer mit den Leuten, die ihn machen, weil ich sage: ist doch ein schönes Kompliment wenn am Ende ,in der Früh nach einer intensiven Nacht, keine Paradeiser mehr auf der Staude stehen, weil dann hat sie jemand gebraucht. Das muss dann aber klar sein, dass das nicht die privat Paradeisstaude ist. (...) Was sie aufzeigen ist, dass es wirklich viel zu wenig Platz gibt. Das finde ich prekär (...) In dem Moment wird sichtbar, was Recht auf Stadt heißt. Weil Recht auf Stadt heißt letztlich Recht auf Zentralität, Recht auf Zugänglichkeit für alle aber nicht nur (...) am Rand der Stadt, sondern dort wo ich auch hinmöchte, wo das Leben ist. “

Ansonsten würde ich wichtig finden (...) dass der Garten gekoppelt ist an eine Forderung eines Rechtes auf Transparenz .(...) Es nicht abzutun mit der Gönnerhaftigkeit des Investors, sondern zu verstehen, wenn das seine Fläche ist, ist das wirklich ein Geschenk oder müsste er das nicht sowieso machen? “



Gespräch mit Dipl. Ing.ⁱⁿ
Jutta Kleedorfer

Jutta Kleedorfer leitet seit 1998 als Einzelkämpferin die Projektkoordination für Mehrfach- und Zwischennutzung die der MA 18 zugeordnet wird.

Ab. 03.08

... Zur der Arbeitsweise der Agentur für Mehrfach- und Zwischennutzung ...

“ Es gibt nicht einmal ein Handbuch, wie das funktioniert, weil es ein bisschen als Experiment und als Randthema gesehen wurde. Das hat Chancen und das hat auch Nachteile. (...) Was die Zwischennutzung anbelangt hat der Herr Stadtrat Meinard in der Regierungserklärung von Rot-Grün von 2010 eine Zwischennutzungsagentur angekündigt. Es gibt sie noch nicht. Derweil mach ich so viel ich kann. (...), Wass ich mache- wir haben in Wien Dezentralisierung - man muss ein Einvernehmen mit dem Bezirk herstellen. (...) Vermittlung findet Stadt. Das ist auch mein Slogan. “

... Zur Frage ob sich viele BewohnerInnen Wiens in die Gestaltung des Stadtraumes einbringen ...

“ Wenn ich es vergleiche damit, ich bin 72 nach Wien gekommen, da wär das undenkbar gewesen. (...) Da hat sich denk ich mir sehr, sehr viel getan. Aber man muss sagen, Wien hat auch viel Zuzug von Migranten und Migrantinnen, die haben eine andere Kultur da mit reingebracht. Der gelehrte Wiener liebt das nicht besonders. (...) Zum Beispiel: Früher war es verboten im öffentlichen Park über den Rasen zu laufen, etwa gar sich hinzusetzen, etwa gar eine Decke auszubreiten. Das hat man als Vandalismus bezeichnet. (...) Migranten haben sich einfach an diese Art von idiotischen Regeln nicht gehalten. (...) Jetzt ist das normal, diese Ansprüche an Stadt.”

.. Zum Thema Leerstand..

“ Diese Stadt wollte ja nicht einmal wissen bis jetzt, wo haben wir überhaupt Leerstände? Nicht nur wo haben wir es im eigenen Bereich, sie wollte es überhaupt nicht wissen. Das Eigentum steht über Allem. (...) Das war bis jetzt unaussprechbar. Aber jetzt, da Ändern sich jetzt Zeiten.(...) Leerstand ist so, da meint jeder was anderes. Die einen sind bei den leeren Wohnungen, die anderen sind bei den oft so sichtbaren leeren Erdgeschoßen, die anderen sind bei den leeren Garagen. Öffentliches Fördergeld und man sagt 30% aller Garagen stehen vermutlich leer, nicht weil wir keine Parkraumbewirtschaftung haben aber es ist immer noch billiger als die Garagen zu zahlen. “

... Zu der Rolle der Stadtverwaltung im Umgang mit dem Selbermachen...

“ wir sehen doch, dass die Stadt mehr Aufgaben bekommt. Eher mit tendenziell weniger (...) Personal arbeiten muss und auch mit weniger Geld in Zukunft. Davon müssen wir ausgehen. Und wenn wir sagen, das ist so, wir sind so stolz auf diese Stadt, die soviel kann, dann geht das nur wenn wir die Zivilgesellschaft als einen ganz wichtigen Bestandteil dieser Stadt sehen, die Ansprüche stellt, aber auch Tätigkeiten übernimmt. (...) Pflichten und Rechte. (...) diese Stadt muss anfangen auch Betätigungsmöglichkeiten für BewohnerInnen freizugeben und zu deregulieren. (..) Alles Vorplanen zu wollen und dann mit dem Haftungsargument zu sagen, es könnt sich wer was tun und deswegen nicht aufzumachen, finde ich unanständig und unzulässig.”

..Zum dem momentanen Aufgabenbereich von einfach-mehrfach...

“ Jetzt ist dazugekommen, fast eine Mode der letzten Zeit, Im Outdoorbereich die Gemeinschaftsgärten, das ist eine Initiative die kommt eher aus dem Umweltbereich, aber die lassen sich schon auch gern helfen. (...) Und was das andere ist, was wirklich auch eine neue Nachfrage ist, kreative Orte. Orte für die Kreativwirtschaft (...) es gibt ganz viele freie Theater auch junge Musiker und die sind immer auf der Suche nach Räumen. (...) Mit dem Programm kam ich da grad recht. Und so war dieser Übergang dann ziemlich schnell zu den Kreativen, da gibt's Leute die sich selber organisieren in den Co-Working spaces zum Beispiel, die zum Teil wahnsinnig erfolgreich sind und wirklich wunderschönes (...) Ambiente bringen, wo Arbeiten definitiv einfach mehr Spaß macht und effektiver ist. (...) Das ist jetzt ein ganz starker Fokus. (...) Man hat das gar nicht gewusst, man hat diesen Bereich der Kreativwirtschaft vollkommen unterschätzt. Man kennt ein paar große Werbeagenturen, aber wieviel Umsatz auch von den kleinen (...) Einpersonenunternehmen gemacht wird, wie viele neue Arbeitsplätze da drinstecken - da steckt auch Stress drin', da stecken auch prekäre Einkommens- und sonstige Verhältnisse drin'- aber es ist trotzdem ein Hoffnungsträger für diese Stadt, die im Industriebereich nicht groß ist und auch nicht viel erweitern wird. (...) “

Konzepte des Selbermachens im urbanen Raum

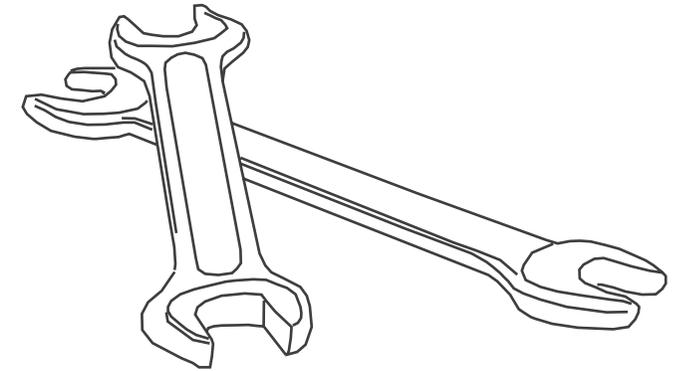
Räume des Selbermachens

Die offizielle Seite des Selbermachens

Analyse - Projekte aus Wien

04

Analyse - Projekte aus Wien



Dieses Kapitel behandelt bereits umgesetzte Eigeninitiativ-Projekte in Wien. Auch hier liegt der Fokus auf der räumlichen Ausformung der Projekte, sowie auf der Rolle, die die Stadtverwaltung in der Umsetzung der Projekte einnimmt. Die zuvor aufgrund der theoretischen Recherche und von Interviews getätigten Aussagen, sollen nun an der Realität überprüft werden um folgende zwei Fragen beantworten zu können.

1. Finden sich die Utopien der Selbermachenden auch in den tatsächlich geschaffenen Räumen wieder?
2. Welche Rolle nimmt die Stadtverwaltung in Wien momentan gegenüber dem Selbermachen ein? Wie könnte sich diese Rolle in Zukunft weiterentwickeln?

Im historischen Teil werden zwei Eigeninitiativ Bewegungen untersucht, die für das politisch motivierte Selbermachen in Wien prägend waren. Dabei handelt es sich nicht um einen kompletten historischen Abriss, sondern um die fragmentarische Auflistung einiger wichtiger historischer Momente im Bezug auf das Selbermachen und Selbstgestalten von Stadtraum in Wien.

Die erste untersuchte Bewegung ist die Siedlerbewegung (1), die nach dem ersten Weltkrieg durch Landnahme und Siedlungsbau die Nahrungs- und Wohnungsnot bekämpfte. Das zweite Beispiel sind die Häuserbesetzungen im Wien der 1970er Jahre, mit besonderem Augenmerk auf dem Amerlinghaus und der Arena (2).

In vielerlei Hinsicht waren diese zwei Bewegungen Wegbereiter für die Forderung nach selbstverwalteten Stadtraum in Wien. Es entstanden spannende, dynamische Räume, auf die die Stadtverwaltung unterschiedlich reagierte.

Eine Fortsetzung finden diese Gedanken in aktuellen Eigeninitiativ-Projekten mit politischem Anspruch. Aus der Fülle der selbstgemachten Projekte in Wien, wurden 3 für eine detaillierte Analyse ausgewählt. Folgende Kriterien wurden für die Auswahl der Projekte festgelegt.

Das Projekt...

 ...wurde in allen Phasen (Initiation-Entstehungsprozess-Umsetzung) von BürgerInnen betreut

 ...beinhaltet eine politische Botschaft, die über den bespielten Raum selbst hinausgeht

 ...ist eine gebaute, räumliche Intervention

 ...hat die Intention, nicht nur temporär sondern längerfristig zu bestehen

 ...befindet sich im unbebauten Stadtraum

Diese Kriterien wurden gewählt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den 3 Analysen zu schaffen. Das erste Kriterium betrifft die Gruppe der agierenden Personen, die bei den ausgewählten Projekten in jeder Phase BürgerInnen sind. Sie agieren sowohl als InitiatorInnen, als LeiterInnen des Entstehungsprozesses, als auch als Umsetzende und Betreuende der Projekte. Es handelt sich also um komplettes Selbermachen ohne das aktive Eingreifen von Seiten der Stadtverwaltung oder von privaten InvestorInnen

Alle analysierten Projekte stammen aus der Kategorie: Selbermachen als politischer Aktivismus. Ich habe mich für dieses Auswahlkriterium entschieden, da es vor allem für PlanerInnen interessant erscheint, wie eine politische Forderung, eine Utopie, direkt in den gebauten Raum übersetzt werden kann. Die Stärke von gebauten Eigeninitiativ-Projekten ist, dass ein Protest oder eine Vorstellung

von Gesellschaft nicht nur verbal oder theoretisch kundgetan wird, sondern sich im gebauten Raum manifestiert. Aus diesem Grund war es auch wichtig, tatsächlich gebaute Interventionen zu untersuchen. Diese können genau auf ihre räumlichen Gegebenheiten analysiert werden.

Das längerfristige Bestehen eines Projektes ermöglicht die Analyse der räumlichen Struktur über einen längeren Zeitraum hinweg und bietet große Potenziale, Entwicklungsprozesse aufzunehmen und zu untersuchen. Des Weiteren ist es mir ein Anliegen festzuhalten, dass in der Stadt Wien auch Raum für längerfristige Projekte sein muss, die mehr als eine Zwischennutzung darstellen. Nicht jedes Projekt kann eine *Win-Win* Situation für Wirtschaft und Projektinitiatoren herbeiführen, vor allem wenn durch das Projekt Konsum-, politische oder gesellschaftliche Kritik geübt wird. Es muss auch Raum für kritische oder schwer vermarktbarere Projekte in einer Stadt wie Wien geben.

Des Weiteren wurden Projekte im unbebauten Raum der Stadt gewählt. Diese Entscheidung erfolgte einerseits aus dem Gedanken heraus, dass die verbleibenden, unbebauten Flächen in Wien immer knapper werden und ein wichtiges Potenzial darstellen. Andererseits sind Initiativen die sich mit dem unbebauten Raum in Wien beschäftigen noch weniger erforscht als beispielsweise die kreative Zwischennutzung von Gebäuden, *Co-Workingspaces*, Künstlerateliers etc.

Die 3 ausgewählten Projekte sind der Gemeinschaftsgarten Donaukanal (3), der Längenfeldgarten (4) und der Gemeinschaftsgarten Kirchengasse (5). Es handelt sich bei allen 3 Projekten um Gemeinschaftsgärten mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Eigenschaften. Es war keine Intention, nur Gärten auszuwählen, jedoch fanden sich sehr wenig andere Projekte in Wien die den unbebauten Raum längerfristig mit einer räumlichen Nutzung bespielen. Die Arbeit widmet sich weniger den gärtnerischen Aspekten als der Zielsetzung und Organisationsform der Initiativen und den Räumen, die dadurch geschaffen werden. Es wurde darauf geachtet, durch die ausgewählten Initiativen ein möglichst breites Spektrum an Möglichkeiten abzudecken, von der Art der Landnahme, über die Organisationsstruktur, von der räumlichen Anordnung zur Kommunikation mit der Gemeinde unterscheiden sich die Initiativen deutlich voneinander. Interessant ist auch zu sehen, dass die Zielsetzungen, obwohl alle 3 Projekte Gemeinschaftsgärten sind, sehr unterschiedlich sind und das Gärtnern nicht unbedingt im Vordergrund steht. Da die Analyse der aktuellen Projekte vor Ort

stattfinden konnte und durch Gespräche mit Involvierten ergänzt wurde, ist sie fundierter und genauer als die Analyse der historischen Projekte. Trotzdem wurde der Versuch gemacht, die wichtigsten Eckpunkte aller Projekte herauszuarbeiten und sie in einer Grafik am Ende jedes Einzelabschnittes zusammenzufassen. Die Grafiken umfassen die Themen Utopie, Organisationsstruktur, räumliche Struktur sowie Handlungsstrategien der Stadtverwaltung. Sie sollen einen schnellen Überblick über die einzelnen Initiativen schaffen.



Ab.04.01
Siedlerbewegung
Ab.04.02
Häuserbesetzungen
Ab.04.03
Gemeinschaftsgarten Donaukanal
Ab.04.04
Längenfeldgarten
Ab. 04.05
Gemeinschaftsgarten Kirchengasse

04.1 Historische Projekte

Die Stadt Wien war im 19. Jahrhundert von einem enormen Zuzug aus ländlichen Regionen gekennzeichnet. Viele Einwanderer konnten sich weder Wohnraum noch Nahrung leisten.

Aufgrund steigender Mietpreise kam es im späten 19. Jahrhundert zu vielen informellen Ansiedlungen in der Peripherie von Wien. Personen wurden durch die einsetzende Krise in den Städten des 19. Jahrhunderts, durch Überbevölkerung und Elend, in eine aktive Rolle der Wohnraumproduzenten gezwungen. Die Ansiedlungen im Wiener Umland können als Aneignung von Land aufgrund von ökonomischem Zwang verstanden werden, unter ihnen beispielsweise das Bretteldorf an der Donau im heutigen 22. Bezirk. 1895 siedelten sich dort die ersten Personen an, die vom Verkauf von verwertbaren Abfällen der nahegelegenen Mülldeponie lebten. Später kamen auch SchrebergärtnerInnen dazu. Im ersten Weltkrieg wuchs die Siedlung enorm und es wurde Landwirtschaft und Viehzucht betrieben. Die Hütten waren meist selbstgebaut und nicht bewilligt, deshalb versuchte die Stadt Wien mehrmals vergeblich die BewohnerInnen abzusiedeln, was im Jahr 1925 im Bretteldorfer Krieg, in heftigen Auseinandersetzungen mit der Gemeinde, resultierte. In Folge wurde die Siedlung aufgrund der schlechten hygienischen Zustände und anderen Nutzungsinteressen von der Gemeinde Wien mehrmals geschliffen und Absiedlungen wurden veranlasst. Im Jahr 1963 musste die Siedlung aufgrund der WIG 64 vollkommen weichen. Das Bretteldorf verstand sich als ein Teil der Siedlerbewegung, auf die im Folgenden genauer eingegangen wird. (vgl. Universität für Bodenkultur Wien 2011, S.13-16)



Ab.04.06 und 04.07
Bretteldorf im 22. Bezirk, 1930/33

04.1.1 Die Siedlerbewegung

Eine der bedeutendsten Bewegung für die Stadtentwicklung von Unten in Wien stellt die Siedlerbewegung, ein klassisches „poor people movement“, dar. Die Bewegung vollzog einen Wandel in 4 Phasen: Von wilder Besetzung zu genossenschaftlicher Selbstorganisation in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Wien bis zu einer kompletten Instrumentalisierung und schlussendlich einer Zwangsaktivierung durch die Stadtpolitik. (vgl. Novy 2012, S.144)



1

Auslöser für die SiedlerInnenbewegung war die Unterversorgung mit Nahrungsmitteln während des ersten Weltkrieges. Anfangs kam es zur Abholzung stadtnaher Wälder um Brennholz zu gewinnen. In Folge wurden Flächen im Grüngürtel, im Wienerwald, auf der Schmelz. etc. zur landwirtschaftlichen Grundversorgung und Nutztierhaltung angeeignet. Schon bald begann auch das ungeplante Bauen auf diesen Flächen, das anfangs in einfachen Brettverschlägen resultierte. Nach Ende des Krieges explodierte die Bautätigkeit und war nicht mehr zu stoppen. Im Jahr 1918 sollen schon 6,5 Millionen Quadratmeter von ca. 30.000 Familien bewirtschaftet worden sein. Über diese Bautätigkeit herrschte in der Öffentlichkeit Besorgnis, denn ihr fehlte jede legale Grundlage und eine Verunstaltung der Landschaft in der Umgebung von Wien wurde befürchtet. (vgl. ebd. S.130,148)



Ab.04.08
Siedlung Rosenhügel: In der ersten Phase der Siedlerbewegung wurde Subsistenzwirtschaft betrieben. Als Notunterkünfte dienten einfache Brettverschläge.

2

Diese ungeplante Form der Besiedelung wird als erste Phase der Siedlerbewegung bezeichnet. Sie wurde im Jahr 1921 durch eine Institutionalisierung der Bewegung in der 2. Phase abgelöst. Diese erfolgte über die Gründung genossenschaftlicher Vereine, die Interessen der SiedlerInneninnen vertraten und gemeinschaftlich Wohnraum schaffen wollten. Die Genossenschaften funktionierten selbstorganisiert, gemeinnützig und basisdemokratisch. Sie lehnten jede Form des Eigentums ab, den SiedlerInnen wurden folglich nur Nutzungsrechte für die erbauten Häuser zugestanden, die im genossenschaftlichen Eigentum blieben. Eine neue Form der Demokratie und die Möglichkeit einer alternativen Gesellschaftsordnung wurden als sozialistische Konzepte von der Bewegung erprobt. (vgl. ebd. S.149)

Die Siedlerbewegung verwaltete sich komplett selbstständig, es existierten unter anderem eigene Gärtnereien, Bildungsanstalten, Werkstätten und Bauhöfe. Materialien wurde unter Beachtung von ökologischen Gesichtspunkten selbst erzeugt. (vgl. ebd. S.143) Da manuelle Arbeit als Eigenleistung zu der Errichtung der Gebäude von den Genossenschaften anerkannt wurde und deshalb Kapital in Form von Geld keine Voraussetzung für den Hausbau bildete, war die Bewegung für ArbeiterInnen und Mittellose offen. Die SiedlerInnen kamen mehrheitlich aus der städtischen ArbeiterInnenschaft und standen der Sozialdemokratie nahe. (vgl.ebd. S.135)

Den Genossenschaften war es möglich, politischen Druck auszuüben und mittels Demonstrationen, Manifesten und Ausstellungen finanzielle Unterstützung von der Stadtverwaltung zu fordern. Gleichzeitig war die Gemeinde damit konfrontiert, dass die Besiedelungen in der Wiener Peripherie weder den gewünschten stadtplanerischen noch den hygienischen und wirtschaftlichen Anforderungen entsprachen. (vgl. ebd. S.136f)

Als Lösungsansatz gründete die Gemeinde 1921 das städtische Siedlungsamt, das sich sowohl der Bodenbeschaffung als auch der Baukontrolle und Kreditverteilung verschrieb. Genossenschaften wurden in bautechnischen Fragen vom Amt beraten. Adolf Loos wurde zum Chefarchitekten des Siedlungsamtes um die bekanntesten Vertreter der Moderne für den Siedlungsbau zu gewinnen. Bekannte Architekturschaffende wie Josef Frank oder Margarethe Schütte- Lihotzky arbeiteten auch



Ab.04.09 - 04.11

In der 2.Phase der Siedlerbewegung wurden Genossenschaften gegründet. Die Gebäude wurden bis zu 30% durch gemeinschaftliche Bauleistung der SiedlerInnen errichtet.



für den neu gegründeten Dachverband der SiedlerInnen (ÖVSK) und lieferten Plandokumente für den Siedlungsbau. Es kam zum Entwurf von Musterhäusern, die vielfach in Siedlungen nachgebaut werden sollten, immer auch unter Berücksichtigung des landwirtschaftlichen Selbstversorgungsaspektes. (vgl. ebd. S. 141-143)

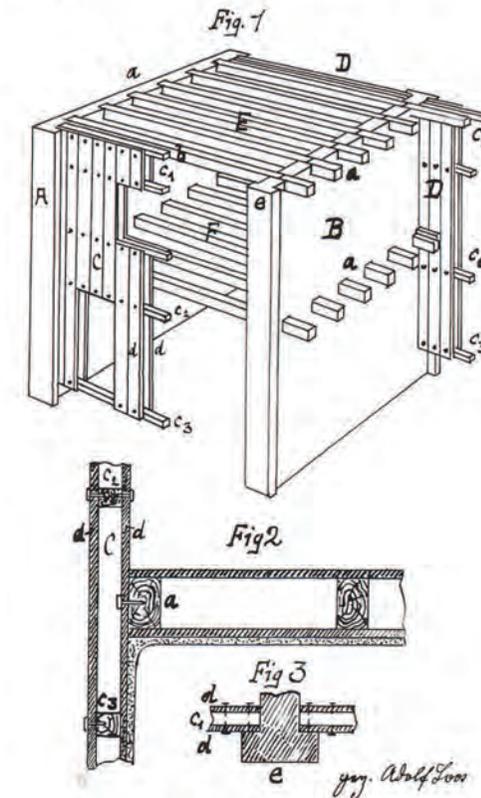
Adolf Loos entwickelte das Prinzip des Hauses mit einer Mauer, das materialsparend und sehr einfach zu errichten war, dabei aber einen hohen Grad an Flexibilität gewährte. In der Siedlung am Heuberg verwirklichte Loos dieses System. (Novy, Förster 1991, S.68) Die Idee des „Kernhauses“, eines kleinen Ausgangshauses, das in späteren Bauphasen vergrößert werden konnte, wurde von Margarethe Schütte-Lihotzky und George Karau entwickelt. (vgl. ebd. S.76)

Die neu gegründete Gesiba, die gemeinnützige Siedlungs- und Bau AG, stellte Baustoffe für die SiedlerInnen zur Verfügung. Somit war eine Umgehung der privatwirtschaftlichen Mechanismen fast vollkommen möglich.

Um als SiedlerInnen eine Förderung des Siedlungsamtes zu erhalten, musste eine Eigenleistung am Bau in der Höhe von mindestens 15% der Gesamtbaukosten erbracht werden. In der Realität war dieser Prozentsatz jedoch oft viel höher. Genossenschaftlich wurde geregelt, dass jeder sich am Bau der Gebäude beteiligte und erst am Schluss durch das Los entschieden wurde, wer das Haus künftig bewohnen sollte. (vgl. Novy 2012. S.138 – 141)

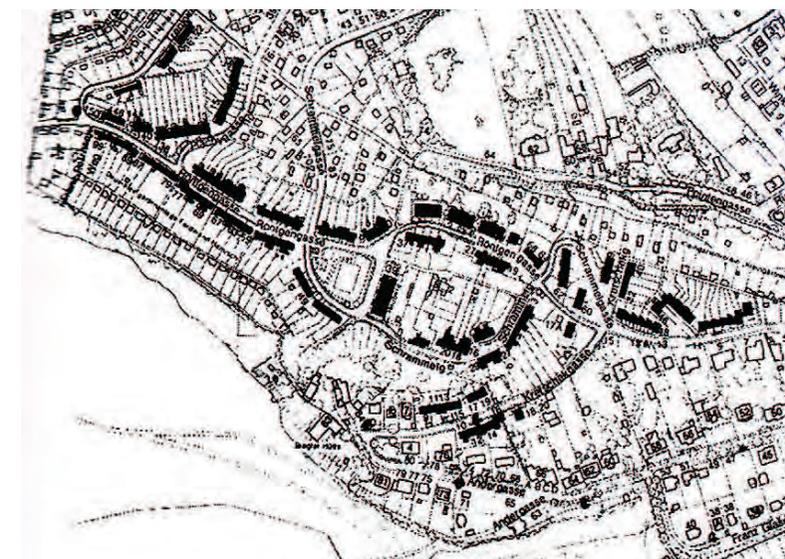
Um die Herstellungskosten für den Siedlungsbau zu senken wurden von der Gemeinde Wien Bauerleichterungen für Kleinhauassiedlungen in der Bauordnung verankert. Beispielsweise konnte dadurch auf die Errichtung von Feuermauern verzichtet werden, die mindestens zulässige Raumhöhe wurde auf 2,60m gesenkt und die Treppenbreite auf mindestens 90,0cm reduziert. (vgl. Novy, Förster 1991, S.41). Es kam zu einer Typisierung und Normierung von Baustoffen und Bauteilen, Hohlmauerwerk wurde eingesetzt um Material zu sparen, Türen und Fenster wurden billig Serienangefertigt. (vgl. Zimmerl 2002, S.88. Aus: Förster 1983, S.69)

Adolf Loos
11. Februar
1921
Bauart
„Haus mit einer Mauer“ Blatt I



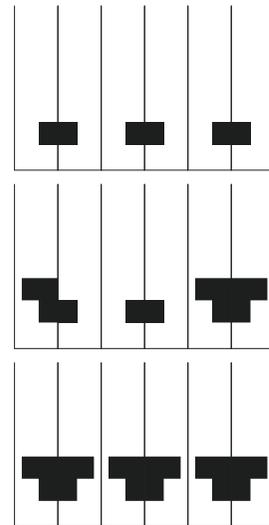
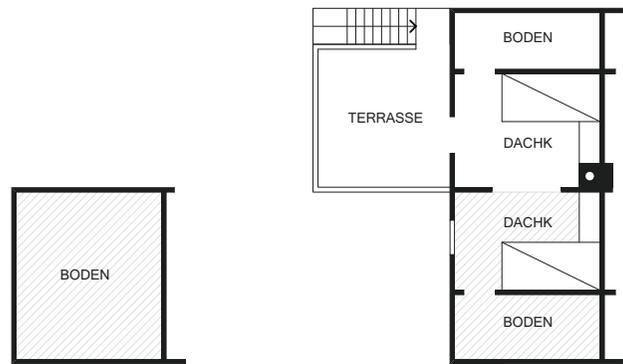
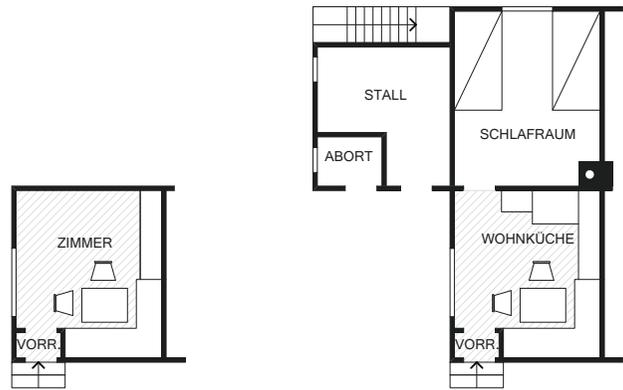
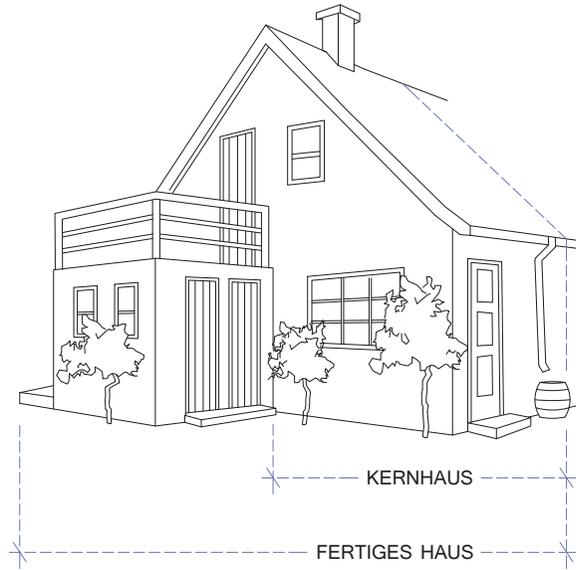
Ab.04.12 -04.14

Die Siedlung am Heuberg wurde von Adolf Loos als Mustersiedlung entwickelt. Hier kam das Haus mit einer Mauer zur Anwendung, das eine kostensparende und einfache Errichtung ermöglichte. Pro Haus war bei dieser Bauweise nur eine tragende Mauer notwendig, die Frontmauern wurden auf den Deckenbalken aufgehängt.

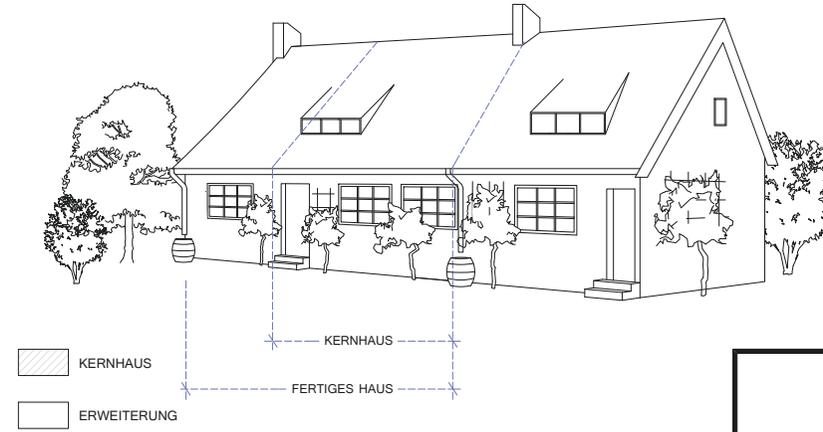


Grafik 04.01
Das Kernhaus Typ 4 von Margarethe Schütte-Lihotzky ermöglichte die schrittweise Erweiterung von Wohnhäusern.

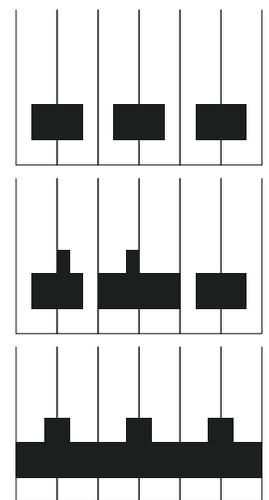
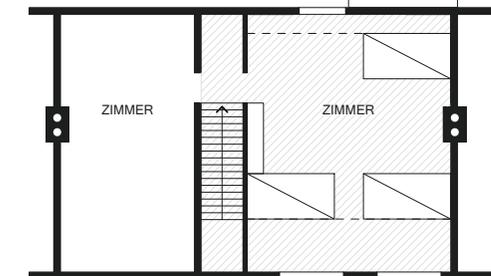
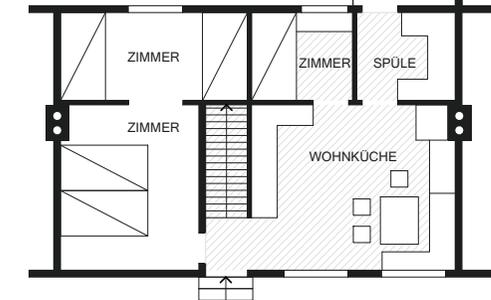
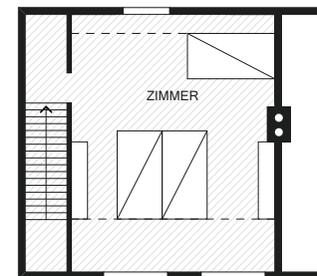
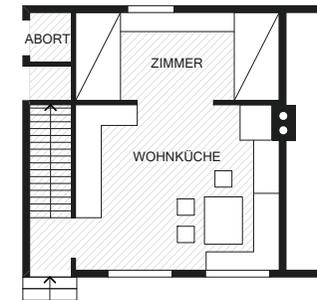
 KERNHAUS
 ERWEITERUNG



Grafik 04.02
Das Kernhaus Typ 7 von Margarethe Schütte-Lihotzky



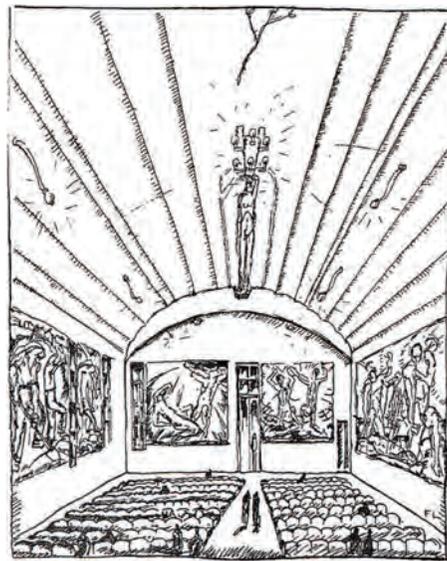
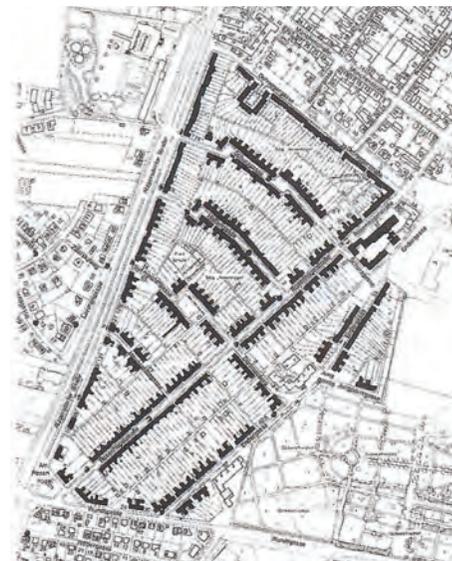
 KERNHAUS
 ERWEITERUNG



Die Siedlungen, die in der 2. Phase geschaffen wurden, spiegelten in vielerlei Hinsicht die Ideologie der Selbstverwaltung und Gleichberechtigung wieder. Gemeinschaftsräumlichkeiten der Genossenschaft nahmen einen hohen Stellenwert ein. Das Genossenschaftshaus wurde zum Mittelpunkt aller Interessen und befand sich meist zentral in der Siedlung gelegen. (Novy, Förster 1991, S.93)

„Ein Genossenschaftshaus ist das Herz und Hirn einer Siedlung. Rathaus, Erholungsheim, Klub, Theater, Konzerthaus, Volksuniversität zu gleicher Zeit. Hier wächst der leicht zu verengende Sinn des Kleingärtners und Einfamilienhäuslers ins Soziale, Allgemeine, Bedeutsame. Die Vereinzelten werden hier zur fühlenden Gemeinschaft. Die Ideologie der Siedlung als soziale Kategorie wird hier geboren und strahlt wieder auf das Ganze und seine Teile aus. Hier ist der Sitz der freigewählten Verwaltung, der politischen Kämpfe, der Verbreiterung des Wissens, der künstlerischen Erlebnisse, der Feste. ...“ (Ermers 1981, S.33)

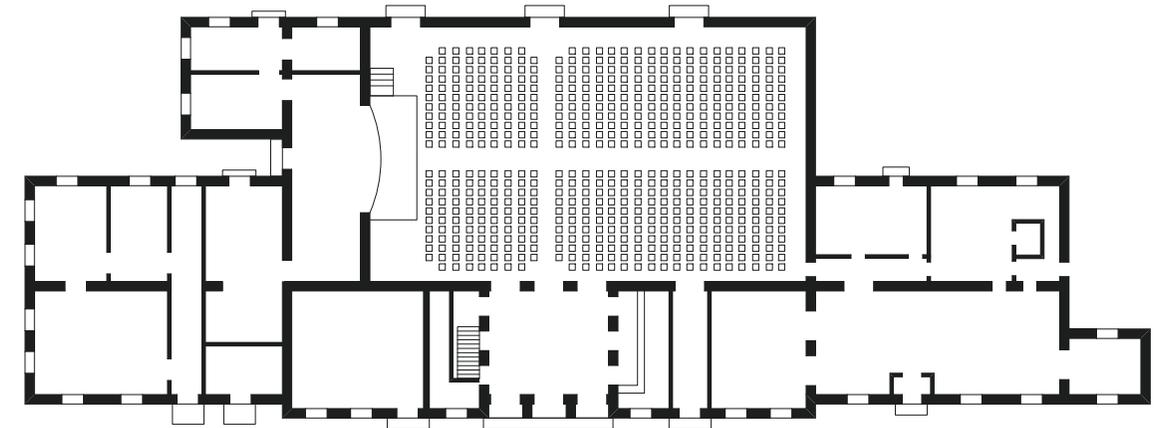
Die einzelnen Wohnhäuser der Siedlungen waren standardisiert, einfach zu errichten und deckten die Grundbedürfnisse des Wohnens und der kleinflächigen landwirtschaftlichen Produktion ab.



Siedlung
Rosenhügel

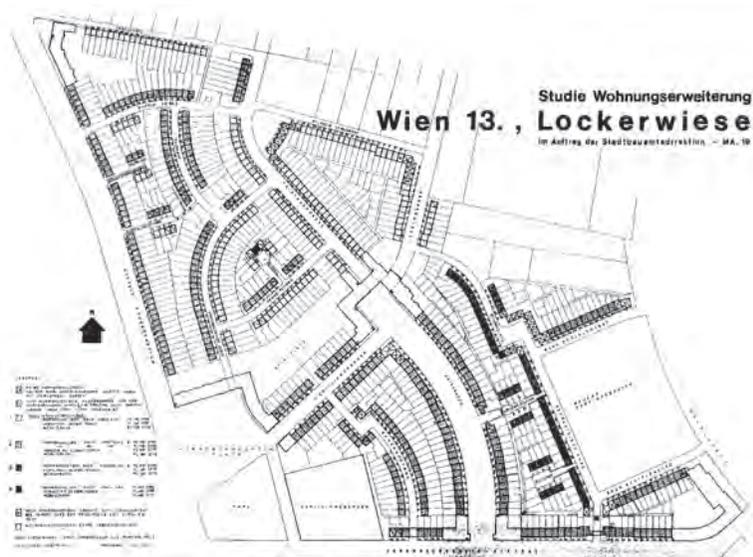
Ab.04.15
Übersichtsplan
Ab.04.16
Zeichnung des
Saales im Genos-
senschaftshaus

Ab.04.17 u. 04.18
(nächste Seite)
Grundriss und Bild
des Genossen-
schaftshauses



3

Ab 1924 kam es immer mehr zu einer Aneignung der Siedleridee durch die Gemeinde Wien. Die ersten Gemeindebauwohnungen waren im Vorjahr errichtet worden, es folgten 25.000 Wohnungen in den nächsten 5 Jahren. Eine „Akzentverschiebung vom Siedlungsbau zum Volkspalast“ war spürbar. (Novy 2012. S.150) Es wurden aber auch weiterhin Siedlungen errichtet, nur erfolgte diese Entwicklung ohne die Zwischenschaltung der Genossenschaften, von oben herab. Es entstanden die Gemeindegewerkschaften, für die erstmals die komplette Finanzierung sichergestellt war. Außerdem fand man eine architektonische Sprache um den Siedlungsgedanken auszudrücken, der in den früheren Phasen noch weniger vorhanden war. Jedoch fehlte der starke soziale Zusammenhalt, der durch die jahrelange Arbeit Seite an Seite in den früheren Genossenschaftssiedlungen naturgemäß gegeben war. Auch die Gemeinschaftsräumlichkeiten, die in der Genossenschaft einen zentralen Stellenwert einnahmen, fehlten in diesen Konzepten meist. (vgl. ebd. S.147- 151)



4

Die 4. Phase der Siedlerbewegung stellt ein reines Notprojekt von oben dar. In den schwierigen Zeiten der Wirtschaftskrise kam es ab 1932 zu der Errichtung von Erwerbslosensiedlung am Stadtrand, für die sich bedürftige BürgerInnen anmelden konnten. Nur wenige wurden in das Programm aufgenommen, unter ihnen viele Bauarbeiter, den in dieser Phase setzte die Stadtverwaltung bis zu 100% Eigenleistung beim Bau voraus. In dieser Zeit wurden einige Kernhäuser errichtet, beispielsweise in der Stadtrandsiedlung Leopoldau. Mit geringsten offiziellem Aufwand sollten brachliegende Ressourcen produktiv gemacht werden. Es kam zu einem erzwungenen Zusammenschluss zur Selbstverwaltung, Gemeinschaftseinrichtung wurden keine mehr errichtet. (Novy 2012. S.152f)

Der Wohlfahrtsstaat hatte ab der 3. Phase der Siedlerbewegung immer mehr das Selbermachen durch Gemeindebauten substituiert, es nicht mehr nötig gemacht. Das ist zweifellos eine positive Entwicklung, wenn auch manche Qualitäten des Selbermachens dabei verloren gingen. In der 4. Phase der Siedlerbewegung nahm die Stadtverwaltung eine aktivierende Rolle ein, die BürgerInnen einen enormen Anteil an eigener Bauleistung abverlangte. Es kam zu einer Abgabe der gesellschaftlichen Verantwortung an Einzelpersonen, zu einer Zwangsaktivierung.

Der Planungsprozess entwickelte sich von informeller Bautätigkeit in der ersten Phase zu einer kooperativen Planung zwischen Genossenschaften und Stadtverwaltung in der 2. Phase, hin zu einer Top-down Planung in der Dritten und einer Abgabe Planerischer Verantwortung in der vierten Phase.



Gemeindegewerkschaft Lockerwiese in der 3. Phase der Siedlerbewegung
 Ab.04.19 Siedlungsplan
 Ab.04.20 Ansicht

ÜBERSICHT SIEDLERBEWEGUNG PHASE 2



1. TRIFFT ZU
1. Trifft nicht zu

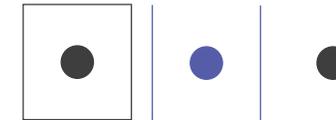
UTOPIE



GENOSSENSCHAFTLICHES SCHAFFEN VON WOHNRAUM !

EGALITÄRES ZUSAMMENLEBEN IN SELBSTVERWALTUNG !

RÄUMLICHE STRUKTUR



Geschlossene Raumstruktur

HALBOFFENE RAUMSTRUKTUR

Offene Raumstruktur



GEPLANTE ENTWICKLUNG

Ungeplante Entwicklung

Mischform

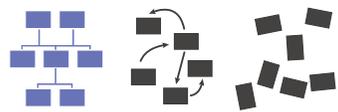


HIERARCHISCHE PLANUNG

Individuelle Planung

KOLLEKTIVE UMSETZUNG

ORGANISATIONSSTRUKTUR



GUT ORGANISIERT

Lose Organisiert

Chaotisch



Exklusiv

Teilweise zugänglich

INKLUSIV



Hierarchische Organisation

REPRÄSENTATIVE ORGANISATION

Kollektive Organisation

HANDLUNGSSTRATEGIEN DER STADTVERWALTUNG



VERTRAG MIT DER STADT

Duldung durch die Stadt

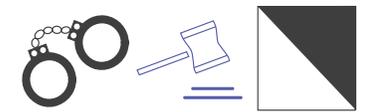
Ablehnung von der Stadt



ERMÖGLICHEN

COACHEN

Erobern



Keine rechtliche Grundlage

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Rechtlicher Graubereich

04.1.2 Besetzungen der 1970er Jahre: Amerlinghaus und Arena

Mit einer funktionalistischen, von oben herab planenden Stadtregierung sah sich auch das Wien der 1970er Jahre konfrontiert. Fortschritt sollte durch Abtragen der alten Baustruktur, die teils in sehr schlechtem Zustand war, und durch das Errichten neuer, zeitgemäßer Wohn- und Geschäftsbauten erzielt werden. Der Wohlfahrtsstaat stellte zwar leistbares Wohnen in Form von geförderten Wohnbauten in städtischen Randlagen zur Verfügung, der Altbestand im Stadtzentrum verfiel jedoch zusehends. Trotz der Wohnungsnot in der aufstrebenden Wirtschaftslage gab es großen Wohnungsleerstand im Altbestand. (vgl. Peer 2012, S.33)

Mitsprache durch die Bevölkerung war nicht erwünscht. Es herrschte eine „Kommunalpolitik, auf die das josephinische Regierungsmotto „Alles für das Volk – nichts durch das Volk“ durchaus zutrifft und deren Wohlfahrtsplanung eine hohe Bereitschaft für Disziplin und Unterordnung voraussetzte.“ (Kos 2012, S. 20) In der Bevölkerung aber wuchs das Bedürfnis nach Freiheit, Selbstbestimmung und Individualität das vom starren Wohlfahrtsstaat nicht erfüllt werden konnte. (vgl. ebd. S.16)

Gegen diese Verhältnisse formte sich ab den 1970er Jahren zunehmend Protest, der sich vor allem in der Form von Besetzungen leerstehender Gebäude äußerte, dem Wiener Häuserkampf. Die Parolen der BesetzerInnen lauteten „Haus für Alle“, Flugblätter richteten sich an „Alle“ und schlussendlich sollten die besetzten Gebäude „Allen“ gehören. (vgl. Nußbaumer, Schwarz 2012, S.16) Sie forderten „...ein „Recht auf Stadt“ wie es Henry Lefebvre formulierte, auf die kollektive Teilhabe an den schöpferischen Überschüssen des Urbanen, auf kulturelle Identität und politische Selbstbestimmung.“ (Reinprecht 2012, S.82 Aus: Lefebvre 1968) Selbstbestimmung wurde zum Schlüsselwort des Häuserkampfes schlechthin.

Die erste öffentlich relevante Protestbewegung spielte sich am Wiener Spittelberg ab, wo die vorhandene, heruntergekommene Altbausubstanz geschliffen und durch profitable Garagen und Bürogebäude ersetzt werden sollten. Eine Gruppe aus AnrainerInnen, Kunstschaffenden, Architekturschaffenden und Studierenden schloss sich in den frühen 1970er Jahren zusammen um die Verdrängung der BewohnerInnen durch Abbruch- und Neubaupläne der EigentümerInnen zu verhindern. Die historische Bausubstanz sollte durch eine sanfte Revitalisierung erhalten bleiben. Dieser Prozess



Ab.04.21
Einladung zum Eröffnungsfest des Amerlinghauses
Ab.04.22 und 04.23
Das Amerlinghaus vor der Renovierung,
zur Zeit der Besetzung



sollte demokratisch passieren, ohne die BewohnerInnen des Viertels zu verdrängen und gleichzeitig städtische Funktionen wie Kommunikation, Nachbarschaft, Kultur und Freizeitgestaltung stärken. 1973 gelang es durch eine immer größere Resonanz in der Wiener Bevölkerung die Stadtverwaltung zu überzeugen, den Spittelberg unter Ensembleschutz zu stellen und damit viele Bauvorhaben zu verhindern. Jedoch war noch keine sozial verträgliche Revitalisierung gesichert. Im Rahmen eines Festes wurde aus diesem Grund 1975 das vom Abbruch bedrohte Amerlinghaus besetzt. Die Forderungen umfassten den Erhalt des Gebäudes und die Widmung als Stadtteilzentrum, das Allen offen stehen sollte. Im Zuge einer öffentlichen Versammlung wurde mit der Gemeinde Wien beschlossen, ein selbstverwaltetes Kultur- und Kommunikationszentrum einzurichten. Ein Probetrieb wurde aufgenommen und weitere Verhandlungen geführt. (vgl. Reinprecht 2012, S.80f)

Die Gemeinde Wien verlangte die Renovierung des Hauses, bevor es endgültig in Betrieb genommen werden konnte. Die Renovierungsarbeiten wurden aus Geldmangel von der Gesiba im Gegenzug zur Gewährung eines Baurechtes durchgeführt, weshalb auch bis heute vom Kulturzentrum Miete an die Gesiba gezahlt wird. (vgl. Sburny 2012, S.92)

Der Betrieb des Amerlinghauses als Kultur- und Kommunikationszentrum konnte erst 1978 wieder aufgenommen werden und wurde fortan von der Gemeinde Wien subventioniert. Der Kampf um die Erhaltung des Gebäudes zeigt das Bedürfnis der Bevölkerung auf Mitsprache und Mitbestimmungsrecht in stadtplanerischen Fragen. In diesem Fall reagierte die Stadtverwaltung, indem sie den Protest befriedete und in das System eingliederte. (vgl. Reinprecht 2012, S.83) Das Amerlinghaus muss immer wieder, zuletzt im Jahr 2014, darum kämpfen, dass die Förderungen der Gemeinde nicht gekürzt werden von denen ein großer Teil als Miete direkt an die Gesiba fließt. Das Haus setzt sich nach wie vor für mehr Freiräume in der Stadt, gegen eine neoliberale Verwertungslogik und für ein Recht auf Stadt für alle ein. (vgl. Kulturzentrum Spittelberg 2014.) Mit seinen zahlreichen Kulturangeboten und der Unterstützung diverser Initiativen ist das Zentrum ein wichtiger Motor des Stadtteils.



Ab.04.24
Der Hof des Amerlinghauses zur Zeit der Besetzung



Ab.04.25
Der Hof des Amerlinghauses im Jahr 2014

Der Spittelberg war nicht das einzige Gebiet Wiens, das in den 1970er Jahren im Sinne der modernen Stadtplanung geschliffen werden sollte. Es gab Überlegungen zum Abbruch der Otto-Wagner-Brücke und des Naschmarktes, was großes Unbehagen in der Bevölkerung hervorrief. (vgl. Karl 2012, S.109)

Die ehemalige Schweinehalle des Auslandsschlachthofes St.Marx im 11. Bezirk diente seit 2 Jahren unter dem Namen Arena als Austragungsstätte der alternativen Wiener Festwochen, die vor allem Jugendlichen ein alternatives Kulturangebot lieferten. 1976 sollte das Areal allerdings an die Firma Schöps verkauft, abgetragen und durch ein Textilgroßhandelszentrum ersetzt werden. Dagegen wehrte sich eine heterogene Gruppe, bestehend aus Studierenden, Kunstschaffenden, ArbeiterInnen, Spontis, linken Organisationen und Jugendlichen, die das Gelände im Juni 1976 besetzten. (vgl. Weidinger 2012, S.96)

Die Besetzung sah sich als eine Kritik des Wohlfahrtsstaates als funktionalistisch planende und regulierende Instanz. Die moderne Stadtplanung mit ihren funktionstrennenden Prinzipien und den großen Visionen von Oben, sollte durch eine Mitbestimmung Aller ersetzt werden. Gleichzeitig sollte ein freier Kulturraum mit ganzjährigem Betrieb entstehen. Jeder sollte die Möglichkeit haben selbstständig zu Handeln, vorbei an der bürokratischen Stadtverwaltung und den kontrollierenden Machtstrukturen. (vgl. Nußbaumer, Schwarz 2012, S.16)

Die vier Forderungen, der BesetzerInnen an die Gemeinde Wien waren:

- Kein Abbruch des Auslandsschlachthof St.Marx
- Die Möglichkeit eines ganzjährigen, offenen Kulturzentrums auf dem Gelände
- Selbstverwaltung dieses Kulturzentrums durch alle, die sich beteiligen
- Bezahlung der Betriebskosten durch die Gemeinde Wien als Unterstützung

(vgl. Zenker 1976, S.15)



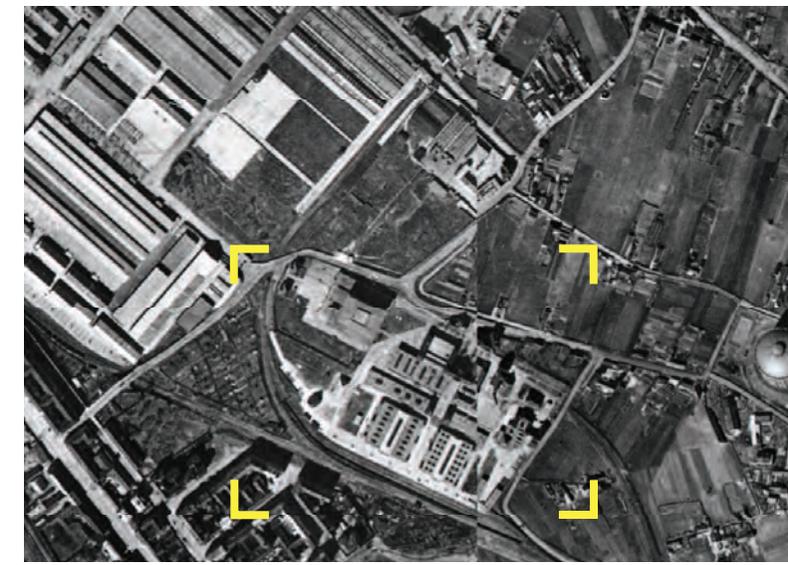
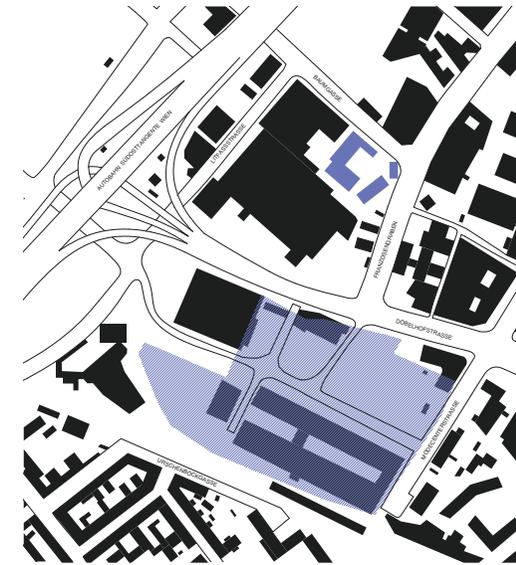
Ab. 04.26 und 04.27
Plakate der BesetzerInnen
Ab. 04.28
Teil des Ausländerschlachthofes



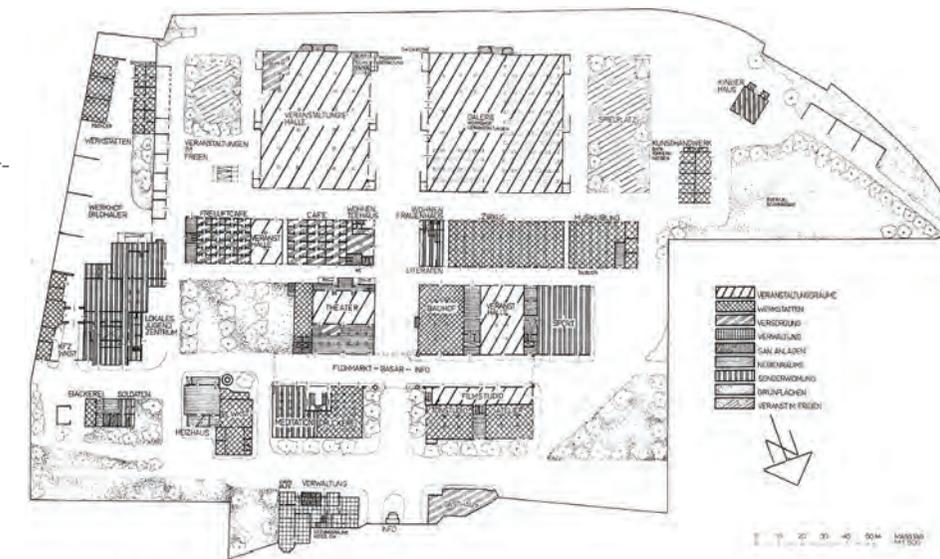
Die Besetzung der Arena fand in der Öffentlichkeit enormen Zuspruch, zum ersten großen Fest kamen 8.000 Gäste und es wurde von Anfang an ein Kulturangebot, bestehend aus Lesungen, Theater, Kabarett, Filmen, Konzerten, Ausstellungen etc. geboten. Auch die meisten Medien sympathisierten mit den BesetzerInnen. (vgl. Weidinger 2012, S.97) Im Jugendmagazin des ORF, dem Maulkorb, wurde sogar zu Spenden für die Arena aufgerufen. (vgl. Schrage 2012, S.103)

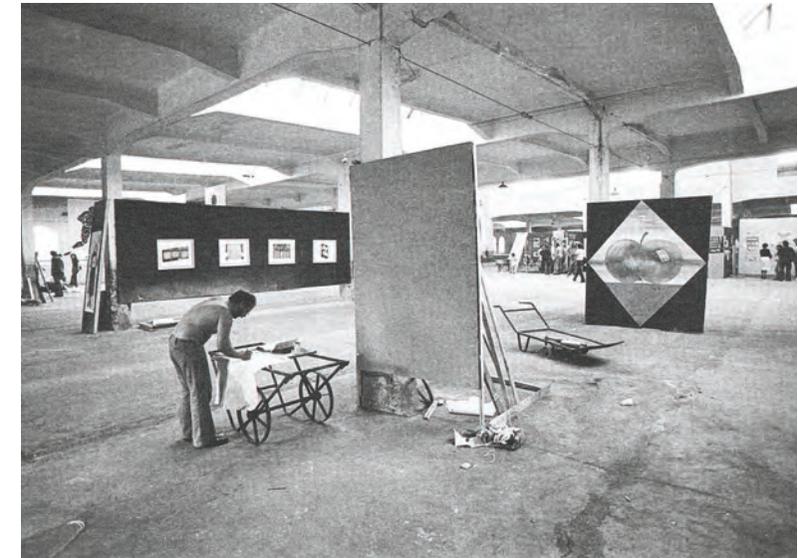
In der besetzten Arena wurde nicht nur Kultur- sondern auch Sozialarbeit betrieben, denn zu den BesetzerInnen gesellten sich rasch Personen, die in der Durchschnittsgesellschaft nur schwer Platz fanden, wie Arbeitslose, Obdachlose, Drogensüchtige und aus Heimen geflohene Jugendliche. In der Arena fanden sie eine Umgebung, in der sie sich frei bewegen konnten und sogar von SozialarbeiterInnen betreut wurden. Nicht selten kam es jedoch zu Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen Gruppen. Zusätzlich zu den Veranstaltungshallen, der Galerie, den Cafés, dem Theater, dem Filmstudio, der Druckerei, dem Musikhaus und dem Zirkus kam es zur Gründung unterschiedlicher Häuser, in denen die Gruppen Platz fanden, wie das Frauenhaus, das Kinderhaus, das Simmeringerhaus, das Soldatenhaus etc. (vgl. Weidinger 2012, S.98)

Der Betrieb der Arena wurde durch Arbeitsgruppen organisiert, die Verhandlungen mit der Gemeinde Wien von einem gewählten Komitee, bestehend aus 18 Personen, geführt. Von der Stadtverwaltung wurde den BesetzerInnen ein Ausweichgelände, der Innländerschlachthof angeboten. Dieser Vorschlag wurde vorerst abgelehnt. Nach dem endgültigen Verkauf des Schlachthofgeländes an Schöps und dem Entzug von Strom und Wasser, räumten die BesetzerInnen am 11. Oktober den Schlachthof nach 104 Tagen Besetzung. Der Innländerschlachthof wurde danach von einer kleineren Gruppe als neue Arena übernommen. Sie existiert heute noch, jedoch in einer stark reduzierten Form als reiner Veranstaltungsort. Obwohl die Besetzung der Arena nach 3 Monaten endete, hat sie viele Spuren in Wien hinterlassen. (vgl. ebd. S.99f)



Ab. 04.29
Lageplan der heutigen Situation mit der neuen Arena ■ und dem ehemals besetzten Gebiet ■
Ab. 04.30
Luftbild des Ausländer- und Innländerschlachthofs aus dem Jahr 1956
Ab. 04.31
Plan der besetzten Areen





Einzelne Gebäude auf dem besetzten Arenagelände.
 Ab.04.32-04.34 (vorige Seite, von li.oben- re.unten)
 Kinder- bzw. Frauenhaus, Simmeringerhaus, Veranstaltungshalle
 Ab.04.35-04.37 (von links oben - rechts unten)
 Außenansicht, Galerie, Hauptstraße

„SP-Stadtverwaltung und Rathauspolitik waren es gewohnt, die Zukunft unter Kontrolle zu haben...“.
„Die Arena Besetzung hingegen, ist ein zeitgeschichtliches Schlüsselereignis der Wiener Stadtgeschichte, ein Umspringpunkt. Es gab eine Lunte, die längst brannte, für die erstarrte Kommunalpolitik aber außerhalb des Blickfeldes war.“ (vgl. Kos 2012, S.12)

Es folgte die Burggarten Bewegung zwischen 1979 und -81, die die Freigabe der Grünflächen des Wiener Burggartens für die Freizeitgestaltung forderte. Die Rasenflächen wurden jeden Samstag von 200 bis 300 AktivistInnen besetzt um gegen das Verbot des Betretens zu demonstrieren. (vgl. Suttner 2012, S.140)

Auch viele andere, noch heute existierende, Initiativen sehen sich in der Tradition der Arena, wie beispielsweise die neue Arena im Inländerschlachthof, die Zeitung der Falter und das WUK. (Weidinger 2012, S.98-100) Man könnte die Arena als allgemeinen politischen Lernprozess für die Bevölkerung betrachten, denn danach entstanden österreichweit zahlreiche Initiativen, die beispielsweise die Rettung der Hainburger Au bewirkten. In den 1980er Jahren wurde eine große Zahl weiterer Häuser besetzt, unter andern das WUK, die Gutenberggasse 14, die Tigergasse 22, der TU-Club, die Hausgemeinschaft Aegidi/Spalo, die Turnergasse 15, die Gassergasse (GAGA) die Rosa Lila Villa oder die Pankahytn. (vgl. Nußbaumer, Schwarz 2012, S.78f)

Von den vielen Besetzungen konnten sich langfristig nur die Pankahytn, das EKH, das WUK und die Rosa Lila Villa halten. Das Scheitern der meisten Besetzungen ist auf die repressive Strategie der Stadt Wien im Umgang mit den Bewegungen zurückzuführen. Trotzdem gab und gibt es immer wieder neue Besetzungsversuche, die meist schnell geräumt werden. Einige Initiativen versuchen deshalb, sich in gemieteten Räumen neue, antikommerzielle Freiräume zu schaffen (vgl. Uhl 2012, S.222), wie beispielsweise das Kaleidoskop, zwei Kost-nix-Läden, die BikeKitchen, DasBäckerei und viele mehr. Zusätzlich bilden sich neue Formen von vertraglich abgesicherten Zwischennutzungen, die vor allem in der Kreativszene angesiedelt sind. Aufgrund der zunehmenden Verdichtung Wiens wird auch die Thematisierung von Freiräumen, von unbebauten Resträumen in der Stadt, immer wichtiger.



Ab. 04.38
Die Rosa Lila Villa

ÜBERSICHT BESETZUNGEN DER 1970er JAHRE: BEISPIEL ARENA



 TRIFFT ZU
 Trifft nicht zu

UTOPIE

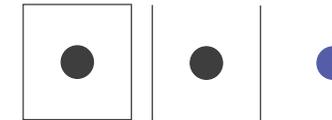


MITBESTIMMUNG ALLER IN DER STADTPLANUNG !

SELBSTVERWALTETE ANTI-KOMMERZIELLE
 FREIRÄUME FÜR KUNST UND KULTUR !

ABBAU VON BÜROKRATIE, SELBSTBESTIMMUNG FÜR ALLE !

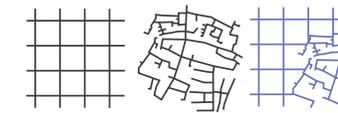
RÄUMLICHE STRUKTUR



Geschlossene Raumstruktur

Halboffene Raumstruktur

OFFENE RAUMSTRUKTUR



Gep plante Entwicklung

Ungeplante Entwicklung

MISCHFORM

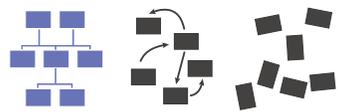


Hierarchische Planung

Individuelle Planung

KOLLEKTIVE PLANUNG

ORGANISATIONSSTRUKTUR



GUT ORGANISIERT

Lose Organisiert

Chaotisch



Exklusiv

Teilweise zugänglich

INKLUSIV



Hierarchische Organisation

Repräsentative Organisation

KOLLEKTIVE ORGANISATION

HANDLUNGSSTRATEGIEN DER STADTVERWALTUNG



Vertrag mit der Stadt

Duldung durch die Stadt

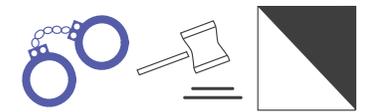
ABLEHNUNG VON DER STADT



Ermöglichen

Coachen

EROBERN



KEINE RECHTLICHE GRUNDLAGE

Rechtliche Grundlage

Rechtlicher Graubereich

04.2 Gemeinschaftsgarten Donaukanal



Lage Am Donaukanal, ca. 200m flussabwärts der Salztorbrücke, 1020 Wien

Fläche ca. 550 m²


Nutzung Gemeinschaftsgarten für Nutz- und Zierpflanzen, Veranstaltungs- und Kommunikationsort

Gründung 2013

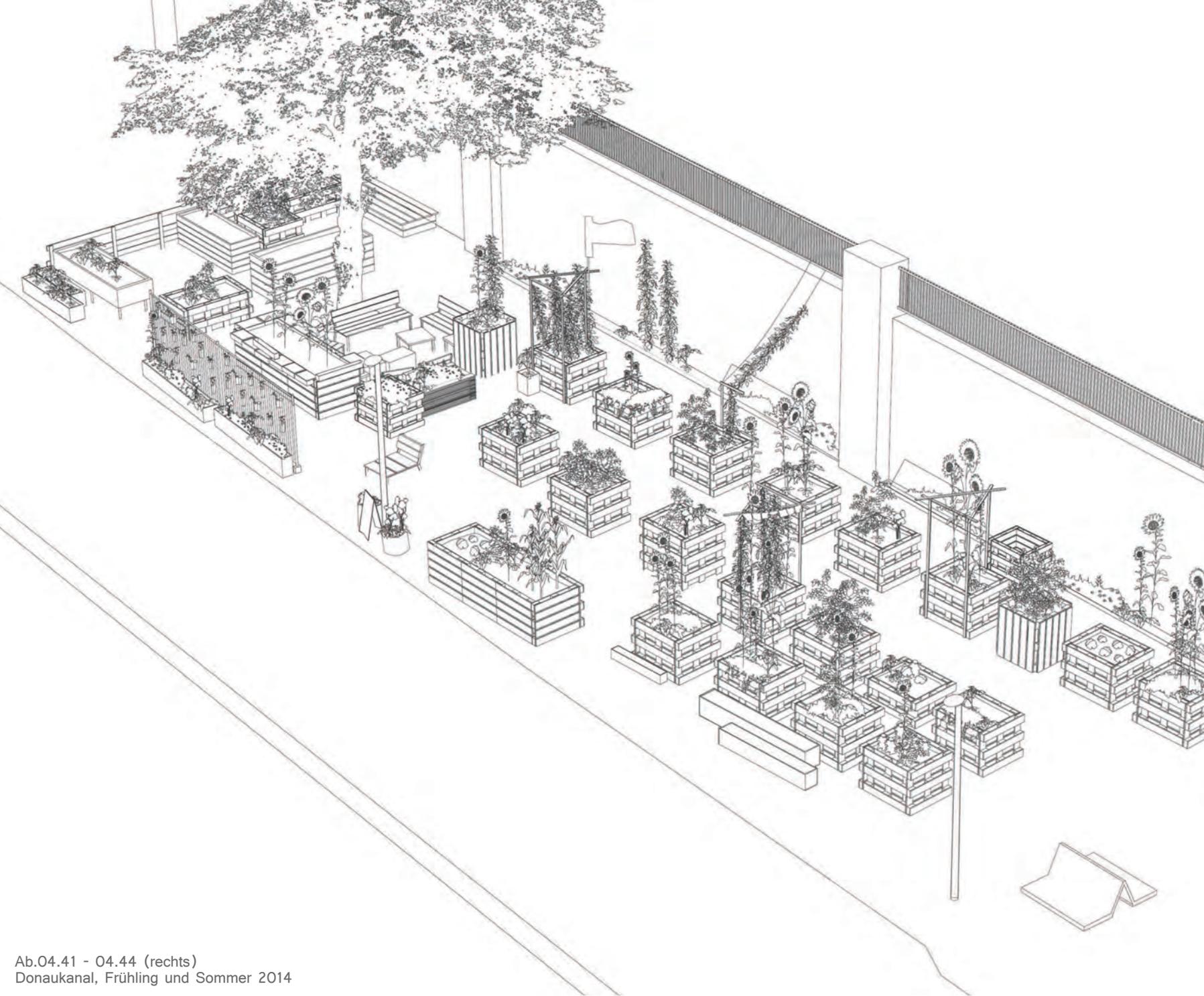
Mitglieder aktiv rund 30, inaktiv 0




Der Gemeinschaftsgarten Donaukanal formte sich im Jahr 2013 am Ostufer des Donaukanals, nördlich der Salztorbrücke. Die Gründung ist der Eigeninitiative der jetzigen Obfrau, Martina Montecucoli zu verdanken, der die ehemalige Brach- und Lagerfläche in dieser attraktiven Lage ein Dorn im Auge war. Mit der Unterstützung des Pächters der Fläche, der gleichzeitig Besitzer des angrenzenden Lokales Adria ist, und einiger Sponsoren war es möglich die ersten 15 Beete zu errichten. Die Zahl der Mitglieder des neugegründeten Vereins Gemeinschaftsgarten Donaukanal wuchs beständig und damit auch die Zahl der Beete. In der Saison 2014 waren es schon über 20 Beete und in etwa 30 Mitglieder. Übergeordnetes Ziel des Gemeinschaftsgartens ist es, Besitzverhältnisse in der Stadt zu thematisieren und die voranschreitende Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes in Frage zu stellen. Aus diesem Grund ist der Garten rund um die Uhr frei zugänglich, es gibt keinen Zaun der die Zutrittsrechte regelt. Die Beete werden von jeweils 1 bis 3 Mitgliedern des Vereins betreut, mittlerweile wurden aber auch Gemeinschaftsbeete für die Allgemeinheit angelegt, sowie Mobiliar gebaut. Die meisten Beete sind Hochbeete, die aus Europaletten oder Holz hergestellt und individuell farbig gestaltet wurden. Von NachbarInnen und PassantInnen kommen durchwegs positive Kommentare zur Umgestaltung dieser zentralen Stadtfläche. (vgl. Montecucoli 2014) (vgl. Pirchl 2014a,b und c)

Ab.04.40
Gemeinschaftsgarten
Donaukanal
Juni 2014





Ab.04.41 - 04.44 (rechts)
Donaukanal, Frühling und Sommer 2014
Grafik 04.03
Perspektive Gemeinschaftsgarten Donaukanal

Die Gründung des Gemeinschaftsgarten Donaukanal erfolgte im Jahr 2013 und geht auf die Eigeninitiative der Obfrau, Martina Montecuccoli zurück. Als Anrainerin sah Martina die zunehmende Kommerzialisierung des Donaukanals kritisch. Große Areale entlang des Kanals werden an LokalbesitzerInnen verpachtet und sind nur in den Sommermonaten, unter Konsumzwang, zugänglich. In den Wintermonaten sind die meisten dieser Bereiche abgesperrt. Das Areal, auf dem sich heute der Gemeinschaftsgarten befindet, lag jahrelang brach und wurde von den umliegenden Lokalen als Lager benutzt. Die Fläche war folglich unattraktiv und für PassantInnen nicht zugänglich. Martina Montecuccoli entwickelte die Idee, das Grundstück umzunutzen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Ein Gemeinschaftsgarten erschien ihr die perfekte Nutzung für diesen innerstädtischen Raum zu sein. Über Soziale Medien wurden weitere InteressentInnen für den Gemeinschaftsgarten gesucht. (vgl. Montecuccoli 2014)

Um die Idee umzusetzen, mussten zuerst die Besitzverhältnisse ausgeforscht werden, die entlang des Donaukanals sehr komplex und intransparent sind. Die Landflächen am Donaukanal stehen teilweise im Alleineigentum des Bundes bzw. im Teileigentum der Stadt Wien und des Bundes. Die Via Donau, die im Jahr 2005 vom Bundesministerium für Verkehr Innovation und Technologie gegründet wurde, ist für die Verwaltung der Wasserstraße Donaukanal und der daran angrenzenden Landflächen zuständig. (vgl. Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr... 2010, S.74)

Teilabschnitte des Donaukanals werden an Betriebe verpachtet, die Dauer, Kosten und Bedingungen der Pacht sind nur schwer auszuforschen. (vgl. Heindl 2014)

Im Masterplan Donaukanal, der im Jahr 2010 beschlossen wurde, werden Entwicklungsziele und Regulierungen für den gesamten Donaukanal genannt. Beachtlich ist die Regulierung, dass private, dem Konsum dienende Nutzungen im Bereich des Donaukanals neben der kommerziellen Nutzung auch einen nichtkommerziellen Wert für die NutzerInnen des Kanals aufweisen müssen. Aus diesem Grund gilt für die Bebauungsdichte, dass nur ein Drittel der Fläche bebaut und ein weiteres Drittel kommerziell genutzt werden darf. Das verbleibende Drittel soll „einen öffentlichen Mehrwert aufweisen“ (vgl. Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr... 2010, S.53f) Was genau einen öffentlichen Mehrwert darstellt ist aber in dem Masterplan nicht definiert und lässt diesbezüglich einen Interpretationsspielraum offen. Auch die Kontrollmechanismen sind nicht festgelegt.

Eben diese Bestimmung kam aber der Gründerin des Donaukanalgartens, Martina Montecuccoli zu Gute. Sie forschte die Besitzverhältnisse des Kanalabschnittes zwischen Salztorbrücke und Herminengasse aus. Wie sich herausstellte war der Bereich für 15 Jahre an den Betreiber des Tel-Aviv Beach verpachtet. Dieser wiederum verpachtete einen Teil der Fläche an das Lokal Adria Wien, mit dessen Eigentümer schlussendlich eine Vereinbarung über die Gründung des Gemeinschaftsgartens getroffen wurde. Der Eigentümer der Adria Wien unterstützte den Plan, da er schon länger eine Umnutzung der Brache angedacht hatte, jedoch weder Zeit noch Geld investieren konnte. Da der Masterplan eine kommerzielle Nutzung der gesamten Fläche verbietet, war der Garten für beide Seiten von Vorteil. Die Adria Wien stellte die Fläche zur Verfügung, hatte aber keinerlei finanziellen oder zeitlichen Aufwand mit dem Betrieb des Gartens und der Verein konnte die Fläche relativ frei bespielen. Ein Prekariatsvertrag zwischen Adria Wien und dem Gemeinschaftsgarten über die Fläche ist geplant, zur Zeit der Recherche für diese Arbeit war er aber noch nicht ausgestellt. Gewünscht ist, den Gemeinschaftsgarten an diesem Ort so lange wie möglich zu erhalten. (vgl. Montecuccoli 2014) Momentan erscheint dieses Vorhaben aufgrund der Unterstützung der Pächter sowie der positiven öffentlichen Meinung als realistisch. Wenn jedoch der Pachtvertrag ausläuft oder die Fläche für andere Nutzungen beansprucht wird, hat der Gemeinschaftsgarten keinerlei Anspruch auf das Areal. Aus diesem Grund betreibt der Verein aktiv Kommunikation mit den NutzerInnen des Donaukanals um sein Bestehen durch eine breite öffentliche Unterstützung im Falle des Falles abzusichern. (vgl. Pirchl 2014a,b,c)

Die Lage des Gartens direkt am Donaukanal bietet eine perfekte Bühne für die Konsumkritik, die eine wichtige Botschaft des Vereins darstellt. Der belebte Ort in zentraler Lage erlaubt einen Kontakt mit vielen Menschen. Die Thematisierung des Themas "Recht auf Stadt" erreicht somit eine große Zielgruppe. Die Motivation des Vereines lässt sich sowohl als politisch als auch als urbanistisch bezeichnen, denn die Forderung nach einer anderen Stadtplanung, in der nicht Kapital sondern menschliche Bedürfnisse im Vordergrund steht, wird laut. Investoreninteressen fänden im Vergleich zu lebenswerten Stadträumen viel zu große Beachtung in der aktuellen Stadtplanung. Die Eigentumsverhältnisse innerstädtischer Flächen und der Vergabeprozess von Nutzungsverträgen seien oft sehr intransparent und erfolgen über einen zu langen Zeitraum. Dem Verein ist es ein Anliegen, die Eigen-



Grafik.04.04
Karten zu Bevölkerungsdichte, Flächennutzung und
Lagezuschlag, Wien Stand 2010

04.2.1 Räumliche Analyse

Der Donaukanal ist ein insgesamt 17 km langer urbaner Freiraum, der sich durch 7 Wiener Bezirke zieht. Der Gemeinschaftsgarten am Donaukanal befindet sich am sonnigen, linken Donaukanalufer, das sich durch großteils parkartige Gestaltung auszeichnet. Das Projekt ist im zentralen Bereich des Donaukanals situiert, der direkt an dicht besiedelte, urbane Gebiete des 2. Bezirkes anschließt und einer Vielzahl von Gastronomiebetrieben, sozialen und kulturellen Einrichtungen Platz bietet. Der Grünanteil ist in diesem Bereich geringer als im Ober- und Unterlauf des Donaukanals. Im zentralen Bereich des Donaukanals finden sich auch die von Otto Wagner konzipierten historischen Kaimauern. Die Absenkung zur umliegenden Stadtbeträgt ca. 5 Meter (HG: Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr... 2010, S.29)

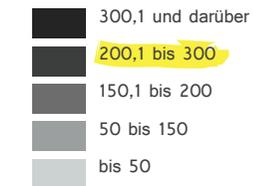
Der Donaukanal ist aufgrund seiner Lage und Attraktivität ein begehrter Freiraum für die WienerInnen. Das war auch schon in früheren Jahren so, wie die Bezeichnung „Riviera der ArbeiterInnen“ beweist. Vor allem in den Krisenjahren der 1930er hatte der Donaukanal eine wichtige Rolle als Erholungsraum mit Urlaubscharakter. (Heindl 2014) Momentan wird er für sportliche Betätigung, sowie für die Freizeit und Abendgestaltung genutzt werden. Mit dieser Lage kommen besondere Gegebenheiten, die das Leben im Gemeinschaftsgarten beeinflussen.

In den folgenden 3 Grafiken wird illustriert, wie sich der Stadtraum in der Umgebung des Gartens in Sachen Bevölkerungsdichte, Nutzungen und Verkaufswert darstellt.

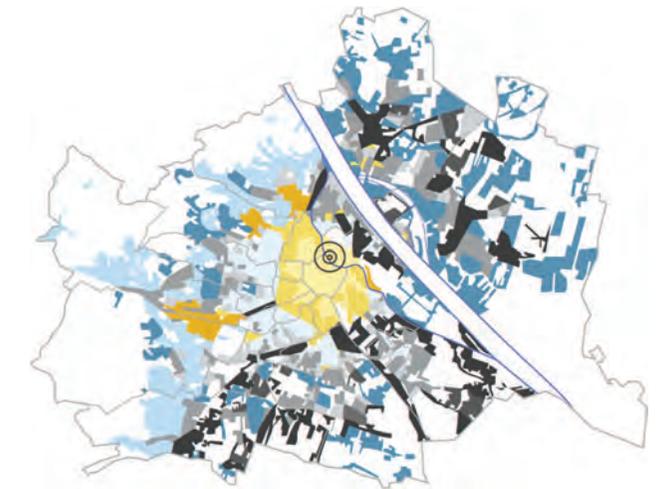
Die Dichte der angrenzenden bebauten Gebiete des 2. Bezirkes gehört mit 200,1 – 300 Einwohnern pro ha zu den höheren Dichten in Wien. Der Durchschnittswert liegt bei 41,1 Einwohnern pro ha. Aus dieser Tatsache und weil das Gebiet noch zum Zentrum Wiens gezählt wird, lässt sich ableiten, dass Freiraum ein knappes und begehrtes Gut ist.

Weiters gibt die Grafik zu den Lagezuschlägen ein Indiz zur „Umkämpftheit“ der angrenzenden Räume. Lagezuschläge sollen die Wertigkeit einer Lage in der Stadt Wien ausdrücken und dürfen von VermieterInnen zum Richtwertmietzins hinzugerechnet werden. Sie sind ein gutes Indiz dafür, wie begehrt Raum in bestimmten Lagen von Wien ist. Angrenzend an den Gemeinschaftsgarten Donaukanal, kann ein Lagezuschlag von 2,22€ verrechnet werden, was auf eine relativ begehrte

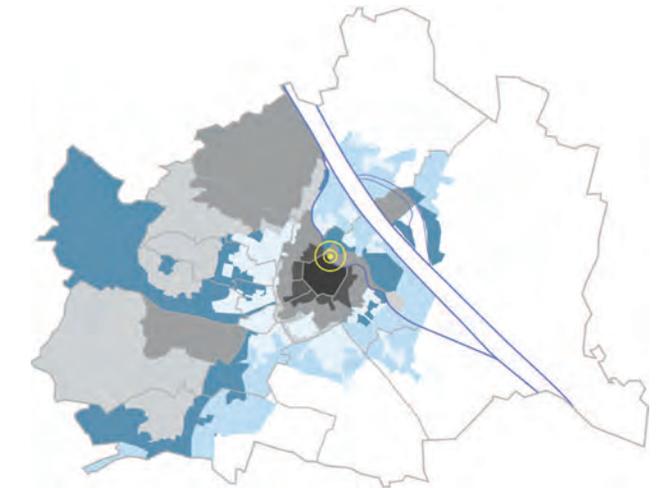
Dichte
Einwohner pro ha Gebietsfläche



Flächennutzung



Lagezuschlag in € pro m²



Lage hinweist. (vgl. Stadterneuerung und Prüfstelle für Wohnhäuser 2014)

Diese Fakten belegen, dass sich der Gemeinschaftsgarten am Donaukanal in einem dichten, urbanen Gebiet befinden, welches als Wohnraum begehrt ist.

Der Stadtraum in diesem Bereich ist sehr umkämpft. Das Interesse von Investoren für diese Stadtgebiete ist daher besonders groß, es gibt jährlich viele Projektvorschläge, die einen Ausbau der kommerziellen Nutzung und der Eventisierung des Donaukanals propagieren. (Heindl 2014) Die Möglichkeiten, eine nichtkommerzielle Nutzung umzusetzen, sind daher eher begrenzt.

Jedoch findet sich im Masterplan für den Donaukanal ein Mechanismus, der der Kommerzialisierung entgegenwirkt und die Entstehung des Gemeinschaftsgarten Donaukanal entscheidend beeinflusst hat.

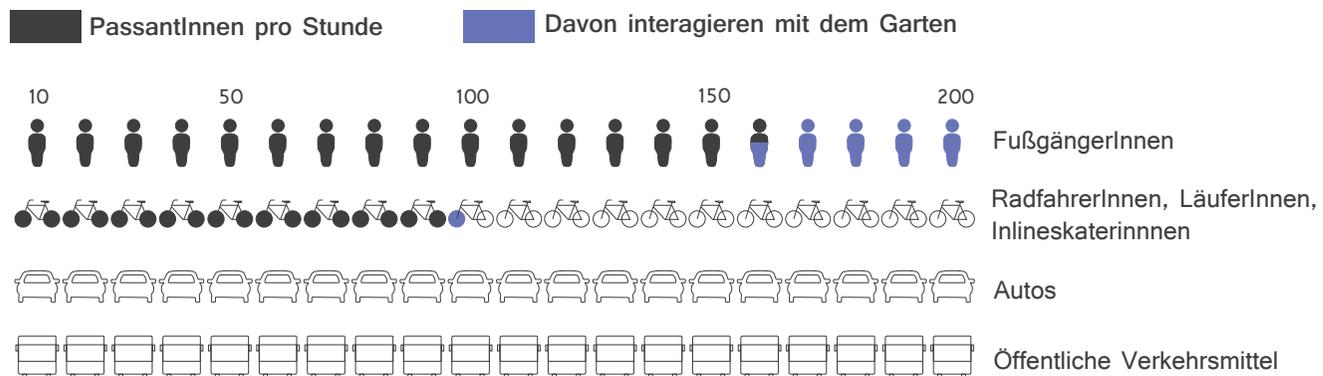
Die Lage des Gartens am Ufer des Donaukanals bringt auch räumliche Einschränkungen mit sich. So ist der Garten nicht direkt vom umliegenden Stadtgebiet aus zugänglich - BesucherInnen müssen die Rampe bzw. die Stufen bei der Salztorbrücke verwenden.

Die Vorteile der Lage gleichen die Nachteile jedoch mehr als aus. Durch die abgesenkte Lage wird der Verkehrslärm gedämpft. Es gibt keine direkt angrenzende Straße, was zu einer spürbaren Entschleunigung führt und die Attraktivität des Grundstückes fördert.

Die Kaimauer begrenzt das Areal auf einer Seite, an der anderen liegt ein Fuß- und Radweg, der zu allen Tageszeiten sehr hoch frequentiert ist. Da der Donaukanal zur Freizeitgestaltung von SportlerInnen, SpaziergängerInnen und RadfahrerInnen genutzt wird, gibt es viele potentiell interessierte PassantInnen, die sich Zeit nehmen um den Gemeinschaftsgarten zu betrachten oder dort zu verweilen. Aus den Beobachtungen vor Ort hat sich ergeben, dass der Garten von PassantInnen sehr gut angenommen wird.

Grafik.04.05
Lageplan Gemeinschaftsgarten
Donaukanal, genordet

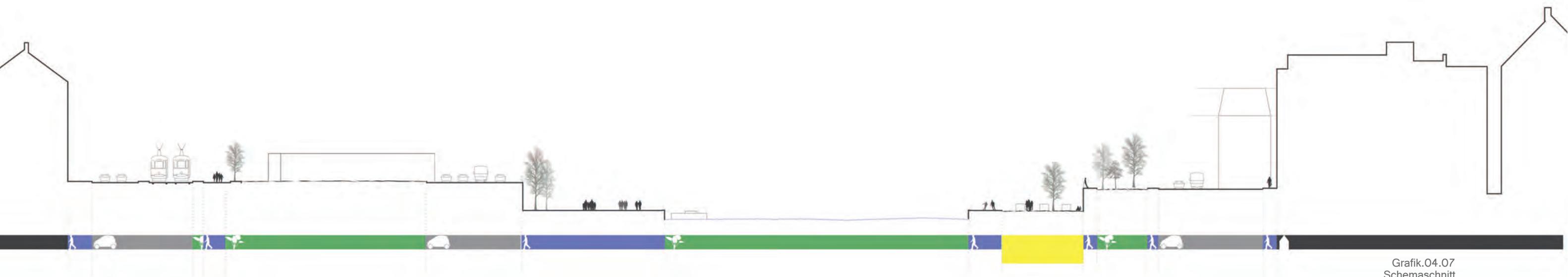




(Pirchl 2014j)
 Grafik.04.06
 Statistik zu PassantInnen pro Stunde

Die Lage am Donaukanal begünstigt eine Interaktion von PassantInnen und Garten. Viele Personen nutzen den Donaukanal zur Freizeitgestaltung und sind aus diesem Grund eher bereit sich Zeit zu nehmen um den Garten zu erkunden. Sie nutzen die Möblierung und verweilen teilweise auch im Garten.

Die Grafik 04.06 zeigt, dass mit ca. 25% der FußgängerInnen und mit 9% der RadfahrerInnen ein relativ hoher Prozentsatz der PassantInnen eine Form von Interaktion mit dem Garten eingeht. Meist handelt es sich hierbei nur um ein kurzes Stehenbleiben um die Beete und Pflanzen zu betrachten. Einige Personen nehmen sich aber auch mehr Zeit, lesen Schilder oder schlendern durch den Garten. Einige wenige nutzen die Möblierung um zu verweilen oder betätigen sich gärtnerisch. (Pirchl 2014j) Auffallend ist, dass trotz der Abwesenheit eines Zaunes nicht sehr viele PassantInnen den Fuß- und Radweg verlassen um den Garten zu betreten. Scheinbar ist hier eine Hemmschwelle vorhanden, die möglicher Weise mit einer Unklarheit bezüglich der Zutrittsrechte zusammenhängt. Bei der offenen Struktur des Gartens ist dies aber verwunderlich.



Grafik.04.07
Schemaschnitt



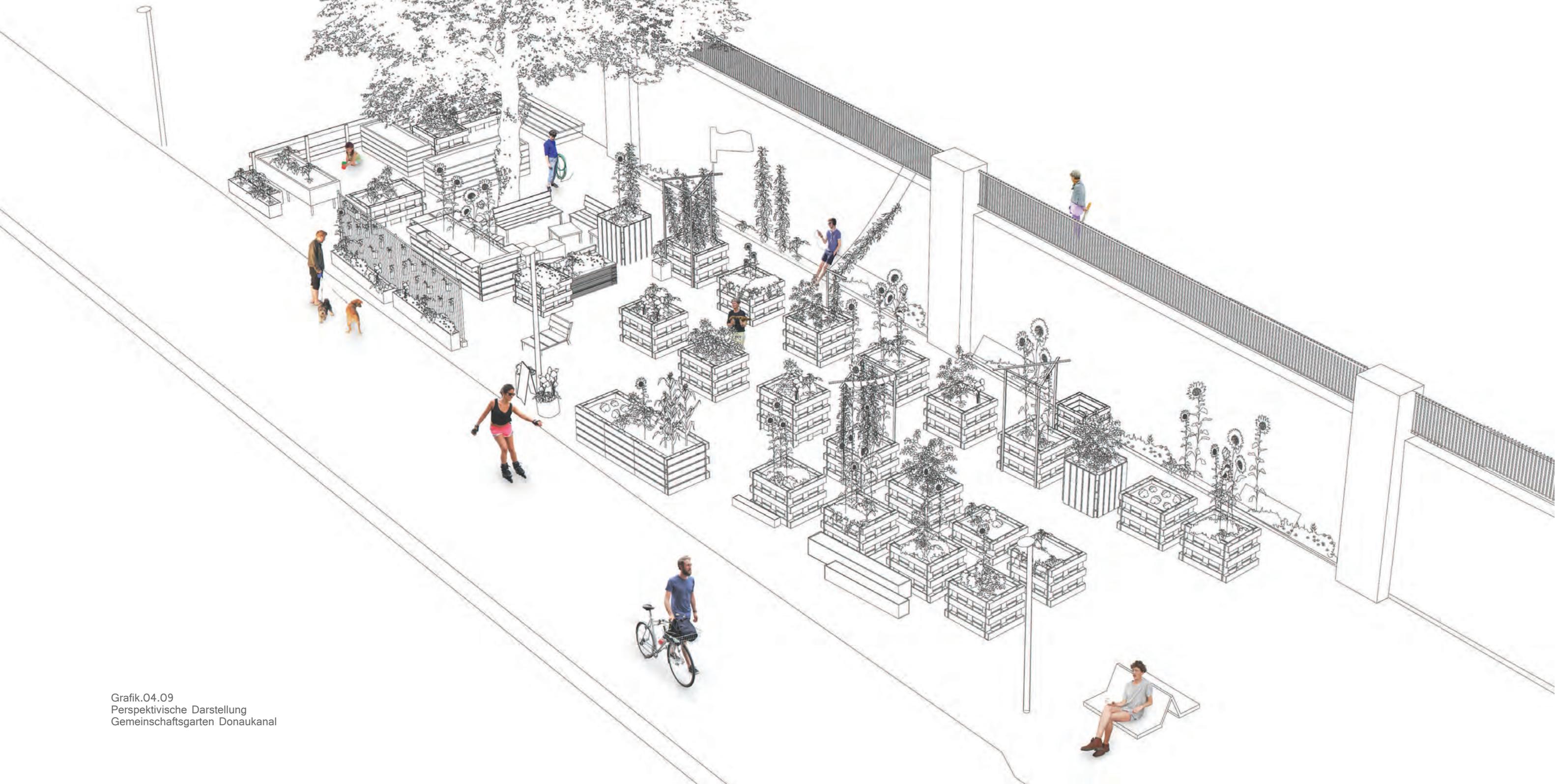
N

Sitzgruppe

begrünter Bauzaun

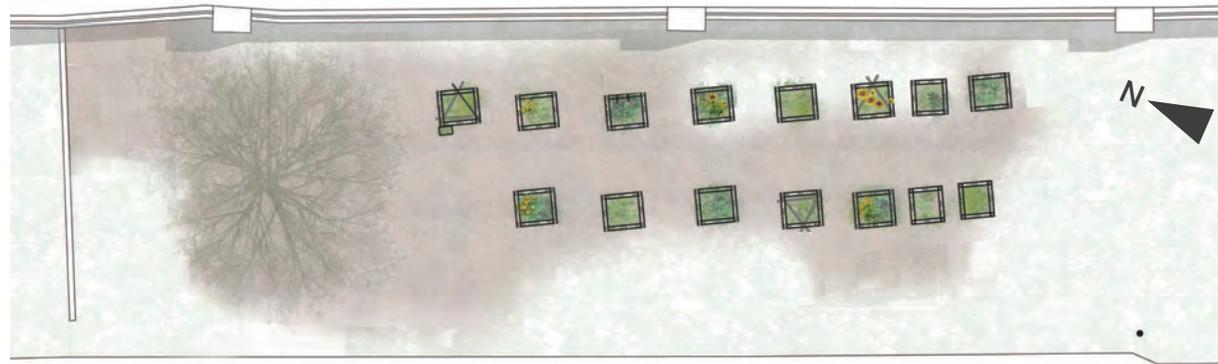
Gemeinschaftsbeet

Grafik.04.08
 Grundriss Gemeinschaftsgarten
 Donaukanal, 1:200

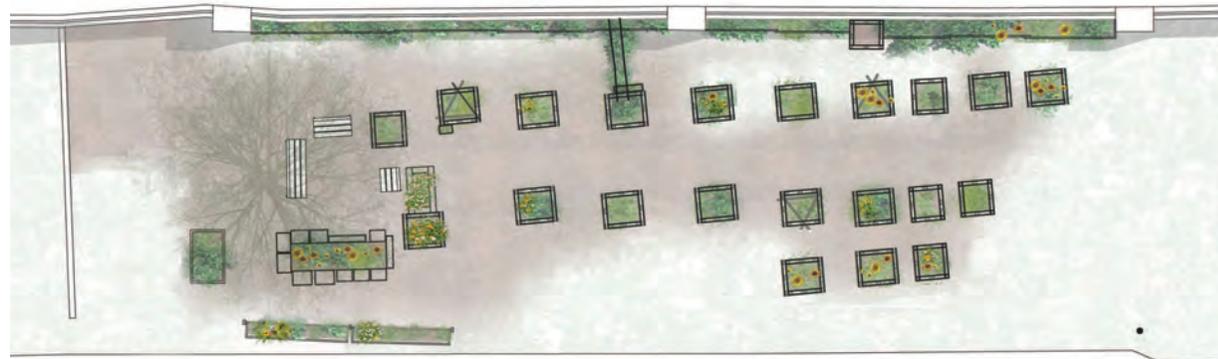


Grafik.04.09
Perspektivische Darstellung
Gemeinschaftsgarten Donaukanal

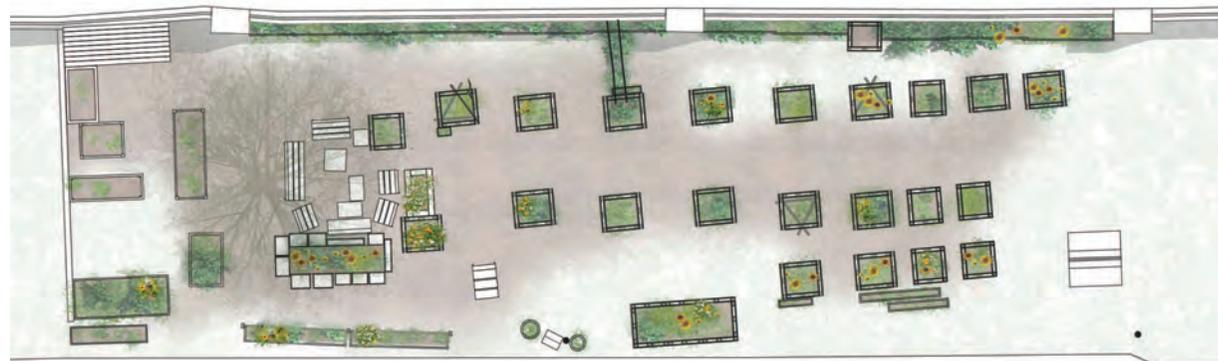
Frühling 2013



Herbst 2013



2014



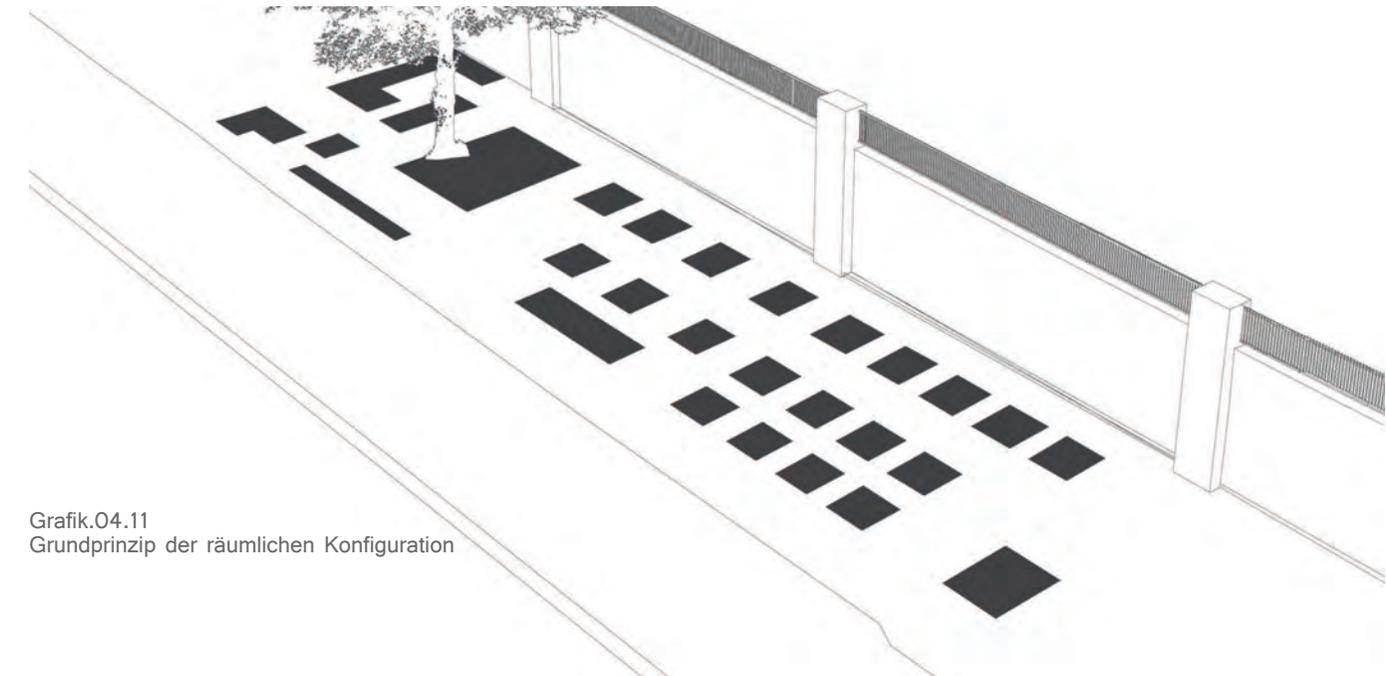
Grafik.04.10
Entwicklung der räumlichen Konfiguration in 3 Phasen

Entscheidungen, betreffend räumliche Planung, werden grundsätzlich mehrheitlich, wenn möglich auch konsensual getroffen.

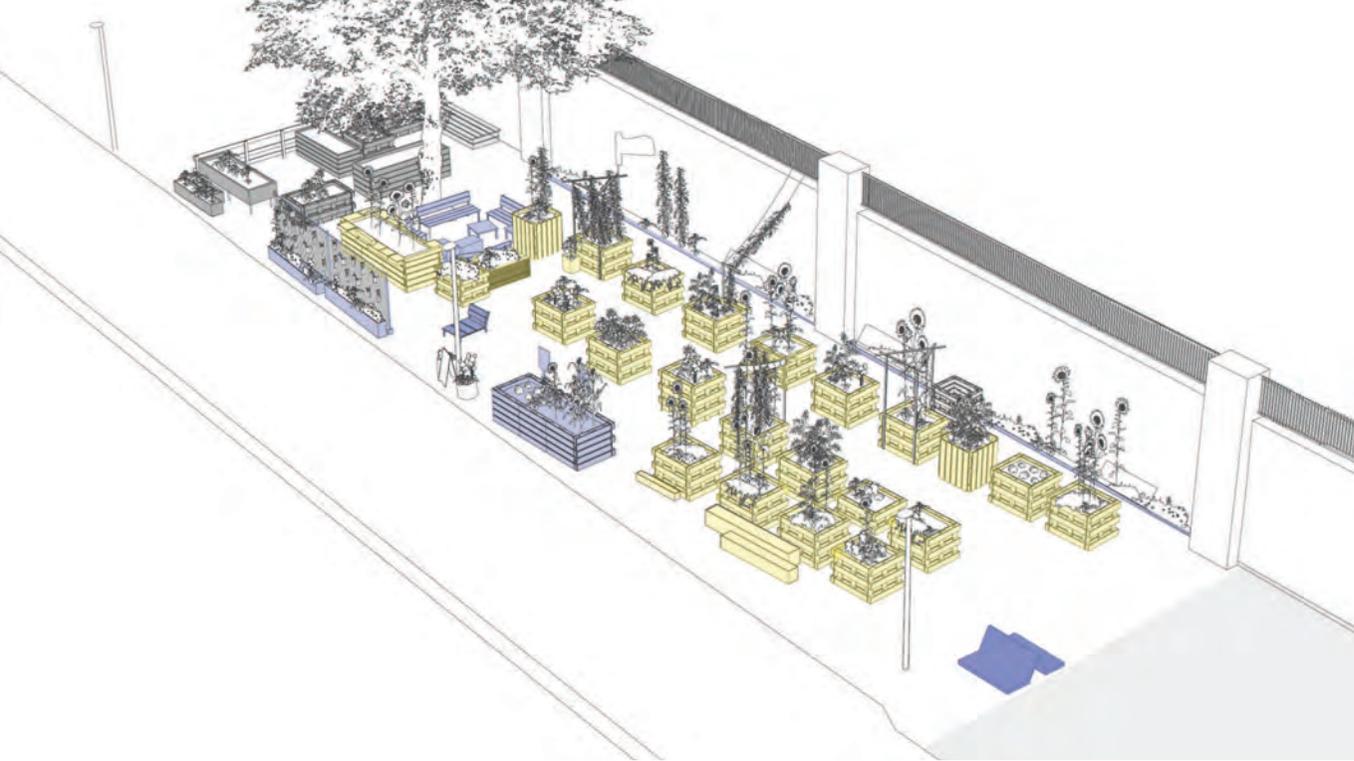


Die räumliche Grundstruktur des Gartens ist linear und folgt damit dem Verlauf des Donaukanals. Ein relativ simples Raumschema von anfangs 2, später 3 linearen Baublöcken ist erkennbar. Die Entscheidung zu dieser Beetanordnung wurde relativ spontan und gemeinschaftlich vor der Anlieferung der ersten 15 Beete getroffen, da man zwischen den einzelnen Beeten genügend Platz für eine Erschließung haben wollte und eine Grundlage für eine spätere Weiterentwicklung schaffen wollte. (vgl. Montecuccoli 2014)

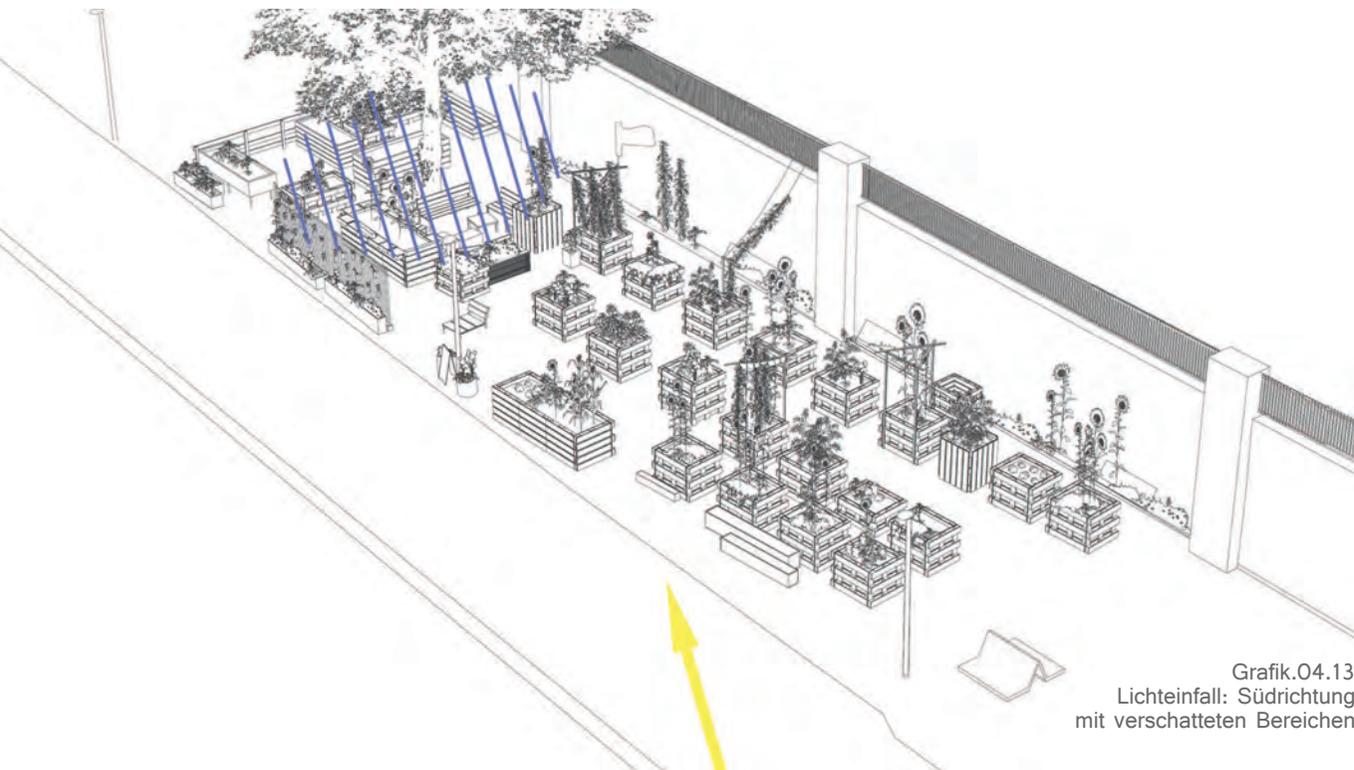
An der Grafik 04.11. ist zu erkennen, dass die lineare Struktur bei der Anordnung der ersten Beete relativ exakt eingehalten wurde.



Grafik.04.11
Grundprinzip der räumlichen Konfiguration



Grafik.04.12
Zuordnung der unterschiedlichen Nutzungsbereiche



Grafik.04.13
Lichteinfall: Südrichtung
mit verschatteten Bereichen

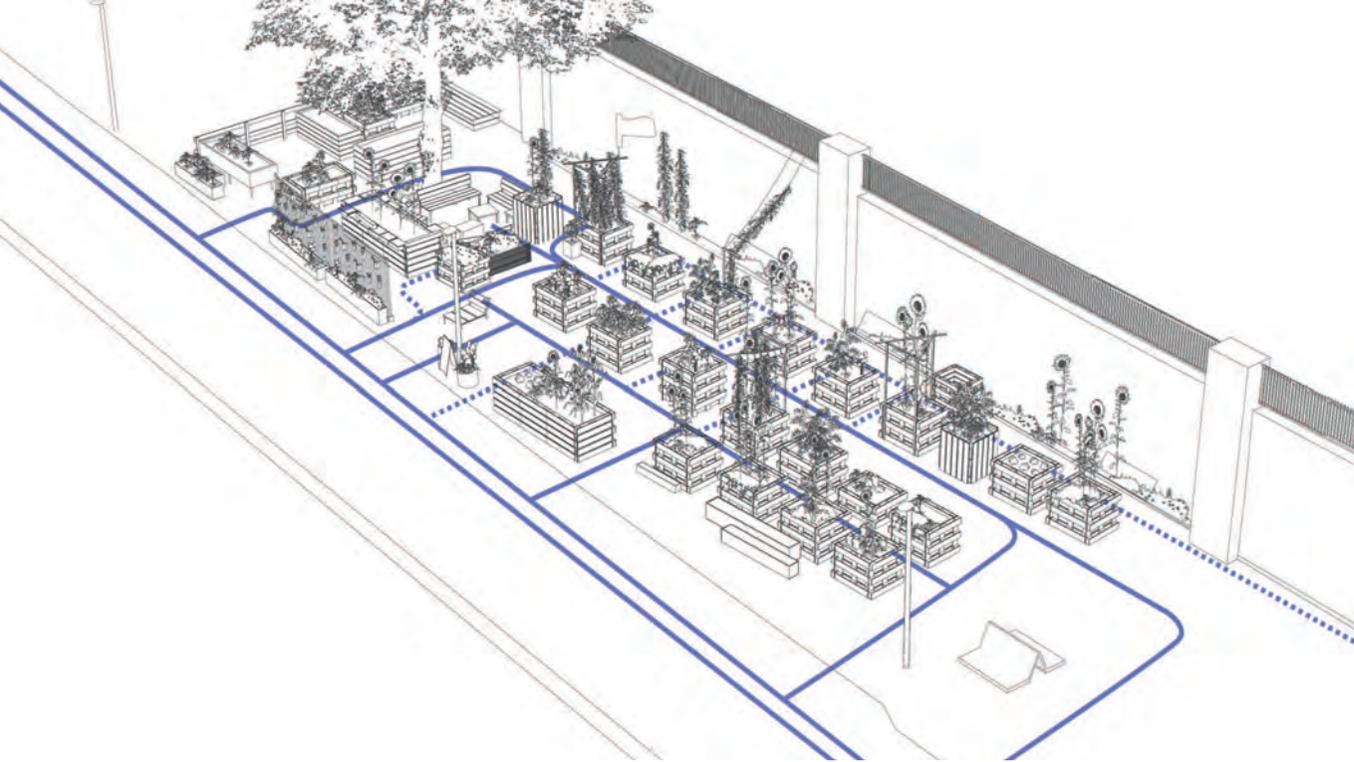
In der zweiten Entwicklungsphase wurde eine 3. Beetreihe angelegt. Es kamen aber auch neue Formen der Nutzung hinzu, welche über das einfache Hochbeet, das von je 1-3 Mitgliedern betreut wird, hinausgingen. Es gab erste Überlegungen, Möblierung zu schaffen. Diese wurde an dem einzigen geschützten Ort des Areals, unter dem großen Baum angeordnet. Dieser Raum ist für Beete zu schattig, schafft aber eine ideale Einfassung für den gemeinschaftlichen Treffpunkt. Das Mobiliar wurde dann weiter mit Beeten eingefasst um eine Art Platzsituation zu schaffen. Zum Fuß- und Radweg Donaukanal hin wurde ein Bauzaun errichtet, der als vertikales Gemeinschaftsbeet dient und gleichzeitig mehr Privatheit für den Gemeinschaftsbereich schaffen soll.

An der aufwendigen Gestaltung des Gemeinschaftsbereiches unter dem Baum ist zu erkennen, dass es hierzu Überlegungen und Diskussionen gegeben hat. Die räumliche Gestaltung weicht von der ansonsten linearen Struktur ab um die Anforderungen der Mitglieder an einen Treffpunkt zu erfüllen. Die Schaffung dieses Raumes aus der Diskussion heraus, hat eine besondere räumliche Qualität zur Folge, die in den linearen Strukturen der ersten Phase zu vermissen ist.

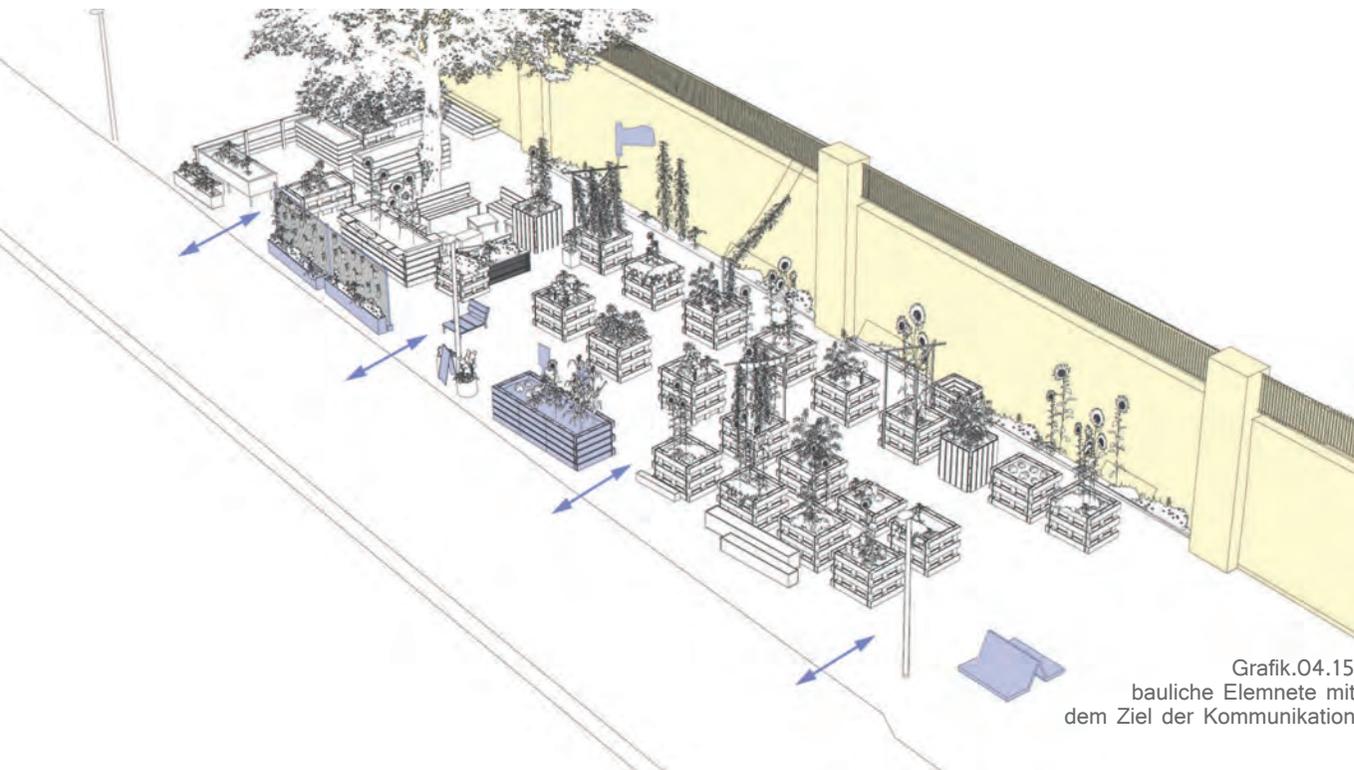
Es fand auch eine Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten des Vereins, sein Anliegen nach außen zu kommunizieren, statt. Der Bauzaun dient als Halterung für ein Schild, welches Informationen über den Verein bietet.

- Nutzungszuordnung
- Gemeinschaftselemente, Möbel bzw. Beete
 - Beete, die je von 1 bis 3 Personen betreut werden
 - Lager, Erdanlieferung etc.
 - Zone wird von einer Einzelperson betreut und gestaltet
- Sonneneinfall
- Süden, Sonneneinfallrichtung
 - Schattige Bereiche





Grafik.04.14
Erschließungsschema



Grafik.04.15
bauliche Elemente mit
dem Ziel der Kommunikation

Die 3. Entwicklungsphase zeigt einen weiteren Ausbau der Kommunikation zwischen Garten und NutzerInnen des Donaukanals. Zusätzliches Mobiliar wird errichtet, das sich nicht mehr ausschließlich introvertiert zeigt, sondern zum Weg hin gerichtet ist um zu symbolisieren, dass PassantInnen im Garten willkommen sind. Ein Gemeinschaftsbeet wird errichtet, das von der linearen Struktur abweicht und weiter an den Fuß und Radweg heranrückt. In diesem Beet kann von Jedem angepflanzt und geerntet werden. Im hinteren Teil des Gartens wird ein kleines Teilstück von einer Person alleine bespielt, die nicht Mitglied des Vereins ist. Die räumliche Konfiguration in diesem Bereich hält sich nicht an den restlichen Garten, sondern steht für sich alleine.

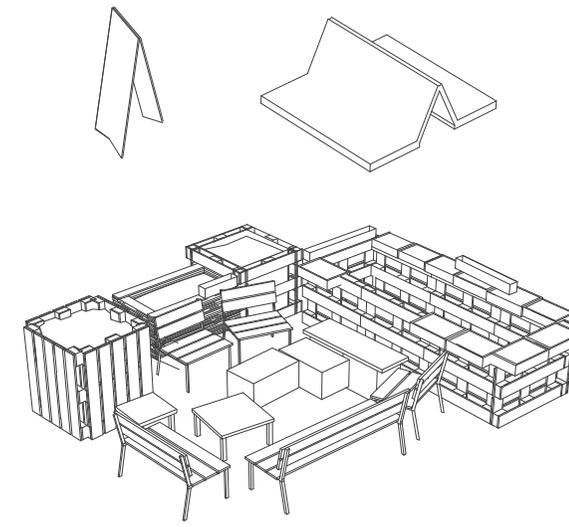
Das generelle Fehlen eines Zaunes eröffnet die Möglichkeit, über die gesamte Länge des Gartens Interessierte anzusprechen. Gleichzeitig verhindert die Kaimauer eine Kommunikation mit der zweiten angrenzenden Seite des 2. Bezirks weitgehend.

Der Garten kann zu jeder Tag und Nachtzeit betreten werden. Die Umwandlung der Fläche, von einem unzugänglichen Lagerraum zu einem attraktiven öffentlichen Raum gelingt durch die Offenheit der Struktur sehr gut. Nur die privaten Beete widersprechen diesem Grundprinzip, denn sie sind bestimmten Personen zugeteilt und werden von diesen gepflegt. Die BesitzerInnen erhoffen sich eine Ernte aus den Beeten und werden dabei oft enttäuscht, da Erträge gestohlen werden. Außerdem verhindert die Beetzuteilung an Einzelpersonen eine Erhöhung der Mitgliederanzahl, da es nur eine begrenzte Menge von Beeten auf dem vorgesehenen Platz geben kann.

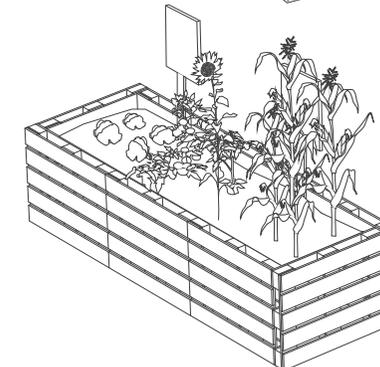
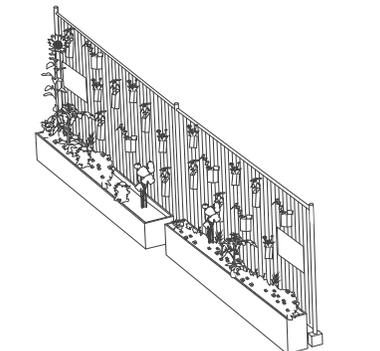
- Kommunikationselemente
- Elemente zur Kommunikation
- Barrieren für die Kommunikation
- ➔ Richtung der Kommunikation

- Erschließung
- == Fuß und Radweg Donaukanal
- Hauptwege durch den Garten
- - - Nebenwege durch den Garten

Es scheint paradox, dass in einem Gemeinschaftsgarten, der gegen intransparente Besitzverhältnisse und für mehr Zugang zu Stadträum eintritt, erneut eine Form des Privateigentums geschaffen wird. Die GärtnerInnen stecken sehr viel Energie in die Ausgestaltung ihrer persönlichen Beete. Interessant ist in diesem Hinblick, dass alle Elemente, die gemeinschaftliche oder kommunikative Aufgaben erfüllen, sich nicht an die anfänglich lineare Grundstruktur des Gartens halten, sondern ausbrechen um entweder eine Signalwirkung zu erhalten, oder um Räume zu schaffen, die den Anforderungen des Vereins besser entsprechen. Die Strukturen der gemeinschaftlichen Elemente sind bei weitem interessanter, als die der Einzelbeete.



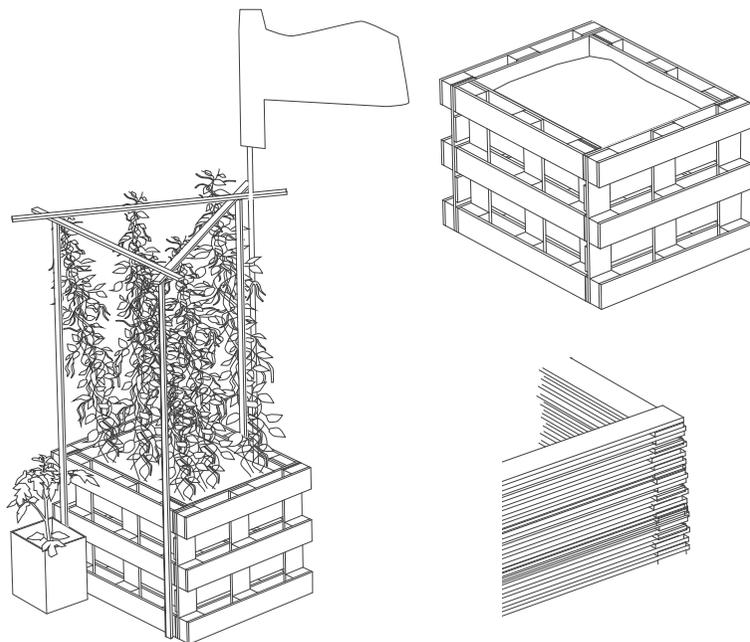
Ab.04.47
Privatbeete

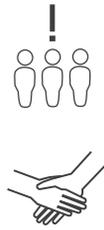


Grafik.04.17
Gemeinschaftselemente: Infotafel, Möbel, Sitzgruppe, begrünter Bauzaun, Gemeinschaftsbeet
Ab.04.48 und 04.49
Gemeinschaftselemente: Sitzgruppe mit begrüntem Bauzaun, Gemeinschaftsbeet



Grafik.04.16
Konstruktionsweise unterschiedlicher Privatbeete





04.2.2 Die Rolle der Stadtverwaltung

Da der Gemeinschaftsgarten Donaukanal auf dem Areal eines privaten Pachtgrundstückes errichtet wurde, war die Stadtverwaltung sehr wenig in die Schaffung des Gartens involviert.

Der größte Einfluss wurde wohl durch die Implementierung des Masterplans Donaukanal 2010 genommen, der die Entstehung des Gartens ermöglichte. Der Masterplan als Gesamtkonzept wird von der Stadt Wien durch den Zielgebietskoordinator Herrn Bernhard Engleder koordiniert. Die Landflächen am Donaukanal stehen teilweise im Alleineigentum des Bundes bzw. im Teileigentum der Stadt Wien und des Bundes. Die Via Donau, die im Jahr 2005 vom Bundesministerium für Verkehr Innovation und Technologie gegründet wurde, ist für die Verwaltung der Wasserstraße Donaukanal und der daran angrenzenden Landflächen zuständig. (vgl. Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr... 2010, S.74)

Im Plan werden restriktive Einschränkungen erhoben, die kaum in einem anderen Stadtgebiet existieren. Als Ziele für die linke Hälfte des Donaukanals, im Gegensatz zur stark kommerziell genutzten rechten Seite, werden allem voran Erholungsmöglichkeiten mit Grünflächen genannt. „Kommerzielle Nutzungen sollen in den Hintergrund treten und sind primär als Ergänzung zum Erholungsraum zu sehen.“ (ebd. S.41) Sogenannte „Ermöglichungsräume“ sollen im Bereich des zentralen Donaukanals eine konsumfreie Freizeitgestaltung ermöglichen und die völlige Vereinnahmung durch Gastronomie verhindern. Die Gestaltung dieser Räume ist als partizipativer Prozess vorgesehen. (vgl. ebd. S.33) Sie sollen „nutzungsoffen und gestalterisch nicht vordefiniert sein“ um unterschiedliche Bedürfnisse der NutzerInnen aufnehmen zu können. (ebd. S.44)

Beachtlich ist, dass im Masterplan eindeutig als Ziel festgehalten wird, dass private, dem Konsum dienende Nutzungen im Bereich des Donaukanals neben der kommerziellen Nutzung auch einen nichtkommerziellen Wert für die NutzerInnen des Kanals aufweisen müssen. Private Projekte sind nur auf ausgewiesenen Zonen für Investorenprojekte erlaubt. (vgl. ebd. S.53)

In diesen Zonen gilt des Weiteren bezüglich der Bebauungsdichte, dass nur ein Drittel der Fläche bebaut und ein weiteres Drittel kommerziell genutzt werden darf. Das verbleibende Drittel soll „einen öffentlichen Mehrwert aufweisen“ (ebd. S.55) Was genau einen öffentlichen Mehrwert darstellt ist

aber in dem Masterplan nicht definiert und lässt diesbezüglich einen Interpretationsrahmen offen.

Der Gemeinschaftsgarten Donaukanal liegt laut Masterplan in der Zone *Schwerpunkt Konsumfreie Erholung*. Er nimmt in etwa das Drittel der Pachtfläche der Adria Wien ein, das nicht kommerziell genutzt werden darf. Somit könnte argumentiert werden, dass durch ein top-down Planungsmittel der Stadtverwaltung Wien, dem Masterplan, eine antikommerzielle Nutzung des Bereichs ermöglicht wurde. Die Festschreibung der Nutzung im Masterplan könnte dem Garten zu Gute kommen, sollte der Pächter seine Meinung über die Nutzung der Fläche ändern. Die Regulierungen im Masterplan scheinen fast exakt auf den Fall des Gemeinschaftsgarten Donaukanal zugeschnitten zu sein. Er weist einen öffentlichen Mehrwert auf, den nur wenige andere Flächen entlang des zentralen Donaukanals besitzen.

Der Verein Gemeinschaftsgarten Donaukanal versucht ein gutes Verhältnis mit der Stadtverwaltung aufzubauen um auch von offizieller Seite Rückendeckung zu bekommen. So wurde im Frühling 2014 das neu gebaute Gemeinschaftsbeet vom Bezirksvorsteher des 2. Bezirkes, Karlheinz Hora, eröffnet. (vgl. Montecuccoli 2014)

Betrachtet man das Verhältnis der GärtnerInnen zu dem Pächter der Fläche, wird auffällig, wie dieser den Garten für seine Anliegen teilweise instrumentalisiert. Er kann sich einerseits als Wohltäter präsentieren, weil er die Fläche zur Verfügung gestellt hat und profitiert andererseits davon, dass die GärtnerInnen den Ort aufwerten. Im Grunde wäre der Pächter sogar dazu verpflichtet auf dieser Fläche einen „öffentlichen Mehrwert“ herzustellen, der Garten kommt ihm also in vielerlei Hinsicht zu Gute.

Auf der Homepage der Adria Wien wird aktiv mit dem Gemeinschaftsgarten geworben. (<http://www.adriawien.at/gemeinschaftsgarten-donaukanal/>) Des Weiteren ist ein Teil des Mobiliars der Adria ähnlich gestaltet wie der Gemeinschaftsgarten, also ebenfalls aus bemalten Paletten. Für Beobachter ist daher die Grenze zwischen den beiden Nutzungen nicht deutlich ersichtlich. Die Konsumkritik der GärtnerInnen geht aus diesem Grund teilweise verloren.



Masterplan Donaukanal

Detailbereich Mitte

-  Querungsbedarf über den Donaukanal
-  Verbesserung der Verbindung an das Hinterland
-  Verbesserung der Zugänglichkeit, Baulichkeiten zur Überwindung unterschiedlicher Niveaus
-  Neue Fussgängerrelationen, Verbesserung der Querungssituation
-  Schwimmender Komplex
-  Bootanlegestelle
-  städtebauliche Entwicklungsflächen
-  Ermöglichungsräume
-  Bereiche zur Entwicklung eines ganzjährigen Investorenprojektes
-  Schwerpunkt konsumfreie Erholung

Ab.04.50
Ausschnitt aus dem Masterplan
Donaukanal 2010 mit Legende



Ab.04.51
Sitzmöbel im Gemeinschaftsgarten, 2014

ÜBERSICHT GEMEINSCHAFTSGARTEN DONAUKANAL



TRIFFT ZU
Trifft nicht zu

UTOPIE

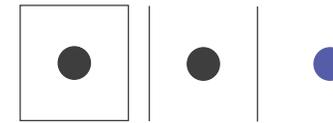


GEGEN DIE KOMMERZIALISIERUNG
DES STADTRAUMES !

RECHT AUF FREI ZUGÄNGLICHEN RAUM IN DER STADT !

FÜR EIN TRANSPARENTERES VERGABERECHT
VON INNERSTÄDTISCHEN FLÄCHEN !

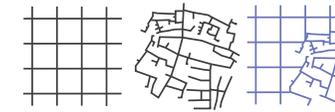
RÄUMLICHE STRUKTUR



Geschlossene Raumstruktur

Halboffene Raumstruktur

OFFENE RAUMSTRUKTUR



Geplante Entwicklung

Ungeplante Entwicklung

MISCHFORM

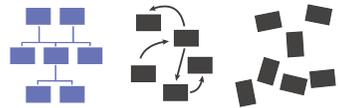


Hierarchische Planung

Individuelle Planung

KOLLEKTIVE PLANUNG

ORGANISATIONSSTRUKTUR



GUT ORGANISIERT

Lose Organisiert

Chaotisch



Exklusiv

TEILWEISE ZUGÄNGLICH

Inklusiv



Hierarchische Organisation

REPRÄSENTATIVE ORGANISATION

Kollektive Organisation

HANDLUNGSSTRATEGIEN DER STADTPLANUNG



Vertrag mit der Stadt

Duldung durch die Stadt

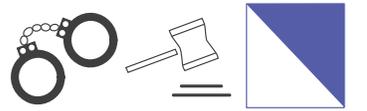
Ablehnung von der Stadt



ERMÖGLICHEN

Coachen

EROBERN



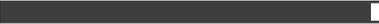
Keine rechtliche Grundlage

Rechtliche Grundlage

RECHTLICHER GRAUBEREICH

04.3 Längenfeldgarten



| | |
|------------|--|
| Lage | Dunklergasse, Gelände der Trendsportanlage 1120 Wien |
| Fläche | ca. 950 m ²  |
| Nutzung | Guerilla-Garten für Nutz- und Zierpflanzen, Aufenthaltsort |
| Gründung | 2010 |
| Mitglieder | aktiv rund 25, inaktiv 0  |



Der Längenfeldgarten wurde im Jahr 2010 von Guerilla Gardening Aktivisten gegründet, die ein Teil des KuKuMA Netzwerkes sind. Die ungenutzte Grünfläche im 15. Bezirk wurde von den GärtnerInnen in der Tradition des Guerilla Gardenings ohne Bewilligung umgegraben und bepflanzt. Im Laufe der Jahre breiteten sich die Beete immer weiter aus, es kam aber zu keinen Problemen mit den zuständigen Behörden. Der Garten ist frei zugänglich und grenzt an öffentliche Sporteinrichtungen und einen Skatepark an. Die Pflanzen werden direkt in die vorhandene Erde gesetzt, auf Errichten von Hochbeeten etc. wird verzichtet.

Da der Garten nun schon seit 5 Saisonen existiert, zeichnet sich ein Wandel der Zusammensetzung der beteiligten Personen und in den Zielen des Gartens ab. Anfangs reichte die Perspektive des Gartens weit über das Gärtnerische hinaus, es ging um selbstorganisiertes Schaffen und Verwalten in der Stadt, um Zugänglichkeit zu öffentlichen Räumen und eine Thematisierung der modernen Form der Almende. (vgl. GGardening, 2011)

Momentan ist die Gruppe der GärtnerInnen sehr heterogen und verfolgt unterschiedliche Ziele. Bei einigen steht die Freude am Garteln und an frischem Gemüse im Vordergrund, andere wollen Kontakt zur Natur in der Stadt herstellen oder haben politische Ansprüche wie die Rückeroberung des öffentlichen Raumes. (vgl. Gärtnerin1 2014) (vgl. Längenfeldgarten 2014)

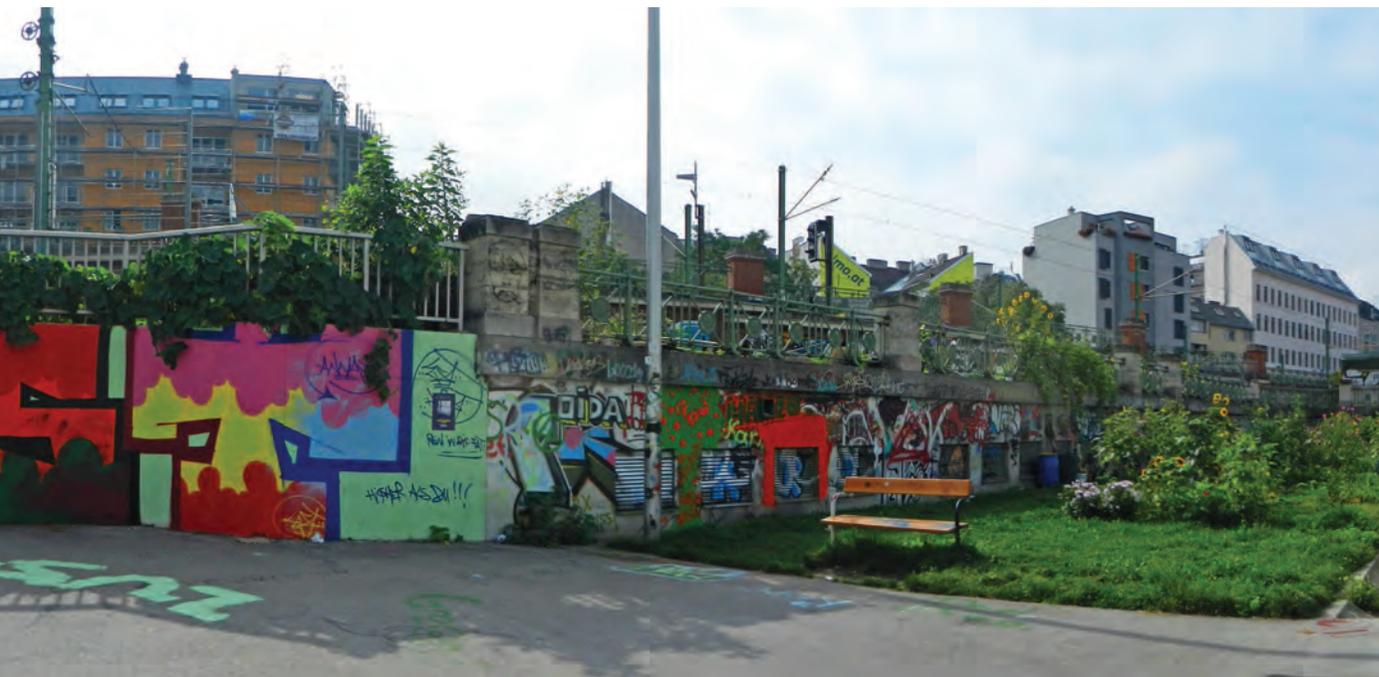
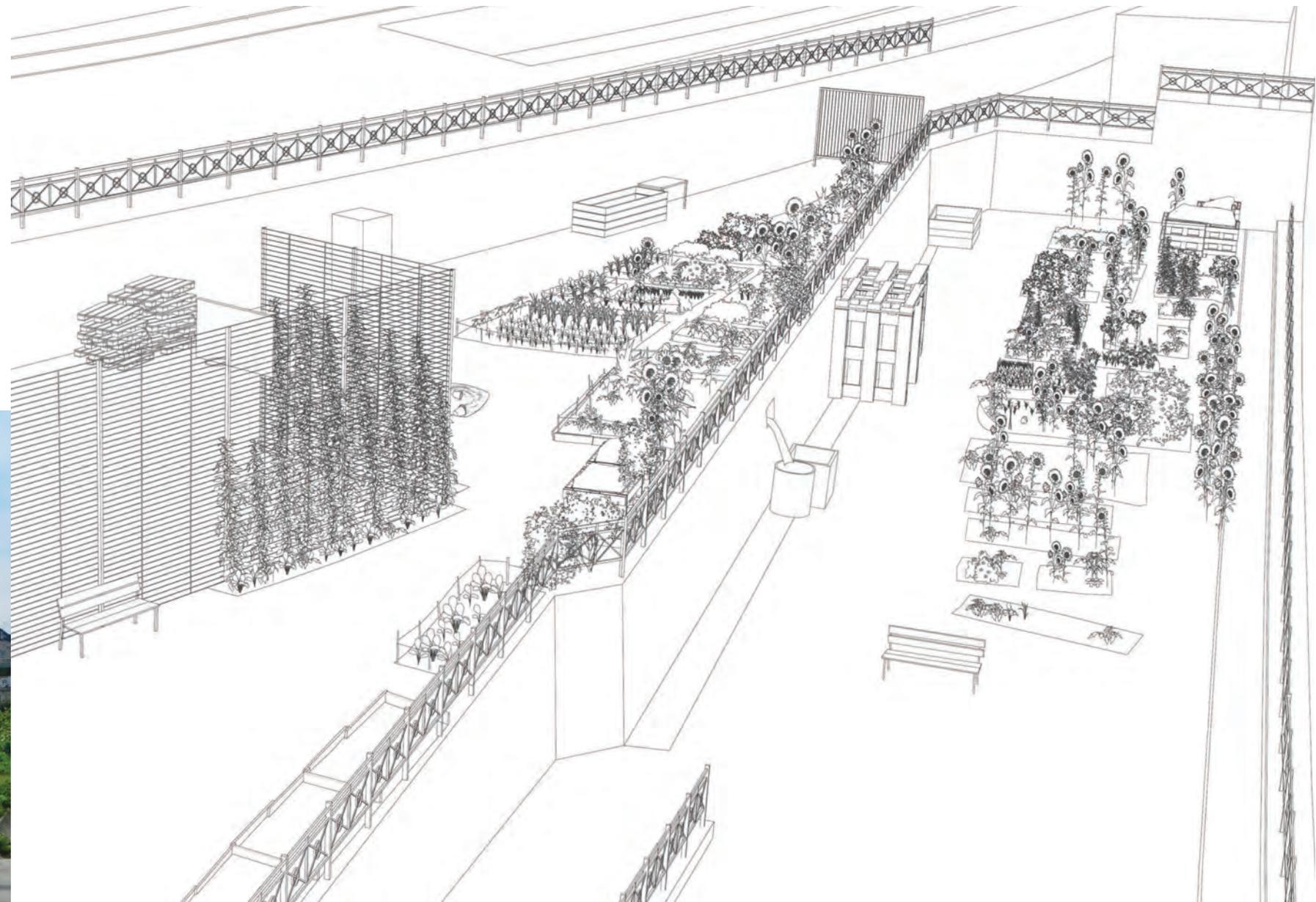


Ab.04.53
Aktion der Guerilla GärtnerInnen
des Längenfeldgartenens



Ab.04.54
Längenfeldgarten
Sommer 2014

Ab.04.55- 04.58
Längenfeldgarten 2014
Grafik 04.18
Perspektive Längenfeldgarten



Die Gründung des Längelfeldgartens im Jahr 2010 folgte auf eine Serie von weniger erfolgreichen Landnahmen der Guerilla Gardening Gruppe von KuKuMA. [Anm: Dezentrales Netzwerk für Kunst -, Kultur- und Medien Alternativen. www.kukuma.org] Die Gruppe war schon länger auf der Suche nach Land. Bei dem Versuch 2 Brachen zu Begrünen war sie bereits nach kurzer Zeit vertrieben worden. Mit dem Längelfeldgarten hatte sich endlich ein Ort gefunden, an dem sie langfristig geduldet wurden. Da es sich bei den AktivistInnen um Guerilla GärtnerInnen handelte, wurde weder um Bewilligung angesucht noch erfolgte eine Bekanntgabe an die Behörden. Guerilla Gardening bedeutet für sie „nicht erst nachzufragen ob öffentliche Flächen gestaltet werden dürfen, sondern selbst direkt aktiv zu werden“. (GGardening, 2011)

Es handelt sich bei dem besetzten Areal um den Teil einer Parkanlage im 15. Bezirk der Gemeinde Wien, zwischen Wienfluss und U-Bahn Trasse von U4 und U6. (Flächenwidmungsplan Wien) Warum die Stadt Wien dem Garten in diesem Fall weder ein offizielles OK gibt, noch gegen den Gemeinschaftsgarten auftritt ist ungeklärt. Möglicherweise liegt es daran, dass der Garten von den NutzerInnen der umgebenden Sport- und Freizeitanlagen sehr positiv aufgenommen wird. Des Weiteren gibt es für diese Restflächen momentan keine andere Nutzung. Rechtlich gesehen, besetzen die GärtnerInnen das Gelände ohne rechtliche Grundlage und könnten jederzeit von der Gemeinde Wien vertrieben werden.

Die Gruppe begann, im Jahr 2010 auf der ungenutzten Grünfläche umzugraben und ein Beet zu schaffen. Als keine negative Reaktion auf das Beet erfolgte, wurden in den nächsten Wochen und Monaten weitere Beete errichtet. Von den StadtgärtnerInnen wird der Garten toleriert, sie mähen die Rasenflächen rundherum, rühren die Beete aber nicht an. Nach den Erfolgen in den ersten zwei Jahren, begann die Gruppe 2012 auch auf dem zweiten, niedrigeren Niveau, Beete anzulegen. (GGardening, 2014)

Die Utopie der Guerilla Gardening Gruppe war engagiert: Sie wollten das ungenutzte Stück Land zu einem offenen Ort der Begegnung und des freien Schaffens machen, Selbstorganisiert und Selbstverwaltet, um die Zugänglichkeit zu Raum in der Stadt zu thematisieren.

*„Guerilla Gardening in Wien soll Freiräume schaffen, gemeinsame Gestaltungsmöglichkeiten von öffentlichem Raum thematisieren, sowie klarerweise neue Gartenflächen erschließen. Wir wollen, dass diese von Anwohner*innen und Interessierten in Eigeninitiative genutzt und verwaltet werden können. Dabei ist es uns wichtig auch Zugänglichkeit zu öffentlichem Raum zu thematisieren, das heißt interkulturelle Orte zu schaffen, an denen Begegnung ohne Konsumzwang möglich ist.“*

(GGardening, 2011)

Der Garten sollte also ein für jeden zugänglicher Ort sein, der sich gegen Konsumzwang stellt. Selbstversorgung und urbanes Grün waren immer wichtige Themen. Durch unterschiedliche Feste und Aktionstage versuchte die Gruppe Wissen weiterzugeben und Kommunikation mit AnrainerInnen und PassantInnen aufzubauen. Des Weiteren konnte sich jeder am Garten beteiligen, es gab keine Begrenzung in der Zahl der GärtnerInnen. Alle Beete wurden von den GärtnerInnen gemeinschaftlich betreut und deshalb konnte auch jeder ernten was gerade gebraucht wurde. Es gab keine geteilten Privatbeete. Die Guerilla Gardening Gruppe vertrat den Standpunkt, dass Stadt von unten, von den BewohnerInnen gestaltet werden soll um kollektive Freiräume zu schaffen. Der Garten soll ein Beispiel dafür sein und: „Nicht zuletzt soll dabei der Raum für Utopien entstehen und andere Menschen motiviert werden selbst zu handeln.“ (ebd.)

Nach der 2. Gartensaison entschied sich die Guerilla Gardening Gruppe 2012 aus unterschiedlichen Gründen dazu, den Garten an andere interessierte GärtnerInnen weiterzugeben. (vgl. ebd.)

Aufgrund des Personenwechsels kam es im Laufe der Zeit auch zu einem Wandel in der Intention der GärtnerInnen. Der Garten hat sich von einem politisch motivierten Guerilla Garten, immer mehr hin zu einem Gemeinschaftsgarten entwickelt.

In der Saison 2014 besteht der Gemeinschaftsgarten aus ca. 25 GärtnerInnen. Die Zusammensetzung ist heterogener als zuvor in der Guerilla Gardening Gruppe, die sich aufgrund des gemeinsamen Anliegens aus Personen mit ähnlichen Grundeinstellungen gegründet hatte. Momentan sind im Garten sowohl Familien mit Kindern, als auch ältere Damen und Personen mittleren Alters vertreten. Auffallend ist die große Anzahl der GärtnerInnen mit Migrationshintergrund in Thailand, die seit der Saison 2014 sehr aktiv am Garten beteiligt sind. Die Motivationen der GärtnerInnen sind momentan sehr unterschiedlich und reichen von der Verschönerung der Umgebung, über Freude am Garteln und



frischem Gemüse, bis zur Verbundenheit mit der Natur, Selbstversorgung und weiterhin dem Recht auf Stadt. (vgl.GGardening, 2014) (vgl.Gärnterin1 2014) (vgl.Pirchl 2014g,h,i).

Die Beete sind momentan bestimmten Personen zugeteilt und werden Großteils auch von diesen betreut und abgeerntet. In den Beeten werden Holzstücke mit dem Namen der betreuenden Person angebracht und einige Beete sind mit Holzstücken, Ziegel oder Fäden von der Umgebung abgetrennt. Jedoch herrschen teilweise Missverständnisse zwischen den GärtnerInnen, ob der Garten gemeinschaftliche oder getrennt genutzt wird. So vertreten manche Personen weiterhin die Meinung, der Garten sei Allgemeingut und jeder dürfe alles ernten, sowie überall anpflanzen. Andere sehen ihre geleistete Arbeit in der Pflege der Pflanzen im eigenen Beet als Grund, ein Anrecht auf den eigenen Ertrag zu haben. (vgl.Gärnterin1 2014) Diese unterschiedlichen Einstellungen resultieren unter anderem aus der heterogenen Gruppenzusammensetzung. Nach Beobachtungen zu schließen, betreut ein Großteil der GärtnerInnen nur sein eigenes Beet und erwartet sich auch den Ertrag.

Die Organisation des Längenfeldgartens war anfangs über einen Blog mit regelmäßigen Einträgen über Aktivitäten im Garten organisiert. Es gab häufig Treffen, bei denen auch Protokolle geführt wurden, die online noch immer nachzulesen sind. (vgl.GGardening, 2014) In der Saison 2014 war die Organisation weniger geregelt. Der Garten funktioniert momentan wie von selbst, ohne viel Organisationsaufwand dahinter. (vgl. Längenfeldgarten)

Viele GärtnerInnen kennen sich untereinander nicht. Es existieren auch weder email-Verteiler noch regelmäßige Treffen im Garten, bei wichtigen Themen werden die GärtnerInnen angerufen. So erfolgen auch Neuerungen im Garten auf die Initiative von Einzelnen, Andere können erst darauf reagieren, wenn sie in den Garten kommen und die Änderung bemerken. Beispielsweise steht das Anlegen eines neuen Beetes grundsätzlich jedem frei, im Nachhinein gibt es deshalb aber zeitweise Unstimmigkeiten. (vgl. Gärtnerin 1)

Trotz der zurückhaltenden Organisation gibt es gewisse Regeln, die mündlich von GärtnerInnen bei Bedarf weitergegeben werden. Es existiert aber keine Liste mit allen Regeln und neuer Mitglieder werden auch nicht von Anfang an darüber informiert. Die Regeln werden nach und nach weitergegeben. So legen die GärtnerInnen beispielsweise Wert darauf, einen relativ breiten Streifen Gras auf der unteren Ebene von Beeten freizuhalten, um den StadtgärtnerInnen weiterhin das Mähen zu

ermöglichen. Neuen GärtnerInnen wird gezeigt, wie man sein Beet mit einem Namensschild versieht. (vgl. ebd.) Das bestehende Regelwerk ist folglich sehr intransparent, beruht auf Erfahrungen und wird nur bei Bedarf weitergegeben was zur Folge hat, dass es nicht allen GärtnerInnen bekannt ist. Wer bei dem Garten mitmachen will, kann ganz unbürokratisch andere GärtnerInnen ansprechen, ein email schreiben oder sich einfach ein eigenes Beet anlegen. Für den Einstieg gibt es keine genauen Procedere, grundsätzlich kann jeder und jede mitmachen. (vgl.ebd) (Längenfeldgarten 2014)



Ab.04.59 und 04.60
Längenfeldgarten
Sommer 2014



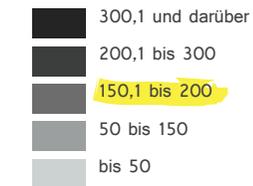
04.3.1 Räumliche Analyse

Der Längenfeldgarten liegt auf dem Teil einer Parkanlage im Besitz der Gemeinde Wien im 15. Bezirk, zwischen dem abgesenkten Wienfluss und der teilweise erhöhten U-Bahn Trasse von U4 und U6. (Flächenwidmungsplan Wien) Die Fläche ist auf 2 unterschiedliche Ebenen aufgeteilt, eine liegt abgesenkt, näher am Wienfluss und schließt an den Skatepark Längenfeld an. Die andere Ebene liegt ca. 3 Meter höher und wird von der erhöhten Bahntrasse der U6 begrenzt. Auf der höheren Ebene grenzt das Areal an eine Basketballanlage und eine mit Bänken gestaltete Parkanlage an. Die Ebenen sind über eine Rampe in unmittelbarer Nähe des Gartens mit einander verbunden. Beide Ebenen sind auf 3 Seiten durch Mauern, Niveausprünge und Zäune begrenzt, es handelt sich um die letzten Ausläufer der Parkanlage, die zuvor ungenutzte Rasenflächen waren. Diese Nischenlage erscheint ideal für den Garten zu sein, da er einerseits sehr geschützt liegt und es andererseits wenig Interessenten für die Fläche gibt. Ein viel frequenter Fuß und Radweg führt auf der oberen Ebene nah am Areal vorbei.

Der Garten liegt unmittelbar außerhalb des Gürtels im 15. Bezirk. In den folgenden 3 Grafiken wird illustriert, wie sich der Stadtraum in der Umgebung des Gartens in Sachen Bevölkerungsdichte, Nutzungen und Verkaufswert darstellt. Die Dichte liegt mit 150,1 bis 200 Einwohnern pro ha im mittleren Bereich, aber noch immer deutlich über dem Durchschnittswert für Wien [Anm. 41,1/ha]. Die umliegende Bebauung ist als Gründerzeitgebiet mit niedriger Wohnqualität einzustufen, wie viele Viertel direkt außerhalb des Gürtels. Die Wohnungen in der Umgebung sind folglich relativ günstig. Auch in der Berechnung für den Richtwertmietzins gilt diese Lage als Durchschnittslage, also im Vergleich zu Innergürtellagen und Lagen an den Rand- und Grünbereichen von Wien als minderwertig. Die Räume in dieser Umgebung sind weniger „umkämpft“ als beispielsweise im Bereich des Donaukanals.

Grafik.04.19
Karten zu Bevölkerungsdichte, Flächennutzung und
Lagezuschlag, Wien Stand 2010

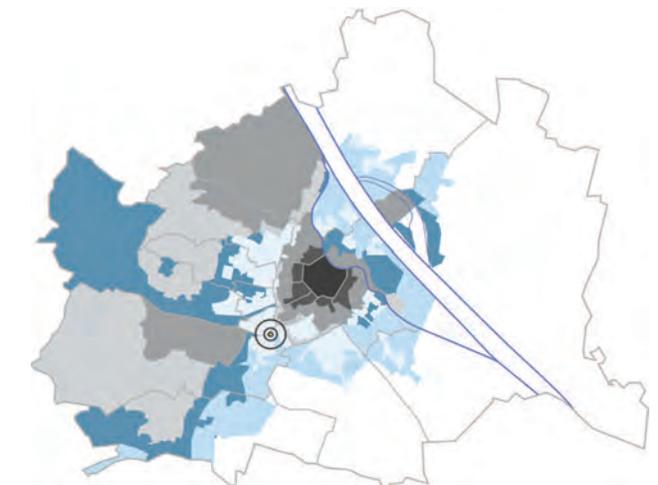
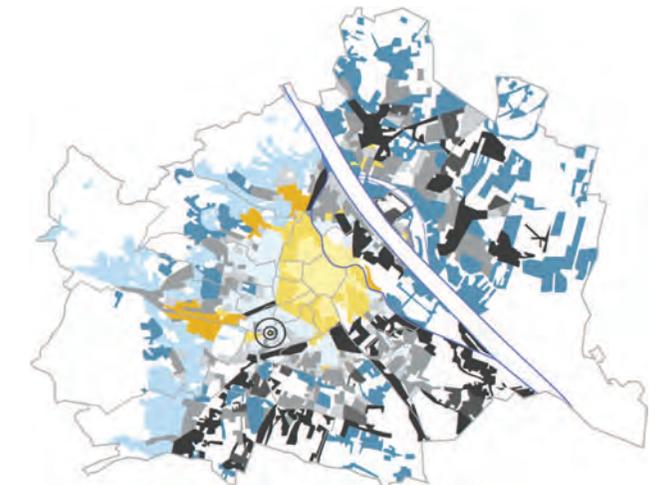
Dichte Einwohner pro ha Gebietsfläche



Flächennutzung



Lagezuschlag in € pro m²



Die Lage des Gartens direkt im Anschluss an eine belebte Park- und Freizeitanlage, bringt viele Vorteile mit sich. So lernen viele PassantInnen den Garten kennen und schauen sich immer wieder dort um. Die durchwegs positiven Kommentare von den NutzerInnen der anliegenden Bereiche sowie des Skateparks zeigen ein gutes Verhältnis zwischen Garten und Umgebung. (vgl. Pirchl 2014g,h,i)

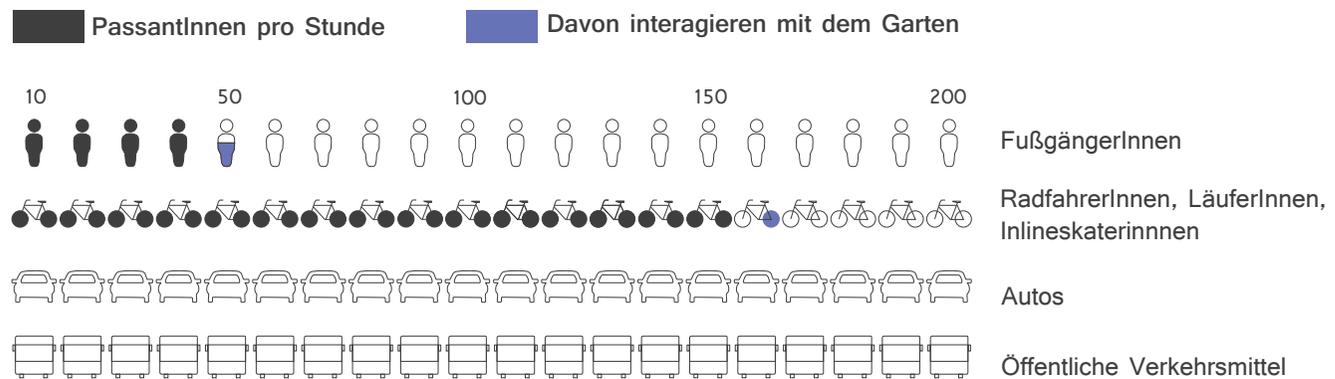
Es muss aber auch durchaus kritisch betrachtet werden, dass der Garten einen Teil der zuvor öffentlichen Parkfläche einnimmt und mit einer spezifischen Nutzung bespielt. Daher werden andere Nutzungen und Personen zwangsläufig verdrängt. Da die GärtnerInnen aber keinerlei Hürden, wie Zäune oder „nicht Betreten“ Schilder aufbauen, erfolgt die Verdrängung weniger stark als bei andern Gemeinschaftsgartenprojekten. Des Weiteren ist Freiraum in dieser Lage weniger stark umkämpft als in vielen Gürtellagen. (vgl. Pirchl 2014g,h,i)

Die eingebettete Lage zwischen Wiental und U Bahnlinie, stellt einige Vorbedingungen an die räumliche Struktur des Gartens. Ein Teil des oberen Niveaus ist beispielsweise asphaltiert und dient als Weg. Dieser kann nicht verstellt und bepflanzt werden. Es ergibt sich eine Hauptrichtung, hin zum Fuß- und Radweg und der Parkanlage, in die Kontakt mit der Umgebung aufgenommen werden kann. Alle anderen 3 Seiten sind von Mauern, Gefällen oder einem Zaun begrenzt, was für einen Garten keine ungünstige Situation ist, da dadurch ein Schutz vor Wind und Wetter geboten ist. Trotz der Nähe zu den U Bahnrassen der U6 und U4 ist das Areal erstaunlich ruhig und attraktiv. Die Nähe zum Wienfluss ist ein deutlicher Pluspunkt.

Durch die Aufteilung des Gartens auf 2 unterschiedlich hohe Raumniveaus ergibt sich eine interessante räumliche Konfiguration in der die Vertikalität und Verbindung beider Ebenen eine Rolle spielen könnte. Dieses Potenzial wird momentan aber noch nicht vollends genutzt.

Grafik.04.20
Lageplan Längenfeldgarten, genordet



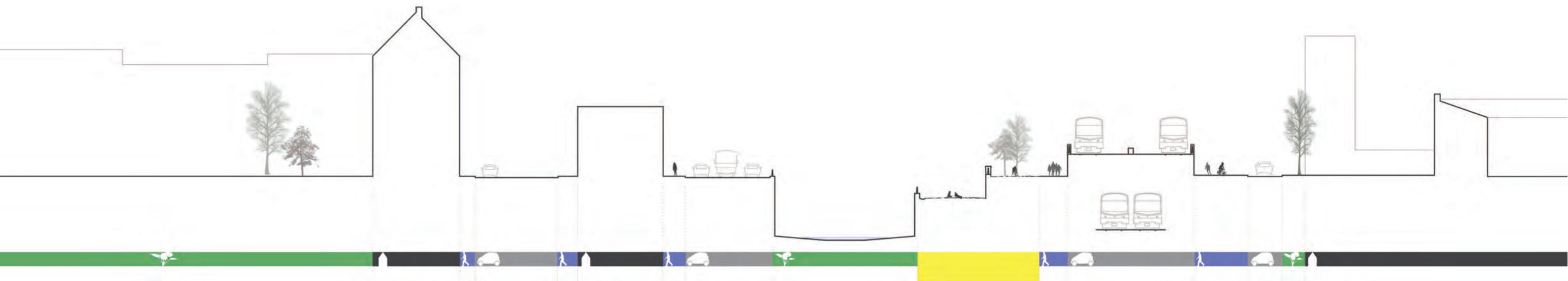


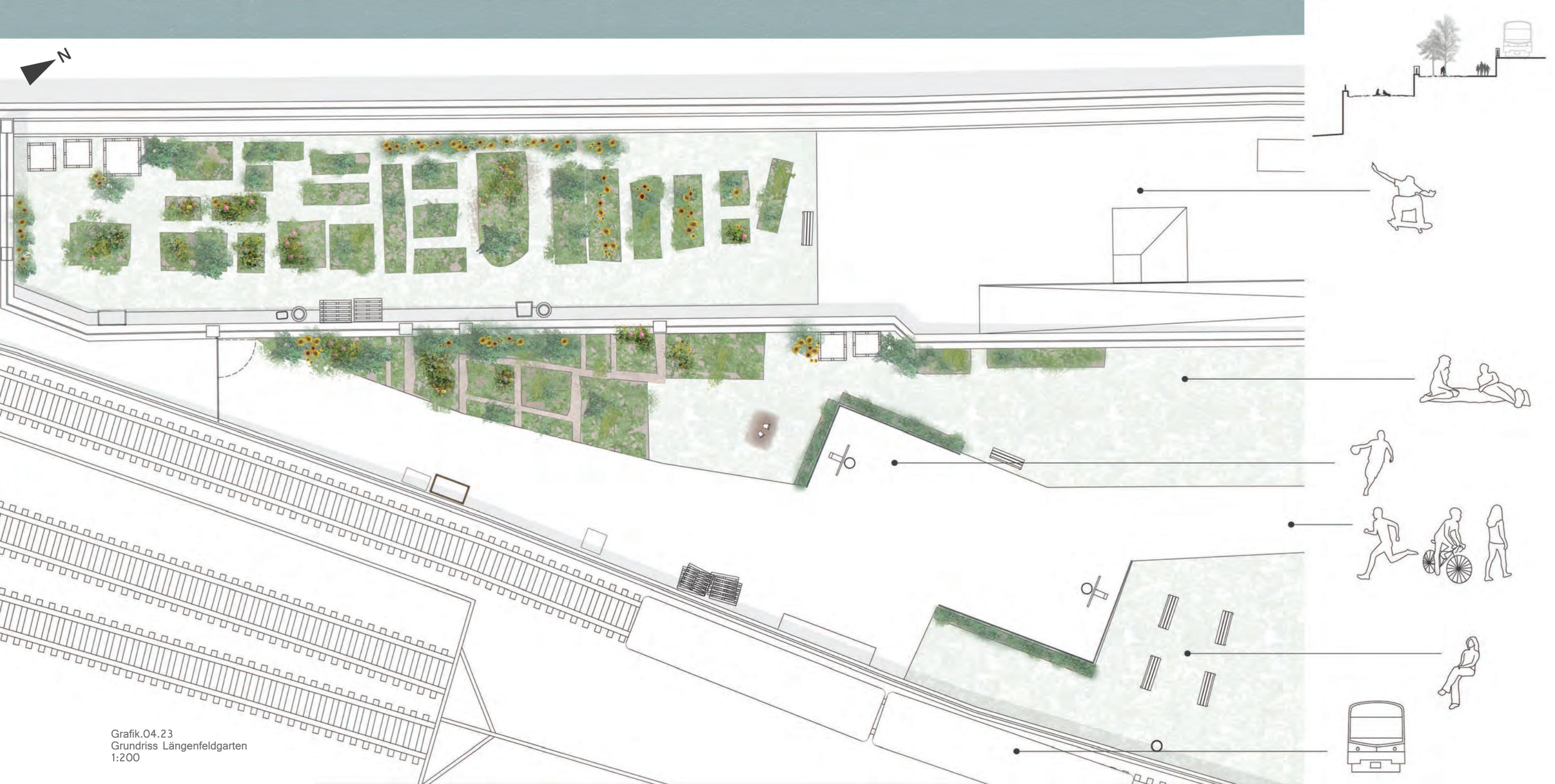
(Pirchl 2014j)

Grafik.04.21
Statistik PassantInnen pro Stunde

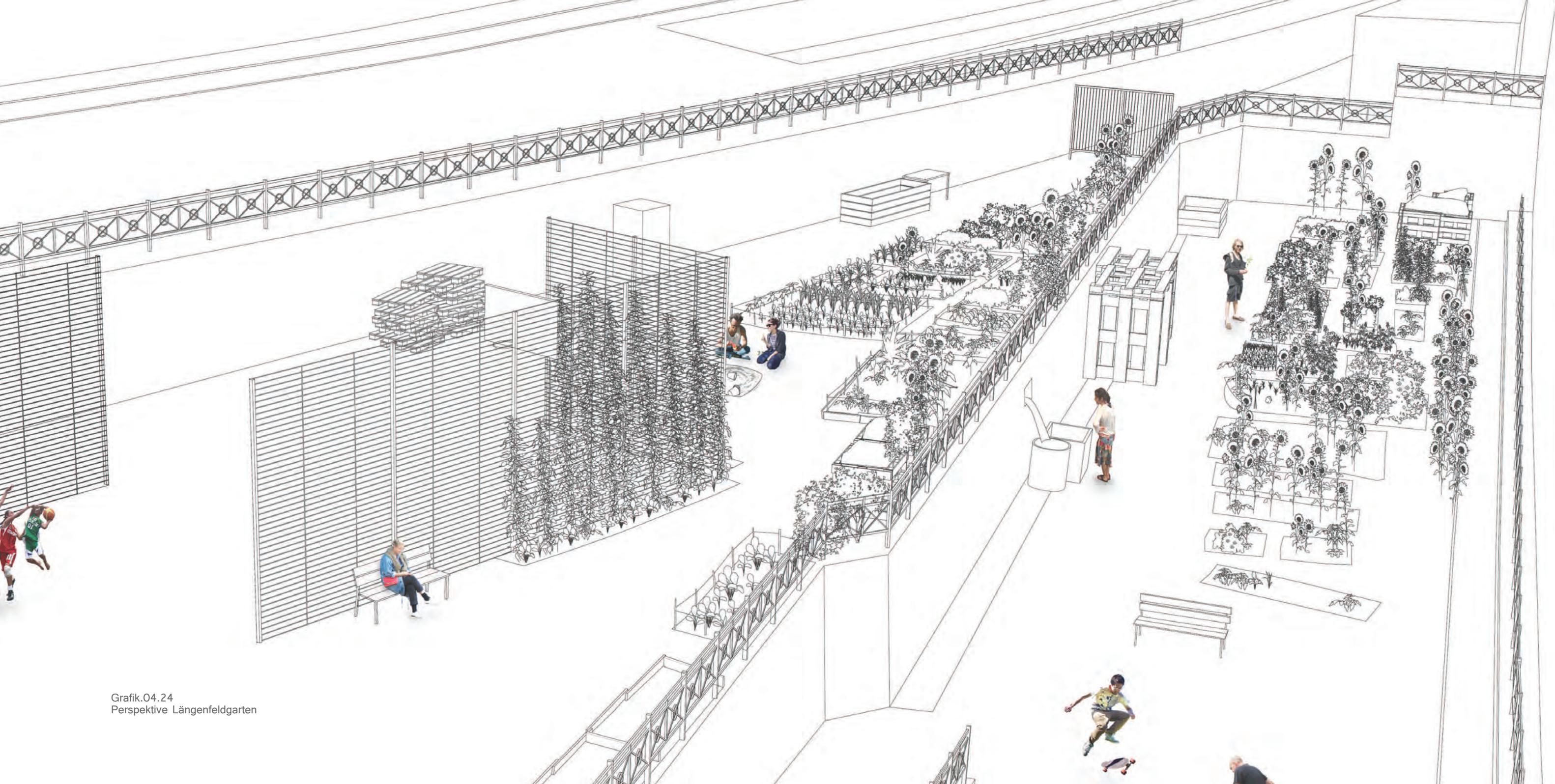
Die Lage an der gut genutzten Parkanlage begünstigt eine Interaktion von PassantInnen und Garten. Viele Personen kommen in ihren Mittagspausen oder nach der Arbeit in den Park um auf den Bänken zu sitzen. Jugendliche nutzen den Skatepark ab Mittag oder spielen Basketball. Familien sitzen in der Wiese, LäuferInnen, InlineskaterInnen und RadfahrerInnen nutzen den Fuß- und Radweg vor allem abends für sportliche Aktivitäten. Dieses Klima ist ideal, da sich viele PassantInnen die Zeit nehmen um den Garten zu besichtigen und kurz darin zu verweilen.

Die Grafik 04.21 zeigt, dass mit 12% der Vorbeigehenden sehr viele Personen eine Interaktion mit dem Garten zeigen. Sporttreibende, also RadfahrerInnen, LäuferInnen etc. bleiben eher selten stehen. Die Personen wandern durch den Garten, pflücken Blumen oder betätigen sich gärtnerisch. Durch das Fehlen von Mobiliar verweilen nur wenige länger dort. (Pirchl 2014j)





Grafik.04.23
Grundriss Längengarten
1:200

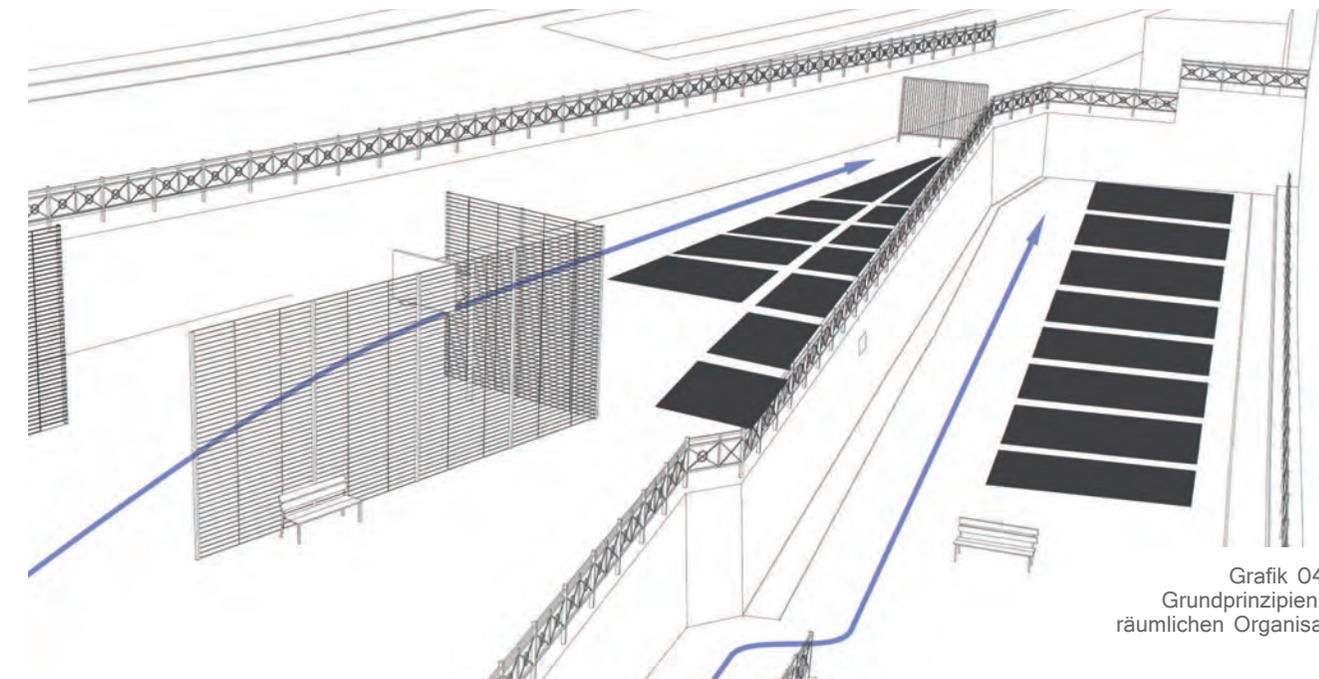


Grafik.04.24
Perspektive Längengarten

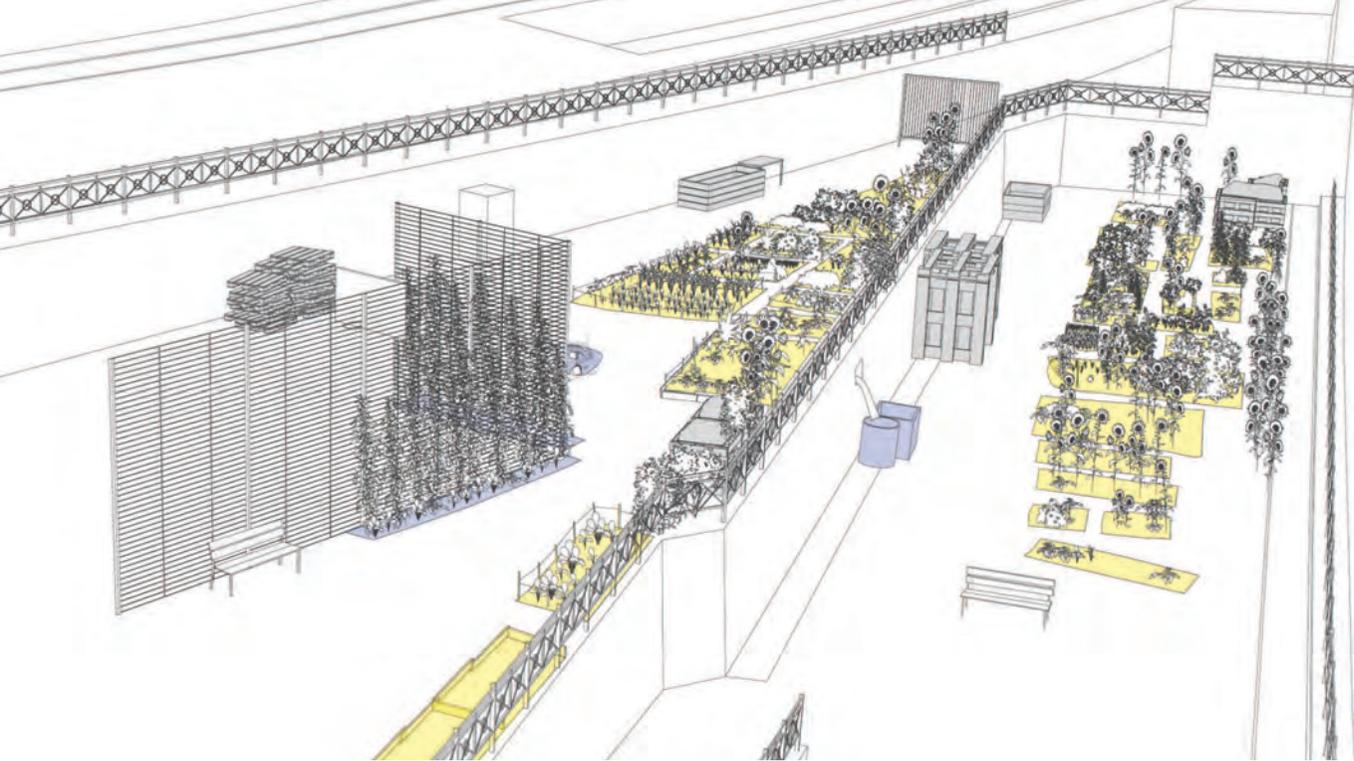


Grafik 04.25
Entwicklung der räumlichen Konfiguration in 3 Phasen

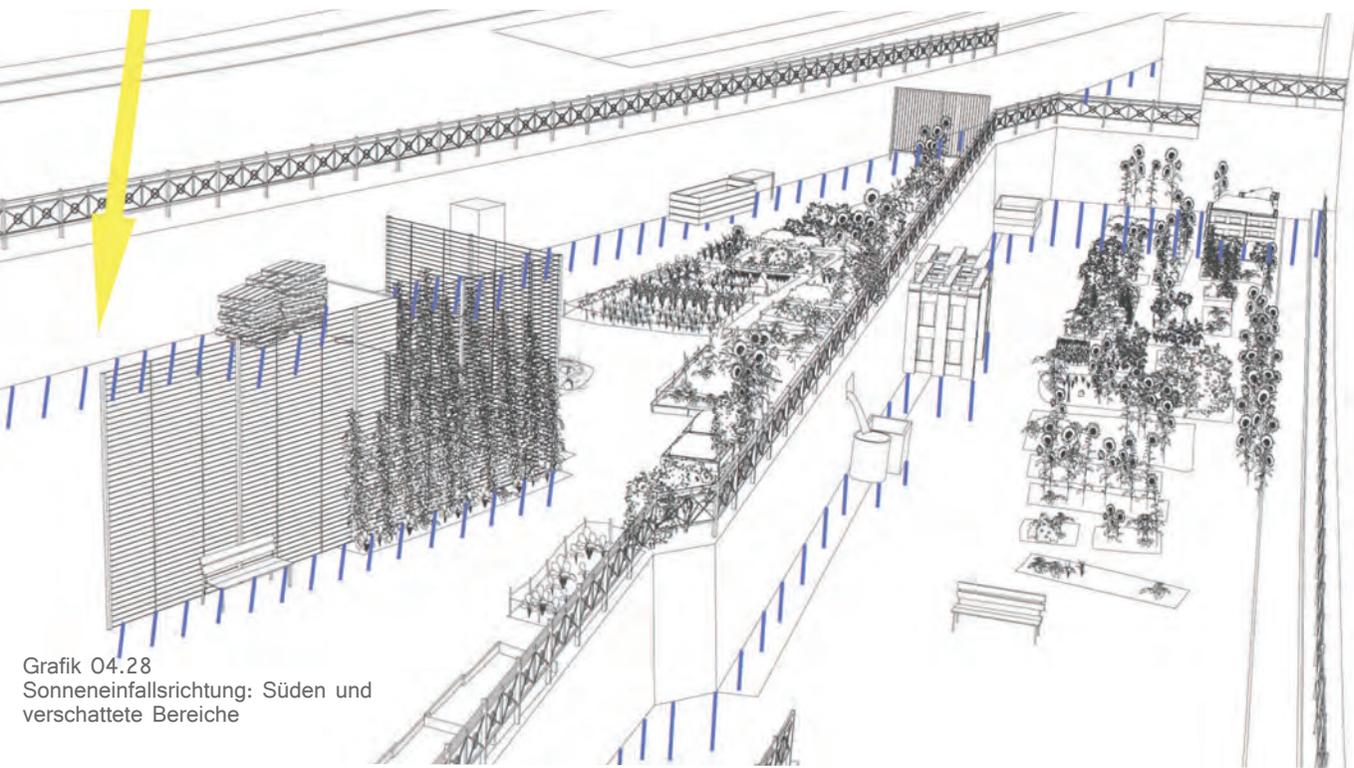
Die räumliche Grundstruktur des Gartens orientiert sich an den Gegebenheiten des Terrains. Auf der oberen Ebene ist die Haupteinfahrt durch den asphaltierten Weg bereits vorgegeben. Diese Fläche ist auch häufig verschattet. Die angrenzende Grünfläche wird 2010 schrittweise zu Beeten umgewandelt, mit anfänglich großem Abstand zu der existierenden Basketballanlage. In Grafik 04.21 ist zu erkennen, dass in der ersten Phase der Entwicklung des Gartens, der äußerste Spitz der Grünfläche auf der oberen Ebene zu Beeten umgewandelt wurde. Diese Beete passen sich genau zwischen asphaltiertem Bereich und Zaun ein und lassen nur schmale Trampelpfade zwischen den einzelnen Beeten frei. Hier kommt wenig gestalterische Einflussnahme der AktivistInnen zum Einsatz, es wird lediglich die maximale Fläche genutzt. Die Entscheidung, den äußersten Spitz zu begrünen und dadurch möglichst viel Abstand zum Basketballfeld und der Parkanlage zu lassen, hatte wahrscheinlich den Grund anfangs ein Einschreiten der Behörden nicht unnötig zu provozieren. In dieser Phase werden von den Guerilla GärtnerInnen alle Beete gemeinschaftlich betreut und abgeerntet. 2011 werden die Beete auf der oberen Ebene erweitert. Kleine Lager- und Kompostkisten werden



Grafik 04.26
Grundprinzipien der
räumlichen Organisation



Grafik 04.27
Zuordnung der unterschiedlichen Nutzungsbereiche

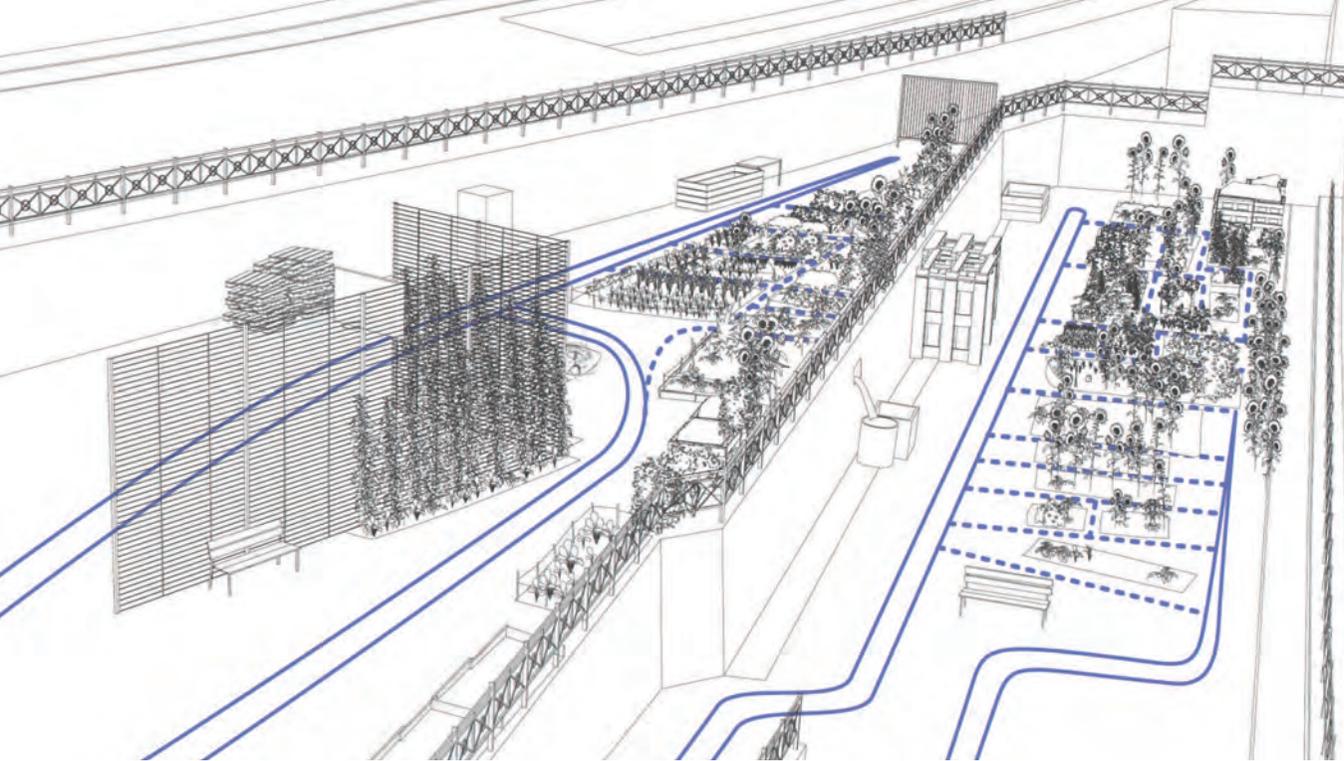


Grafik 04.28
Sonneneinfallsrichtung: Süden und
verschattete Bereiche

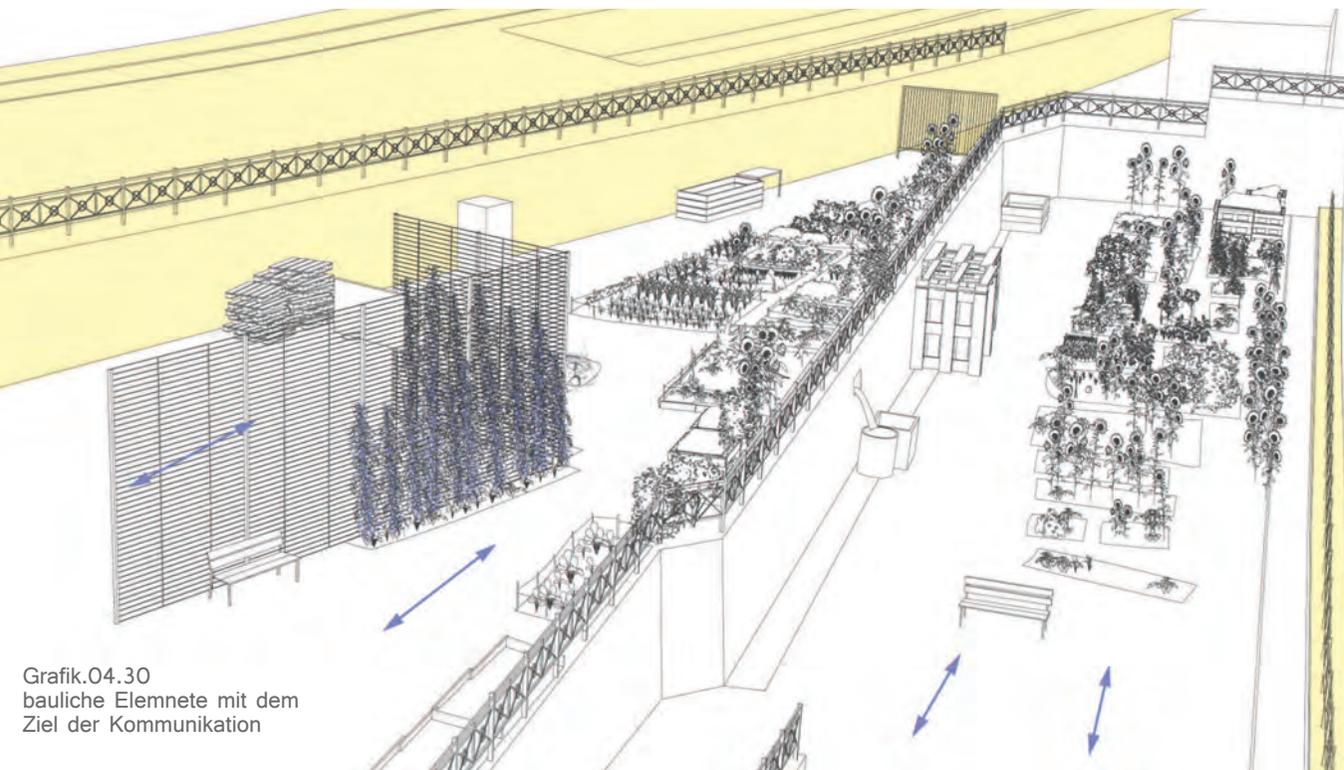
errichtet. Diese stehen auf dem asphaltierten Bereich, an der Wand zur U-Bahn Trasse. Immer wieder tauchen Schilder auf, die den Garten als Längsfeldgarten ausweisen, permanent bleibt aber keines erhalten.

Ab 2012 kommt es zusätzlich zu einer Bepflanzung der unteren Ebene. Hier wird ähnlich wie in der ersten Phase ein Streifen an der Gefällemauer als Haupterschließung freigehalten. Dieser Bereich ist für eine Begrünung nicht ideal, da er oft im Schatten liegt. Anstatt die gesamte restliche Fläche in Beete mit schmalen Trampelpfaden umzuwandeln wie auf der oberen Ebene, entstehen hier deutlich erkennbare Einzelbeete mit größerem Abstand. Die einzelnen Beete haben sehr unterschiedliche Größen. Die meisten haben eine rechteckige, längliche Form. Eine Zeit lang gab es auch ein herzförmiges Beet, das sich aber immer mehr auflöst. Auffällig ist, dass im vorderen Bereich, angrenzend an den Skatepark, die meisten Beete quer zur Haupterschließung orientiert sind, und im hinteren Bereich parallel. Der hintere Bereich ist in mehr Einzelbeete aufgelöst. Grundsätzlich folgen die Beete im unteren Bereich einem rechtwinkligen Muster, vergleichbar mit einer lockeren Rasterbebauung. Es weist kleine Unregelmäßigkeiten auf, behält aber die Rechtwinkligkeit bei. In dieser 2. Phase werden auch einige zusätzliche Nutzungen eingeführt, wie mehr Kompostbehälter, kleine Tische und Unterstände für Gartengeräte etc. aus Paletten. Möblierung wird aber keine gebaut, was den Längsfeldgarten von anderen Projekten unterscheidet.

- Nutzungszuordnung
- Gemeinschaftselemente, Möbel bzw. Beete
 - Beete, die je von 1 bis 2 Personen betreut werden
 - Lager, Kompost etc.
- Sonneneinfall
- Süden, Sonneneinfallsrichtung
 - Schattige Bereiche



Grafik.04.29
Erschließungsschema



Grafik.04.30
bauliche Elemente mit dem
Ziel der Kommunikation

In der dritten Bebauungsphase ab 2014 werden einige Interventionen gesetzt, die von den bisherigen räumlichen Strukturen abweichen. 3 Beete werden direkt an das Gitter des Basketballplatzes gelegt, wobei das Gitter als Stütze für Kletterpflanzen genutzt wird. Der Garten tritt also offensiver an die vorhandene Nutzung heran und wird so auch Sichtbarer. Des Weiteren werden die Beete auf der oberen Ebene entlang des Zaunes erweitert und rücken damit näher an die übrige Parkanlage heran. Ein neues Beet im unteren Bereich orientiert sich nach den Himmelsrichtungen und nicht nach dem Raster der übrigen Beete. Das Ausbrechen aus der Bebauungsstruktur könnte an dem Fehlen einer gemeinsamen Organisationsstruktur liegen. GärtnerInnen treffen individuelle Entscheidungen, die auch andere räumliche Strukturen zur Folge haben. Auch die Art und Weise Beete zu bepflanzen unterscheidet sich stark zwischen den unterschiedlichen GärtnerInnen. Auf der oberen Ebene scheint sich eine landwirtschaftliche Anpflanzungsmethode mit wenig Sorten und viel Ertrag durchzusetzen. Auf der unteren Ebene wird eine Mischung aus Nutz- und Zierpflanzen verwendet, die weniger strukturiert wirkt und eher auf Spaß als auf Ertrag angelegt ist.

Mit einer Sandkiste hinter dem Basketballplatz entsteht eines der wenigen gemeinschaftlichen Elemente, das den Kindern zur Verfügung steht. Ein Platz, der von Beeten freigehalten werden soll wird um die Sandkiste herum definiert. Da die Beete momentan vor allem einzeln oder zu zweit genutzt werden, wird ein Fehlen der gemeinschaftlichen Infrastruktur im Längensfeldgarten offensichtlich. Die Sandkiste könnte ein erster Schritt dahin sein, wieder mehr gemeinschaftliche Räume zu entwickeln.

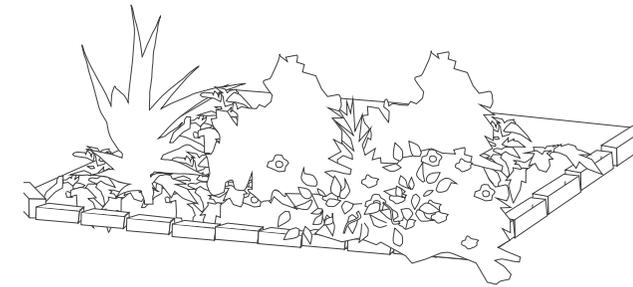
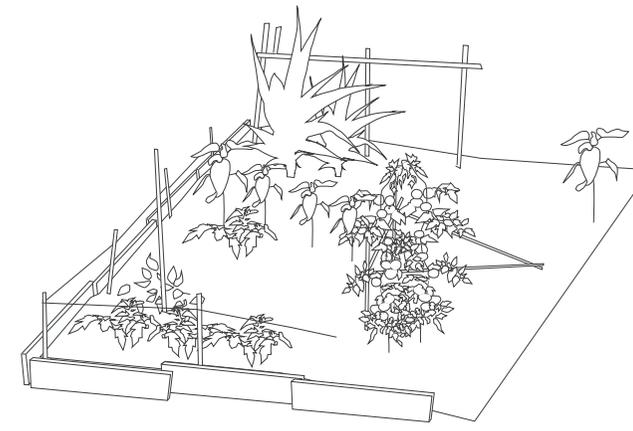
- | | |
|-----------------------------------|----------------------------------|
| Kommunikationselemente | Erschließung |
| ■ Elemente zur Kommunikation | — Fuß oder Radweg |
| ■ Barrieren für die Kommunikation | — Hauptwege durch den Garten |
| ➔ Richtung der Kommunikation | - - - Nebenwege durch den Garten |



Der Garten wird in seinem Wachstum schrittweise offensiver und dehnt sich zusehends aus. Die durchwegs positiven Reaktionen von PassantInnen und die Toleranz der Behörden, scheint den GärtnerInnen mehr Selbstvertrauen zu verleihen. Mit den vertikalen Begrünungen der Gitter werden vollkommen neue Elemente geschaffen. Dadurch werden die Kommunikation mit der Umgebung und die Sichtbarkeit des Gartens vom Fuß- und Radweg aus verstärkt. Wie weit diese „Expansion“ des Gartens jedoch noch erfolgen kann, ohne die Interessen anderer NutzerInnen der Parkanlage zu stören oder sie zu verdrängen ist fraglich.

Die GärtnerInnen verzichten gänzlich auf die Errichtung eines Zaunes oder anderer Formen von Abtrennung. Der Garten ist für Jeden und Jede frei zugänglich und kann als eine Erweiterung der Parkanlage angesehen werden.

Ab.04.61 und 04.62
Privatbeete und Abgrenzungen



Grafik 04.31
Privatbeete, unterschiedliche Formen der Abgrenzung
Gemeinschaftliche Elemente:
Ab.04.63 - 04.65
Begrünung des Basketballkorbes, Sandkiste,
und Wassertonnen



04.3.2 Die Rolle der Stadtverwaltung



Als Guerilla Gärtner umgingen die GärtnerInnen des Längenfeldgartens alle bürokratischen Wege und nahmen sich das Areal des Längenfeldgartens um es zu bepflanzen. In diesem Fall war die Strategie der Landnahme erfolgreich. Sie erfolgte von einem Tag auf den anderen, ohne viel Aufmerksamkeit zu erregen. Seit 2010 werden die GärtnerInnen auf der Fläche toleriert.



Zuvor hatte dieselbe Gruppe versucht, eine Baulücke im 5. Bezirk zu bepflanzen. Diese Aktion wurde aber vom Eigentümer des Privatgrundstückes bereits am nächsten Tag zunichte gemacht. Danach übersiedelte die Gruppe auf ein Grundstück im 15. Bezirk, das sie auch nach wenigen Tagen wieder räumen mussten. Das Areal in der Längenfeldgasse war ein Glücksfall für die AktivistInnen. Bei ähnlichen Projekten auf anderen Flächen reagiert die Stadt Wien oft weniger tolerant, wie am Beispiel des Kollektivs SoliLa! (Solidarisch Landwirtschaften!) zu erkennen ist.



Das Kollektiv besetzte am 04.05.2013 eine Fläche im Donaufeld, die sich im Besitz der Stadt Wien befand und für ein Wohnbauvorhaben vorgesehen war. Vom Kollektiv wurde angepflanzt, Zelte aufgestellt, Workshops und Vorträge organisiert. Nach einer Androhung des Wohnbaustadtrates Ludwig, das Gelände zu räumen, nahm SoliLa! Kontakt auf und versuchte einen Kompromiss auszuhandeln, wie etwa eine Zwischennutzung oder eine prekäre Pacht über die Fläche abzuschließen. Die Stadtverwaltung trat jedoch nicht in Verhandlungen mit den Besetzern ein, sondern ließ das Feld am 14.05. räumen. (vgl. Gärtnerin 2 2014) (vgl. SoliLa!) Was waren die Unterschiede zwischen der Besetzung von SoliLa! Und der Landnahme vom Guerilla Gardening Netzwerk in der Längenfeldgasse?

Einerseits liegt ein Grund in der Nutzung des Areals. In der Längenfeldgasse handelt es sich um das Reststück einer Parkfläche, das vor der Nutzung als Garten brach lag. Diese Fläche ist für die Stadt Wien nicht verwertbar, also ein klassischer Residualraum.

Möglicherweise wurde der Garten sogar als begrüßenswerte Alternative zu dem ungenutzten, teilweise nicht einsehbaren Reststück gesehen, dass häufig von Drogensüchtigen etc. als Quartier genutzt wurde. (vgl. Gärtnerin 1) Das viel größere Areal im Donaufeld, dass von SoliLa! besetzt wurde war zumindest in näherer Zukunft für eine konkrete Nutzung vorgesehen. Außerdem war es bereits per Nutzungsvertrag an einen Nachbarn vergeben, der das Feld jedoch leerstehen ließ. Hier sah die Stadt Wien wohl eine Gefährdung ihrer Interessen. (vgl. SoliLa! 1) (vgl. Gärtnerin 2 2014)

Der zweite Grund liegt möglicher Weise in der Vorgehensweise der Initiativen. Die AktivistInnen von Guerilla Gardening nannten ihre Bepflanzungsaktionen nicht Besetzung. Sie campierten auch nicht auf dem Gebiet sondern nutzten es lediglich als Garten in dem einige Veranstaltungen organisiert wurden. Die Aktion hatte zwar einen breiten politischen Hintergrund, dieser wurde aber nicht über Schilder und Bauwerke am Grundstück ausgedrückt. Im Falle von SoliLa! weigerten sich die AktivistInnen das Grundstück zu verlassen, bis sich eine andere Lösung für sie fand. Es war eine tatsächliche Besetzung mit Zelten in denen die Personen campierten. (vgl. SoliLa! 1) (vgl. GGardening 2014)

In diesem Fall ist es möglich, dass die Stadt Wien den Garten in der Längenfeldgasse anfangs nicht als politische Initiative angesehen hat. Die GärtnerInnen haben sich schrittweise mehr und mehr Land genommen um die Stadt nicht zu überfordern. Mittlerweile ist der Garten bei den AnrainerInnen und NutzerInnen sehr beliebt und es wäre schwierig für die Stadtverwaltung einzugreifen. Die Guerilla-gärtnerInnen kooperieren auch bis zu einem gewissen Grad mit den StadtgärtnerInnen, indem sie Wege für den Rasenmäher freihalten.

Dies mögen einige Gründe dafür sein, dass der Längenfeldgarten so erfolgreich im Umgehen der Bürokratie der Wiener Stadtverwaltung war und ist.

ÜBERSICHT LÄNGENFELDGARTEN



4.

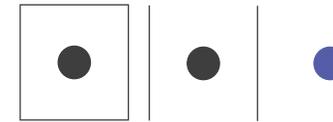
TRIFFT ZU
Trifft nicht zu

UTOPIE

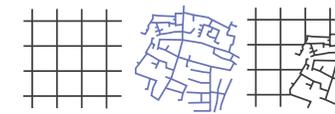


SELBSTBESTIMMUNG UND -VERWALTUNG !
FÜR MEHR URBANES GRÜN !
FÜR FREUDE AM GARTELN !
RECHT AUF FREI ZUGÄNGLICHEN,
NICHT KOMMERZIALISIERTEN STADTRAUM !

RÄUMLICHE STRUKTUR



Geschlossene Raumstruktur
Halboffene Raumstruktur
OFFENE RAUMSTRUKTUR

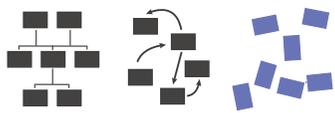


Geplante Entwicklung
UNGEPLANTE ENTWICKLUNG
Mischform



Hierarchische Planung
INDIVIDUELLE PLANUNG
Kollektive Planung

ORGANISATIONSSTRUKTUR



Gut organisiert
Lose Organisiert
CHAOTISCH



Exklusiv
Teilweise zugänglich
INKLUSIV



Hierarchische Organisation
Repräsentative Organisation
KOLLEKTIVE ORGANISATION

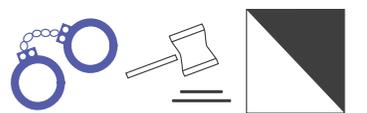
HANDLUNGSSTRATEGIEN DER STADTPLANUNG



Vertrag mit der Stadt
DULDUNG DURCH DIE STADT
Ablehnung von der Stadt



Ermöglichen
Coachen
EROBERN

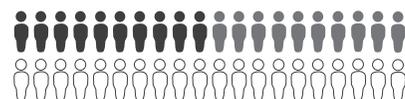


KEINE RECHTLICHE GRUNDLAGE
Rechtliche Grundlage
Rechtlicher Graubereich

04.4 Gemeinschaftsgarten Kirchengasse, Salatpiraten



| | |
|------------|--|
| Lage | Ecke Kirchengasse / Zeismannsbrunnengasse, 1070 Wien |
| Fläche | ca. 300 m ²  |
| Nutzung | Gemeinschaftsgarten für Nutz- pflanzen, Veranstaltungsort |
| Gründung | 2012 |
| Mitglieder | aktiv rund 10, inaktiv rund 10 |



Der Garten in der Kirchengasse wurde von dem Verein Salatpiraten 2013 auf einer innerstädtischen Fläche im 7. Bezirk gegründet. Die Grünfläche war davor vernachlässigt und diente vor allem als Hunde-WC. Für die Fläche wurde nach Verhandlungen ein Nutzungsvertrag mit der Gemeinde Wien über vorerst 2 Jahre abgeschlossen. Die Salatpiraten bauten Hochbeete und funktionierten Gegenstände zu Beeten um, um die Fläche mit Nutzpflanzen zu begrünen.

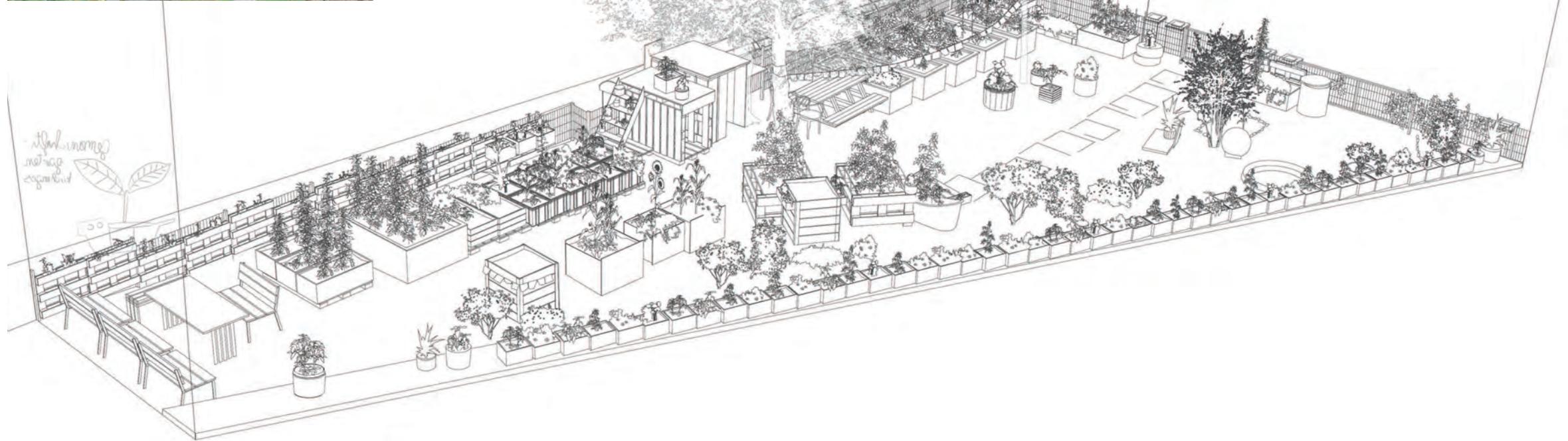
Das Ziel des Vereins ist die Förderung von Landwirtschaft im urbanen Raum. Der Garten soll eine Vorbildwirkung entwickeln, Leute zusammenbringen und zur Stadtgestaltung beitragen. Momentan haben die Salatpiraten ca. 20 Mitglieder, die gemeinschaftlich alle Beete betreuen. Veranstaltungen und Feste locken AnrainerInnen und Interessierte zwei Mal im Jahr in den Garten. Obwohl das Areal von einem Zaun umfasst ist, ist es durchgehend frei betretbar. Die Salatpiraten verwenden viele Recyclingmaterialien, aus denen sie kreative Beete bauen. Diese Ästhetik findet nicht nur Anhänger, grundsätzlich erfährt der Garten aber in der Umgebung sehr viel positive Resonanz. (vgl. Demmer 2014) (vgl. Salatpiraten 2014)

Ab.04.67
Gemeinschaftsgarten
Kirchengasse



Ab.04.68 - 04.71
Gemeinschaftsgarten Kirchengasse

Grafik 04.32
Perspektive Gemeinschaftsgarten Kirchengasse



Georg Demmer, der jetzige Obmann des Vereins Salatpiraten, bemerkte als Anrainer die unattraktive, ungenutzte Fläche im 7. Bezirk. Da im dicht bebauten Bezirk Freiraum kostbar ist, entwickelt er den Gedanken, eine Umnutzung für die Fläche zu finden. Er traf auf Simone Rongitsch, eine diplomierte Raumplanerin, die mit einer Gruppe Interessierter gerade auf der Suche nach einer Fläche für ein *urban farming* Projekt war und die Idee des Gemeinschaftsgarten Kirchengasse wurde geboren. (vgl. Demmer 2014)

Der erste Schritt war die Feststellung des Eigentümers der Fläche. Als Park- und Erholungsfläche befand sich diese im Eigentum der Gemeinde Wien. Nach Anfrage über das Gartentelefon der MA 42 trat die Gruppe in Verhandlungen mit der Stadt Wien ein. Der Verein Salatpiraten wurde gegründet und Planunterlagen eingereicht, in denen Dimensionen und Nutzungen des zukünftigen Gartens festgehalten waren. Der Gruppe wurde schlussendlich, mitunter aufgrund der Unterstützung des Bezirksvorstehers, ein Nutzungsvertrag über zwei Jahre mit der Option auf Verlängerung zugesprochen. Diese Verlängerung wurde mittlerweile auch schon gewährt. (vgl. ebd.) In dem Nutzungsvertrag ist eine Nutzung als Gemeinschaftsgarten, mit der Erlaubnis von Zeit zu Zeit Feste zu veranstalten, festgelegt. (vgl. Rongitsch 2014)

Der Garten erhielt außerdem eine einmalige Förderung der Wiener Stadtgärten, die je einem Gemeinschaftsgarten pro Bezirk zusteht. (Wiener Stadtgärten 2015) Davon konnte ein Teil der Ausgaben abgedeckt werden, es floss aber zusätzlich viel privates Geld in die Errichtung des Gartens. Ein Zaun um das Grundstück herum war von der Gemeinde gewünscht und auch der Verein sah eine Notwendigkeit der Abgrenzung zur Straße hin um Hunde vom Garten fernzuhalten. Es gibt zwei Gartentore, ein schmales, etwa 90cm breites das durchgehend unversperrt ist und ein breites, doppelflügeliges Tor, das bei Veranstaltungen geöffnet werden kann. (vgl. Rongitsch 2014)

In der ersten Saison wurde der Boden bearbeitet, einige Hochbeete gebaut, Kisten und Paletten bepflanzt. 2014 wurden diese Grundelemente weiter ergänzt. (vgl. ebd.)

Die Lage des Gartens im 7. Bezirk ist in vielerlei Hinsicht besonders, da aufgrund der hohen Bebauungsdichte und dem Mangel an Grünflächen, Freiraum in diesem Bezirk sehr begrenzt ist. Die Lage bietet die Möglichkeit, direkt mit vielen Personen in Kontakt zu treten.

Das Hauptanliegen des Vereins ist die Verbreitung von Landwirtschaft im Urbanen Raum. Der Kontrast

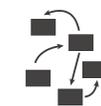
zwischen Land und Stadt soll aufgehoben werden und Raum in der Stadt für Gärten erobert werden. Der Gemeinschaftsgarten in der Kirchengasse soll gleichzeitig als Schau- und Lehrgarten dienen und eine Vorbildwirkung entfalten. Personen sollen zusammenkommen und Freude am Garteln haben können. (vgl. Demmer 2014) (vgl. Salatpiraten 2014)

„Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgelegt ist, beschäftigt sich mit urbaner Landwirtschaft auf Freiflächen in der Stadt Wien. Durch Aufbau eines demonstrativen Nachbarschaftsgartens will der Verein aufzeigen, wie wichtig urbane Landwirtschaft für die Zukunft in der Stadt wird und lässt gleichzeitig erkennen, dass auch Landwirtschaft und Stadt miteinander verbunden sein kann. Der Verein sieht sich als Botschafter der Zukunftslandwirtschaft in der Stadt und will mit seinen Projekten zum Nachdenken und Mitarbeiten anregen.“ (Salatpiraten 2014)

Der Verein hat momentan ca. 20 Mitglieder von denen etwa 10 wirklich aktiv sind. Es gibt viele Anfragen bezüglich einer Mitgliedschaft. Den Interessenten wird angeboten, anfangs einfach mitzugarteln und bei weiterem Interesse in den Verein einzutreten. Einige wenden sich nach kurzer Zeit wieder vom Garten ab, andere bleiben dabei. Obwohl die Gruppe sich wünscht mehr Familien oder ältere Personen in den Verein aufzunehmen, besteht momentan von diesen wenig Interesse am Garten in der Kirchengasse. Die meisten Mitglieder sind unter 40, nur wenige von ihnen kannten sich vor der Gründung des Gartens. Alle Beete sind Gemeinschaftsbeete und können von jedem abgeerntet werden. (vgl. Demmer 2014)

Dies ist in Wiener Gemeinschaftsgärten durchaus ein Sonderfall, denn meist werden Beete an eine oder mehrere bestimmte Personen vergeben, die dann für ihr eigenes Beet zuständig sind. (vgl. Rongitsch 2014)

Die Organisation des Gemeinschaftsgartens wurde bewusst, als Experiment, offen gehalten. Es gibt keine straffe Überstruktur, alle Mitglieder können relativ frei entscheiden. Wichtige Entscheidungen, werden nach einer Diskussion gemeinschaftlich getroffen. Ein Gießplan regelt die Zuständigkeit für das Bewässern der Pflanzen. Gewisse Aufgaben und Verantwortungen werden unter den Mitgliedern an Personen vergeben, die sich besonders dafür interessieren, wie zum Beispiel der Bau eines Insektenhotels, die Betreuung des Kompostes und die Herstellung von Dünger. An 2 Gartennachmittagen, die Mittwoch abends und Samstag mittags stattfinden, treffen die Mitglieder auf freiwilliger





Basis aufeinander und haben die Gelegenheit Anliegen zu besprechen. Einmal im Jahr gibt es eine Generalversammlung des Vereins. (vgl. Demmer 2014) Grundsätzlich gibt die Vereinsstruktur gewisse Ordnungen vor, die Positionen nach dem Vereinsgesetz müssen erfüllt werden und damit entsteht mit dem Obmann zumindest auf dem Papier eine hierarchische Ordnung. Bei den Salatpiraten scheint Georg Demmer auch eine sehr wichtige Rolle einzunehmen, er reagiert auf Anfragen an den Verein und übernimmt fast komplett die Kommunikation nach außen. Auch für diese Arbeit war er der erste Ansprechpartner. (Vg. Pirchl 2014d,e,f)

Die Vorteile einer Vereinsgründung sind, dass die Gruppe einen stabileren Aufbau hat, da gewisse Positionen konkret an Personen vergeben werden. Kassier, Schriftführer und Obmann/-frau gehen damit eine gewisse Verantwortlichkeiten ein und es kann somit eher verhindert werden, dass die Gruppe zerfällt, wenn Personen das Interesse verlieren oder weniger Zeit haben. (vgl. Rongitsch 2014)

Die Gemeinde Wien mischt sich kaum in Angelegenheiten des Vereins ein. Nach der Beschwerde eines/einer AnrainerIn, weil der Garten in den Herbst und Wintermonaten nicht den ästhetischen Ansprüchen gerecht wurde, kam es zu einer Begehung des Gartens durch das Gartenamt. Darauf verpflichtete sich der Verein mündlich dazu, mehrjährige Pflanzen anzubauen. (vgl. Demmer 2014) Für einige Personen ist die Ästhetik des Gartens zu „wild“. Dies beruht wohl auf der Verwendung von recycelten Materialien für Beete. So finden sich im Garten alte Autoreifen und Getränkekisten, die begrünt wurden. Viele Paletten wurden bepflanzt und dazu verwendet, den Zaun zu verschönern. (vgl. Rongitsch 2014) Auch eine wiederverwertete Badewanne sowie Plastikboxen werden von den GärtnerInnen als Beete genutzt.

Der Gemeinschaftsgarten Kirchengasse bemüht sich um eine gute Kommunikation mit der Umgebung. Zweimal im Jahr, im Frühling und im Herbst, werden Gartenfeste veranstaltet, bei denen das große Gartentor geöffnet und Teile der Zeismannsbrunnengasse bespielt werden. (vgl. Demmer 2014) Die Homepage wird ständig gepflegt und sowohl Schilder, als auch ein großes Wandgemälde, weisen auf den Garten und den Verein Salatpiraten hin. Der Garten ist rund um die Uhr zugänglich, wenn auch durch einen Zaun abgetrennt, Pflanzen können betrachtet und die Möblierung genutzt werden.



Ab.04.72 und 04.73
Gemeinschaftsgarten Kirchengasse
2014

04.4.1 Räumliche Analyse

Die Lage im 07. Bezirk ist eine sehr außergewöhnliche für einen Gemeinschaftsgarten, da die Freiflächen im Bezirk äußerst begrenzt sind. Umso ungewöhnlicher ist es, dass eine Freifläche einem Verein übertragen wird, allerdings mit der Auflage, dass die Fläche öffentlich bleiben muss.

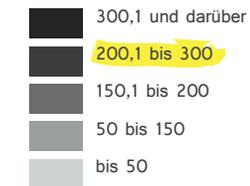
In den folgenden 3 Grafiken wird illustriert, wie sich der Stadtraum in der Umgebung des Gartens in Sachen Bevölkerungsdichte, Nutzungen und Verkaufswert darstellt.

Die Bevölkerungsdichte der angrenzenden Stadtgebiete gehört mit 200,1 – 300 Einwohnern pro ha zu den höheren Dichten in Wien. Der Durchschnittswert liegt bei 41,1 Einwohnern pro ha. Diese hohe Bevölkerungszahl steht einer geringen Anzahl von öffentlichen Parkanlagen im 07. Bezirk gegenüber. Nur 1,9% der Bezirksfläche sind öffentlich zugängliche Parkanlagen, was nach der Josefstadt mit 1,6% der niedrigste Anteil unter den Bezirken innerhalb des Gürtels ist. (Pirchl 2014k) Das Areal des Gartens grenzt direkt an die Flächennutzung Zentrum an und befindet sich in der Nutzungszone Gründerzeitgebiete mit guter Wohnqualität.

Weiters kann aus der Grafik zu den Lagezuschlägen ein Indiz zur "Umkämpftheit" und Beliebtheit der Räume der umgebenden Gebiete im 07. Bezirk abgelesen werden. Lagezuschläge sind ein guter Anhaltspunkt dafür, wie begehrt Raum in bestimmten Lagen von Wien ist. In diesem Bereich kann mit 3,04€ pro m² der zweithöchste Lagezuschlag verrechnet werden. (vgl. Stadterneuerung und Prüfstelle für Wohnhäuser 2014)

Freiraum ist also ein knappes Gut im 07. Bezirk. Die Wohngegend ist sehr begehrt und die Besiedelung dicht. All dies sind keine einfachen Voraussetzungen für das Entstehen eines Gemeinschaftsgartens.

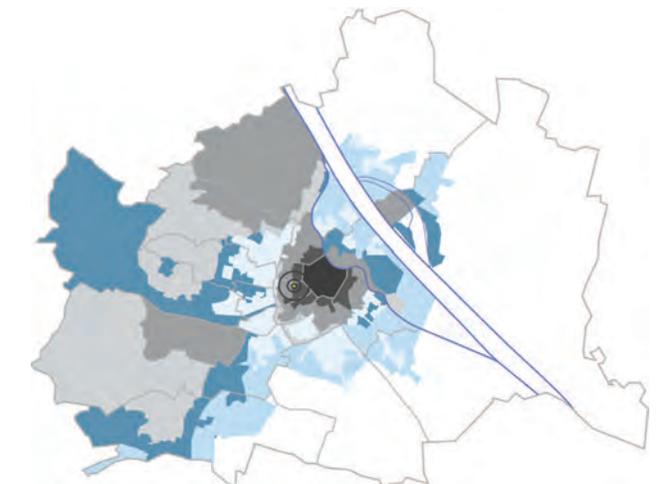
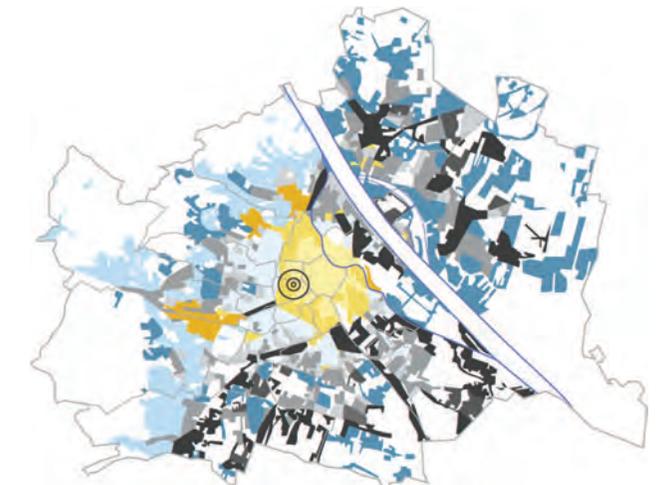
Dichte Einwohner pro ha Gebietsfläche



Flächennutzung



Lagezuschlag in € pro m²

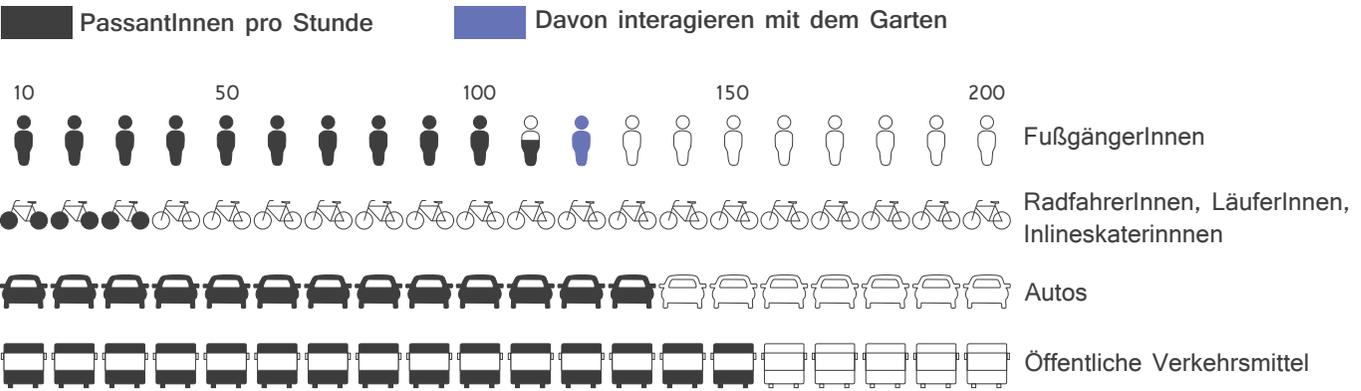


Grafik.04.33
Karten zu Dichte, Flächennutzung und
Lagezuschlag, Wien Stand 2010

Das Grundstück selbst eignet sich nicht sonderlich gut für eine landwirtschaftliche Bewirtschaftung. Durch die hohe umliegende Bebauung und die 3 Bäume auf dem Areal ist ein Großteil des Grundstücks verschattet. Direkt an die Fläche grenzt das Zinshaus Kirchengasse Nr. 46 an, das einige Fensteröffnungen in Richtung des Gartens hat. Damit sind die BewohnerInnen des Gebäudes unmittelbar mit den Geschehnissen im Garten, vor allem mit den Geräuschen, konfrontiert. Diese Lage bringt ein hohes Konfliktpotenzial mit sich, momentan gibt es aber kaum Beschwerden und sehr viel mehr positive Kommentare zu dem Garten. Die Fenster der Erdgeschoßwohnung gehen direkt in den Garten. Die BewohnerInnen befürworten den Garten, haben oft tagsüber die Fenster offen stehen und üben eine gewisse Kontrollfunktion aus. Durch Einschränkungen die aus der direkten Nähe zu dem Zinshaus und den Erdgeschoßwohnungen entstehen kommen zusätzlich Behinderungen durch den geringen Sonneneinfall und die städtischen Mülltonnen, die schon zuvor auf der Fläche standen, hinzu. Der Räumlichen Gestaltungsfreiheit stehen also einige Hindernisse im Weg. Auf der Straßenseite fährt die viel frequentierte Buslinie 13A direkt an dem Garten vorbei und bietet den PassagierInnen einen guten Blick auf das Areal. Die unmittelbare Nachbarschaft des Gartens ist sehr belebt mit vielen Geschäften, Lokalen und Restaurants. Die Nähe zum St. Ulrichs-Platz und der Burggasse ist spürbar. Die hohe Frequenz des Ortes, bringt eine große Bekanntheit des Gartens mit sich. In seiner Lage eignet er sich perfekt für Veranstaltungen und Feste.

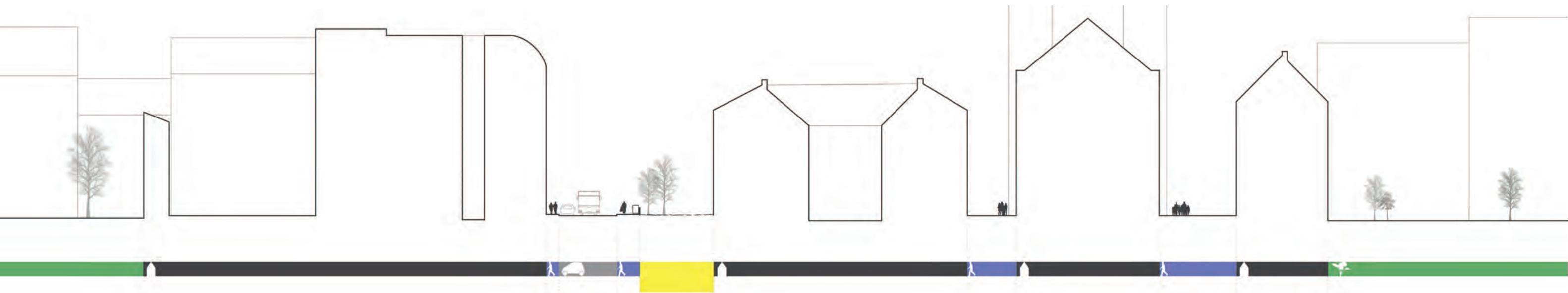
Grafik.04.34
Lageplan Gemeinschaftsgarten
Kirchengasse, genordet





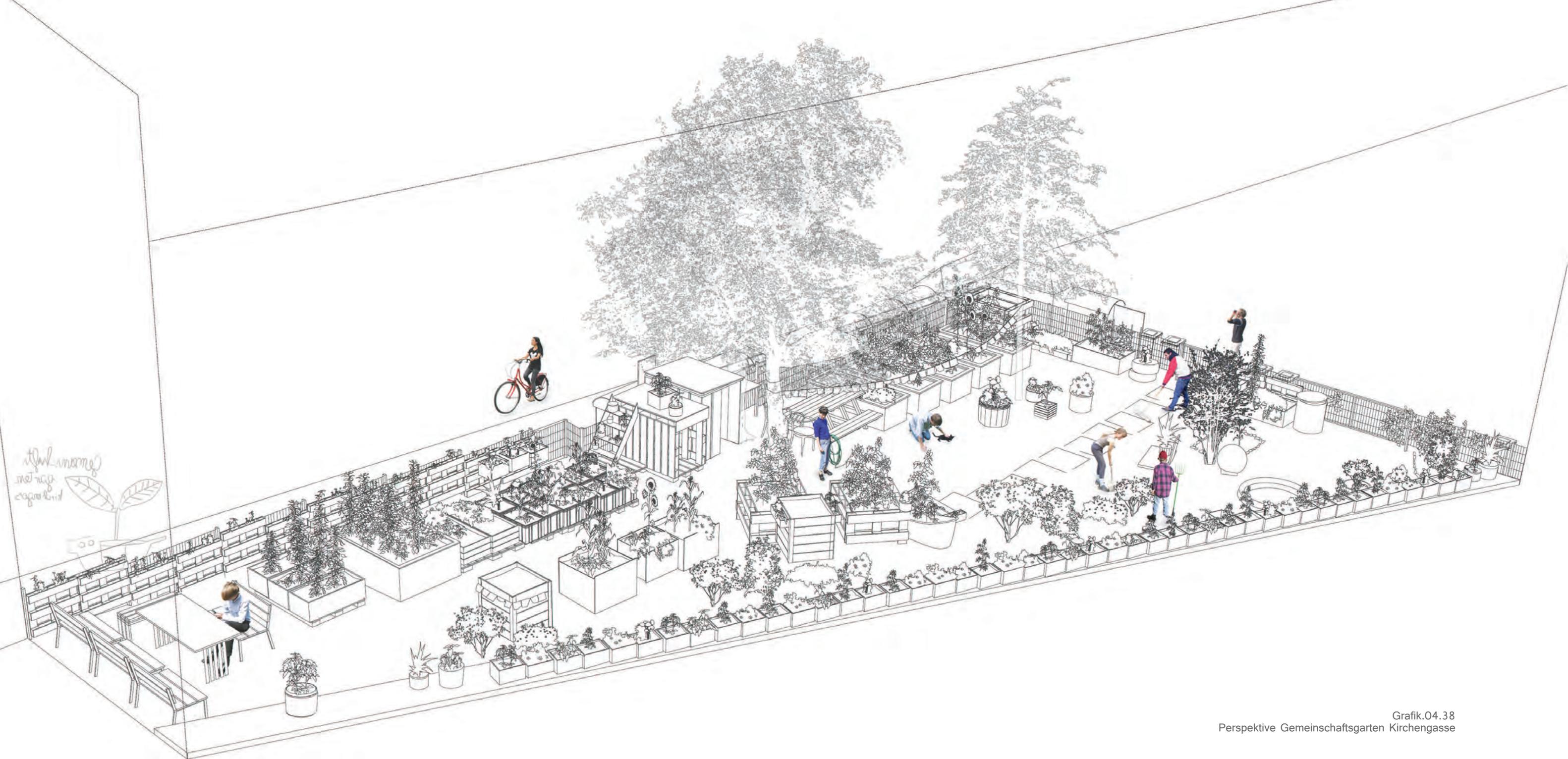
(Pirchl 2014j)
 Grafik.04.35
 Statistik PasantInnen pro Stunde

Der Gehsteig vor dem Gemeinschaftsgarten ist zwar sehr stark frequentiert, viele Personen befinden sich aber auf täglichen Wegen, wie zum Beispiel in die Arbeit, zum Supermarkt etc. und nehmen sich nicht die Zeit, sich den Garten genauer anzusehen. (vgl. Pirchl 2014g,h,i) Dennoch zeigen fast 10% der FußgängerInnen eine Reaktion auf den Garten. Sie bleiben kurz stehen um die Pflanzen über den Zaun hinweg zu betrachten. Kaum jemand betritt jedoch den Garten, was an dem Zaun und den Mülltonnen liegen könnte. Die Besonderheit dieses Gartens ist, dass er auch von Autofahrern oder PassagierInnen der Buslinie 13A wahrgenommen werden kann. (vgl. Pirchl 2014j)





Grafik.04.37
Grundriss Gemeinschaftsgarten
Kirchengasse, 1:200



Handwritten text and a small drawing of a plant on the left side of the drawing.

Grafik.04.38
Perspektive Gemeinschaftsgarten Kirchengasse

2013



2014

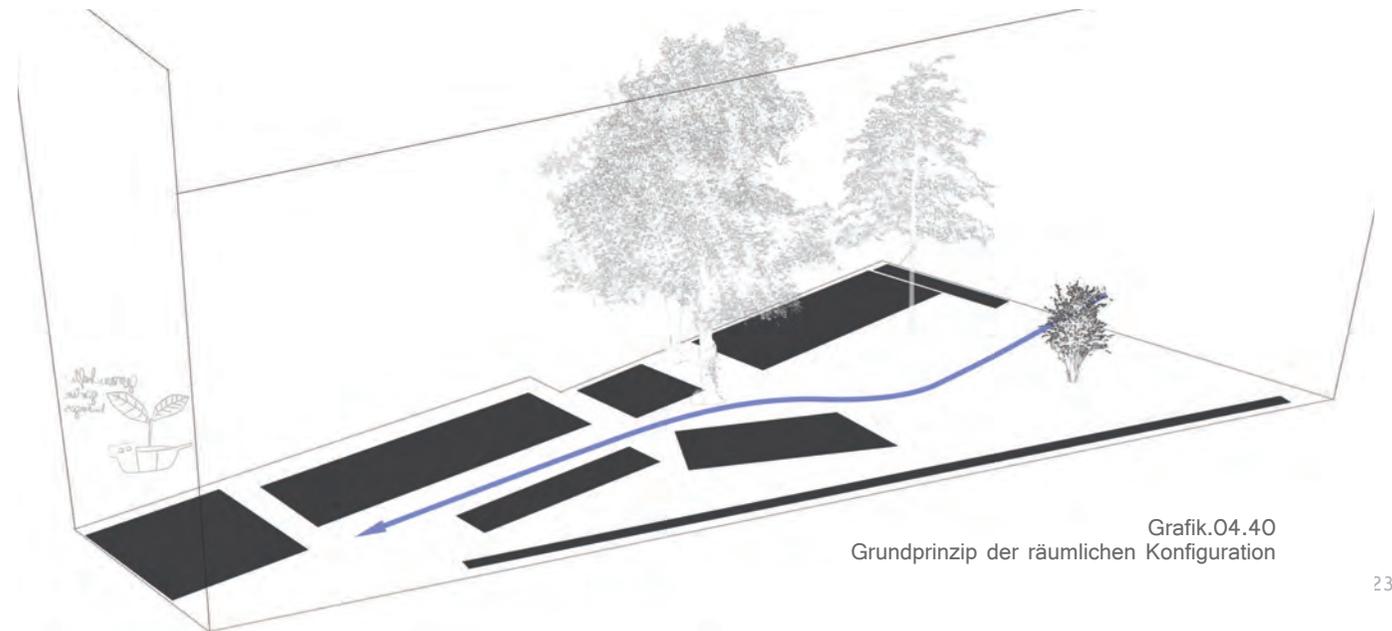


Grafik.04.39
Entwicklung der räumlichen Konfiguration in 2 Phasen

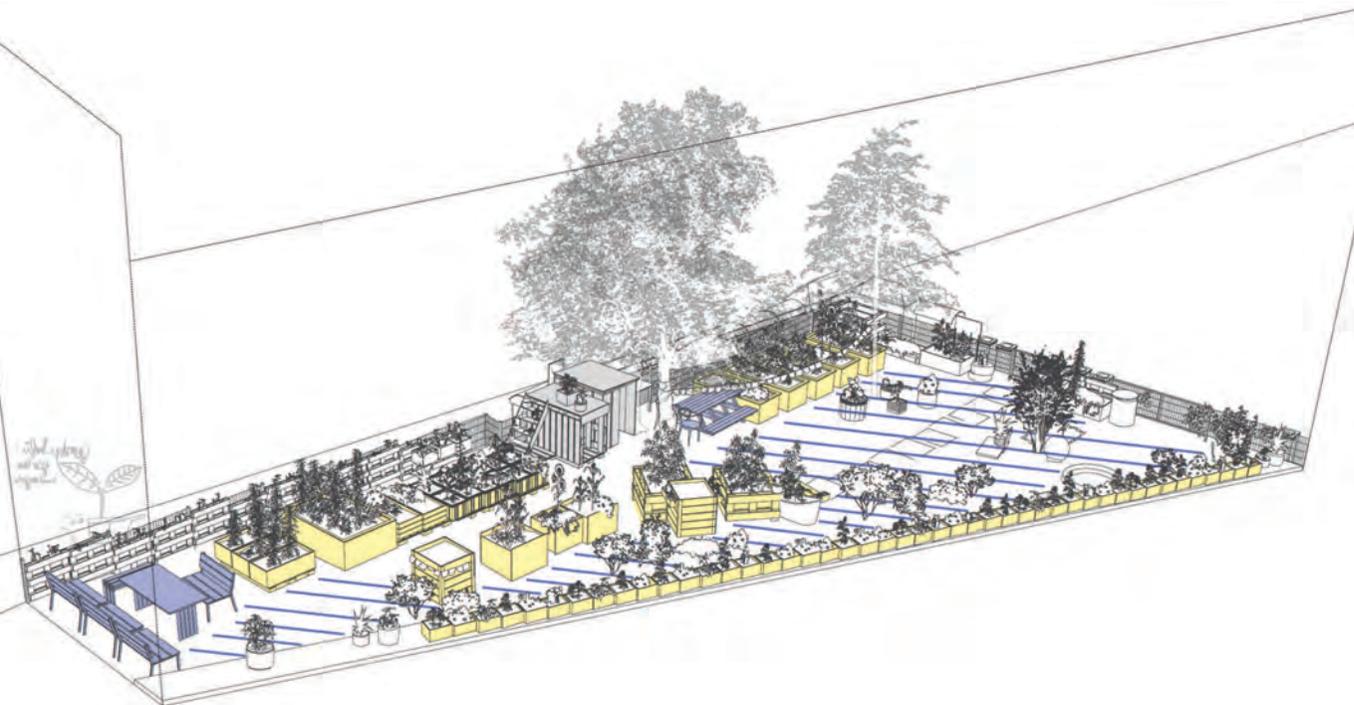
Entscheidungen zur räumlichen Organisation werden in wichtigen Fällen gemeinschaftlich getroffen. Kleine Interventionen können aber, aufgrund der freien Organisationsstruktur von einzelnen Mitgliedern selbstständig getroffen werden, Wie das Errichten eines Insektenhotels, Experimente mit Düngemitteln etc.

Der erste Schritt bei der räumlichen Gestaltung des Gartens, war das Aufstellen des geforderten Zaunes, mit Öffnungen auf den nördlichen „Vorplatz“, die Zeismannsbrunnngasse. Der Garten kann nur aus dieser einen Richtung betreten werden. Die Pläne, die der Stadtverwaltung bei Vertragsabschluss vorgelegt wurden, enthielten ein Gestaltungskonzept für den Garten. Dieses Konzept wurde aber nur teilweise eingehalten und teilweise sehr stark verändert.

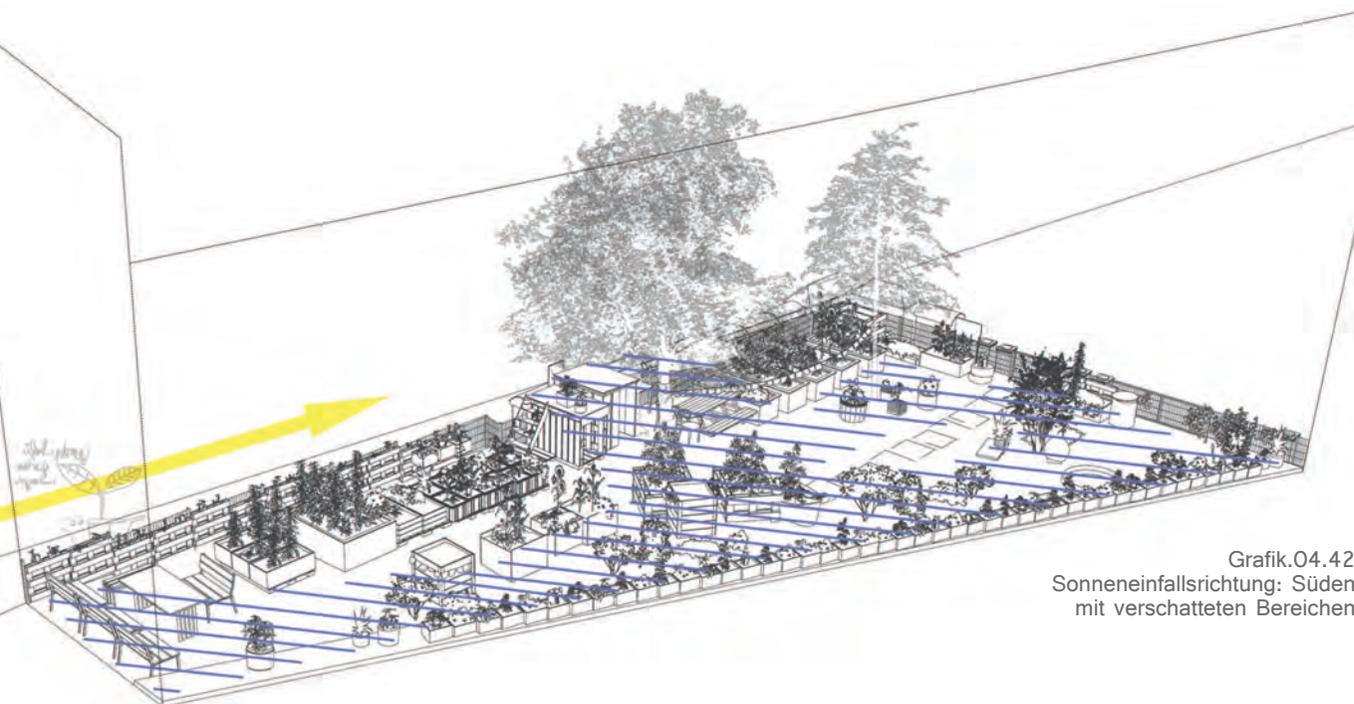
Das Grundprinzip der räumlichen Organisation besteht aus einem Wechsel zwischen sehr dicht bebauten Bereichen und relativ lose bespielten Bereichen. Dieser Wechsel ergibt sich Allem voran aus der eingeschränkten Belichtung des Gartens. Durch die hohe umliegende Bebauung und 3 Bäume auf dem Grundstück bleibt nur wenig Fläche für Pflanzen, die direktes Sonnenlicht benötigen.



Grafik.04.40
Grundprinzip der räumlichen Konfiguration



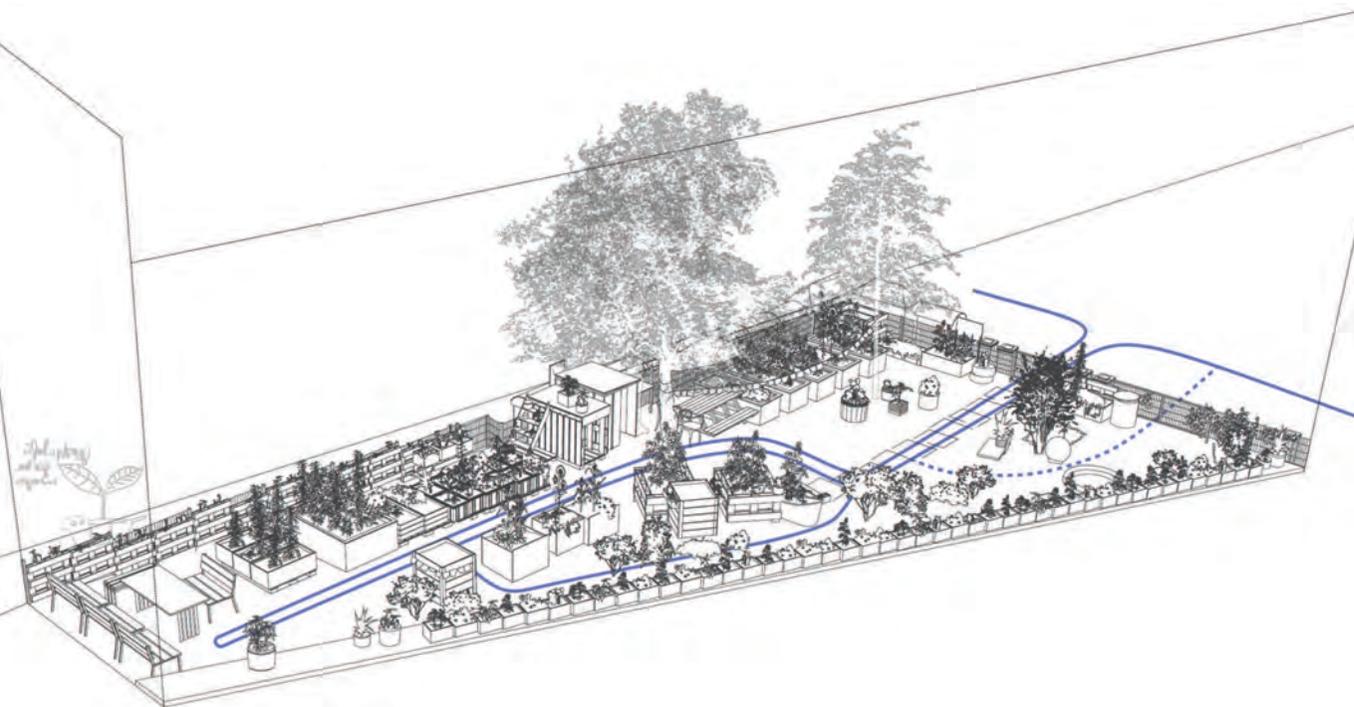
Grafik.04.41
Zuordnung der unterschiedlichen Nutzungsbereiche



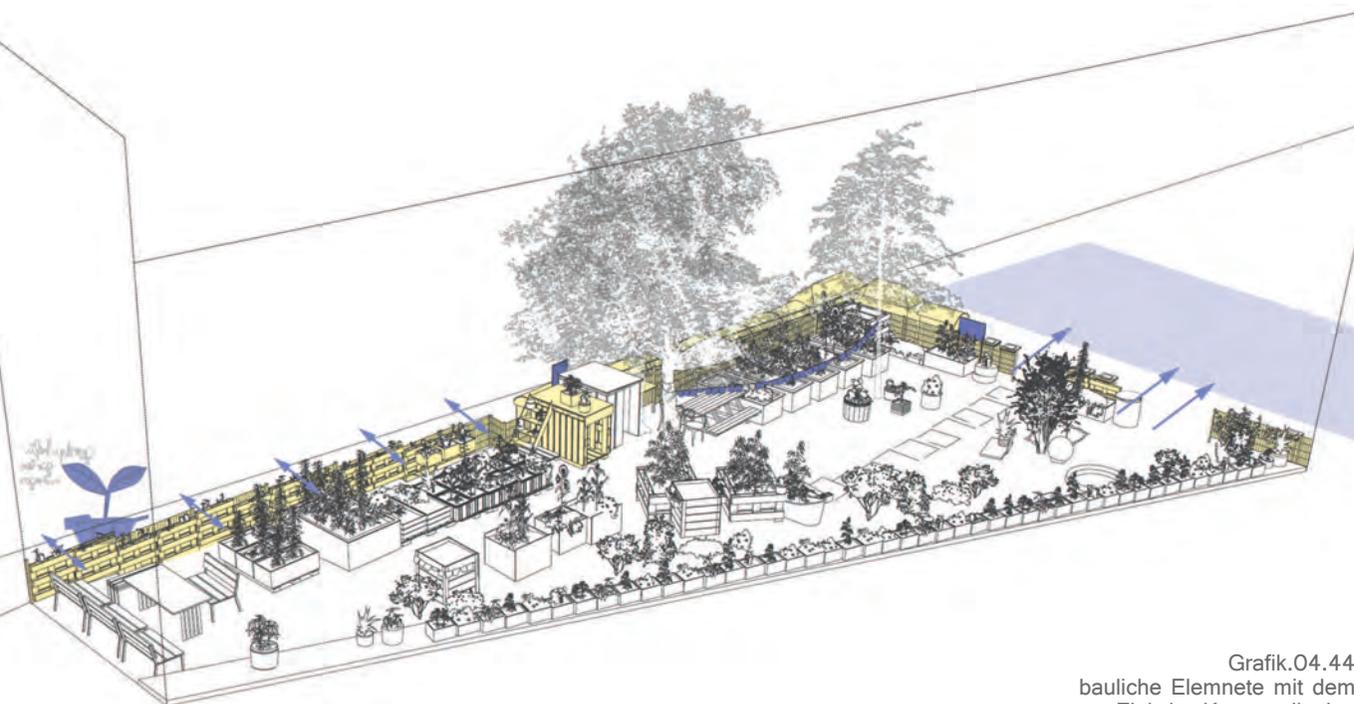
Grafik.04.42
Sonneneinfall: Süden
mit verschatteten Bereichen

So kam es in der ersten Bauphase im Frühling 2013 zu der Entscheidung, die Bereiche, die der Straße am nächsten liegen und am wenigsten verschattet sind, für eine dichte Anordnung von Beeten zu verwenden. Nachdem der Boden, aufbereitet wurde, begann der Bau von fünf großen Hochbeeten, die im vorderen, nördlichen Bereich des Gartens angeordnet wurden. Im südlichen Bereich wurden viele bepflanzte Getränkekisten aufgestellt. Die Anordnung ist dicht und rasterförmig. Zwischen den größeren Hochbeeten bleiben Streifen frei, die kleineren Plastikkisten werden direkt aneinander gestellt. Somit bilden sich die ersten zwei verdichteten Beetzonen in der ersten Saison des Gartens heraus. Als zweiter Schritt wurde vor dem angrenzenden Gebäude, der Kirchengasse 46, ein kleiner Puffer bestehend aus unterschiedlichen Sträuchern gepflanzt. Die Sträucher wachsen direkt in der Erde und sollen sowohl den BewohnerInnen im Erdgeschoß Privatheit bieten, als auch den unansehnlichen Sockel des Gebäudes verdecken. Die Sträucher sind wenig verdichtet. Dieser Bereich stellt die lockere Bebauung dar und ist auch oft verschattet. Vereinzelt werden hier Blumentöpfe und kleinere Elemente aufgestellt. Der Haupteinweg führt mittig durch das Gelände. Im südlichen Bereich des Gartens, der nicht von Mülltonnen verstellt ist, wurden Paletten am Zaun entlang angebracht, die ebenfalls als Beete dienen. Ein Gartentisch mit Stühlen wurde mittig, unter einem Baum als Mobiliar für GärtnerInnen aufgestellt. Eine kleine Gartenhütte zum Verstauen

- Nutzungszuordnung
- Gemeinschaftselemente: Möbel
 - Gemeinschaftsbeete, dichte Anordnung
 - Loose Anordnung von Sträuchern, Töpfen etc.
 - Lager, Kompost etc.
- Sonneneinfall
- Süden, Sonneneinfallrichtung
 - Schattige Bereiche



Grafik.04.43
Erschließungsschema



Grafik.04.44
bauliche Elemente mit dem
Ziel der Kommunikation

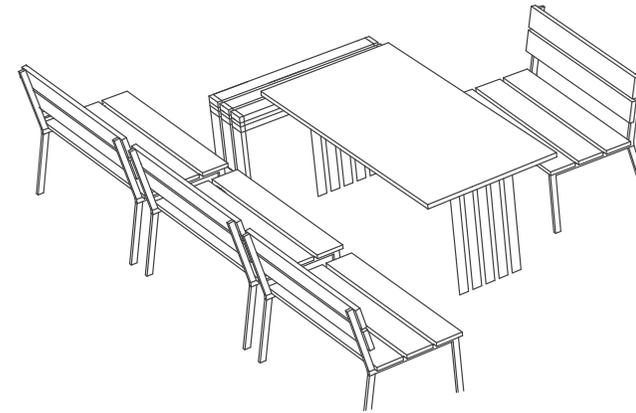
von Utensilien wurde an der südlichen Seite des Grundstückes, an der Feuermauer errichtet. Als Kommunikationselement mit PassantInnen, wurde eine Werbetafel an der Feuermauer des Gebäudes Kirchengasse 44 mit dem Logo der Salatpiraten und der Aufschrift „Gemeinschaftsgarten Kirchengasse. www.Salatpiraten.at“ übermalt.

In der zweiten Saison 2014 wurden noch einige Beete hinzugefügt. Der Puffer zum Gebäude hin, wurde durch eine lange Reihe von Pflanzenkisten noch verstärkt. Eine weitere relativ dichte „Beeteinsel“ wurde im mittleren Bereich des Gartens aufgestellt. Die Position der Gartenhütte hat sich verändert. Diese befindet sich an der Straßenseite, mittig im Garten. Im Allgemeinen wurde in der 2.Saison darauf geachtet, auf die Schwächen der Lage noch besser einzugehen. Die Mülltonnen, die über mehr als die Hälfte der Gartenlänge hin die Sicht auf die Straße blockieren, sind eine große Barriere für den Garten. Zusätzlich verstellen geparkte Autos die Sicht. Die Salatpiraten wollten so gut wie möglich den einsehbaren, südlichen Bereich zur Kommunikation mit den Vorbeigehenden nutzen. So wurde hier eine große Sitzecke gebaut und die Beete in diesem Bereich erweitert. Die Gartenhütte wurde an einem Ort aufgestellt, der ohnehin durch Mülltonnen verstellt ist. Ihr Dach wird für Blumentöpfe genutzt, die über den Mülltonnen emporragen. Generell wurde versucht, Pflanzen zu wählen, die in die Höhe wachsen um über die Tonnen hinweg, das Grüne sichtbar zu machen. Viele kleine Elemente und Projekte kamen hinzu, wie ein Insektenhotel oder ein eigens angesetzter Dünger.

- Erschließung
- Hauptwege durch den Garten
- Nebenwege durch den Garten
- - - Möglicher Weg bei Öffnung der Tore

- Kommunikationselemente
- Elemente zur Kommunikation
- Barrieren für die Kommunikation
- ➔ Richtung der Kommunikation

Der Bereich zum Vorplatz hin, bleibt sehr lose von Einzelementen bespielt. Einerseits weil er schlecht belichtet ist und andererseits um zu sichern, dass das große Tor weiterhin geöffnet werden und der Bereich für Feste genutzt werden kann. Es war den Salatpiraten von Anfang an wichtig, öffentbare Bereiche im Zaun zu haben. Aus diesem Grund wurde nicht nur ein schmales Gartentor errichtet, sondern zusätzlich ein breites, zweiflügeliges Tor. Es soll die Möglichkeit bieten, den Garten auf den Vorplatz hin zu öffnen und Personen zu motivieren, den Garten zu betreten. Der Bewuchs, der sich momentan schon um das Tor schlängelt, ist allerdings Zeuge dafür, dass die Öffnung nicht sehr häufig erfolgt. Der Zaun bleibt ein großes Problem für den Garten. Denn obwohl das Tor immer unverschlossen ist, stellt er, verstärkt durch die große Anzahl von hohen Mülltonnen, eine Barriere dar. So sehr sich der Verein auch bemüht diese zu überwinden wird es immer eine Hemmschwelle geben, in den umzäunten Garten einzutreten.



Grafik 04.45 (beide Seiten)
Gemeinschaftliche Beete
begrünte Reifen, Sitzcke

Ab.04.74 - 04.76
Gemeinschaftliche Elemente: bepflanzte Stiege,
Sommerbetreuung für Zimmerpflanzen, Beete



04.4.2 Rolle der Stadtverwaltung

Da sich der Gemeinschaftsgarten Kirchengasse auf einem Grundstück mit der Widmung Park und Erholungsfläche im Besitz der Gemeinde Wien befindet, ist er stark von dem Verhältnis mit der Stadtverwaltung abhängig. Nach anfänglichen Anfragen bei dem Gartentelefon der MA 42, wurde man an die zuständigen Stellen verwiesen. Alle konkreten Entscheidungen über Flächen, werden auf der Ebene des Bezirks getroffen. Glücklicherweise war vom Bezirksvorsteher Thomas Blimlinger die Umnutzung der Fläche zu einem Gemeinschaftsgarten erwünscht. (vgl. Rongitsch 2014) Als nächster Schritt folgte die Gründung des Vereins der Salatpiraten. Um in Verhandlungen mit der Stadt Wien über einen Nutzungsvertrag für eine Fläche treten zu können, ist die Vereinsgründung nötig. Dadurch soll verhindert werden, dass eine öffentliche Fläche in Privatbesitz übergehen oder gewinnorientiert vermarktet werden kann. Der Stadt Wien ist besonders wichtig, dass der öffentliche Charakter und die Zugänglichkeit einer Fläche erhalten bleiben.

Die Salatpiraten reichten eine Projektbeschreibung und einen Plan für den geplanten Gemeinschaftsgarten ein, worauf sie zu weiteren Gesprächen eingeladen wurden. Dem Verein wurden die Nutzungsrechte für das Betreiben eines Gemeinschaftsgartens auf der Fläche im 7. Bezirk zugesprochen. Normalerweise werden solche Verträge mit einem Jahr Laufzeit geschlossen, der Verein konnte aber 2 Jahre mit der Option auf Verlängerung ausverhandeln. Dies war wichtig um eine minimale Sicherheit zu haben, nicht alle Investitionen schon nach einem Jahr wieder aufgeben zu müssen. Für den Nutzungsvertrag mussten die Mindestanforderungen an einen Garten erfüllt werden, welche durch einen umgrenzenden Zaun und einen Wasseranschluss definiert sind. Außerdem müssen die Bauvorschriften eingehalten werden und eine Versicherung abgeschlossen werden. Der Nutzungsvertrag wurde bereits einmal verlängert. Die Gemeinde Wien lässt die GärtnerInnen frei gewähren. (vgl. ebd.)

Da Simone Rongitsch selbst Raumplanerin ist, konnte der Verein auf ein bestimmtes Know-how und Auftreten zurückgreifen, dass für die Gewährung des Vorhabens sicher wichtig war. Für Personen, die nicht aus dem Umfeld der Planung kommen, empfiehlt es sich Kontakt mit der Gebietsbetreuung aufzunehmen, die solche Vorhaben unterstützen kann. (vgl. ebd.)

Der Gemeinschaftsgarten Kirchengasse erhielt außerdem eine einmalige Förderung der Gemeinde Wien, die dem ersten Gemeinschaftsgarten pro Bezirk zusteht.

Diese Förderung ist eine Einmalzahlung in der Höhe von maximal 3.600,00€. Nach der Errichtung des Gartens, können alle Rechnungen eingereicht werden. Die Förderung deckt nur Kosten ab, die sich spezifisch auf das Gärtnern beziehen. Kosten für Flyer, Give-aways, Homepage etc. werden davon nicht abgedeckt. Der Verein Salatpiraten erhielt eine Summe, die deutlich unter dem Maximalbetrag lag. Viele Anschaffungen mussten aus der Vereinskasse bezahlt werden. (vgl. ebd.)

Der Gemeinschaftsgarten Kirchengasse hatte zwei entscheidende Vorteile gegenüber anderen Projekten, die eine positive Erfahrung im Umgang mit der Gemeinde Wien ermöglichten. Erstens übten einige Gründungsmitglieder eine planende Profession aus und hatten dadurch Vorteile in der Kommunikation mit öffentlichen Stellen. Zweitens kam ihnen die politische Lage im 07. Bezirk zugute, der sie die Unterstützung des Bezirksvorstehers zu verdanken hatten. Denn ohne dessen Zustimmung ist weder ein Nutzungsvertrag über eine Fläche möglich, noch kann um die Förderung für Gemeinschaftsgärten angesucht werden. Bei einem politischen Wechsel wäre eine Auflösung des Nutzungsvertrages also durchaus denkbar.



ÜBERSICHT GEMEINSCHAFTSGARTEN KIRCHENGASSE



5.

UTOPIE

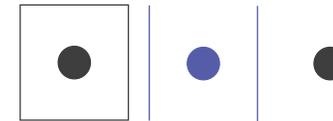


MITGESTALTUNG VON STADTRÄUMEN !

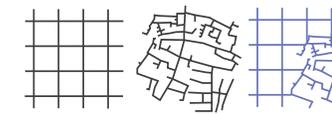
FÖRDERUNG VON URBANER LANDWIRTSCHAFT !

- TRIFFT ZU
- Trifft nicht zu

RÄUMLICHE STRUKTUR



- Geschlossene Raumstruktur
- HALBOFFENE RAUMSTRUKTUR**
- Offene Raumstruktur

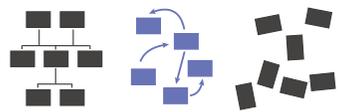


- Geplante Entwicklung
- Ungeplante Entwicklung
- MISCHFORM**



- Hierarchische Planung
- INDIVIDUELLE PLANUNG**
- KOLLEKTIVE PLANUNG**

ORGANISATIONSSTRUKTUR



- Gut organisiert
- LOSE ORGANISIERT**
- Chaotisch



- Exklusiv
- Teilweise zugänglich
- INKLUSIV**



- Hierarchische Organisation
- REPRÄSENTATIVE ORGANISATION**
- Kollektive Organisation

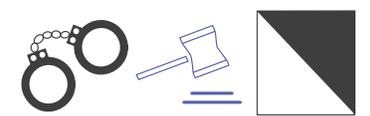
HANDLUNGSSTRATEGIEN DER STADTPLANUNG



- VERTRAG MIT DER STADT**
- Duldung durch Die Stadt
- Ablehnung von der Stadt



- ERMÖGLICHEN**
- Coachen
- Erobern



- Keine rechtliche Grundlage
- RECHTLICHE GRUNDLAGE**
- Rechtlicher Graubereich

04.5. Analyseergebnisse

Abschließen soll in diesem Kapitel für alle analysierten Projekte festgehalten werden, wie erfolgreich die selbst entworfene Utopie in die räumliche Ausformung übersetzt wurde und wie die Stadtverwaltung auf die einzelnen Projekte reagiert hat. Dieses Kapitel bietet einen kurzen Überblick über die 5 Analysierten Projekte und versteht sich als Zusammenfassung dieser. Da die Projekte Nr. 3,4 und 5, also die aktuellen Projekte, genauer untersucht werden konnten, kommt es im Vergleich auch zu einer fundierten Bewertung dieser 3 Projekte.

04.5.1 Ergebnisse der räumlichen Analyse

Dieser Abschnitt widmet sich zusammenfassend der Frage *1. Finden sich die Utopien der Selbermachenden auch in den tatsächlich geschaffenen Räumen wieder?* Es werden Ergebnisse der 5 Analysen betreffend der räumlichen Ausformung präsentiert.

Folgende Zeichen wurden entwickelt um die erreichten Ziele zu veranschaulichen:

Die Ziele der Selbermachenden finden sich in den geschaffenen Räumen....



...(FAST) VOLLKOMMEN WIEDER



...TEILWEISE WIEDER



...NICHT WIEDER

① Siedlerbewegung

Hier wird auf die räumliche Ausformung der Siedlungen in der 2. Phase der Siedlerbewegung eingegangen zwischen 1921 und 1924, da man zu dieser Zeit noch von Selbermachen im Sinne von eigeninitiiertem Handeln sprechen kann. In dieser Phase wurden Siedlungen durch Genossenschaften errichtet und die genossenschaftliche Ideologie von Egalität und Selbstbestimmung zeichnet sich an der räumlichen Gestaltung der Siedlungen ab. Zentral gelegen befand sich das Gemeinschaftsgebäude, das für zahlreiche Aktivitäten Platz bot und jedem offen stand. Es galt als das "Herz" einer Siedlung, ebenso repräsentativ zeigte es sich auch nach außen hin. Im Vergleich zu den standardisierten, einfach zu errichtenden Siedlungshäusern, war die Gestaltung des Gemeinschaftsgebäudes nicht von demselben Effizienzgedanken geprägt (Siehe S.126 und 127, Genossenschaftshaus der Siedlung Rosenhügel).

Die einzelnen Siedlungshäuser waren standardisiert und glichen einander meist vollkommen. Die zukünftigen NutzerInnen, die in etwa 30% der Arbeitsleistung am Bau übernahmen, erfuhren erst nach Fertigstellung eines Gebäudes durch Losentscheid, welche Familie einziehen sollte. Die Ablehnung von Eigentum und die Aufgabe von individuellen Interessen zugunsten des Kollektivs, spiegelte sich in den standardisierten, schlichten Siedlungsgebäuden wieder. Warum es jedoch bei der Errichtung von Einfamilienhäusern blieb und die genossenschaftliche Organisation sich nicht noch weiter vorwagte um andere Wohnformen vorzuschlagen, bleibt unklar. Die Utopie der SiedlerInnen in der 2. Phase, die genossenschaftliche Organisation und Selbstverwaltung, ist an der räumlichen Ausformung der geschaffenen Siedlungen deutlich zu erkennen.

In den folgenden Phasen der Bewegung veränderten sich die Umstände gravierend.

② Häuserbesetzungen der 1970er Jahre: Arena

Da jede Hausbesetzung anders verlaufen ist, widme ich mich bei dieser Analyse speziell der Besetzung des Ausländerschlachthofs Arena.

Die Utopien der BesetzerInnen richteten sich vor allem gegen die bürokratische, von oben herab planende Stadtverwaltung. Die Forderungen nach Selbstbestimmung, nach selbstverwalteten Freiräumen für Kunst und Kultur, nach Mitbestimmung und allem Voran die Teilhabe Aller an diesen

Prozessen, stellten die zentralen Anliegen der BesetzerInnen dar. In den 104 Tagen der Besetzung wurde das Gelände des Ausländerschachthofes mit unterschiedlichsten Nutzungen bespielt. Bemerkenswert ist, wie inklusiv die Bewegung agierte, es wurden für alle, die den Bedarf hatten, Räume geschaffen. So entstand das Simmeringerhaus für eine Gruppe Jugendlicher aus der Umgebung, oder das Soldatenhaus, zur Beratung von Personen, die zum Bundesheer eingezogen werden sollten. Es ist kaum vorstellbar wie diese heterogene Gruppe auf dem Gelände koexistierte. Sogar Sozialleistungen, wie die Beratung von Jugendlichen oder Soldaten, wurden geleistet.

Das Komitee zur Verhandlung mit der Gemeinde Wien war basisdemokratisch gewählt, in die regelmäßigen Sitzungen konnte sich jeder einbringen. Auf dem Ausländerschlachthof St.Marx wurde für kurze Zeit die Utopie der BesetzerInnen von Freiräumen für Kunst und Kultur sowie deren Selbstverwaltung Realität. Sie schufen tatsächlich den inklusiven Raum, der Allen zugänglich war und von Allen Mitbestimmt werden konnte, den sie forderten. Es ist ungeklärt, ob die Utopien auch dann noch so gut vertreten worden wären, wenn sich die Nutzung längerfristig gehalten hätte.

③ Gemeinschaftsgarten Donaukanal

Die Utopie des Vereins Gemeinschaftsgarten Donaukanal ist mehr frei zugängliche, antikommerzielle Räume in der Stadt zu schaffen und intransparente, gewinnorientierte Vergabe von urbanen Flächen zu bekämpfen. Diese Utopie wird auch in der räumlichen Umsetzung des Gartens weitgehend erfüllt. Der Verein kommuniziert offen und transparent und hat keine Kriterien für die Auswahl neuer Mitglieder. Die räumliche Struktur ist kommunikativ und jederzeit für alle offen. Die Institutionen des Gemeinschaftens nach Stavrides (siehe Kapitel 02), die Mechanismen, die die Praktiken des Gemeinschaftens regulieren, (vgl. Stavrides 2014a, S.86) und damit auch die entstehenden Räume beeinflussen, sind im Gemeinschaftsgarten Donaukanal sehr stark ausgeprägt. Entscheidungen werden gemeinschaftlich gefällt, in Diskussionen wird immer wieder die Grundstruktur des Projektes neu verhandelt. Raumbildende Elemente sind Teil dieser grundlegenden Diskussion, der Verein versucht kontinuierlich den Kontakt mit PassantInnen zu verbessern und seinen Anliegen klarer auszu-drücken. Die erträumte Utopie wird im Garten schon teilweise gelebt. In Konflikt mit der Idee steht die Zuteilung der Beete an einzelne Personen. Dadurch werden im öffentlichen Raum private Teilbereiche

geschaffen. Auch die Anzahl der Vereinsmitglieder wird damit eingeschränkt, da nur endlich viele Beete auf dem Areal Platz finden. Dieses Thema wird intensiv im Verein derzeit diskutiert. Eine weitere Gefahr besteht durch die Lage auf dem privat gepachteten Grundstück der Adria Wien. Da der Pächter die Fläche zur Verfügung stellt, [Anm: was er laut Masterplan muss] wirbt er auch mit dem Projekt, beispielsweise auf der Homepage und verwendet Möblierung, die ästhetisch an den Garten angelegt ist. (<http://www.adriawien.at/gemeinschaftsgarten-donaukanal>) So wird der Verein, der gegen die weitere kommerzielle Nutzung des Donaukanals agiert, teilweise zum Werbeträger für einen kommerziellen Nutzer.

Die Vereinsmitglieder des Gemeinschaftsgartens Donaukanal bemühen sich sehr, ihre Anliegen nach Außen zu tragen. Leider werden diese Bemühungen durch das Verharren bei Privatbeeten und durch äußere Umständen leicht geschwächt.

④ Längenfeldgarten

Da die GärtnerInnengruppe im Längenfeldgarten momentan sehr heterogen ist, ist es nicht möglich eine gemeinschaftliche Utopie für das Projekt zu definieren. Die Ziele reichen von dem Wunsch nach mehr Grün in der Stadt, zu Selbstversorgung, von der Freude am Garteln und an den sozialen Beziehungen im Garten, zur Recht auf Stadt Thematik. Aus diesem Grund ist es auch schwer zu analysieren, ob der Garten räumlich die Zielsetzung erfüllt. Die räumliche Ordnung entspricht eindeutig nicht mehr den Vorstellungen der GründerInnengeneration des Gartens, die alle Beete gemeinschaftlich betreut und Entscheidungen konsensual getroffen hat. Momentan wird klar, dass das Fehlen einer Organisationsstruktur und einer erlebbaren Gemeinschaftsstruktur auch räumlich sichtbar wird. Es gibt kein Mobiliar und kaum Elemente im Garten, die gemeinschaftlich genutzt werden. Objekte wie Wassertonnen, Aufbewahrungsboxen und Unterstände stehen etwas unmotiviert und unstrukturiert im Garten. Aus demselben Grund entstehen aber auch interessante Phänomene, da GärtnerInnen sehr individuelle Entscheidungen treffen können und sich deshalb die seit 2014 neu angelegten Beete formal nicht an den bestehenden orientieren. Neue Ideen wie das Begrünen des Basketballzaunes, das Errichten einer Sandkiste oder über die bisherige „Grenze“ des Gartens hinausgehender Beete werden einfach auf Eigeninitiative umgesetzt. So kann auch Jeder oder Jede



ein neues Beet errichten und an der Guerilla Gardening Aktion teilnehmen. Sehr unterschiedliche Arten, Beete zu bepflanzen sind mittlerweile im Garten sichtbar. Einige GärtnerInnen betreiben ernsthafte Landwirtschaft, sie pflanzen nur eine oder zwei Pflanzensorten pro Beet in engen Reihen an um mehr Ertrag zu sichern. Andere setzen eine Mischung aus Zier- und Nutzpflanzen, wobei eher der Spaß als der Ertrag im Vordergrund steht. Der Umgang mit dem Raum ist definitiv unbürokratisch und individuell, führt manchmal aber auch zu Spannungen in der Gruppe. Das Fehlen jeglicher Institutionen des Gemeinschaftens führt tendenziell dazu, dass sich stärkere Interessen gegenüber Schwächeren – auch räumlich – durchsetzen.

Die Allgemeine Bewertung fällt schwer, da der Garten sich aber so weit von seiner ursprünglichen Intention entfernt hat, findet sich nur mehr wenig von der einstigen Utopie in der räumlichen Gestaltung wieder

⑤ Gemeinschaftsgarten Kirchengasse

Die Utopie der Salatpiraten ist einerseits die Förderung von Landwirtschaft im urbanen Raum – der „Zukunftslandwirtschaft“– und andererseits das Aufzeigen von Möglichkeiten, den urbanen Raum mitzugestalten. In der räumlichen Gestaltung des Gartens kommen viele unterschiedliche Formen, Materialien zu recyceln und zu bepflanzen zum Einsatz. Neben den Standard- Hochbeeten werden beispielsweise Paletten, Zäune, Kisten, Autoreifen und eine Badewanne begrünt. Dies fungiert als Vorbild für interessierte GärtnerInnen. Eine wirkliche Zukunftslandwirtschaft ist für mich aber nur unter dem Aspekt erkennbar, dass der Garten mitten im urbanen Gebiet liegt, die Anbaumethoden sind relativ herkömmlich. Man könnte wohl auch darüber streiten, ob in dem Garten Landwirtschaft betrieben wird, oder ob es sich um Garteln handelt, denn die Erträge halten sich in Grenzen.

Der wichtigste Aspekt des Gartens ist seine Lage in der Stadt, die sehr gewagt und mitunter provokant gewählt ist. Da es im 07. Bezirk sehr wenige Frei- und Parkflächen gibt, ist der Garten ein starkes Statement dafür, dass Gemeinschaftsgärten auch im dicht bebauten Raum möglich sind. Problematisch kann in dieser Hinsicht der Zaun gesehen werden. Denn obwohl das Gartentor immer unversperrt ist, baut der Zaun eine physische und psychische Hürde auf, den Garten wirklich zu betreten. Aus Beobachtungen und Gesprächen zu schließen, betreten kaum unbeteiligte Personen

den Garten. Der Zaun, verstärkt noch durch die große Anzahl der Mülltonnen, verhindert eine vollkommene Eingliederung des Gartens in die Umgebung. Paradoxer Weise wird dieses Element von der Stadt Wien selbst vorgeschrieben, die doch die Öffentlichkeit des Grundstücks so stark fordert. Die Umzäunung und die dadurch entstehenden Hindernisse lassen Zweifel daran zu, wie öffentlich die Fläche in Wirklichkeit noch ist. Der Verein versucht diesen Tendenzen entgegenzuwirken, mitunter durch das Organisieren von Veranstaltungen und die gute Kommunikation via Gespräche, Schilder, Homepage etc.

Der Verein steht jederzeit InteressentInnen für einen Eintritt offen. Alle Beete werden gemeinschaftlich betreut, was in Wien einen Sonderfall darstellt. Jedes Mitglied darf anpflanzen und auch ernten.

Unter dem Gesichtspunkt, dass die Fläche vor der Gründung des Gartens kaum genutzt wurde, ist der Garten auf jeden Fall eine Verbesserung. Ohne Frage wurde die Fläche räumlich aufgewertet und schafft neue Aufenthaltsqualitäten. Diese müssen noch mehr nach außen getragen werden.



DIE ZIELE DER SELBERMACHENDEN FINDEN SICH IN DEN GESCHAFFENEN RÄUMEN...



- großer persönlicher Einsatz der SiedlerInnen

+ offene, zentrale Gemeinschaftsräume
Für Alle zugänglich
Demokratische Entscheidungsfindung
Hochwertige Siedlungen
Gute Organisation



- Kurze Besetzungsdauer

+ offener, zugänglicher Raum
Demokratische Entscheidungsfindung
Kunst- und Kulturprogramm
Heterogene Gruppe
Betreuungsangebote



- Privatbeete
Instrumentalisierung durch Pächter

+ offener, zugänglicher Raum
Demokratische Entscheidungsfindung
Gemeinschaftsbeete
Diskussionskultur/ Weiterentwicklung



- Uneinigkeit in Zielsetzung
Privatbeete
Wenig interne und externe Kommunikation: Konflikte

+ unbürokratische Organisation
heterogene Gruppe
individuelle Entscheidungsfreiheit
Ergänzung des Parks



- Umzäunung: Hürde für Zugänglichkeit
wenig innovative Landwirtschaftsform

+ individuelle Entscheidungsfreiheit
Gemeinschaftsbeete
Gute interne und externe Kommunikation
Aufwertung der Fläche

04.5.2 Ergebnisse betreffend der Rolle der Stadtverwaltung

Auf den folgenden Seiten wird die Rolle der Stadtverwaltung im Umgang mit den Initiativen zusammenfassend dargestellt um die Frage 2. Welche Rolle nimmt die Stadtverwaltung in Wien momentan gegenüber dem Selbermachen ein? zu behandeln.

Dazu kommen Handlungsstrategien für die Stadtverwaltung aus Kapitel 03 zur Anwendung. Diese Strategien wurden aus dem Buch *Urban Catalyst* übernommen. Des Weiteren wurden die 6 Strategien um 3 Weitere, um das Kriminalisieren, das Dulden und das Umgehen erweitert.

Kriminalisieren bedeutet, dass die Stadtverwaltung gegen ein Projekt im Stadtraum mit rechtlichen Mitteln vorgeht. Wenn ein Projekt Geduldet wird, befasst sich die Stadtverwaltung nicht weiter damit, es erfolgt also weder eine Unterstützung noch eine Untersagung des Projektes. Das Umgehen soll bedeuten, dass die Stadtverwaltung als Akteurin umgangen wird, indem zum Beispiel mit einem/ einer privaten AkteurIn zusammengearbeitet wird.

Folgende Symbole finden in der zusammenfassenden Darstellung Anwendung:



INITIIEREN



FORMALISIEREN



COACHEN



KRIMINALISIEREN



ERMÖGLICHEN



DULDEN



EROBERN



UMGEHEN



INSTRUMENTALISIEREN

① Siedlerbewegung

Die Stadtverwaltung von Wien fasste den Entschluss, die Siedler zu unterstützen um das ungeplante Siedeln am Stadtrand zu unterbinden. Das neu gegründete Siedlungsamt hatte die Aufgaben Flächen zu beschaffen, in planungs- und bautechnischen Fragen zu beraten und finanzielle Hilfe zu gewähren. Diese Strategie kann als Ermöglichen und Coaching bezeichnet werden. Erst in der 3. und 4. Phase der Siedlerbewegung folgte eine Instrumentalisierung durch die Gemeinde Wien.

② Häuserbesetzungen der 1970er Jahre: Arena

Nach der Besetzung der Arena stellten die BesetzerInnen Forderungen an die Stadtverwaltung in Wien. Sie traten mit einem Komitee in die Verhandlungen mit der Gemeinde ein. Die Forderungen der BesetzerInnen wurden zwar abgelehnt, es gab aber ein Angebot als Alternative das Gelände des Inländerschlachthofes zu übernehmen. Die BesetzerInnen nahmen das Angebot vorerst nicht an. Da das besetzte Gelände jedoch trotzdem von der Stadtverwaltung verkauft wurden und einige Mitteln wie zum Beispiel das Abstellen von Elektrizität, eingesetzt wurden um die Besetzung zu erschweren, verließen die BesetzerInnen den Ausländerschlachthof. Der Alternativvorschlag wurde von einigen doch angenommen und wird heute als kommerzielle Veranstaltungsstätte geführt, was als Formalisierung der Bewegung bezeichnet werden kann.

③ Gemeinschaftsgarten am Donaukanal

In diesem Fall bestand die Rolle der Stadtverwaltung darin, mit einem Top-down Planungselement, dem Masterplan, geeignete Vorbedingungen zu schaffen. Durch die Regulierung von Investorenflächen und die Vorschreibung eines "öffentlichen Mehrwerts" für einen Teil der Flächen am Donaukanal, wurde den GärtnerInnen die Flächenbeschaffung erleichtert. Die Nutzung war von der Stadtplanung nicht initiiert, aber sie wurde ermöglicht.

Der Verein Gemeinschaftsgarten Donaukanal hat selbstständig alle organisatorischen Hindernisse überwunden und übt sowohl Kritik an InvestorInnen, als auch an der Stadtverwaltung, die intransparent Flächen an diese übergibt. Deshalb kann die Strategie ebenso als Erobern bezeichnet werden.

Durch den Vertrag mit einer Privatperson, dem Pächter der Fläche umging der Gemeinschaftsgarten die bürokratischen Mechanismen der Stadtverwaltung. Leider kommt es deshalb aber auch zu einer Instrumentalisierung des Gemeinschaftsgartens, nicht durch die Stadtregierung sondern durch einen privaten Akteur.

④ Längenfeldgarten

Der Längenfeldgarten ist ein Guerillagarten und wurde durch eine Landnahme angelegt. Die GärtnerInnen eroberten die Fläche um ihre politischen Botschaften an die Stadtverwaltung verbreiten zu können.

Die eingenommene Fläche ist eine öffentliche Parkanlage und befindet sich im Besitz der Gemeinde Wien. Die Stadtverwaltung duldet in diesem Fall die Besetzung der Fläche schon seit einigen Jahren ohne Stellung dazu zu beziehen.

⑤ Gemeinschaftsgarten Kirchengasse

Die GründerInnen des Gartens traten frühzeitig in Verhandlungen mit der Stadt Wien um Zugang zu der Fläche bekommen, die als Park und Erholungsfläche gewidmet ist. Nach der Vereinbarung von Konditionen, wurde von der Stadtverwaltung ein Nutzungsvertrag für den Verein ausgestellt, der vorerst 2 Jahre gültig ist und bereits ein Mal verlängert wurde. Durch Kooperation mit der Stadtverwaltung wurde die Umsetzung des Gartens ermöglicht und eine einmalige finanzielle Förderung gewährt. Der gesamte Organisationsaufwand lag bei den GärtnerInnen selbst, die mit dem Garten wichtige Themen der urbanen Landwirtschaft ansprechen wollen.

HANDLUNGSSTRATEGIEN DER STADTVERWALTUNG

| | | | | |
|-----------|------------------------|----------------------|--|---|
| <p>1.</p> | <p>COACHEN</p> | <p>ERMÖGLICHEN</p> | <p>(INSTRUMENTALISIEREN)</p> <p>In Phase 3 und 4</p> | |
| <p>2.</p> | <p>KRIMINALISIEREN</p> | <p>FORMALISIEREN</p> | | |
| <p>3.</p> | <p>EROBERN</p> | <p>ERMÖGLICHEN</p> | <p>UMGEHEN</p> | <p>(INSTRUMENTALISIEREN)</p> <p>Durch privaten Akteur</p> |
| <p>4.</p> | <p>EROBERN</p> | <p>DULDEN</p> | | |
| <p>5.</p> | <p>EROBERN</p> | <p>ERMÖGLICHEN</p> | | |

VOR- UND NACHTEILE DER HANDLUNGSSTRATEGIEN FÜR DIE PROJEKTE

- | | |
|--|--|
| <p>-</p> <p>Verlust des Genossenschaftsgedankens durch Instrumentalisierung in Phase 3,4</p> | <p>+</p> <p>Hochwertige Siedlungsprojekte Inklusiv, auch für Kapitalschwache Funktionierte abseits der Marktwirtschaft Zusammengehörigkeitsgefühl Selbstverwaltung</p> |
| <p>-</p> <p>kurze Besetzungsdauer Freier Kunst- und Kulturraum verhindert</p> | <p>+</p> <p>Vorbildwirkung</p> |
| <p>-</p> <p>Instrumentalisierung durch Privateigentümer Auflösung jederzeit möglich</p> | <p>+</p> <p>Masterplan als Regulierungselement Durch Umgehen wenig Bürokratie Keine Vorschriften durch Stadtverwaltung Kritik an Stadtverwaltung möglich</p> |
| <p>-</p> <p>Auflösung jederzeit möglich Keine rechtliche Sicherheit Kriminalisierung möglich</p> | <p>+</p> <p>unbürokratisches Agieren Kritik an Stadtverwaltung möglich Keine Vorschriften durch Stadtverwaltung</p> |
| <p>-</p> <p>Vorschriften der Stadtverwaltung: Zaun, Vereinsgründung</p> | <p>+</p> <p>Rechtliche Absicherung Förderung durch Stadtverwaltung</p> |

Conclusio

Utopie – Raum - Realität

Nach Elke Krasny, ist das Selbermachen im urbanen Raum die Folge von Krisen. Da die Bewältigung der Krisen von offizieller Seite aus nicht oder nur unzulänglich erfolgt, greifen Personen auf Selbstinitiative zurück. (Krasny 2012b) Ich möchte den Begriff Krise breiter fassen, als in seiner rein ökonomischen oder humanitären Bedeutung. Das bedingt auch, über das Selbermachen als eine Folge von ökonomischem Druck hinwegzublicken, zu anderen Formen der Eigeninitiative. Die oben genannte Krise kann von einer ganz individuellen Natur sein, wie beispielsweise die Unzufriedenheit mit der eigenen Arbeitssituation oder dem Wohnumfeld. Sie kann auch von ideeller oder politischer Natur sein, ein untragbarer Gesellschaftszustand, die Dominanz von neoliberalen Praktiken, eine schlecht funktionierende Stadtplanung oder ähnliches.

Bleiben diese politischen Anliegen keine bloße Kritik in Wort oder Bild, sondern werden in gebauten Strukturen übersetzt, so spricht man von Selbermachen als politischer Aktivismus. Diese Form des Selbermachens erscheint für die Planung besonders relevant zu sein, da auf einen gesellschaftlichen Mangel reagiert wird indem ein Gegenbild dazu entworfen wird. Dieses Gegenbild wird unmittelbar im gebauten Raum getestet. Strategisch agieren PlanerInnen in ihrem Betätigungsfeld ähnlich. Sie lokalisieren Probleme oder Potenziale und versuchen mit einer räumlichen Intervention die Situation zu verbessern. Die Strategie von Planenden, die meist langfristig und starr ist, unterscheidet sich in den meisten Fällen aber maßgeblich von der Taktik der Selbermachenden, die prozessorientiert und wandelbar ist.

Die von den Selbermachenden entworfene Utopie ist bei der Umsetzung in die Realität - in den tatsächlichen gebauten Raum - stets von Hürden gekennzeichnet. Die Utopien werden an der Realität getestet und müssen teilweise kompromittiert werden. Bereits kleine Eigeninitiativprojekte im Stadtraum können als Versuch gesehen werden, eigene Gesellschaftsentwürfe im Raum zu erproben. Die Räume, die dabei entstehen, müssen sich an den Anforderungen der zuvor entworfenen Utopie messen. Blickt man auf die 5 analysierten Projekte zurück, so ist erkennbar, dass diese Ansprüche

unterschiedlich gut erfüllt wurden. Warum waren manche Initiativen erfolgreicher als Andere? Warum haben einige des Fokus auf das ursprüngliche Ziel verloren?

Eine entscheidende Qualität des Selbermachens ist das kontinuierliche Infragestellen von Entscheidungen und Entwicklungen. Das Ziel der Umsetzung ist nicht von vornherein vorgegeben, es entwickelt sich während der Entstehung weiter und ermöglicht es somit, auf neue Fragestellungen einzugehen und auf Veränderungen zu reagieren.

Durch die intensive Auseinandersetzung mit einem Projekt werden Schwächen und Probleme schnell erkannt und es kann eine Reaktion gesetzt werden. Das gesamte Projekt ist ein Prozess, der bei der Gruppen- und Organisationsstruktur beginnt und sich in der räumlichen Gestaltung manifestiert. Während des Prozesses werden die AkteurInnen mit der Umgebung vertraut, können die Reaktionen von Außenstehenden betrachten und ihre eigenen Aktionen kritisch hinterfragen. Diese Erfahrungen fließen wiederum ohne große Zeitverzögerungen in die Projekte ein und somit werden Ergebnisse erzielt, die ohne den Prozess nie möglich gewesen wären. Sie schaffen Räume, die nie fertiggedacht sind und deshalb immer Potenzial für Veränderung und Erneuerung bieten. Die herkömmliche Planung, die schon im Vorhinein ein Endziel definiert, schließt dieses kontinuierliche Lernen von der Situation und den involvierten AkteurInnen aus. Insofern können PlanerInnen von Selbermachenden lernen, dass die Qualität eines Projektes im prozesshaften Lernen liegt und nicht in der Definition eines Endzustandes.

Dieser Prozess des Hinterfragens und Diskutierens ist aber nicht durch das Selbermachen per se gegeben, er muss aktiv von den AkteurInnen forciert werden. Am Vergleich zwischen Donaukanalgarten und Längenfeldgarten lässt sich zeigen, wie das Vorhandensein, bzw. das Fehlen eines Diskussionsprozesses ein Projekt prägen kann.

Den BetreiberInnen des Donaukanalgartens war die Schaffung eines frei zugänglichen, öffentlichen Raumes immer ein zentrales Anliegen. Wenn komplett freier Zutritt ohne Zaun jedoch in der Realität dazu führt, dass die gesamte Ernte ausfällt oder Teile des Gartens zerstört werden, führt dies schnell zu Forderungen nach mehr Kontrolle des Zugangs.

Nur ein kontinuierlicher Diskussionsprozess kann Tendenzen, die sich gegen die Grundsätze eines

Projektes stellen, langfristig entgegenwirken, denn die verfolgten Ziele müssen immer wieder neu geschärft und definiert werden. Die Diskussion festigt sowohl das Ziel, als auch den sozialen Zusammenhalt der Gruppe. Im Falle des Gemeinschaftsgarten Donaukanal, wird noch immer explizit darauf verzichtet, Kontrollmechanismen einzuführen, weil sie gegen die grundlegende Utopie des Vereins verstoßen würden.

Im Längenfeldgarten findet diese gemeinschaftliche Diskussion und Entwicklung momentan nicht statt. Es gibt keine gemeinsame Vision der GärtnerInnen, auch in der räumlichen Gestaltung zeigt sich durch das Fehlen jeglichen Mobiliars der lose Gruppenzusammenhalt und die nicht existenten Diskussionen. Diese werden zwar ausgetragen, jedoch nur zwischen einzelnen AkteurInnen und nie in der gesamten Gruppe. Aus der Unklarheit über das gemeinsame Ziel entstehen auch immer wieder Konflikte. Momentan scheinen sich die stärkeren AkteurInnen mit ihren Anliegen einfach durchzusetzen und somit die anfängliche Botschaft des Gartens zu untergraben.

Will man das politische Anliegen, die anfänglich erdachte Utopie, über längere Zeit glaubwürdig im Stadtraum leben, so sind die Institutionen des Commoning entscheidend. (Siehe Kapitel 02) Als „Mechanismen die Praktiken des Gemeinschaftens regulieren“ (Stavrides 2014a S.87) sollen sie die Anhäufung von Macht bei einer Person oder einer Personengruppe verhindern. Das bedeutet das Recht jedes Beteiligten gleichermaßen zu wahren. Des Weiteren muss die Kommunikation mit und die Integration von außenstehenden AkteurInnen stetig gefördert werden. Die Institutionen des Commoning sollen verhindern, dass eine Gruppe exklusiv wird, das heißt keine neuen Mitglieder mehr aufnimmt oder Außenstehenden keinen Zugang mehr gewährt.

Für das politische motivierte Selbermachen ist es unerlässlich an einer Struktur zu arbeiten, die diese Aufgaben erfüllt. Das Recht, einen Raum in der Stadt für sich zu beanspruchen, kann nur dann vertreten werden, wenn dieser Raum offen und inklusiv gestaltet wird. Die Art und Weise, wie die Organisationsstruktur einer Gruppe funktioniert, ist entscheidend für die räumliche Ausformung eines Projektes. (vgl. ebd.87f)

Diese Aussage kann auch an den analysierten Beispielen beobachtet werden. Projekte mit starken, basisdemokratischen Organisationsstrukturen wie die Siedlerbewegung oder der Gemeinschaftsgarten

Donaukanal waren eher erfolgreich in der Umsetzung ihrer Utopie in die Realität.

An dieser Stelle könnte der Vorwurf kommen, dass das Selbermachen eine Stärke daraus bezieht, flexibel und unbürokratisch zu agieren und feste Organisationsstrukturen oder Institutionen diesem Charakteristikum im Weg stünden. Institutionen müssen jedoch nicht starr und bürokratisch sein, sie können offen und flexibel sein, wie beispielsweise offene Diskussionsplattformen oder Plena. Wichtig ist dass Jeder und Jede, auch Außenstehende dort Gehör finden und eine Diskussion möglich ist. Die Institutionen müssen eine Weg finden um die Differenzen von heterogenen Gruppen anzunehmen und mit ihnen umzugehen.

Hier kann die Besetzung der Arena als Vorbild dienen, denn bei dem Projekt waren unterschiedlichste Gesellschaftsgruppen vertreten, wie KünstlerInnen, Studierende, Obdachlose, Jugendliche, Kinder u.v.m.. Diese Gruppen hatten wenige Gemeinsamkeiten, Konflikte waren bei dieser Zusammensetzung fast zwangsweise zu erwarten. Jede Gruppe bekam jedoch genügend Raum für ihre Anliegen und wurde bei Problemen unterstützt, sodass ein Zusammenleben im Großen und Ganzen gut möglich war, ohne Kontrollen, Strafen oder andere bürokratische Regulierungssysteme einzuführen.

Eine eindeutige Stärke des Selbermachens ist die Tatsache, dass es Fragen über die Teilhabe an der Gestaltung des urbanen Raumes aufwirft. Niederschwellig sprechen Eigeninitiativ-Projekte auch Personen im alltäglichen Leben an, die den Diskurs über Fachmedien oder Politik nicht verfolgen. Durch die Konfrontation mit dem Selbermachen, wird eine Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle im Entwicklungsprozess der Stadt ausgelöst. Automatisch kommen Fragen nach Partizipation, Transparenz und Teilhabe auf. Wer trifft Entscheidungen über die Gestaltung des urbanen Raumes? Wer hat das Recht dazu, sich an diesen Prozessen zu beteiligen? Wem gehört eigentlich die Stadt? „Partizipative Architektur stellt die Frage nach Befugnis über die Gestaltung und Nutzung von Raum und setzt, zwischen der Verwirklichung radikaler Alternativen und der Integration von Widerständen, die bestehenden Verhältnisse einer Verhandlung aus.“ (Fezer, Heyden 2004, S.24)

Diese Fragen führen von einfachen Interventionen im urbanen Raum zur komplexen Recht auf die Stadt Thematik. Dabei handelt es sich nicht nur um das Recht in der Stadt zu wohnen, sondern nach Lefebvre um die „Teilhabe am urbanen Leben, auf erneuerte Zentralität, auf Orte des Zusam-

mentreffens und des Austausches...“ (Schmid 2011,S.26 Aus: Lefebvre 1968) Aber auch um „das Recht an der Transformation und Erneuerung des urbanen Raumes teilzuhaben.“ (Schmid 2011,S.26 Aus: Lefebvre 1968) Die Auseinandersetzung mit dem Thema der Teilhabe an der Gestaltung der Stadt bringt BürgerInnen dazu, ihre Rechte stärker einzufordern und zu begreifen, dass die Stadt jedem und jeder Einzelnen gehört.

Die Räume von Selbermachenden sind das Gegenteil von dem, was Henri Lefebvre als abstrakte Räume des Kapitalismus bezeichnet. Diese setzen eine Art von Übereinkunft mit den NutzerInnen voraus, die nicht-Aggressivität und ein problemloses, distanzierendes Miteinander beinhaltet. Die Räume werden von so vielen Regeln dominiert, dass NutzerInnen sie als Hindernisse wahrnehmen, die kaum veränderbar sind. (vgl. Lefebvre 2001, S.57) Solche Räume finden sich in der neoliberalen Stadt sehr häufig. Das Selbermachen öffnet hingegen Möglichkeitsräume, die für Viele zuvor verschlossen waren. Dadurch kommt es mitunter zu Konflikten und Diskussionen, die für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft aber essentiell sind. Das Selbermachen versetzt BürgerInnen in die aktive Rolle zu überlegen, was sie in der Stadt verändern würden, was eine lebenswerte Stadt ausmacht.

Die erste Frage der Arbeit 1. Finden sich die Utopien der Selbermachenden auch in den tatsächlich geschaffenen Räumen wieder? Wurde nach der theoretischen Analyse mit Ja, beantwortet, denn gesellschaftliche und soziale Veränderungen bilden sich auch im physischen Raum ab. Im Kapitel 04. Wurde die Frage für jede analysierte Initiative einzeln behandelt und festgestellt, dass es sehr schwierig ist, eine konzipierte Utopie komplett in die gelebte, gebaute Realität zu übersetzen. Jeder Versuch ist aber wertvoll, denn beim Selbermachen ist der Prozess das Ziel. Die Initiativen haben die Möglichkeit, schrittweise ihren Zielen Näher zu kommen. Die prozesshafte Entwicklung und Reaktion auf die Umgebung spiegelt sich in beinahe jedem Eigeninitiativ- Projekt im gebauten Raum wieder. Die Potenziale des Selbermachens, auf wichtige Fragen der Stadtentwicklung und Stadtplanung, im kleinen Maßstab Antworten zu erproben, müssen ernst genommen werden. Für Beteiligte sind Projekte des Selbermachens eine Auseinandersetzung mit der Frage: Wie wollen wir in Zukunft in der Stadt leben? Diese Frage transportieren sie über ein umgesetztes Projekt nach Außen und inspirieren Andere, sie sich ebenfalls zu stellen.

Utopie – Stadt - Realität

Das Selbermachen steht per Definition außerhalb des üblichen bürokratischen Planungsweges der Stadtverwaltung. In der herkömmlichen Planung übernehmen ExpertInnen Planungsaufgaben, und sind dabei auf Bewilligungen von Behörden und Ämtern angewiesen. BürgerInnen können sich teilweise innerhalb dieses vorgegebenen Systems an der herkömmlichen Planung beteiligen.

Einige Qualitäten des Selbermachens entstehen aus eben diesem Umstand, dass sie nicht die formellen Planungswege durchlaufen und die Planung an ExpertInnen abgeben müssen. Dadurch entsteht eine eigene Taktik, ein eigenes System der Organisation und Planung. Es stellen sich dabei einige Fragen: Wie können Planungsaufgaben kollektiv gelöst werden? Wie wird mit Arbeitsteilung umgegangen? Wie mit der Erweiterung der Gruppe? etc..

Charakteristika wie die schnelle Handlungsfähigkeit, kollektive Planungsmethoden und prozessuale Entwicklung entstehen unter anderem aus der Abkehr von herkömmlichen Planungsstrukturen. Diese Einzigartigkeit des Selbermachens sollte von offizieller Seite, von Stadtplanung und Stadtverwaltung akzeptiert und zu einem größeren Ausmaß toleriert werden. Die Toleranz kann aber nur bis zu dem Punkt reichen, an dem andere BewohnerInnen der Stadt durch das Selbermachen keinen Schaden nehmen oder ausgegrenzt werden. Ebenso sollte es nicht toleriert werden, wenn sich eine Personengruppe mit städtischem Raum kommerziell bereichern will. Die Pflicht der Stadtverwaltung ist es, Zugangschancen zu urbanen Räumen für alle BewohnerInnen der Stadt fair zu gestalten. Deshalb muss sie regulierend eingreifen, wenn diese Werte verletzt werden. Bei Eigeninitiativ- Projekten auf Privatgrund, der in den allermeisten Fällen zuvor auch nicht Allen frei zugänglich war, kann die Situation der Zugänglichkeit durch das Selbermachen fast nur verbessert werden. Bei Initiativen, die im öffentlichen Raum agieren, etwa in Parkanlagen, ist die Frage nach der ausdifferenzierten Öffentlichkeit jedoch eine Entscheidende. Nimmt eine Gruppe von Selbermachenden eine Fläche ein um sie mit einer spezifischen Nutzung zu bespielen, werden automatisch andere Nutzungen auf dieser Fläche unmöglich. Mit der Verdrängung einer Nutzung kommt es auch zur Verdrängung einer NutzerInnengruppe. Diese kann sowohl durch physische Barrieren, wie Zäune, durch organisatorische Barrieren, wie begrenzte Mitgliederzahlen, oder auch durch psychische Barrieren, wie Symbole der Gruppenzugehörigkeit, passieren.

Beispielsweise verhindern umzäunte Gemeinschaftsgärten in öffentlichen Parkanlagen - momentan ein Trend in Wien - das Sitzen im Gras, das Fußballspielen etc.. Der Garten wird von einer zugeschriebenen Personengruppe mit einer festgelegten Mitgliederzahl betreut. Als Außenstehender ist der Eintritt kaum möglich. Eventuell verfügt die GärtnerInnengruppe über einen gemeinsamen Kleidungsstil oder ähnlichem, der weiter zur Exklusivität beiträgt.

In dichten, innerstädtischen Räumen mit geringem Grünanteil können solche Entwicklungen als durchaus fraglich angesehen werden. Selbermachende müssen sich dieser Problematik bewusst sein und aktiv Zeichen zur Offenheit und Inklusion setzen, wenn sie auf umkämpften Flächen agieren.

Immer wieder wird argumentiert, dass ein Zaun, beispielsweise um einen Gemeinschaftsgarten, nur benötigt wird um Hunde fernzuhalten und nicht per se Andere exkludieren würde. (vgl. Kleedorfer 2014) Es ist jedoch genau das falsche Zeichen in einer öffentlichen Parkanlage einen umzäunten Gemeinschaftsgarten zu errichten, dessen Beete an einzelne Personen vergeben werden. Damit wird sowohl symbolisch, durch den Zaun, als auch tatsächlich, durch die Vergabe eines Stücks öffentlichen Raumes an eine Einzelperson, Exklusion betrieben. Wenn urban Gardening auf einer öffentlichen Parkfläche betrieben wird, so kann dies nur in der Form eines „echten“ Gemeinschaftsgartens nach dem Vorbild der „community gardens“ in England (vgl. Rongitsch) geschehen, wo gemeinschaftlich bepflanzt und geerntet wird und niemand von vornherein ein alleiniges Anrecht auf die Erträge hat. Die Stadtverwaltung hat also in gewissen Punkten durchaus Recht, Ihre Rolle als kontrollierende Instanz für Gleichberechtigung wahrzunehmen. In Nutzungsverträgen mit Selbermachenden über öffentliche Flächen wird deshalb berechtigter Weise vorgeschrieben, dass die vergebene Fläche öffentlich bleiben muss. Weiters muss sie nichtkommerziell betrieben werden, um eine Bereicherung durch den öffentlichen Raum zu verhindern. Diese beiden Punkte sind zentral und werden erfahrungsgemäß auch von Selbermachenden unterstützt.

Von einer Deregulierung als Strategie im Umgang mit dem Selbermachen möchte ich zumindest teilweise abraten. Deregulierung geschieht momentan im urbanen Raum durch kapitalstarke Akteure, die ihre Interessen zunehmend durchsetzen. Dies führt zu einer allgemeinen Preissteigerung von Raum in der Stadt und zur Reduktion von attraktiven Öffentlichen Räumen ohne Konsumzwang. (vgl. Heindl 2014) Diese Übermacht muss jedenfalls reguliert werden, genauso wie die Interessen von

schwächeren AkteurInnen gefördert werden müssen. Ein toleranter Umgang, mit Initiativen aus der Bevölkerung, die oft genau dieses ungleiche Verhältnis zwischen (Kapital)schwachen und (Kapital)starken AkteurInnen aufzeigen, ist in jedem Fall wünschenswert. Jedoch ist das Selbermachen nicht auf jeder Fläche und unter allen Bedingungen zu befürworten. Die Forderung nach Bewahrung der Öffentlichkeit und nach nichtkommerziellen Nutzungen sollten definitiv beibehalten werden. Dabei muss es eine bessere Definition darüber geben, wann eine Fläche wirklich noch öffentlich ist. Denn nur weil der Zugang theoretisch, durch ein unversperres Tor möglich wäre, bedeutet das nicht, dass er es auch praktisch ist.

Wie kann die Stadtverwaltung also sinnvoll mit dem Selbermachen umgehen? Aus Angst vor möglichen negativen Konsequenzen, wie Haftungsfragen, Komplikationen in der Nachbarschaft etc. wird in Wien oft der vorsichtiger Weg des Verhinderns gewählt.

Eine andere Methode ist der Versuch, das Selbermachen in ein Instrumentarium zu zwingen. Als Beispiel hierfür können einige Aktionen der Gebietsbetreuungen genannt werden, wie zum Beispiel der Aufruf, Baumpate/Patin zu werden und eine Baumscheibe in der Nähe des Wohnortes zu begrünen. (GBstern 2015) In diesem Fall initiieren die Gebietsbetreuungen Aktivitäten, die den Schein des Selbermachens erzeugen. AnrainerInnen können sich in einer vollkommen harmlosen Weise in den Stadtraum einbringen und das Gefühl bekommen mitgestalten zu können. Solche Projekte gleichen der Partizipation und verhindern die wichtigen Prozesse der Selbstorganisation und der Entscheidungsfindung. Somit verlieren sie entscheidende Qualitäten des Selbermachens und werden zu einer „Befriedungsstrategie“. (vgl. Fezer, Heyden 2004, S.14f)

Ein weiterer Schritt in die falsche Richtung ist das Instrumentalisieren des Selbermachens, im Zuge dessen die Stadtverwaltung Projekte von BürgerInnen für eigene Zwecke missbraucht, um sich als moderne Kreativstadt vermarkten zu können. Dieses Phänomen findet sich besonders im Bereich der Kreativwirtschaft wieder, in dem die Stadt Wien eine große Zukunftshoffnung sieht. Durch das Instrumentalisieren wird sowohl die Eigenleistung der Selbermachenden untergraben als auch ihre Kritikfähigkeit. Sie werden im Nachhinein zu einer Stütze des Systems, dem sie sich ursprünglich entziehen wollten.

Die Stadtverwaltung muss den schweren Weg gehen, Selbermachende nicht ungeachtet operieren zu lassen und sie gleichzeitig nicht zu vereinnahmen. In Kapitel 03 wurde ein Vorschlag für eine zukünftige Strategie entwickelt, die vor allem das Coaching als wichtigen, neuen Punkt für den Umgang der Stadtverwaltung mit dem Selbermachen anerkennt. Coaching bedeutet, Selbermachenden nötiges Wissen zur Verfügung zu stellen, um sie zu befähigen selbstständig erfolgreich Projekte zu verwirklichen. Dabei handelt es sich beispielsweise um Beratungsgespräche mit ExpertInnen oder den Erfahrungsaustausch zwischen unterschiedlichen AktivistInnen. Voraussetzung hierfür ist, dass die Stadtverwaltung den BewohnerInnen der Stadt mehr Vertrauen entgegenbringt. Erfahrungen, die im Zuge dieser Arbeit mit Eigeninitiativ-Projekten gesammelt wurden, belegen, dass bei Selbermachenden eine intensivere Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des eigenen Handelns stattfindet, als bei den meisten herkömmlichen PlanerInnen. Die Stadtverwaltung sollte honorieren, dass BewohnerInnen durchaus dazu bereit sind Verantwortung zu übernehmen und sich aktiv in die Gestaltung ihres Stadtraumes einzubringen. Strategien wie das Ermöglichen und vor allem das Coaching eröffnen einen Zugang zum Selbermachen, der die Charakteristika und Qualitäten des Selbermachens anerkennt und bei Problemen unterstützt.

Zusammenfassend bin ich davon überzeugt, dass das Selbermachen an sich ein wertvoller Bestandteil von Stadt ist. BewohnerInnen, die aktiv eine Entscheidung zum Handeln im urbanen Raum setzen, sind mündige BürgerInnen, die die Utopie einer anderen Raumproduktion verfolgen. Die umgesetzten Projekte stehen wie Inseln im Stadtraum und regen zu einer Diskussion über Besitzverhältnisse und Rechte im städtischen Raum an. Die Stärke des Selbermachens liegt momentan im Kleinteiligen, im Lokalen. Die Frage, ob das Selbermachen irgendwann die Produktion der gesamten Stadt umfassen wird, bleibt offen. Es wird auch in Zukunft Nischen besetzen und sich Räume schaffen um aufzuzeigen, dass die herkömmliche Planung und deren Hierarchie nicht als gegeben und unveränderbar angenommen werden müssen. Baugruppen sind der Beweis dafür, dass auch komplexere Bauaufgaben als Eigeninitiativ-Projekte mit der Unterstützung von ExpertInnen umgesetzt werden können.

Neben den Potenzialen birgt das Selbermachen auch Gefahren. Es ist aber nur dann sinnvoll, wenn

es auf Freiwilligkeit beruht und nicht durch Zwängsaktivierung von Dritten ausgelöst wird. So dürfen Stadtverwaltungen ihre Pflichten nie so sehr auf BürgerInnen verlagern, dass diese zum Selbermachen gezwungen sind. Die Agency als freiwilliger Akt der Teilhabe an urbanen Phänomenen, kann nur dann entstehen, wenn BewohnerInnen einer Stadt über genügend Zeit, Kapital und Mündigkeit verfügt um sich dem Selbermachen ihrer urbanen Umwelt widmen zu können.



Quellenverzeichnis

LITERATUR:

Arnstein, Sherry (2006): "A Ladder of Citizen Participation". Journal of the American Institute of Planners (1969) In: LeGates, T.; Stout, Frederic [Hrsg.]: The city reader. Fourth Edition. London, New York: Routledge 2006

Baier, Andrea; Müller, Christa; Werner, Karin (2013): Stadt der Commonisten. Neue urbane Räume des Do it yourself. Bielefeld: transcript-verlag

Bollnow, Otto Friedrich (2010): Mensch und Raum. Stuttgart: Kohlhammer, 11. Auflage, erstmals 1963

Bourdieu, Pierre (1991) : Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Wentz, Martin [Hrsg.]: Stadt- Räume. Die Zukunft des Städtischen. Frankfurt/Main, New York: Campus-Verlag (Bd 2)

Bourdieu, Pierre (1996): Physical Space, Social Space and Habitus – Speech at University of Oslo. Rapport 10. Oslo: Institut for sosiologi og samfunnsgeografi. URL:[http://archives.library.illinois.edu/erec/University Archives/2401001/](http://archives.library.illinois.edu/erec/University%20Archives/2401001/) [Zugriff: 24.03.2014]

Certeau, Michel de (1988): Kunst des Handelns. Berlin: Merve Verlag

Crawford, Margaret (2008): Blurring the Boundaries: Public Space and Private Life. In: Leighton Chase, John; Crawford, Margaret; Kaliski, John [Hrsg.]: Everyday Urbanism. Expanded Edition. New York: The Monacelli Press

Dirksmeier, Peter (2009): Urbanität als Habitus. Zur Sozialgeografie städtischen Lebens, Bielefeld: Transcript Verlag

Ermers, Max (1981): Das Genossenschaftshaus. Aus: Festschrift der Siedlung auf dem Rosenhügel, Wien In: Novy, Klaus (1981): Selbsthilfe als Reformbewegung. Der Kampf der Wiener Siedler nach dem 1. Weltkrieg. In: Arch+ 55: Kampf um Selbsthilfe, 01.02.1981, S.33

Färber, Alexa (2014): Teilhaben und SPAREN. Zwei simulative Wege zur URBANEN Sicherheit. In: *dérive*. Zeitschrift für Stadtforschung. Nr. 57. Okt-Dez 2014. Wien: *dérive* – Verein für Stadtforschung

Fezer, Jesko; Heyden, Mathias [Hrsg.](2004): Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung. Berlin: b_books

Fezer, Jesko – Interview (2013): Offene Planung. Interview geführt von Urban Catalyst. In: Oswalt, Philipp; Overmeyer, Klaus; Misselwitz, Philipp [Hrsg.]: Urban Catalyst. Mit Zwischennutzungen Stadt entwickeln. Berlin: DOM publishers, S. S.165 – 189

Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung [Hrsg.] (2010): Donaukanal Masterplan. Wien

Götz, Bettina; Universität der Künste Berlin [Hrsg.] (2009): Abstract City #1. Straßen. Berlin: Verlag der Universität der Bildenden Künste S.7

Hagemann, Anke (2012): Der Mainstream des Informellen: Urbanistische Forschung zwischen Romantisierung und städtischer Realität. In: Krasny, Elke [Hrsg.]: Hands-on Urbanism 1850-2012. Vom Recht auf Grün. Wien: Turia + Kant.

Heidegger, Martin; von Herrmann, Friedrich-Wilhelm [Hrsg.](2000): Gesamtausgabe. 1. Abteilung: Veröffentlichte Schriften 1910-1976. Band 7, Vorträge und Aufsätze. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann

Holm, Andrej; Gebhardt, Dirk [Hrsg.] (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. St. Georgs Kirchberg: VSA: Verlag

Karl, Ingrid – Interview (2012): Ingrid Karl über ihre Erfahrungen in der Arena 1976. geführt von Höllerl, Florian und Spanbauer, Patrick. Wien Mai 2011. In: Nußbaumer, Martina; Schwarz, Werner Michael [Hrsg.]: Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern. Wien: Czernin Verlag

Kirshenblatt-Gimblett, Barbara (2008): Performing the city. Reflections on the urban vernacular. In: Leighton Chase, John; Crawford, Margaret; Kaliski, John [Hrsg.]: Everyday Urbanism. Expanded Edition. New York: The Monacelli Press

Koolhaas, Rem (1997): Vortrag auf der Konferenz 'Learning from the Mall of America', 22. November 1997 an der Universität von Minnesota, (USA).

Kos, Wolfgang (2012): Vorwort. In: Nußbaumer, Martina; Schwarz, Werner Michael [Hrsg.] (2012): Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern. Wien: Czernin Verlag

Krasny, Elke [Hrsg.] (2012a): Hands-on Urbanism 1850-2012. Vom Recht auf Grün. Wien: Turia + Kant

Kuhnert, Nikolaus; Ngo, Anh-Linh; Luce, Martin; Kleist, Carolin (2007): Situativer Urbanismus. Editorial. In: *archplus* 183. Zeitschrift für Architektur und Städtebau: Situativer Urbanismus. Zu einer beiläufigen Form des Sozialen. Nr.183

Lefebvre, Henri (2001): The production of space. Oxford/Cambridge: Blackwell Publishers. Erstmals in englischer Sprache 1991

Leighton Chase, John; Crawford, Margaret; Kaliski, John [Hrsg.](2008): Everyday Urbanism. Expanded Edition. New York: The Monacelli Press

Mörtenböck, Peter (1996): Veränderte Identitäten. Potsdamer Platz Berlin – Donau-City Wien. Frankfurt/Main: Lang Verlag

Ngo, Anh-Linh (2007): Vom unitären zum situativen Urbanismus. In: Kuhnert, Nikolaus; Ngo, Anh-Linh; Luce, Martin; Kleist, Carolin: Situativer Urbanismus. Editorial. In: *archplus* 183. Zeitschrift für Architektur und Städtebau: Situativer Urbanismus. Zu einer beiläufigen Form des Sozialen. Nr.183

Novy, Klaus (2012): Selbsthilfe als Reformbewegung. Der Kampf der Wiener Siedler nach dem 1. Weltkrieg. In: Krasny, Elke [Hrsg.]: Hands-on Urbanism 1850-2012. Vom Recht auf Grün. Wien: Turia + Kant. Erstmals erschienen In: Arch+ 55, Kampf um Selbsthilfe, 01.02.1981

Novy, Klaus; Förster Wolfgang (1991): Einfach Bauen. Genossenschaftliche Selbsthilfe nach der Jahrhundertwende. Zur Rekonstruktion der Wiener Siedlerbewegung. Wien: Verein für Moderne Kommunalpolitik

Nußbaumer, Martina; Schwarz, Werner Michael [Hrsg.] (2012): Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern. Wien: Czernin Verlag

Oliveira, Michaël (2013): Voluntary Urbanism: The Agency of the City. In: MONU #18 - COMMUNAL URBANISM, Rotterdam: Board Publishers 23.04.2013

Oswalt, Philipp (2002): Die Stadt simulieren. In: Werk, Bauen, Wohnen, 6/2002, S. 44-49

Oswalt, Philipp; Overmeyer, Klaus; Misselwitz, Philipp [Hrsg.] (2013): Urban Catalyst. Mit Zwischennutzungen Stadt entwickeln. Berlin: DOM publishers

Overmeyer, Klaus; Frech, Siri; Knodler, Luc; Scheuven, Rudolf; Steglich, Anja; Ratzenbock, Veronika; Kopf, Xenia (2014): Räume kreativer Zwischennutzung. Potenziale für Wien. Eine Studie im Auftrag von departure. Wien: Verlag für moderne Kunst Nürnberg GmbH

Reinprecht, Christoph (2012): Kulturzentrum Spittelberg (Amerlinghaus). In: Nußbaumer, Martina; Schwarz, Werner Michael [Hrsg.]: Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern. Wien: Czernin Verlag

Ribbeck, Eckhart (2004): Informelles Bauen in Mexiko- Stadt, ein Lehrstück für Architekten? In: Jesko, Fezer; Heyden, Mathias [Hrsg.]: Hier entsteht. Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung. Berlin: b_books

Sassen, Saskia – Interview (2013): Persönliches Interview geführt von Philipp Oswalt. In: Oswalt, Philipp; Overmeyer, Klaus; Misselwitz, Philipp [Hrsg.]: Urban Catalyst. Mit Zwischennutzungen Stadt entwickeln. Berlin: DOM publishers

Sburny, Herbert – Interview (2012): Herbert Sburny über seine Erfahrungen im Amerlinghaus. Geführt von Nußbaumer, Martina; Schwarz, Werner Michael. Langenlois November 2011. In: Nußbaumer, Martina; Schwarz, Werner Michael [Hrsg.]: Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern. Wien: Czernin Verlag

Schmid, Christian (2008): Henri Lefebvre's theory of the production of space: towards a three-dimensional dialectic. In: Goonewardena, Kanishka; Kipfer, Stefan; Milgrom, Richard; Schmid, Christian: Space, Difference, Everyday Life. Reading Henri Lefebvre. New York/ London: Routledge

Schmid, Christian (2011) : Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt. In: Holm, Andrej; Gebhardt, Dirk [Hrsg.]: Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. St. Georgs Kirchberg: VSA: Verlag

Stavrides, Stavros (2014a) : Über das Urban Commoning: Die Stadt als Aktionsraum für Institutionen des Teilens In: Francesca Ferguson, Urban Drift Projects [Hrsg.]: Make_Shift City. Die Neuverhandlung des Urbanen. Berlin: Jovis Verlag

Stavrides, Stavros (2014b): Spaces of Commoning: Against and Beyond the Crisis. Vortrag Urbazie Festival 2014: Safety. Wien

Suttner, Andreas (2012): Burggarten-Bewegung und Wiener Hausbesetzungsszene der frühen 1980er-Jahre. Die Wiener Hausbesetzungsbewegung der 1980er-Jahre. In: Nußbaumer, Martina; Schwarz, Werner Michael [Hrsg.]: Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern. Wien: Czernin Verlag

Universität für Bodenkultur Wien, ILA Institut für Landschaftsplanung (2011) : 50 Jahre Donaupark: Stadtplanerische Vision und Dimension. Studie zu den stadtplanerischen Visionen und Strategien, die zur Realisierung der Wiener Internationalen

Gartenschau WIG 64 und zur Errichtung des Donauparks führten. Endbericht. Wien

Vischer, J.C. (1985): The adaption and control mode of user needs: A new direction of housing research. Journal of environmental Psychology. 19. S. 287-98

Weidinger, Leonhard (2012): Arena im ehemaligen Auslandsschlachthof St.Marx. In: Nußbaumer, Martina; Schwarz, Werner Michael [Hrsg.]: Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern. Wien: Czernin Verlag

Zenker, Helmut [Hrsg.] (1976): Arena. Dokumentation. In: Wespennest. Zeitschrift für brauchbare Texte Nr23.Wien

Zimmerl, Ulrike (2002): Kübeldörfer. Siedlung und Siedlerbewegung im Wien der Zwischenkriegszeit. Wien: Österreichischer Kunst- und Kulturverlag

INTERVIEWS

Demmer, Georg – Interview (2014): Gemeinschaftsgarten Kirchengasse. Persönliches Interview. geführt von der Verfasserin. Wien 02.10.2014

Förster, Kirsten/Büro PlanSinn – Interview (2014): Partizipationsstrategien, Lokale Agenda 21. Persönliches Interview. geführt von der Verfasserin. Wien 26.11.2014

Gärtnerin 1– Interview anonym (2014): Längelfeldgarten. Persönliches Interview. geführt von der Verfasserin. Wien 04.11.2014

Gärtnerin 2- Interview anonym (2014): SoliLa! . Persönliches Interview. geführt von der Verfasserin. Wien 26.06.2014

Heindl, Gabu – Interview (2014): Sonderzone Donaukanal. Persönliches Interview. geführt von Andreas Exner und der Verfasserin. Wien 12.11.2014

Kleedorfer, Jutta– Interview (2014): Sonderzone Donaukanal. Persönliches Interview. geführt von Andreas Exner und der Verfasserin. Wien 10.12.2014

Montecuccoli, Martina – Interview (2014): Gemeinschaftsgarten Donaukanal. Persönliches Interview. geführt von der Verfasserin. Wien 21.08.2014

Rongitsch, Simone – Interview (2014): Gemeinschaftsgarten Kirchengasse und Karlsgarten. Persönliches Interview. geführt von der Verfasserin. 23.10.2014

PROTOKOLLE

Pirchl, Claudia (2014a): Beobachtungsprotokoll 1. Gemeinschaftsgarten Donaukanal. Wien: 08.09.2014

Pirchl, Claudia (2014b): Beobachtungsprotokoll 2. Gemeinschaftsgarten Donaukanal. Wien: 21.09.2014

Pirchl, Claudia (2014c): Beobachtungsprotokoll 3. Gemeinschaftsgarten Donaukanal. Wien: 18.10.2014
Pirchl, Claudia (2014d): Beobachtungsprotokoll 4. Gemeinschaftsgarten Kirchengasse. Wien: 17.09.2014
Pirchl, Claudia (2014e): Beobachtungsprotokoll 5. Gemeinschaftsgarten Kirchengasse. Wien: 05.10.2014
Pirchl, Claudia (2014f): Beobachtungsprotokoll 6. Gemeinschaftsgarten Kirchengasse. Wien: 19.10.2014
Pirchl, Claudia (2014g): Beobachtungsprotokoll 7. Längenfeldgarten. Wien: 10.09.2014
Pirchl, Claudia (2014h): Beobachtungsprotokoll 8. Längenfeldgarten. Wien: 17.09.2014
Pirchl, Claudia (2014i): Beobachtungsprotokoll 9. Längenfeldgarten. Wien: 04.10.2014
Pirchl, Claudia (2014j): Auswertung 1. Gemeinschaftsgarten Donaukanal. Wien
Pirchl, Claudia (2014k): Auswertung 2. Anteil öffentlicher Grünflächen an der Bezirksfläche. Wien

INTERNETQUELLEN

Adria Wien: URL: <http://www.adriawien.at/gemeinschaftsgarten-donaukanal/> [Zugriff 14.12.2014]
Agendawieden (2014): Büro Agenda Wieden. URL: <http://www.agendawieden.at/> [Zugriff: 24.08.2014]
Chonghaile, Clar Ni (2011): From King's Road to Kenya: Vivienne Westwood's new fashion journey
British designer's products part of Ethical Fashion Africa, which offers Nairobi's poor a better life. In: The Guardian URL:
<http://www.theguardian.com/world/2011/nov/24/kings-road-kenya-vivienne-westwood>
Deutsches Wörterbuch: Das Deutsche Wörterbuch von Jacob Grimm und Wilhelm Grimm. Onlineversion.
URL: <http://dwb.uni-trier.de/de/>
Flächenwidmungsplan Wien: URL: <https://www.wien.gv.at/flaechenwidmung/public/start.aspx>
Stand 2014 [Zugriff 14.12.2014]
GBstern (2015): Gebietsbetreuung Stadterneuerung. URL: <http://www.gbstern.at/> [Zugriff: 12.01.2015]
Gemeinschaftsgarten Donaukanal: URL: <http://www.gemeinschaftsgarten-donaukanal.at/> [Zugriff 14.12.2014]
GGardening (2014): URL: <http://ggardening.kukuma.org> [Zugriff 14.12.2014]
GGardening (2011): URL: <http://ggardening.kukuma.org/tag/langenfeldgasse/>[Zugriff 14.12.2014]
ImPlan-Tat. Netzwerk für Zwischennutzung Wien (2013): Was ist Zwischennutzung? URL: implan-tat.net (Zugriff: 05.01.2015)

Krasny, Elke – Interview (2012b) In: Stern, Eva; Daukszewicz, Natalia; CastYourArt.com: (Video) Hands-on Urbanism 1850-2012. The right to green. Wien. URL: <http://achschuh.com/2012/03/hand-on-urbanism-1850-2012/> (Zugriff:03.12.2014)

Kulturzentrum Spittelberg (2014): Kulturzentrum im Amerlinghaus bleibt! Juni 2014: Wir haben es geschafft. Aus: <http://www.amerlinghaus.at/Materialien.htm#bleibt14> (Zugriff: 05.01.2014)

LA21 Wien (2015): URL: <http://la21wien.at>

Längenfeldgarten: URL: <http://www.laengenfeldgarten.at/> [Zugriff 14.12.2014]

Madreiter, Alexandra (2014): „Ein Grätzel stellt die Weichen“. BürgerInnenbeteiligung - Leitbild Nordbahnhof. Projektbegleitung der MA 21. URL: <http://www.partizipation.at/nordbahnhof.html> [Zugriff: 24.03.2014]

Magistratsabteilung 25 des Magistrates der Stadt Wien [Hrsg] (2014): Do it yourself. Stadtanleitung. Download URL: <http://www.gbstern.at/projekte-und-aktivitaeten/stadtgestalten/diy-stadtleitung/> Wien: die2gstelle

Oswalt, Philipp (2000): Textauszug: Berlin_Stadt ohne Form. Temporäres Aus: Berlin_Stadt ohne Form. Strategien einer anderen Architektur. München/New York: Prestel URL: http://www.oswalt.de/de/text/book/b_temp_p.html [Zugriff: 24.03.2014]

Plansinn (2013): Büro PlanSinn. URL: <http://www.plansinn.at/projekte/partizipation/sdtiroler-platz-mit-neuen-qualitten> [Zugriff: 24.08.2014]

Rummel, Dorothee (2014): Der Wert des Restraums. Methode und Praxis der Einschätzung unbestimmter Räume in Städten. URL: http://www.stqp.uni-karlsruhe.de/index.php?option=com_content&view=article&id=86%3A-dorothee-rummel&Itemid=23 [Zugriff: 24.03.2014]

Salatpiraten: URL: <http://www.salatpiraten.org/>[Zugriff 14.12.2014]

SoliLa!: URL: <http://17april.blogspot.eu/> [Zugriff 14.12.2014]

Stadtentwicklung Flächennutzung der Stadt Wien (2015): Masterplan für eine partizipative Stadtentwicklung. Handout zur Informationsveranstaltung am 24.02.2015. URL: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/veranstaltungen/vortraege/2015/masterplan-stadtentwicklung.html> [Zugriff: 01.03.2015]

Stadterneuerung und Prüfstelle für Wohnhäuser: Lagezuschlag für Wohnungs-Standorte in Wien - Online-Auskunft. URL: <https://www.wien.gv.at/amtshelfer/bauen-wohnen/wohnbautechnik/berechnung/lagezuschlag.html> [Zugriff 14.12.2014]

Stavrides, Stavros (2013): Commoned Future: Institutions and Spaces of Sharing. Vortrag: "Commoning the City" Conference, Royal Insitute of Art, Stockholm. Video online URL: <http://www.kkh.se/video/Stavrides.html> (Zugriff: 14.01.2015)

Wiener Gebietsbetreuung (2015): Wiener Gebietsbetreuung Stadterneuerung. Stadterneuerung und Prüfstelle für Wohnhäuser. URL: <https://www.wien.gv.at/wohnen/wohnbautechnik/gebietsbetreuung/> [Zugriff: 12.01.2015]

Wiener Stadtgärten (2015): Nachbarschaftsgarten Förderantrag. URL: <https://www.wien.gv.at/amtshelfer/umwelt/stadtgaerten/begrueenung/nachbarschaftsgarten.html> [Zugriff: 15.01.2015]

Winkler-Hermaden, Rosa (2013): Obdachlose im Stadtpark: "Die gehen gezielt auf uns los". In: Der Standard. Wien, 22. Oktober 2013. URL: <http://derstandard.at/1381369435276/Obdachlose-im-Stadtpark-Die-gehen-gezielt-auf-uns-los> (Zugriff: 05.12.2014)

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNGEN

Ab.01.01: Verein Garten Wolfganggasse. Flyer des Vereins Wolfganggasse und der GB 5/12. Wien. URL: <http://gartenwolganggasse.blogspot.co.at/2013/05/fairteilen-wolganggasse-jeden-freitag.html> [Zugriff 10.12.2014] 2013

Ab.01.02: Mikroökonomische Phänomene auf den Straßen von Los Angeles. Grafik: Norman Millar. In: Leighton Chase, John; Crawford, Margaret; Kaliski, John [Hrsg.]: Everyday Urbanism. Expanded Edition. New York: The Monacelli Press S.139

Ab.01.03: Fasanmarkt. La Agenda 21, Agendagruppe Fasanmarkt. Wien. 2014. URL: https://www.facebook.com/Fasanmarkt/photos_stream?ref=page_internal [Zugriff 10.12.2014] 2011

Ab.01.04: Brunnenmarkt. Foto: Peter Gugerell. Wien. URL: http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bruppenmarkt_05.jpg [Zugriff 10.12.2014] 2010

Ab.01.05: Das Bäckerei. Foto: Das Bäckerei. Wien. URL: <https://www.facebook.com/pages/Das-Baeckerei> [Zugriff 10.12.2014] 2012

Ab.01.06: Die Schenke. Wien. URL: <http://www.dieschenke.org/index.php/bilder> [Zugriff 20.01.2015]

Ab.01.07: Krongarten. Foto: Claudia Pirchl. Wien. 2014

Ab.01.08: Krongarten. Ein Projekt von Hinterland und Feinedinge. URL: http://www.krongarten.at/d7141_8xw/wysiwyg-widget/89/img_4201/ [Zugriff 10.12.2014]

Ab.01.09: Vivian Westwood in Kibera. Nairobi. <http://africasacountry.com/vivienne-westwood-in-kibera/> [Zugriff 20.01.2015] 2011

Ab.01.10: Werkstatt Meidling. Wien. In: Overmeyer, Klaus; Frech, Siri; Knodler, Luc; Scheuven, Rudolf; Steglich, Anja; Ratzenbock, Veronika; Kopf, Xenia (2014): Räume kreativer Zwischennutzung. Potenziale für Wien. Eine Studie im Auftrag von departure. Wien: Verlag für moderne Kunst Nürnberg GmbH S.92-93

Ab.01.11: Die Entwicklungsschritte der Werkstadt Meidling. Grafik: Urban Catalyst. Wien. In: Overmeyer, Klaus; Frech, Siri; Knodler, Luc; Scheuven, Rudolf; Steglich, Anja; Ratzenbock, Veronika; Kopf, Xenia (2014): Räume kreativer Zwischennutzung. Potenziale für Wien. Eine Studie im Auftrag von departure. Wien: Verlag für moderne Kunst Nürnberg GmbH S.92-93

Ab.01.12: Informelles Obdachlosenquartier. Foto: Claudia Pirchl. Wien. 2014

Ab.01.13: "Shelter". Obdachlose im Stadtpark. Foto: Lukas Ilgner. Wien. URL: http://www.wienerzeitung.at/multimedia/fotostrecken/608894_Shelter-Obdachlose-im-Wiener-Stadtpark.html [Zugriff 10.12.2014] 2014

Ab.01.14-01.15: Innenhofgestaltung Argentinierstraße 38. Foto: Claudia Pirchl. Wien. 2014

Ab. 01.16: KuKuMA, Guerilla Gardening. Wien. URL: <http://ggardening.kukuma.org/tag/aktion/> [Zugriff 10.12.2014] 2010

Ab. 01.17 Landbesetzung durch SoliLa!. Foto: SoliLa! Wien. URL: <http://solila.blogspot.eu/galerie/> [Zugriff 10.12.2014] 2013

Ab.02.01: Umgestaltung eines Innenhofes, Argentinierstraße Nr.38. Foto: Claudia Pirchl. Wien. 2014

Ab.02.02: Garage Sale in einem Vorort von Los Angeles. Foto: Monica Almeida/ The New York Times. Los Angeles, cul-de-sac. 2010. URL: <http://wordplay.blogs.nytimes.com/2010/07/03/making-ends-meet/> [Zugriff 20.02.2015]

Ab.02.03: Die Syntagma Square Bewegung. Foto: Linmtheu. Athen. 15.06.2011 URL: <https://publicintelligence.net/greece-syntagma-square-protest-photos-june-2011/> [Zugriff 20.02.2015]

Ab.03.01: Beteiligungsprozess Südtirolerplatz. Foto: ORF Wien. Wien. 2014 URL: <http://wien.orf.at/news/stories/2653103/> [Zugriff 20.02.2015]

Ab.03.02: Flyer Stadtteil Partnerschaften der Gebietsbetreuung 9/17/18. GB* URL: [http://www.gbstern.at/projekte-und-aktivitaeten/stadtnutzen/stadtteilpartnerschaften/?no_cache=1&sword_list\[0\]=stadtteilpartnerschaft](http://www.gbstern.at/projekte-und-aktivitaeten/stadtnutzen/stadtteilpartnerschaften/?no_cache=1&sword_list[0]=stadtteilpartnerschaft) [Zugriff 20.02.2015]

Ab.03.02: Flyer Stadtteil Partnerschaften der Gebietsbetreuung 9/17/18. GB* URL: [http://www.gbstern.at/projekte-und-aktivitaeten/stadtnutzen/stadtteilpartnerschaften/?no_cache=1&sword_list\[0\]=stadtteilpartnerschaft](http://www.gbstern.at/projekte-und-aktivitaeten/stadtnutzen/stadtteilpartnerschaften/?no_cache=1&sword_list[0]=stadtteilpartnerschaft) [Zugriff 20.02.2015]

Ab.03.03: Aktion der Agendagruppe Gehsteigguerrilleros. Foto: Gehsteig Guerrilleros, Rene Ziegler. Wien. 2011. URL: <http://la21wien.at/la-21-plus/der-verein-la-21-in-wien/Veranstaltungen/pressekonferenz-start-la-21-plus/pressefotos> [Zugriff 20.02.2015]

Ab.03.04: Aktion der Agendagruppe Gehsteigguerrilleros. Foto: Gehsteig Guerrilleros. Wien. 2011. URL: http://2011.urbanize.at/wp-content/uploads/urbani2e_2011_c_Gehsteig_Guerrilleros_2.jpg [Zugriff 20.02.2015]

Ab.03.05: Das Packhaus. Zeichnung von M:1 für Paradocks. Wien. URL: <http://cityhype.departure.at/das-packhaus/> [Zugriff 20.02.2015]

Ab.03.06: Asphaltpiraten Josefstadt. Foto: LA21. Wien. 2010

URL: http://galerie.la21wien.at/displayimage.php?album=51&pid=1047#top_display_media [Zugriff 20.02.2015]

Ab.03.07: Asphaltpiraten Josefstadt. Foto: LA21. Wien. 2010

URL: http://galerie.la21wien.at/displayimage.php?album=topn&cat=0&pid=801#top_display_media [Zugriff 20.02.2015]

Ab.03.08: Jutta Kleedorfer. Foto: thegap. URL: <http://www.thegap.at/meinung-stories/artikel/was-zeichnet-innovationsraeume-aus//slide/Jutta-Kleedorfer.jpg/> [Zugriff 20.02.2015]

Ab.03.09: Gabu Heindl. Foto: Miesmagazin. URL: <https://miesmagazin.wordpress.com/2014/02/18/gabu-heindl-port-re-23/> [Zugriff 20.02.2015]

Ab.04.01: Siedlerbewegung. Siedlung Hoffingergasse. Archiv des Wienmuseums. URL: <http://www.werkbundsiedlung-wien.at/de/hintergruende/siedlerbewegung/> [Zugriff 20.02.2015]

Ab.04.02: Häuserbesetzungen. Besetzung der Arena in Wien. Foto: Fritz Kern. Wien. Bildarchiv der Nationalbibliothek. URL: www.bildarchivaustria.at/Pages/ImageDetail.aspx?p_iBildID=389551 [Zugriff 10.12.2014] 1976

Ab.04.03- 04.05: Aktuelle Projekte. Gemeinschaftsgarten Donaukanal, Längenfeldgarten, Gemeinschaftsgarten Kirchengasse. Foto: Claudia Pirchl. Wien. 2014

Ab.04.06: Wien 21, Brettldorf. Ansicht in Richtung Bruckhaufen, zwei längsgestückelte Fotos, teilweise retuschiert. Wien. Bildarchiv der österreichischen Nationalbibliothek. URL: <http://www.bildarchivaustria.at/Preview/14209608.jpg> [Zugriff 10.12.2014] 1935

Ab.04.07: Straßenbild: Durchblick gegen Schießstätte. Foto: Slanar, Hans. Wien. Bildarchiv der österreichischen Nationalbibliothek. URL: <http://www.bildarchivaustria.at/Preview/1955695.jpg> [Zugriff 10.12.2014] 1933

Ab.04.08: Siedlung Rosenhügel. Archiv der: AH! Siedlung Rosenhügel. URL: http://www.ah-rosenhuegel.net/index.php?option=com_phocagallery&view=category&id=2:anno2&Itemid=58 [Zugriff 10.12.2014]

Ab.04.09: Foto vor dem Bauhof der Freihofsiedlung. URL: <http://siedlungsunion.at/siedlungsunion/geschichte> [Zugriff 10.12.2014]

Ab.04.10 und 04.11 : Siedlung Rosenhügel. Archiv der: AH! Siedlung Rosenhügel. URL: http://www.ah-rosenhuegel.net/index.php?option=com_phocagallery&view=category&id=1:geschichte&Itemid=58 [Zugriff 10.12.2014]

Ab.04.12: Adolf Loos, Haus mit einer Mauer. 1921 Aus: Zimmerl, Ulrike (2002): Kübeldörfer. Siedlung und Siedlerbewegung im Wien der Zwischenkriegszeit. Wien: Österreichischer Kunst- und Kulturverlag, S.89

Ab. 04.13: Wien 17, Heuberg. Aufwärts führende Straße. Foto: , Wien. Bildarchiv der Nationalbibliothek. URL: http://www.bildarchivaustria.at/Pages/ImageDetail.aspx?p_iBildID=2900035 [Zugriff:10.12.2014] 1927

Ab. 04.14: Lageplan Siedlung am Heuberg. 1921 Aus: Zimmerl, Ulrike (2002): Kübeldörfer. Siedlung und Siedlerbewegung im Wien der Zwischenkriegszeit. Wien: Österreichischer Kunst- und Kulturverlag, S.103

Ab.04.15 und 04.16: Siedlung Rosenhügel. Übersichtsplan und Zeichnung des Saals im Genossenschaftshaus. Aus: Zimmerl, Ulrike (2002): Kübeldörfer. Siedlung und Siedlerbewegung im Wien der Zwischenkriegszeit. Wien: Österreichischer Kunst- und Kulturverlag, S.99, 100

Ab.04.17: Grundriss des Genossenschaftshauses am Rosenhügel: Grafik Claudia Pirchl auf Basis von: Festschrift der Siedlung auf dem Rosenhügel, Wien In: Novy, Klaus (1981): Selbsthilfe als Reformbewegung. Der Kampf der Wiener Siedler nach dem 1. Weltkrieg. In: Arch+ 55: Kampf um Selbsthilfe, 01.02.1981, S.33

Ab.04.18: Siedlung Rosenhügel. Archiv der: AH! Siedlung Rosenhügel. Wien. URL: http://www.ah-rosenhuegel.net/index.php?option=com_phocagallery&view=category&id=2:anno2&Itemid=58 [Zugriff:10.12.2014]

Ab.04.19: Siedlungsplan Lockerwiese. Wien. Aus: <http://www.rites-wien.at/content/wichtige%20Bauten/Siedlungsanlage.htm> [Zugriff:10.12.2014] 1928-32, 1938

Ab.04.20: Wien 13, Siedlung Lockerwiese. Häusergruppe. Aufnahme im Auftrag der Gesiba. Wien. Bildarchiv der Nationalbibliothek. URL: http://www.bildarchivaustria.at/Pages/ImageDetail.aspx?p_iBildID=2910887 [Zugriff:10.12.2014] 1930

Ab.04.21: Plakat zum Eröffnungsfest des Amerlinghauses 1978. Archiv des Wienmuseums. In: Nußbaumer, Martina; Schwarz, Werner Michael [Hrsg.]: Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern. Wien: Czernin Verlag S.81

Ab.04.22: Das Amerlinghaus vor der Renovierung: Gerald Grassl. Wien URL: <http://www.amerlinghaus.at/Materialien.htm> [Zugriff:10.12.2014]

Ab.04.23: Spittelbergfest. Foto: Gert Winkler. Wien. 1973. In: Nußbaumer, Martina; Schwarz, Werner Michael [Hrsg.]: Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern. Wien: Czernin Verlag S.84

Ab.04.24: Der Hof des Amerlinghauses. URL: <https://lisasyndikat.wordpress.com/2010/09/14/amerlinghaus-bleibt-onlinepetition/> [Zugriff:20.01.2015]

Ab.04.24: Der Hof des Amerlinghauses. Foto: Robert Newald. 2014. URL: <http://derstandard.at/1395364560623/Amerlinghaus-fuerchtet-Zerschlagung-durch-die-Stadt-Wien> [Zugriff:20.01.2015]

Ab.04.25: Schild Arena. In: Nußbaumer, Martina; Schwarz, Werner Michael [Hrsg.]: Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern. Wien: Czernin Verlag S.1

Ab.04.26 und 04.27: Plakat Arena. In: Wespennest. Zeitschrift für brauchbare Texte Nr23.Wien. Buchrücken.

Ab.04.28: Gebäude auf dem Arenagelände. In: Wespennest. Zeitschrift für brauchbare Texte Nr23.Wien S.09

Ab.04.29: Lageplan der heutigen Arena: Grafik: Claudia Pirchl auf Basis des Geodatenviewers der Stadtvermessung Wien. URL: <https://www.wien.gv.at/ma41datenviewer/public/start.aspx> [Zugriff:20.01.2015]

Ab.04.30: Luftbild aus dem Jahr 1956. Geodatenviewer der Stadtvermessung Wien. URL: <https://www.wien.gv.at/ma41datenviewer/public/start.aspx> [Zugriff:20.01.2015]

Ab.04.31: Plan der besetzten Arena. (Bearbeitet: Claudia Pirchl) Wienbibliothek im Rathaus, Druckschriftensammlung,

Nachlass Schrage. In: Nußbaumer, Martina; Schwarz, Werner Michael [Hrsg.]: Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern. Wien: Czernin Verlag S.98

Ab.04.32, 04.34, 04.36 und 04.37: Kinderhaus, Veranstaltungshalle, Galerie und Hauptstraße der besetzten Arena, Foto: Peter Hirsch. Wien Museum. In: Nußbaumer, Martina; Schwarz, Werner Michael [Hrsg.]: Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern. Wien: Czernin Verlag S.117- 119

Ab.04.33: Simmeringerhaus. Die verlassene Arena Foto: Peter Hirsch. Wien Museum. In: Nußbaumer, Martina; Schwarz, Werner Michael [Hrsg.]: Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern. Wien: Czernin Verlag S.126

Ab.04.35: Besetzung der Arena in Wien. Foto: Fritz Kern. Wien. Bildarchiv der Nationalbibliothek. URL: www.bildarchivaustria.at/Pages/ImageDetail.aspx?p_iBildID=389551 [Zugriff 10.12.2014] 1976

Ab.04.38: Rosa Lila Villa. Foto: Lila Tipp. Wien. <http://www.wienerbezirksblatt.at/home/deinbezirk/21626> [Zugriff 10.12.2014] 2012

Ab.04.39: Gemeinschaftsgarten Donaukanal Sommer 2014 Foto: Pirchl, Claudia. Wien. 2014

Ab.04.40: Gemeinschaftsgarten Donaukanal Juni 2014 Foto: Montecuccoli. Wien. 2014

Ab. 04.41 und 04.42: Gemeinschaftsgarten Donaukanal Juni 2014 Foto: Montecuccoli. Wien. 2014

Ab.04.43- 04.44: Gemeinschaftsgarten Donaukanal Sommer 2014 Foto: Pirchl, Claudia. Wien. 2014

Ab.04.45: Begründer Bauzaun Juni 2014 Foto: Michael Rausch-Schott. Wien. 2014

Ab.04.46 - 04.49: Gemeinschaftsgarten Donaukanal 2014 Foto: Pirchl, Claudia. Wien. 2014

Ab. 04.50: Ausschnitt aus dem Masterplan Donaukanal 2010 mit Legenden. Aus: Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung [Hrsg.] (2010): Donaukanal Masterplan. Wien

Ab.04.51: Sitzmöbel im Gemeinschaftsgarten. Foto: Pirchl, Claudia. Wien. 2014

Ab.04.52: Längenfeldgarten 2014. Foto: Pirchl, Claudia. Wien. 2014

Ab.04.53: Längenfeldgarten. Foto: Guerilla Gardening. URL: <http://www.laengenfeldgarten.at/bilder/> [Zugriff: 10.12.2014]

Ab.04.54 - 04.65: Längenfeldgarten 2014. Foto: Pirchl, Claudia. Wien. 2014

Ab.04.66 - 04.76: Gemeinschaftsgarten Kirchengasse 2014. Foto: Pirchl, Claudia. Wien. 2014

Ab.04.77: Straßenfrisör, Vietnam. Foto und Grafik: Pirchl, Claudia. Vietnam. 2009

GRAFIKEN

Grafik 01.01 Collage Stadtpaziergang. Grafik: Claudia Pirchl. Wien. 2014

Verwendete Abbildungen, Collage aus eigenen Fotografien und:

1. Garten Wolfganggasse. Foto: Siebler, Christian, Wien. URL: <http://gartenwolgaggasse.blogspot.co.at> [Zugriff: 10.12.2014] 2014

2. Gehsteigguerrilleros, Aktion. Foto: Ziegler, Rene; Gehsteig-Guerrilleros. Wien. URL: http://la21wien.at/la-21-plus/der-verein-la-21-in-wien/Veranstaltungen/pressekonferenz-start-la-21-plus/pressefotos/Gehsteig_Guerrilleros_3.jpg [Zugriff: 10.12.2014]

3. Wiesen auf der Wieden. Foto: Stadtpionin, Wien. URL: <http://stadtpflanzen.org/2014/07/31/fruhsommer-bei-den-wiesen/> [Zugriff: 10.12.2014] 2014

4. Zeichnung Flyer AKW Lobau, Wagenplatz. Flyer: AKW Lobau, Wien. URL: <http://akwlobau.wagenplatz.at/?p=169> [Zugriff: 10.12.2014] 2013

5) Markt Gemeinschaftsg. Kichengasse. Foto: Energieleben Redaktion, Wien. URL: <http://www.energieleben.at/marktfest-der-salat-piraten/#10> [Zugriff: 10.12.2014] 2014

6) SoliLa. Foto: SoliLa, Wien. URL: <http://solila.blogspot.eu/galerie/> [Zugriff: 10.12.2014] 2013

Grafik 02.01 – 02.04: Grafiken zur Erläuterung von Raumtheorien. Grafik: Claudia Pirchl. Wien. 2014

Grafik 03.01: Ladder of participation von Sherry Arnstein. Grafik: Claudia Pirchl auf Basis von: Arnstein, Sherry (2006): "A Ladder of Citizen Partizipation". Journal of the American institute of Planners (1969) In: LeGates, T.; Stout, Frederic [Hrsg.]: The city reader. Fourth Edition. London, New York: Routledge 2006, S.236

Grafik 03.02: Schema Beteiligungsprozess Südtirolerplatz. Grafik: Claudia Pirchl. Wien . 2015

Grafik 03.03 -03.06: Charakteristika von Partizipation und Selbermachen. Grafik: Claudia Pirchl. Wien . 2015

Grafik 03.07 und 03.08: Handlungsstrategien im Umgang mit dem Selbermachen. Grafik: Claudia Pirchl. Wien . 2015

Grafik 03.09: Governance Schema der LA 21. Grafik: Claudia Pirchl. Wien . 2015

Grafik 03.10: Zukunftsstrategie für Wien. Grafik: Claudia Pirchl. Wien . 2015

Grafik 04.01: Kernhaus Typ 4 Margaethe Schütte-Lihotzky: Grafik Claudia Pirchl auf Basis von: Zimmerl, Ulrike (2002): Kübelndörfer. Siedlung und Siedlerbewegung im Wien der Zwischenkriegszeit. Wien: Österreichischer Kunst- und Kulturverlag, S.90

Grafik 04.02: Kernhaus Typ 7 Margaethe Schütte-Lihotzky. Grafik Claudia Pirchl auf Basis von: Kleingärtner und Siedler, April 1923, S. 4, Nachlaß Margarete Schütte-Lihotzky, Universität der Angewandten Kunst, Sammlung und Archiv, Txt 18.

Grafik 04.03: Perspektive Gemeinschaftsgarten Donaukanal. Grafik Claudia Pirchl. Wien 2014

Grafik 04.04: Karten zu Bevölkerungsdichte, Flächennutzung und Lagezuschlag. Grafik: Claudia Pirchl 2014. Wien auf Basis von: Thematische Karten zum Thema "Sozialraum". Auswertung von Großzählungen im Raum Wien. URL: <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/grundlagen/stadtforschung/gis/karten/sozialraum.html> [Zugriff: 15.01.2015] Stand 2010. und auf Basis von: Lagezuschlagskarte 2014: MA 69. Wien URL: <https://www.wien.gv.at/wohnen/wohnbautechnik/ahs-info/lagezuschlagskarte.html> [Zugriff: 15.01.2015] Stand 2014

Grafik 04.05: Lageplan Gemeinschaftsgarten Donaukanal, genordet. Grafik: Claudia Pirchl 2014. Wien auf Basis von: Geodatenviewer der Stadtvermessung Wien. GIS Wien. URL: <http://www.wien.gv.at/ma41datenviewer/public/> [Zugriff: 15.01.2015]

Grafiken 04.06- 04.17: Grafiken zum Gemeinschaftsgarten Donaukanal. Grafik: Claudia Pirchl 2014. Wien

Grafik 04.18: Perspektive Längenfeldgarten. Grafik Claudia Pirchl. Wien 2014

Grafik 04.19: Karten zu Bevölkerungsdichte, Flächennutzung und Lagezuschlag. Grafik: Claudia Pirchl 2014. Wien auf Basis von: Thematische Karten zum Thema "Sozialraum". Auswertung von Großzählungen im Raum Wien. URL: <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/grundlagen/stadtforschung/gis/karten/sozialraum.html> [Zugriff: 15.01.2015] Stand 2010. und auf Basis von: Lagezuschlagskarte 2014: MA 69. Wien URL: <https://www.wien.gv.at/wohnen/wohnbautechnik/ahs-info/lagezuschlagskarte.html> [Zugriff: 15.01.2015] Stand 2014

Grafik 04.20: Lageplan Längenfeldgarten, genordet. Grafik: Claudia Pirchl 2014. Wien auf Basis von: Geodatenviewer der Stadtvermessung Wien. GIS Wien. URL: <http://www.wien.gv.at/ma41datenviewer/public/> [Zugriff: 15.01.2015]

Grafiken 04.21- 04.31: Grafiken zum Längenfeldgarten. Grafik: Claudia Pirchl 2014. Wien

Grafik 04.32: Perspektive Gemeinschaftsgarten Kirchengasse. Grafik Claudia Pirchl. Wien 2014

Grafik 04.33: Karten zu Bevölkerungsdichte, Flächennutzung und Lagezuschlag. Grafik: Claudia Pirchl 2014. Wien auf Basis von: Thematische Karten zum Thema "Sozialraum". Auswertung von Großzählungen im Raum Wien. URL: <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/grundlagen/stadtforschung/gis/karten/sozialraum.html> [Zugriff: 15.01.2015] Stand 2010. und auf Basis von: Lagezuschlagskarte 2014: MA 69. Wien URL: <https://www.wien.gv.at/wohnen/wohnbautechnik/ahs-info/lagezuschlagskarte.html> [Zugriff: 15.01.2015] Stand 2014

Grafik 04.34: Lageplan Gemeinschaftsgarten Kirchengasse, genordet. Grafik: Claudia Pirchl 2014. Wien auf Basis von: Geodatenviewer der Stadtvermessung Wien. GIS Wien. URL: <http://www.wien.gv.at/ma41datenviewer/public/> [Zugriff: 15.01.2015]

Grafiken 04.35- 04.45: Grafiken zum Gemeinschaftsgarten Kirchengasse. Grafik: Claudia Pirchl 2014. Wien